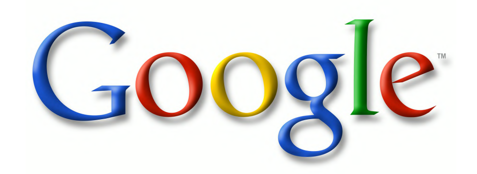
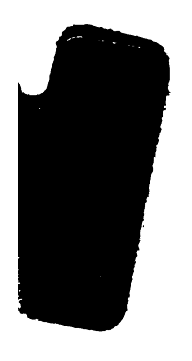
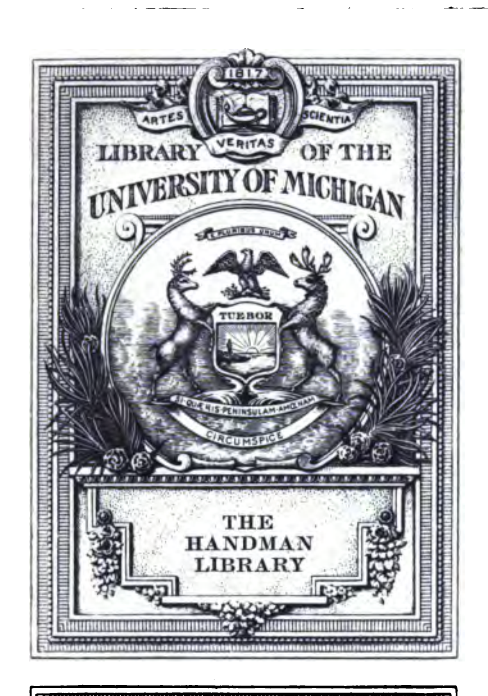


F. L. CROME

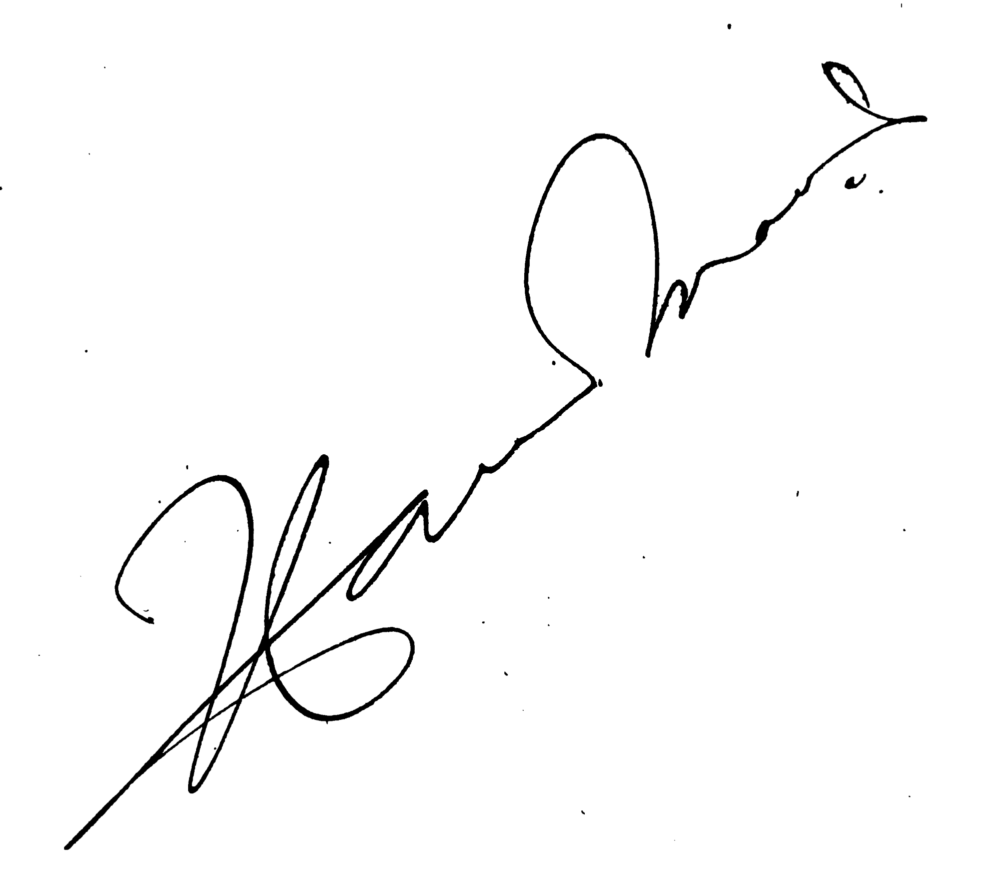
DAS ABENDLAND ALS WELTGESCHICHTLICHE EINHEIT

C. H. BECK, MÜNCHEN





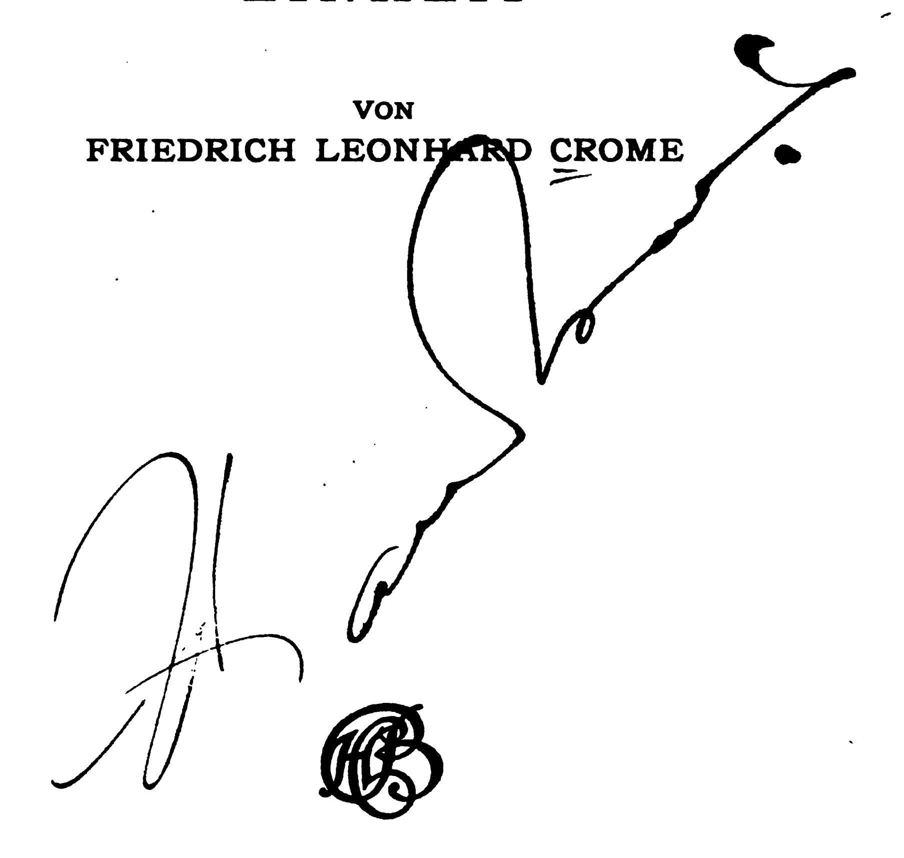
1817
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE
THE
HANDMAN
LIBRARY



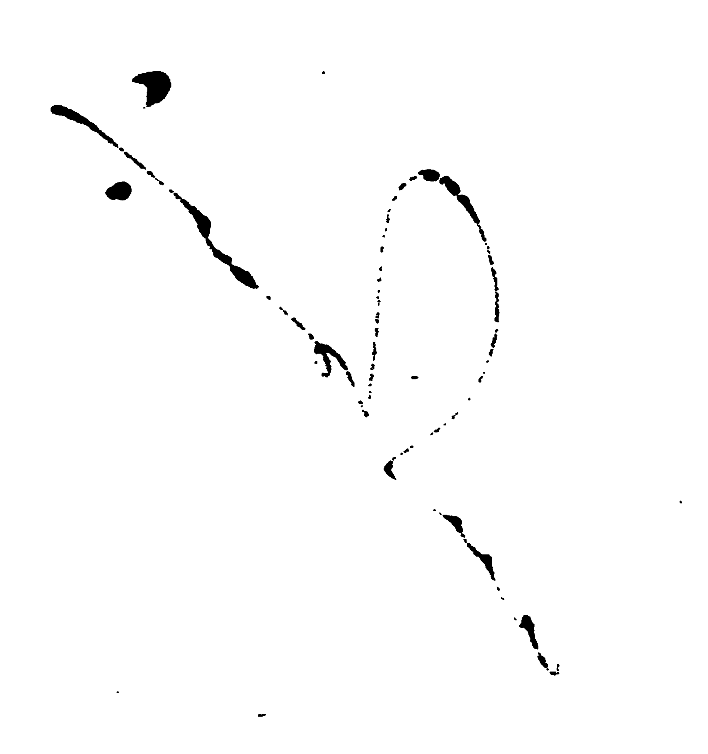
DAS ABENDLAND ALS WELTGESCHICHTLICHE EINHEIT

VON

FRIEDRICH LEONHARD CROME



C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck München 1922



Dem Andenken meines Vaters,
des Kgl. Preuß. Konsuls
Johann Heinrich Crome

Vorrede und Einleitung

Unsere Zeit ist nicht nur eine Epoche des Zusammenbruchs, sondern auch der Neubildung, des Werdens. Solche Zeiten haben es nötiger als andere, sich bei der großen Lehrmeisterin der Menschen, der Geschichte, Rat zu holen. Zumal für das deutsche Volk trifft dies zu. Denn wir durchleben vielleicht in stärkerem Maße als die übrigen Völker des alten abendländischen Kulturkreises eine Periode der Vorbereitung auf Künftiges. Unsere alte Staatsordnung ist zerbrochen. Mit ihr eine Fülle wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Werte. Was an ihre Stelle getreten ist, trägt das Zeichen des Unausgeglichenen, Unbefriedigenden, Vorläufigen weithin erkennbar an sich. Genau so ist es mit unserer außenpolitischen Stellung. Zur Zeit sind wir nicht in der Lage, uns auf diesem Gebiete hohe Ziele zu stecken, sondern müssen froh sein, wenn es uns gelingt, die Gefahr vollständiger Vernichtung von unserem Volkstum abzuwenden. Aber zu glauben, daß unser Volk, das jahrhundertelang, und bis vor wenigen Jahren noch, sei es in machtpolitischer, sei es in geistig-politischer, sei es in rein geistiger Beziehung, im Mittelpunkt des europäischen Lebens gestanden hat, — zu glauben, daß dieses Volk dauernd jeden Einflusses auf die Geschicke der Menschheit entkleidet sein, daß es für immer in sittlicher Verwahrlosung und politischer Ohnmacht versinken soll, das hieße nicht nur an einer göttlichen Weltordnung, sondern auch an jeder Entwicklung im Sinne der modernen Wissenschaft verzweifeln. Wenn wir so von der Vorläufigkeit der heutigen Verhältnisse überzeugt sind, so gilt es, uns auf ihre Neuordnung, auf den Wiederaufstieg unseres Volkes geistig vorzubereiten, es gilt, aus der Geschichte die Aufgaben zu erkennen, die unserem Volke zugewiesen und die großen Zusammenhänge der Menschheitsentwicklung zu verstehen, in die wir gestellt sind.

Einen dieser Zusammenhänge greift die vorliegende Arbeit heraus, um ihn näher zu erörtern: den Zusammenhang der abendländischen Völker unter sich, die weltgeschichtliche Einheit des Abendlandes. Die Schrift ist ein Kind des Krieges; die ersten Kapitel sind zwischen den Schlachten geschrieben, in den größeren Pausen des Bewegungskrieges im Osten, den ich um die Jahreswende 1914 bis 1915 als Frontoffizier mitmachte.

Von früh an mit politischen und historischen Dingen beschäftigt, fühlte ich damals das Bedürfnis, mich mit den weltgeschichtlichen Begebenheiten, in denen ich, wenn auch an bescheidenster Stelle, mitten inne stand, auseinander zu setzen und sie in ihren tieferen Zusammenhängen und Untergründen zu erfassen. Es wurde mir immer klarer, daß dies nur möglich sei, wenn man den ganzen Verlauf unserer völkischen Entwicklung von seinen Anfängen an in den Kreis der Betrachtung zöge. Denn fast alle internationalen Probleme und Gegensätze, die unsere Geschichte begleiten, schienen durch den Krieg von neuem aufgerollt. In dem Streben Frankreichs nach Elsaß-Lothringen und nach der Rheingrenze sowie in dem Hineinziehen Belgiens kündigte sich mir eine neue Phase in dem großen Ringen der Kelto-Romanen und Germanen um das Mittelreich Lothars an; die Beteiligung Rußlands am Kriege lenkte die Gedanken einerseits auf unsere mittelalterlichen Kolonisationskämpfe gegen die Slavenvölker, auf die Zeiten der Wenden- und Polenkriege und der Deutschherren, andererseits ließ sie den uralten Gegensatz zwischen östlichem und westlichem Kaisertum neu erstehen; unser Bündnis mit dem Türkensultan in Konstantinopel schien eine Wiederanknüpfung von Fäden aus jenen Zeiten, wo Heinrich VI. davon träumte, sich auch zum Kaiser des Orients zu machen, und wo sein Sohn Friedrich II. Vertrag und Bündnis mit dem Sarazenenfürsten El Kamel schloß; der Zusammenhang zwischen Englands Kampf gegen uns und seiner dreihundert Jahre alten Politik der Bekämpfung der stärksten Kontinentalmacht endlich lag klar zutage. Aus diesen Zusammenhängen, aus dieser Einheit in der Geschichte

der europäischen Völker erstand aber vor dem geistigen Auge der Gedanke der Schicksalsverbundenheit dieser Völker selbst, der Gedanke einer höheren Einheit Europas als historisch-politischen Körpers. So absurd dieser Gedanke auch auf den ersten Blick angesichts der furchtbaren Verfeindung der europäischen Nationen scheinen mochte, so ergibt sich doch bei näherem Zusehen, daß tatsächlich diese geistig-politische Einheit existiert, daß sie sich vielfach in der Geschichte manifestiert hat und nach einem klaren politischen Ausdruck ringt.

Dienstliche Inanspruchnahme verzögerte die Vollendung meiner Arbeit. Da kam das Buch Spenglers vom „Untergang des Abendlandes". Vieles, was ich nur dunkel ahnte und unklar empfand, war hier in neuen, schöpferischen Gedanken ausgesprochen. Die das ganze Kulturleben umspannende Betrachtung bestätigte die Ansichten, die das Ergebnis einer rein staatlichen Betrachtungsweise waren. Nun entstand ein klares Bild der abendländischen Geschichte, des europäischen Kulturkreises in Zeit und Raum vor meinem geistigen Auge. Leicht gliederte sich der ungeheure Stoff in eine Reihe scharf abgetrennter Abschnitte.

Im römischen Reich bilden und durchdringen sich die Urelemente unserer Kultur.

Die Periode der Völkerwanderung und des Frankenreichs umgrenzt den Kern, aus dem das Abendland erwachsen sollte. Die Nordküste Afrikas und der Orient lösen sich endgültig, Spanien zeitweise von unserem Kulturkreise; Germanien und Britannien verwachsen dauernd mit ihm. Seine Ausdehnung nach Norden und Nordosten und auch bereits die Rückeroberung Spaniens bereitet sich vor.

In der folgenden Periode des christlich-abendländischen Universalkaisertums bildet sich eine gleichmäßige, kirchlich-ritterliche Kultur im ganzen Abendlande aus. Der germanische Adel und die römische Kirche geben der Zeit das Gepräge. Im Reiche der Sachsen, Salier und Staufer ersteht das mitteleuropäische Kaisertum, das, getragen von der Kraft der immer mehr zur

Nation zusammenwachsenden deutschen Stämme, die Kirche in seinen mächtigen Schutz nimmt und die europäische Kultur den Germanen des Nordens, den Slavenvölkern des Ostens bringt. Im Südwesten und Südosten tritt das Abendland durch die Rechristianisierung Spaniens und durch die Kreuzzüge in nahe Berührung mit dem islamischen und byzantinischen Orient und breitet sich gewaltig aus. Die ersten Beziehungen zu Rußland knüpfen sich schon.

Der vierte Abschnitt wird eingeleitet durch den Sturz des universalen Kaisertums. Der Universalgedanke verblaßt. Die europäischen Nationen bilden sich. In ihnen vollzieht sich eine gewaltige soziale Umwälzung, indem das Rittertum in den Ministerialen teilweise bisher unfreie Elemente in sich aufgenommen hat und das städtische Bürgertum als drittes Kulturelement neben Kirche und Adel tritt. Die Randgebiete des Ostens, Nordens und Westens konsolidieren sich, während in den imperialen Kernländern der Mitte die politische Zersetzung beginnt. Die neuen Staaten: Skandinavien, Polen, Böhmen und Ungarn verwachsen immer fester mit dem europäischen Leben. Dagegen verlangsamt sich die weitere Expansion. Ihren Abschluß bilden die Kolonisation der Baltenländer, die Angliederung Litauens an Polen und die Eroberung Granadas. Die abendländische Durchdringung des Orients, die in der Errichtung des lateinischen Kaisertums am Bosporus 1204 ihren Höhepunkt erreicht hatte, macht einer rückläufigen Bewegung Platz. Das Vordringen der Türken wächst sich zu einer immer ernsteren Gefahr aus. Der Zusammenhang der oberen Schichten in den einzelnen Ländern untereinander bleibt bestehen. Das kirchliche Interesse ist seine Hauptstütze. Eine weitere Stütze findet er in dem lebhafter werdenden Handelsverkehr.

Während in dem ganzen bisher verflossenen Zeitraum die europäische Kultur fast nur mit den räumlich benachbarten Kulturkreisen, besonders dem islamischen, in Berührung stand, öffnet sich ihr vom 15. und 16. Jahrhundert an die ganze Erde. Überall, wo die Europäer hinkommen, treten sie als Herren auf. Europa

steigt bei immer weiterer Erschließung der Erdoberfläche immer mehr zum hegemonischen Erdteil empor. Im Abendlande selbst hat die Ausbildung der einzelnen Nationen ihren Abschluß erreicht. Und nun beginnt zwischen ihnen ein gewaltiges Ringen um die Vorherrschaft über den Kontinent und dadurch über die ganze Erde, gleichzeitig mit mächtigen Kämpfen geistig-politischer Natur. In allen diesen Kriegen und Kämpfen ringt sich aber immer mehr eine gemeinsame europäische Geistigkeit durch. Während der politische Kampf auf dem Kontinent einen vorläufigen Abschluß in der Herstellung eines gewissen Gleichgewichtes findet, schafft sich England im erfolgreichen Kampfe zuerst mit Spanien und Holland, dann mit Frankreich ein gewaltiges Kolonialreich außerhalb Europas; Rußland drängt sich durch die Reformen Peters des Großen und seine westlichen Eroberungen in den Kreis der europäischen Mächte ein. Bei alledem zerfällt die Mitte des Erdteils, auf der im Mittelalter die Einheit des Abendlandes beruht hatte, politisch immer mehr. Während das deutsche Haus Habsburg auch noch nach dem Ende der katholischen Weltherrschaftspläne eine gewisse Vorherrschaft über ihre mannigfaltigen Staatsgebilde ausgeübt hatte, stieg nun im 18. Jahrhundert aus deren Kreis im preußischen Staat eine neue deutsche Großmacht auf.

Im ganzen Abendland hatte sich in den verflossenen Zeitabschnitten die dynastische Monarchie als fast allgemein gültige Staatsform durchgesetzt. Sie war im Grunde nichts anderes als die Herrschaft der Häupter der alten germanischen Kriegeraristokratie, die nach dem Untergang des Römerreichs sich das Abendland unterworfen hatte, im Bunde mit den staatlichen Gedanken des Römertums. Die unteren Schichten, die meistens ethnographisch auf die damals unterworfenen Völkerschaften zurückgingen, spielten dabei politisch keine große Rolle. Jetzt, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, drängten sie nach oben. In Frankreich zuerst zerbrach unter ihrem Ansturm der alte, brüchig gewordene Staat. Die Demokratie, die an seine Stelle trat, suchte ihre

Ideen über ganz Europa zu tragen, besonders seit als Staatsform die demokratisch fundierte Militärmonarchie die Republik ersetzt hatte. Der grandiose Versuch, Europa zum Kampfe gegen das atlantische Weltreich England zu einen, scheiterte. Denn gerade die demokratische Idee hatte die Geister nationaler Unabhängigkeit entfacht, die sich der Zwangsherrschaft Frankreichs nicht beugen wollten. Das gab den alten Staatsgewalten die Möglichkeit, sich wieder in den Sattel zu setzen und ermöglichte es England, den Zustand kontinentaler Zerrissenheit, der in seinem Interesse lag, zu erhalten.

Der sechste und die beiden das Werk abschließenden Abschnitte endlich reichen vom Ende der napoleonischen Kriege bis in die allerjüngste Gegenwart. Während die europäische Zivilisation und die politische Herrschaft einzelner europäischer Länder sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über die ganze Erde verbreitet, beginnt die politische Emanzipation der fremden Erdteile. Mit den Vereinigten Staaten von Amerika und gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit Japan traten außereuropäische Großmächte neben die europäischen. In unserem Kulturkreis selbst tritt neben einer großen sozialen Umschichtung ein gewaltiges Erstarken des nationalen Gedankens hervor, der schließlich zur Einigung Deutschlands und Italiens führt und in dem überseeischen Imperialismus des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts seine höchste Ausbildung erlebt. Daneben aber auch gesamteuropäische, internationale Ideen, wie Sozialismus, Pazifismus und Bestrebungen allgemein humanitärer Natur.

Treten diese Ideen auch mit dem Anspruch auf, sich an die Menschheit der ganzen Erde zu richten, so sind sie, wenigstens was ihre internationale Seite anbetrifft, doch in Wahrheit nicht anders denn als Auswirkungen des alten europäischen Universalismus zu werten. Denn sie setzen kulturelle Verhältnisse voraus, wie sie sich eben nur in den Ländern römisch-germanischer Herkunft herausgebildet haben. Auch der radikalste Sozialist wird nicht behaupten, daß seine Auf-

forderung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" die Kannibalen Polynesiens einbegreift, und der enragierteste Pazifist wird sich den König Behanzin von Dahomey nicht als gleichberechtigtes Mitglied der erträumten internationalen Staatenorganisation gedacht haben. Die starke, in Wahrheit nur äußerliche und vorläufige, Beeinflussung der werdenden Kulturen im Westen (Amerika) und Osten (Rußland) durch die unsere, sowie die Anpassungsfähigkeit an diese, welche in Japan und den islamitischen Ländern zutage tritt, erwecken den Anschein, als ob es sich um eine allgemeine Menschheitskultur handele, deren Postulate sich in allen Ländern und bei allen Rassen verwirklichen lassen. Gerade die angebliche Inkarnation des Marxismus, das Rußland Lenins und der Sowjets, scheint auf dem besten Wege zu sein, neben dem Utopismus der modernen sozialistischen Gedanken überhaupt, auch ihre europäische Bedingtheit zu beweisen. Die Nachrichten, die aus dem ehemaligen Reiche des weißen Zaren zu uns dringen, sind dunkel und spärlich und überdies tendenziös gefärbt; aber wenn nicht alle Anzeichen trügen, bereitet sich dort etwas ganz anderes vor, als die Verwirklichung des Sozialismus von Marx und Engels.

Bei dem Pazifismus ist es nicht anders. Zwei Tatsachen, die gerade von Pazifisten mit Vorliebe angeführt werden, mögen als Beweis dienen. Der Pazifismus liebt es, den Nachweis zu führen, daß seine Gedanken schon in den frühesten Zeiten besonders erleuchtete Geister beschäftigt haben.*) Soweit es sich um Äußerungen abendländischer Dichter und Denker handelt, ist es aber klar, daß es sich in Wirklichkeit eben nur um den Gedanken der europäischen Einheit und Zusammengehörigkeit handeln kann. Denn wenn Dante in seinem Traktat „*De monarchia*" den als obersten Herrn der römischen Kirche gedachten Kaiser zum Oberhaupt seines weltumspannenden Friedens-

*) Vgl. A. H. Fried, Handbuch der Friedensbewegung, besonders im 2. Teil.

bundes machen will, so kann er eben nur an eine Föderation der christlich-abendländischen Staaten denken, die sich bestenfalls mit der Zeit die übrige Erde unterwerfen würde. Noch mehr in die Augen fällt dies aber bei den Projekten von Friedensbünden, die von wirklichen praktischen Staatsmännern ausgearbeitet wurden. Es sind dies besonders: der Plan eines europäischen Fürstenbundes, der den böhmischen König Georg von Podiebrad zum Urheber hat und das *„grand dessein"* einer „Christlichen Republik" von Heinrich IV. von Frankreich. Beide gipfeln in dem Vorschlag der Wiedereroberung Konstantinopels für die Christenheit und sehen also ein staatliches, wenn man will: überstaatliches, Gebilde mit einer eigenen auswärtigen Politik vor, was bei einem „Weltbunde" ein Unding wäre. Der Gesichtspunkt einer gemeinsamen auswärtigen Politik tritt zurück bei William Penns *„Essay on the present and future peace in Europe"* und bei dem *„Projet de la paix perpétuelle"* des Abbés de St. Pierre. Aber bei beiden ist auch immer nur von europäischen Staaten die Rede. Der moderne Pazifismus im eigentlichen weltumspannenden Sinne bildete sich erst aus etwa gleichzeitig mit dem Einsetzen der imperialistischen Bewegung in der Politik der europäischen Mächte. Hält man diese Tatsache damit zusammen, daß die pazifistische Weltfriedensorganisation zugestandenermaßen eine „hohe Kulturstufe"*) der teilnehmenden Staaten voraussetzt, so kommt man zu dem auf den ersten Blick befremdlichen Ergebnis, daß der ganze Pazifismus nichts ist als eine Art von gesamteuropäischem Imperialismus, eine ins Gigantische und gleichzeitig Utopische übersteigerte europäische Gemeinsamkeitsbewegung. Denn praktisch wäre eine solche „Weltorganisation" doch nichts weiter, als ein Bund der Staaten mit „hoher" (d. h. europäischer) Kultur, der über die anderen Völker die Vorherrschaft ausüben würde, um sie zu einer gleich „hohen" Kultur zu erziehen, d. h. zu europäisieren. Darauf läuft ja auch der erste praktische Ver-

---

*) Vgl. Fried, a. a. O. S. 14.

such einer „Weltorganisation“ hinaus, den wir im Völkerbunde mit seinem System von „Mandaten“ vor uns sehen. Können also die historischen Argumente, die die Pazifisten für ihren Gedanken anführen, gerade als Beweis gegen den modernen Pazifismus dienen, so ist dies nicht anders mit dem Argument, daß der Pazifismus eine Organisation der Welt bezwecke, und daß für diese Organisationen die nötigen Grundlagen in der wirtschaftlichen Interessenverbindung aller Länder und in der durch die technischen Fortschritte bedingten Annäherung ihres geistigen Lebens vorhanden seien. Die Geschichte aller Staatenbünde hat aber erwiesen, daß eine solche überstaatliche Organisation entweder von kurzer Dauer ist, oder sich bald zu einem eigentlichen Staate ausbaut (auch wenn dieser der Verschiedenheit seiner Glieder durch die föderative Staatsform Rechnung trägt). Die Geschichte beweist aber jedenfalls, daß ein Gemeinschaftsgefühl, wie es zum Entstehen einer dauernden, allumfassenden überpersönlichen Organisation nötig ist, nur unter Zuhilfenahme des Gefühls einer Gegensätzlichkeit gegen außenstehende ähnliche Organisationen möglich ist. Staaten und staatenähnliche Gebilde sind eben keine künstlichen Produkte menschlichen Denkens, sondern sie sind auf natürlichen Bedingungen erwachsene Hervorbringungen der menschlichen Natur, die, wie andere Lebewesen, des Kampfes gegen ihresgleichen zur vollen Auswirkung ihrer Persönlichkeit bedürfen. Nur der Gegensatz gegen andere Menschen kann die Menschen zum Zusammenschluß unter sich bewegen. Der Mangel an gleichartigen Gegnern macht den Gedanken eines „Weltstaates“, auf den jede weltumspannende überstaatliche Organisation letzten Endes doch hinauslaufen würde, zur Utopie.

Wenn diese Erwägungen die Idee des heutigen Pazifismus auf ihren gesunden Kern, nämlich den Gedanken eines Zusammenschlusses der Staaten gleicher Kultur, zurückführen können, so ergibt sich die Schlußfolgerung für Europa eigentlich von selbst. Die Staaten des europäischen Festlandes (mit

Ausschluß Rußlands) sind auf einer Verbindung der römischen Kultur mit dem Germanentum erwachsen und an die Landschaft des europäischen Festlandes gebunden. Hierin und in einer zweitausendjährigen gemeinsamen Geschichte beruht ihre Einheit. Rußland hat zwar die äußeren Formen der europäischen Zivilisation angenommen, aber seine Kulturentwicklung wie seine völkische Zusammensetzung weist ihm seinen Platz nicht in der Gemeinschaft der europäischen Völker an, sondern läßt es als eigenen, noch in der Entwicklung begriffenen Kulturkreis erscheinen. Das gleiche, wenn auch in etwas anderem Sinne gilt für Amerika. Hier ist die ihrem inneren Gehalte nach schon in sich abgeschlossene europäische Kultur auf einen fremden geographischen Boden verpflanzt. In Nordamerika entsteht aus der Verbindung der neuen geographischen Umgebung mit unserer Kultur gleichzeitig mit der dort stattfindenden Mischung der europäischen Rassen etwas Neues, in Südamerika kommt noch das indianische und afrikanische Rassenelement hinzu. Englands politische Interessen haben es in engste Verbindung mit seinen überseeischen Besitzungen einschließlich der Vereinigten Staaten gebracht. Es scheint hieraus etwas wie eine neue angelsächsische Kultur erwachsen zu wollen. Gerade in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege war viel die Rede von der „Amerikanisierung" der englischen Gesellschaft.

So bleiben die Staaten des Festlandes als historisch-kulturelle Einheit übrig, die zufolge unwandelbaren historischen Gesetzen auch nach einem politischen Ausdruck als Abschluß ihrer gesamten Entwicklung suchen muß. Durch die heutige politische Lage scheint die Erreichung dieses Endzieles der europäischen Geschichte in unabsehbare Ferne gerückt. Einem Deutschen wenigstens ist der Gedanke unerträglich, daß die unter englischem Schutze stehende Gewaltherrschaft Frankreichs die endgültige politische Form Europas bedeuten solle.

Die gewaltige soziale Umbildung, die eine Folge unserer ganzen Kulturentwicklung ist, und durch den

Krieg nur beschleunigt wurde, erschüttert alle staatlichen Verhältnisse auch in den Siegerstaaten. Hier kann der Ansatzpunkt zu neuen politischen Bildungen liegen, die dem Kontinent eine neue Gestalt geben können. Gerade aber die Tatsache, daß der Ausgang des Krieges in Deutschland das Tempo der sozialen Bewegung beschleunigt und ihre Intensität vertieft hat, scheint mir zu verbürgen, daß unserem deutschen Volke eine besondere Rolle in dieser Bewegung vorbehalten ist. Denn wie das deutsche Volk der Träger der Einheit Europas im frühen Mittelalter war, so hat es auch in der späteren abendländischen Geschichte stets im Zentrum des Geschehens gestanden. Soll die kommende Zeit aber nicht eine Wiederholung der Leiden bringen, die unser Volk nach dem Sturze seines ersten Kaisertums zu erdulden hatte, so muß der nationale Gedanke wieder in ihm lebendig werden. Denn auf der Ausbildung der Nationalpersönlichkeiten beruht die europäische Entwicklung; nur unter Wahrung der nationalen Freiheit ist eine künftige Einheit Europas möglich, und nur wenn der nationale Gedanke ihm voranleuchtet, wird Deutschland sich den ihm gebührenden Platz in dieser neuen europäischen Staatengesellschaft erkämpfen können.

Denn auch die künftige Entwicklung wird nicht ohne Kämpfe, ohne Geltendmachung von Macht vonstatten gehen. Auch hier gilt das Wort Bismarcks, daß die großen Fragen des Völkerlebens nicht durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden werden, sondern mit Blut und Eisen.

Da meine Darstellung auch die neueste Zeit mitumfaßt, ist sie in gewisser Hinsicht einer Korrektur durch die fortschreitende Entwicklung unterworfen. So hat in der Zeit zwischen der Niederschrift und der Veröffentlichung dieser Blätter die oberschlesische Frage ihre „Lösung" gefunden, und auch in den Beziehungen der pazifischen Großmächte, England, Amerika und Japan sind infolge der Washingtoner Konferenz Än-

derungen eingetreten. Ich glaube aber nicht, daß dadurch die im Texte ausgesprochene Auffassung, welche ja die Ereignisse unserer Zeit nicht vom Standpunkte der Tagespolitik, sondern im Lichte der weltgeschichtlichen Entwicklung sehen will, widerlegt ist oder modifiziert werden müßte.

Frankfurt a. M., im Januar 1922

DER VERFASSER

Inhalt

I. Die Grundlegung Europas im römischen Kaiserreich

Beim Tode des Kaisers Augustus waren die Hauptelemente des späteren Europa, „des Abendlandes", wie es als welthistorischer Begriff im Mittelalter sich ausbildete und sich später die kulturelle Führerschaft auf der ganzen Erde errang, gerade in ihrem Keim vorhanden: das römische Reich als gewaltiges Sammelbecken aller bisherigen Kulturen der damals bekannten (mittelländischen) Welt, das durch seine unvergleichliche staatliche Organisation die kulturellen Ergebnisse der gesamten Entwicklung der Mittelmeerländer solange bewahrte und zu der einheitlichen römisch-griechischen Kultur verschmolz, bis eine neue Welt reif war, sie in sich aufzunehmen und weiterzubilden: das Christentum, das der werdenden neuen Menschheit ihren ethischen Inhalt und ihre höchsten Ideale zu geben bestimmt war, und das Germanentum, das eigentliche Lebenselement der künftigen Völker, das allein der alten Welt frische, junge Kraft einzuhauchen vermochte, aus der sich neues Leben und zukunftsreiche Nationen und Kulturen entwickeln konnten. Noch waren diese Elemente in sich zu unentwickelt, um sich miteinander zu verschmelzen, und sie standen gerade erst im Begriff, in die oberflächlichste Berührung miteinander zu treten. Noch war das Römertum, das bestimmt war, von den beiden anderen Elementen überwunden und aufgesogen zu werden, der unbedingt herrschende Faktor, doch schon hat das Germanentum Fühlung mit der römischen Kultur genommen, schon entsendet es seine Söhne in die Legionen des Imperators, auf welchem Wege es einige Jahrhunderte später das ganze Reich durchdringen und schließlich zersprengen sollte; schon

hat das Christentum begonnen, seine frohe Botschaft den Mühseligen und Beladenen zu verkünden, und so den Siegeszug anzutreten, der es aus den Sklavengefängnissen und den Hütten der Armen unaufhaltsam emporführte in die Paläste der Reichen und Vornehmen und auf den Kaiserthron und es schließlich Reich und Kaisertum überdauern ließ. Das römische Reich selbst war in seiner Entwicklung noch nicht fertig, das einheitliche, kulturell geschlossene Mittelmeerreich erst angebahnt, noch nicht vollendet. Zwar galt das Gebot des römischen Kaisers von den Katarakten des Nils bis zu den Mündungen des Rheins, von den Säulen des Herkules bis zum Euphrat und Tigris, aber noch stand der Masse der Provinzialen eine geringe Anzahl bevorrechtigter römischer Bürger gegenüber, noch war das Verhältnis Roms und bestenfalls Italiens zu den mediterraneischen Ländern das eines Herrenstaates zu rechtlosen unterworfenen Landschaften. Augustus und seine Nachfolger übten de facto die schrankenlose Gewalt des absoluten Herrschers aus, die nötig war, um ein so gewaltiges Reich zusammenzuhalten, de iure waren sie aber nur hervorragende Bürger einer aristokratischen Republik, in deren Händen sich eine Anzahl republikanischer Aemter vereinigte. Die Entwicklung der nächsten zweieinhalb Jahrhunderte, die römische Kaiserzeit, bringen diese Elemente zum Reifen, und wir sehen an dieser Zeit in besonders deutlicher Weise, wie alles in der Weltgeschichte den Zwecken einer höheren Vorsehung dienen muß, wie auch Verfall und Niedergang Elemente des Fortschrittes werden können, wenn eben durch sie neuen weltverjüngenden Kräften der Weg gebahnt wird.

Das römische Reich des Augustus umfaßte Länder und Völker, die sämtlich Höchstleistungen mensch-

licher Kultur hervorgebracht, die aber alle den Höhepunkt ihrer Entwicklung längst überschritten hatten, als sie dem überlegenen Schwert und der unvergleichlichen staatlichen Organisationskraft der römischen Agrar- und Militäraristokratie erlagen. Aber auch diese römische Aristokratie war bereits in der Zersetzung begriffen. Die gewaltige Ausdehnung des römischen Herrschaftsgebietes, die damit zusammenhängende Zunahme des Reichtums und der Übergang vom reinen Agrarstaat zum Handel- und Industriestaat, von Natural- zu Geldwirtschaft, hatten eine Umgestaltung der sozialen und Besitzverhältnisse, besonders am Grund und Boden, herbeigeführt, die die überkommene Verfassung in ihrer aristokratischen Ausschließlichkeit veraltet erscheinen ließ. Da die herrschende Adelsklasse aber zäh an ihren Vorrechten festhielt, so waren nicht endende innere Wirren, Revolutionen und Bürgerkriege die natürliche Folge. Das führte aber wieder dazu, daß nur die Zusammenfassung aller gegeneinander streitenden Kräfte des Staates in einer starken Monarchie dem Reiche neue Lebensdauer verleihen konnte. Indem nun Cäsar, der eigentliche Schöpfer des römischen Kaisertums, von dem es den Namen hat, durch sein allzu offenes Erstreben monarchischer Macht an dem konservativen Sinn seines Volkes scheiterte, das die durch lange Dauer geheiligten republikanischen Formen nicht missen wollte, vermied sein weniger genialer, aber klügerer Erbe Augustus diesen Fehler seines großen Oheims. Er ließ die republikanische Form der Verfassung bestehen, brachte es nur dahin, daß alle von ihr ausgehende reale Macht durch rein tatsächliche Übertragung der wichtigsten Ämter in seine Hand gelegt wurde; damit mußte er aber auf ein wesentliches Element der Monarchie, auf die durch eine feste, geheiligte Thronfolgeordnung

erzeugte Legitimität verzichten. Der formelle Träger der Souveränität, der Senat, durch die Vereinigung aller faktischen Macht in der Hand des Imperators jedes Einflusses, durch die moralische Zersetzung der Adelsklasse, die er repräsentierte, und die servile Unterwürfigkeit, der er sich dem Machthaber gegenüber befliß, jeder Würde und jedes Ansehens beraubt, konnte auf die Dauer die Legitimität verleihende Quelle der Kaisermacht nicht sein. Die sogenannte Divinität, die angeblich göttliche Abstammung des julischen Hauses konnte dauernden Ersatz nicht bieten, da die alte Volksreligion durch das Eindringen fremder Kulte und das Überhandnehmen einer materialistischen Weltanschauung schon erschüttert war, und mußte schließlich versagen, als dieses angeblich göttliche julische Haus in beispielloser Entartung sich selbst zerfleischte und endlich vernichtete. Die kaiserliche Gewalt war tatsächlich fest gegründet auf den militärischen Oberbefehl des Kaisers, entbehrte aber der sicheren rechtlichen Grundlage, die ihm eine von den persönlichen Eigenschaften des jeweiligen Herrschers unabhängige Autorität über die Truppen selbst hätte verleihen können. Es mußte deshalb so kommen, daß das Heer sich immer mehr als die eigentliche Machtquelle des Kaisertums fühlte und die erste sich bietende Gelegenheit ergriff, um selbständig über die Kaiserwürde zu verfügen. Dieser Fall trat bereits unter dem zweiten Nachfolger des Augustus, Caius Caligula, ein; er wurde aus persönlicher Rache von einem Gardehauptmann ermordet. Was nun geschah, ist bezeichnend: die Gardetruppen, überwiegend germanische Söldner, empörten sich zunächst gegen die Mörder ihres Herrn, dem sie sich zu persönlicher Treue verpflichtet fühlten, und erhoben dann den zum Herrscheramt ganz ungeeigneten Tiberius Claudius

Nero, in der Geschichte als Kaiser Claudius bekannt, auf den verwaisten Thron, nur weil er der letzte männliche Verwandte des Kaiserhauses war. Hierin zeigte sich bereits die starke Durchsetzung des Heeres mit germanischen Elementen und germanischem Geist. Denn es ist der echt germanische Gedanke der an die Person des Herrschers gebundenen Mannentreue, der hier zum Ausdruck kommt. Zwar versuchte noch häufig der Senat, seine schwindende Autorität wieder herzustellen und Einfluß auf die Besetzung des Thrones zu gewinnen, zwar gelang es noch einigen tüchtigen und erfolgreichen Kaisern, ihrer wirklichen oder Adoptivfamilie eine Art geregelter Thronfolge auf einige Generationen zu sichern, aber es blieb ein nicht mehr zu beseitigender Faktor des römischen Staatslebens, daß die Anerkennung seitens des Heeres ein wesentliches Erfordernis der Kaisergewalt wurde, an dessen Fehlen in der Folge auch manche Regierung scheiterte. Das Heer aber war nicht mehr das alte geblieben. Die altberühmte Waffentüchtigkeit der römischen Bürger war längst geschwunden, Provinzialen und in immer steigendem Maße auch reichsfremde Germanen bildeten das Material, aus dem sich die Armee zusammensetzte; die cives Romani, das formell souveräne römische Volk, bestand aus einem besitzlosen müßiggängerischen Pöbel und einer nicht weniger müßiggängerischen, im Latifundienbesitz erstickenden Aristokratie. Kaiser Caracalla zog nur die Konsequenz dieses Zustandes, wenn er das längst zum Anachronismus gewordene Privileg des römischen Bürgerrechtes aufhob, oder vielmehr illusorisch machte, indem er es allen freien Reichsangehörigen verlieh. Den Schlußstein auf diese Entwicklung setzte Diocletian, indem er den letzten Rest republikanischer Einrichtungen — bis auf

einige ganz unwesentliche Nichtigkeiten — beseitigte und das Kaisertum in eine rein orientalische Despotie umwandelte.

Kein Reich kann auf die Dauer bestehen ohne einen idealen Inhalt, eine welthistorische Aufgabe, die es zu erfüllen hat. Meist ist das Volk, oft sind die Besten und die auch politisch führenden Geister unter ihm sich dieses höheren Berufes ihres Staates nicht oder nicht klar bewußt oder verkennen ihn. Klar erkennbar ist dieser überhaupt nur von der Warte historischer Betrachtung aus und meist erst aus einer gewissen zeitlichen Distanz. Aber die großen Staatsmänner ahnen ihn und führen ihre Nation halb instinktmäßig auf den Weg, den die Vorsehung ihr gewiesen hat. Bei alten Reichen und Völkern ist dieser ideale Inhalt des Staates aufs engste verknüpft mit seiner Geschichte und mit den politischen und religiösen Formen, in denen sie sich abspielte. Die welthistorische Aufgabe des römischen Reiches war die Wahrung der pax Romana, d. h. der Schutz der Grenzen der Mittelmeerländer vor den umwohnenden Barbaren und die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesem gewaltigen Raum, damit die ihn bewohnenden Völker zu einer Einheit verschmelzen, die tiefsinnigen religiösen Spekulationen des Orients, die künstlerische Gestaltungskraft des griechischen Volkes und die politisch-militärische Tüchtigkeit des Römertums zu einer Kultur zusammenwachsen und als geschlossener Menschheitsbesitz von jüngeren Völkern ergriffen werden konnten. Der Gedanke der pax Romana aber stand im engsten Zusammenhang mit dem alten Götterkult und dieser wieder mit den republikanischen Formen des Staates, die, wie wir sahen, auch das Kaisertum übernommen hatte. Die waren nun durch die diocletianische Verfassungsreform zerbrochen, auch

äußerlich herrschte der Augustus als unumschränkter Gebieter nach Art der orientalischen Großkönige mittels eines ihm unbedingt ergebenen und ihm allein verpflichteten Beamtentums und Heeres. Das orientalische Großkönigtum aber beruhte auf dem theokratischen Gedanken, daß dem Herrscher alle Gewalt von den Göttern übertragen sei, daß er gar selbst in geheimnisvoller Weise von den Göttern stamme und daher auch göttliche Ehren und göttliche Allgewalt für sich beanspruchen könne. Auch die alten Kaiser hatten bereits göttliche Ehren, „die Divinität", beansprucht. Dies war aber etwas wesentlich anderes. Die Divinität der früheren Kaiser hatte ihren Grund darin, daß sie sich als Repräsentanten der mit göttlicher Weihe umgebenen römischen Staatsidee, als Träger der heiligen maiestas populi Romani fühlten, wie ja auch ein Hauptbestandteil der alten Kaisermacht die tribunicia potestas, die besondere Vertretung der Rechte des populus war, also etwa, nach antiker Weise in religiöses Gewand gekleidet, derselbe Gedanke, wie er im „Erwählten des 2. Dezember" im Frankreich des zweiten Kaiserreiches zum Ausdruck kam. Der alte Götterkultus war aber, wie gesagt, gänzlich verblaßt, im Bewußtsein der Nation entwurzelt, und auch die zahlreichen Kulte der unterworfenen Völker, denen das religiös durchaus tolerante Römertum weitestgehende Duldung bewies, konnten keine allgemeine Geltung erlangen. So fehlte dem neuen theokratischen Absolutismus ebenso wie dem alten Cäsarismus die Grundlage in der religiösen Überzeugung des Volkes, ohne die beide ein Unding waren. Dazu kam nun, daß im Schoße des Reiches eine neue Religion herangewachsen war und die Zahl ihrer Anhänger immer weiter vermehrte, die, auf dem strengen Monotheismus des Judentums erwachsen, in einer rein gei-

stigen Religiosität die Erneuerung der alten Menschheit suchend, jeden polytheistischen Kult und insbesondere die Vergöttlichung eines lebenden Menschen, des Kaisers, als verwerfliche Abgötterei weit von sich wies: das Christentum. Das Christentum ist seinem Wesen nach ebenso weit entfernt von Staatsfeindlichkeit, wie das Römertum von religiöser Intoleranz; hat doch Christus selbst in seinem bekannten Ausspruch: „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist“ seine Kirche in unzweideutiger Weise auf den Standpunkt der patriotischen Hingabe und des Gehorsams gegen die Obrigkeit gestellt. Aber gerade in diesem Ausspruch liegt der Konflikt begründet, in den die Kirche mit dem römischen Staat geraten mußte. „Des Kaisers“ konnte es nach christlicher Auffassung nicht sein, daß man ihn anbete; dies war Gott vorbehalten, und die göttliche Verehrung, die er dem Bilde des Kaisers erweisen sollte, mußte der Christ als heidnischen Greuel verweigern. Die römischen Behörden sahen aber gerade in der „Adoration“ des Kaiserbildes die geschuldete und vorgeschriebene Huldigung vor der Hoheit des römischen Reiches und deren Verweigerung galt ihnen als nichts anderes denn Rebellion. In dem Gegensatz, der hieraus entstand, erwies sich das Christentum als der stärkere Teil. Eine Religion, deren Gläubige ihres herrlichen Lohnes in einem künftigen, ewigen Leben so gewiß waren, daß sie dafür freudig alle Leiden und Verfolgungen ertrugen, jauchzend und Jubelhymnen singend in einen qualvollen Tod gingen, mußte auf die gedrückten, teilweise in Armut und dumpfer Verzweiflung dahinlebenden unteren Klassen eine magische Anziehungskraft ausüben. War aber erst das offizielle Rom gezwungen, sich überhaupt mit dem Christentum zu beschäftigen, so mußte gerade unter den gebildeten,

innerlich der alten Volksreligion längst entfremdeten Heiden mit der Zeit eine immer größere Anzahl zu der Einsicht kommen, daß die ethischen Lehren der neuen Religion nichts anderes waren, als was gerade die Besten unter ihren eigenen Weltweisen auch gelehrt hatten, nur daß der neuen Lehre doch eine größere sittliche Kraft innewohnen müsse, da keiner der alten Philosophen so begeisterte, trotz Verfolgung und Leiden so siegesgewisse Anhänger gefunden hatte. So drang der neue Geist in immer weitere Kreise und mit jeder Christenverfolgung wuchs die Zahl der Christen.

Da war es nun von weittragendster Bedeutung, daß nur wenige Jahre nach Diocletians Abgang ein Mann zur Alleinherrschaft im römischen Reich gelangte, der, in einem dem Christentum nicht fernstehenden Milieu aufgewachsen, es ermöglichte, den neuen Glauben mit dem römischen Reichsgedanken zu versöhnen, ja, ihm dienstbar zu machen: Constantin der Große. Er gab dadurch dem römischen Reich einen neuen geistigen Gehalt: der Kaiser war nicht mehr nur Wahrer der pax Romana, er war auch der Schirmherr der christlichen Kirche. Und Constantin verstand es, die schon beginnenden dogmatischen Streitigkeiten der Christen sich zu Nutze zu machen, indem er sie vor seinen Richterstuhl lud und ihren Streit im Konzil von Nicäa entschied. Er wurde dadurch zum Schützer und Verbreiter der Orthodoxie, zum Apostelgleichen, „Isapostolos", wie es im späteren byzantinischen Amtsstil hieß. Dadurch war dem theokratischen Absolutismus Diocletians die Grundlage, die innere Berechtigung gegeben; gleichzeitig aber auch für die christliche Kirche die Möglichkeit, die ihr bisher feindlich widerstrebenden antiken Kulturelemente in sich aufzunehmen und so zu dem wahrhaft kulturfördernden Faktor zu werden, der sie

während des ganzen Mittelalters geblieben ist. Diese Tat sichert Kaiser Constantin dem Großen auf alle Zeiten den Rang unter den Allergrößten der Menschheitsgeschichte.*)

Noch einem anderen Gedanken der Diocletianischen Reichsreform ermöglichte aber Constantin den entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung unseres Kulturkreises: dem Gedanken der Teilung der Reichsgewalt. Schon früher war es öfter vorgekommen, daß ein Kaiser sich einen Reichsgenossen ernannte, den er meist gleichzeitig zu seinem Nachfolger bestimmte, und es bildete sich mit der Zeit der Gebrauch heraus, daß der ältere, die höhere Autorität ausübende Kaiser den Titel „Augustus" führte, wogegen der jüngere Reichsgenosse als „Cäsar" bezeichnet wurde. Diocletian machte diesen Gedanken der zeitweiligen Trennung der Reichsgewalt zur Grundlage einer dauernden Verfassungseinrichtung, indem er bestimmte, daß immer zwei Augusti gleich-

*) Es ist ein außerordentlich seltener Vorgang, daß, wie es hier geschah, der Träger einer altgeheiligten Autorität eine diese Autorität bisher bedrohende geistige Bewegung dadurch unschädlich macht, daß er sich selbst an ihre Spitze stellt und so die Macht der Tradition mit der schöpferischen Kraft neuer Gedanken, das erhaltenswerte Alte mit dem lebenskräftigen Neuen verbindet. Daß dem französischen Königtum in der ersten Revolution und dem deutschen Kaisertum im Jahre 1918 die kraftvollen Persönlichkeiten fehlten, um die Verbindung der revolutionären neuen mit dem geschichtlich gewordenen alten Staatsgedanken durchzuführen, ist zum Verhängnis beider Völker geworden. Daß aber unser Volk in der Zeit seiner nationalen Einigung den Staatsmann fand, der die aus Deutschlands Geschichte und aus seiner innersten Eigenart erwachsene einzelstaatliche Gliederung mit dem berechtigten Einheitsstreben der Nation verband, indem er den Einzelstaat Preußen zum Träger der Einheitsbewegung machte, und so das Reich schuf, in welchem beide sich ausleben konnten, läßt wenigstens der Hoffnung Raum, daß die so geschaffene deutsche Einheit die Stürme der Zeit überdauern und der Ausgangspunkt zu neuen lebensvollen Bildungen werden möge.

zeitig regieren sollten, einer im Westen, der andere im Osten des Reiches und daß jeder von ihnen einen Cäsar neben sich haben sollte, der gleichzeitig der designierte Thronfolger war. Dieses äußerst komplizierte und gekünstelte Regierungs- und Thronfolgesystem ließ sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Schon gleich nach des Diocletian und seines Mitaugustus verfassungsmäßig vorgesehener Abdankung brach zwischen den Nachfolgern ein wilder Streit aus, der schließlich dahin führte, daß eben Constantin der Große, der Sohn des Constantius Chlorus, der unter Diocletian Cäsar des Westens gewesen war, die Alleinherrschaft an sich riß. Indem dieser nun, hierin Diocletian folgend, wohl um ein Wiederaufleben der alten heidnischen und republikanischen Traditionen zu vermeiden, seine Residenz von Rom fort und dauernd nach Byzanz verlegte, schuf er recht eigentlich die Grundlage zu der späteren Entwicklung, die die westlichen Provinzen vom Körper des Reiches absprengte und als die eigentliche Fortsetzung dieses spätrömischen Kaisertums das später sogenannte byzantinische Reich bestehen ließ. Denn Byzanz, nach dem Begründer seiner welthistorischen Größe nun auch Konstantinopel genannt, mit allen Mitteln eines raffinierten und allmächtigen Absolutismus zur Welthauptstadt emporgezüchtet, war dank seiner unvergleichlichen Lage an der Brücke von Europa nach Asien und an der Durchfahrt vom Mittelländischen ins Schwarze Meer der gegebene Kristallisationspunkt für ein die östlichen Mittelmeerländer umfassendes, ganz nach dem Orient gravitierendes verkleinertes Römerreich. Diese Entwicklung mußte eintreten, sobald sich herausstellte, daß der eine in Konstantinopel residierende Kaiser nicht mehr imstande war, das Reich vor den von allen Seiten auf es einstürmenden Barbaren

zu schützen. Und sie trat sehr bald ein. Schon Valentinian I. sah sich genötigt, sich selbst den Westen vorzubehalten und seinen Bruder Valens zum Imperator des Ostens zu machen. Diese Trennung blieb nun, abgesehen von der kurzen Alleinherrschaft Theodosius des Großen, eine dauernde. Als dieser, der letzte alleinige Kaiser des Römerreichs, bei seinem Tode seinen Sohn Arkadius zum Herrscher des Ostens, dessen Bruder Honorius zu dem des Westens bestimmte, war der Kreis der alten Geschichte geschlossen: die Mittelmeerländer zerfielen wieder in eine östliche und eine westliche Hälfte.

II. Entstehung der römisch-germanischen Kulturwelt

Theodosius der Große war der letzte römische Herrscher, der noch einmal das Reich machtvoll zusammenfaßte. Nach seinem Tode wurde die Spaltung unheilbar. Den Kaisern des östlichen Reiches gelang es mehr durch kluge Politik als durch die Gewalt der Waffen, den Ansturm der Germanen von ihrer Reichshälfte ab und auf das westliche Reich hinzulenken, das, innerlich zermorscht und bereits mit germanischen Elementen durchsetzt, ihm in kurzer Frist erlag. Doch war dieser Vorgang nicht etwa derart, daß der römische durch einen oder mehrere germanische Staaten überwältigt und ersetzt worden wäre. Im Gegenteil, die Germanen waren, als sie die Mittelmeerwelt eroberten, ein nach heutigen Begriffen staatloses Volk, ein Volk, das, in verhältnismäßig primitiven sozialen und wirtschaftlichen Zuständen lebend, in ein kulturell hochentwickeltes, sozial und wirtschaftlich stark differenziertes Land mit einem alten, traditionsstarken, technisch aufs feinste durchgebildeten Verwaltungssystem einbrach. Sie trafen in diesem Land auf Verhältnisse, denen ihre noch gewissermaßen naive Staatskunst in keiner Weise gewachsen war. Was war da natürlicher, als daß sie den ganzen staatlichen Organismus, den sie vorfanden, bestehen ließen und sich nur als Herren an die Stelle der Römer setzten. Es trat nun der merkwürdige Zustand ein, daß der germanische Herrscher, der einen bestimmten Teil des römischen Reiches okkupierte, für seine Germanen der Heerkönig blieb, der ihnen nur in sehr beschränktem Maße zu befehlen hatte und sie nach ihrem alten germanischen Rechte richtete, den neuen romanischen Untertanen gegenüber aber die

Stelle des römischen Kaisers einnahm. Wir müssen uns ferner gegenwärtig halten, daß die Eroberung des römischen Reiches nicht durch einen einheitlichen Akt der siegreichen Germanen geschah, sondern verschiedene Stämme unternahmen sie selbständig an verschiedenen Stellen und zu verschiedenen Zeiten. Dazu kam der eingeborene Trieb der Germanen zur Individualisierung, zur Ausbildung und Erhaltung kleinerer Gemeinschaften. So kam es, daß nicht etwa unter Erhaltung der Reichseinheit ein neues römisch-germanisches Reich der westlichen Mittelmeerländer entstand unter einem gemeinsamen Heerkönig-Augustus, sondern jeder germanische Stamm schuf sich in dem von ihm eroberten Reichsteil sein eigenes Staatsgebilde. Zwar fehlte es nicht an Versuchen, durch eine Art föderativen Bandes die ins Reich eingedrungenen Germanenstämme zu vereinen; die großen Gotenkönige Alarich und Theoderich waren die namhaftesten, die sie unternahmen. Der staatsbildende Sinn der Germanen war aber noch zu gering, die Eifersucht der anderen Volkskönige zu groß, um sie gelingen zu lassen. Ein Element der Einheit war aber in dem neuentstandenen Staatensystem vorhanden, es lag in dem gemeinsamen, überall gleichen Gegensatz der germanischen Eroberer gegen die romanischen Unterworfenen, in der Fortdauer der römischen Staatseinrichtungen und damit auch des römischen Staatsgedankens und in der religiösen Gemeinschaft der unterworfenen Bevölkerung. Noch existierte auch ein Repräsentant des Römertums, der dasselbe zeitweise in sehr machtvoller und imponierender Weise zur Geltung zu bringen wußte: der römische Kaiser in Konstantinopel. Es war nichts natürlicher, als daß die Bewohner der altrömischen Provinzen, ihre geistige und kulturelle Überlegenheit spürend, nur widerwillig

das Joch der Barbaren trugen und andererseits auch, daß die germanischen Fürsten, um ihren römischen Untertanen gegenüber ihre Autorität zu stärken, ihrerseits Fühlung beim Hofe von Byzanz suchten. So ließ sich Theoderich der Große seine tatsächliche Herrschaft über Italien vom Kaiser Anastasius erst bestätigen, und selbst die Barbarenfürsten im fernen Gallien und Hispanien suchten beim Kaiser in Konstantinopel die Verleihung byzantinischer Ehrentitel nach und ließen sein Bild auf ihre Münzen prägen. Ein Moment aber trug in überwiegendem Maße dazu bei, daß die Kluft zwischen Germanen und Romanen erhalten wurde, daß ein Zusammenwachsen der beiden Elemente in den neuen Staaten nicht stattfand: die religiöse Verschiedenheit. Die Germanen, die das römische Reich eroberten, waren in ihrer Mehrzahl Christen, aber ihr Christentum war nicht das ihrer römischen Untertanen. Als sich die römische Christenheit im Konzil zu Nicäa ihre einheitliche Glaubensform gab, wählte sie dazu den athanasianischen Katholizismus. Anhänger des auf dem Konzil überstimmten Arianismus, der die Dreieinigkeitslehre anders faßte, wollten sich der Mehrheit nicht unterwerfen, wanderten aus und brachten den heidnischen Germanenstämmen das Christentum in ihrer, im römischen Reiche nicht mehr geduldeten Form. So stand zwischen den Romanen und ihren germanischen Herren neben der nationalen auch noch die religiöse Verschiedenheit.

Die Franken waren, als sie in Gallien eindrangen, überhaupt noch keine Christen, sondern hingen dem Glauben ihrer heidnischen Altvordern an. Sie lernten das Christentum also gleich in der Form des athanasianischen Katholizismus kennen, und als ihr großer König Chlodwig, der eigentliche Gründer ihres Reiches,

den für dessen Entwicklung entscheidenden Schritt des Übertritts zur christlichen Religion tat, konnte er den neuen Glauben schon in der seinen romanischen Untertanen geläufigen Form annehmen. Er gewann dadurch ein Verhältnis zu diesen, das ihm einen gewaltigen Vorsprung vor den anderen Germanenfürsten auf römischem Boden gab. So wurde das Frankenreich „zur ältesten Tochter der Kirche" und sein König gewann die natürliche Anwartschaft auf die Rolle eines Beschützers der abendländischen Christenheit. Auch dies war wieder eine jener gewaltigen, epochemachenden historischen Taten, durch welche auf Jahrhunderte hinaus der menschlichen Entwicklung die Bahn gewiesen wird. Doch noch andere Umstände als diese religiöse Übereinstimmung der germanischen Herren mit den romanischen Untertanen sicherten dem Frankenreich seine große historische Mission. Denn während die anderen Germanenstämme, die auf römischem Boden Reiche gründeten, — die Ostgoten in Italien, die Vandalen in Nordafrika, die Westgoten und Sueben in Hispanien — durch die geographische Abgetrenntheit ihrer Länder von den im inneren Germanien wohnenden Volksgenossen gewissermaßen nur eine germanische Diaspora im romanischen Völkermeer bildeten, hatte das Frankenreich eine breite Grenze mit den reinen Germanen jenseits des Rheins. In dem Heidentum jener Germanen lag ein Anreiz, die Missionstendenz des katholischen Christentums mit der jedem jugendkräftigen Staatswesen innewohnenden Expansionstendenz zu verbinden und dem natürlichen Ausdehnungsbedürfnis des jungen Reiches die Richtung auf die Länder des inneren Germanien zu geben. Diese Tendenz blieb wirksam bis in die Zeiten Karls des Großen und fand ihren Abschluß in der Ausdehnung des Fran-

kenreichs bis an die Elbe. Neben dieser Möglichkeit, seine germanischen Elemente durch allmähliche Angliederung der rechtsrheinischen Stammesgenossen zu verstärken, wirkte noch ein anderes Moment in der gleichen Richtung, das seinen Grund in der völkischen Zusammensetzung Galliens hatte. Denn wenn auch römische Kultur und Verwaltungspraxis in Gallien einen schnellen und vollen Triumph erlebt hatte, wenn auch das Land in der späteren Kaiserzeit als vollkommen romanisiert gelten konnte, so war doch der Kern der Bevölkerung seinem innersten Wesen nach keltisch geblieben. Die Kelten standen aber dem Germanentum ihrer Abstammung nach zum mindesten wesentlich näher als die Bewohner der südlicheren Provinzen.

So war hier ein mächtiges Reich entstanden mit überwiegend germanischer oder wenigstens dem Germanentum nahe stehender Bevölkerung, durch den katholischen Glauben mit allen auf seinem Gebiet vorhandenen Elementen römischer Kultur aufs engste verbunden und dadurch auf die romanischen Völker eine starke Anziehungskraft ausübend. Die weitere Geschichte des Frankenreiches unter den Merovingern bietet uns im Rahmen unserer Betrachtung kein Interesse; es genügt zu wissen, daß nach dem Tode Chlodwigs, besonders durch das zersplitternde, den Normen des privaten Erbrechts folgende Thronfolgerecht verursacht, innere Wirren eintraten, die zeitweise das Reich fast völlig in kleinere Herrschaftsgebiete zerrissen, bis es schließlich einer neuen, sich neben das merovingische Königshaus schiebenden und es zuletzt verdrängenden Dynastie gelang, das Volk der Franken neu zu einen und der Vollendung seiner welthistorischen Aufgabe entgegenzuführen.

Um diese Aufgabe voll zu verstehen, müssen wir zu-

nächst noch einen kurzen Blick auf die Entwicklung der übrigen Gebiete des ehemaligen römischen Reichs werfen. An erster Stelle unter diesen steht der Erbe des alten Cäsarenreiches, das oströmische Kaisertum in Byzanz. Dieses Reich, jahrhundertelang zu Unrecht als typisches Beispiel des Niedergangs und der Entartung verschrien, machte in den annähernd drei Jahrhunderten, die zwischen dem Untergange des weströmischen Reiches und den Zeiten der Karolinger liegen, eine Umgestaltung durch, die es befähigte, noch länger als ein halbes Jahrtausend eine hochbedeutsame Rolle in der Geschichte Europas zu spielen und an seinem Teil an der Entstehung der modernen Welt mitzuarbeiten: es wandelte sich aus dem „oströmischen“ Kaisertum, das nichts anderes war als ein niedergehender Rest des alten Reiches, in ein neues griechisch-byzantinisches Nationalreich um. Dieses griff zwar häufig und oft zu seinem Schaden auf seine altrömischen Traditionen zurück, verfolgte aber doch im wesentlichen neue selbständige Tendenzen und löste sich immer mehr von der ehemaligen Westhälfte des alten Reichs als selbständiges Gebilde los. Am Anfang dieser Entwicklung steht eine Geschichtsepoche, die noch ganz auf den alten Traditionen fußt und ihre stärksten Impulse aus dem Gedanken empfing, daß der Kaiser von Byzanz der Nachfolger der Cäsaren sei und die Aufgabe habe, die Einheit der römischen Welt wieder herzustellen: die gewaltige Restaurationsepoche unter Justinian dem Großen. Was dieser Herrscher Dauerndes für die Menschheit geleistet hat, ist im wesentlichen begründet und beschlossen in dieser stockkonservativen, gewissermaßen retrospektiven Tendenz seiner Regierung: die Kodifikation des römischen Rechtes, in der die Summe der großen juristischen Hervorbringung des römischen

Altertums gezogen und diese zum ersten Male einheitlich zusammengefaßt und der Nachwelt überliefert wurde. Auch auf dem Gebiete der inneren Verwaltung bedeutet diese Regierung einen Abschluß, eine Zusammenfassung vorhergegangener Entwicklungen: die letzten Reste provinzieller und republikanischer Selbständigkeit wie auch altheidnischen Gottesdienstes wurden beseitigt und das Kaisertum aufs engste mit der Orthodoxie verbunden. Einen in die Zukunft weisenden Impuls gab Justinian seinem Volke nur auf künstlerisch-kulturellem Gebiete durch seine großartige Bautätigkeit, mit der er der eigentliche Begründer des byzantinischen Baustils wurde. Seine äußere Politik, ebenfalls ganz getragen von der retrospektiven Tendenz, die ihn auf dem Gebiete der inneren Politik wirklich Dauerndes leisten ließ, war aber nichts als ein gigantischer Mißerfolg. Indem er sich die Riesenaufgabe stellte, die Besitzungen des Reiches im Westen zurückzugewinnen und so gleichsam das Rad der Geschichte rückwärts zu rollen, errang er zwar blendende Augenblickserfolge, verschwendete aber die besten Kräfte seines Staates an Eroberungen, die nach einem Menschenalter doch wieder verloren gingen und entzog sie so der natürlichen Aufgabe der Sicherung gegen Osten. Bereits unter Justinians direktem Nachfolger, Justin II., ging ein Teil Italiens wieder an die Langobarden verloren, und unter dem vierten Nachfolger Phokas zeigten sich die Fehler der Justinianischen Politik deutlich in der Überflutung des Reiches durch die Perser. Zwar gelang es dem Sohn des tüchtigen Exarchen von Karthago, Heraklios, diese Gefahr noch einmal vom Reiche abzuwenden und dann selbst den Thron zu besteigen. Er erlag aber seinerseits einer neuen Gefahr, die über das Reich und bald auch über die ganze übrige Christenheit hereinbrach: der ara-

bischen. Der Islam, jene gewaltige, religiös-politische Bewegung des Orients, die auf unsere ganze mittelalterliche Geschichte von größtem Einfluß gewesen ist, fiel, nachdem er das Sassanidenreich über den Haufen gerannt hatte, das byzantinische Reich an und überflutete im ersten Anlauf ganz Syrien und Nordafrika, sodaß beim Tode des Heraklios die Herrschaft der Byzantiner sich auf Kleinasien und die Besitzungen auf der Balkanhalbinsel und in Italien beschränkte. Diesen Umfang überschritt das Reich nun nicht mehr. Aber es begann dann bald eine Periode der inneren Konsolidierung, die gleichzeitig mit einem Überhandnehmen des griechisch-orientalischen Elementes Hand in Hand ging. War das auch noch nicht gleichbedeutend mit dem griechischen Nationalstaat der Komnenen und Palaiologen, waren auch sogar die bedeutendsten Kaisergeschlechter der nächsten Zeit, die Syrier und Macedonier, nicht national-griechischen Ursprungs, so wurde doch immer mehr das Lateinische durch das Griechische verdrängt, und das Reich nahm in immer ausgesprochenerem Maße einen orientalischen Charakter an. Verstärkt wurde dieser Prozeß dadurch, daß die politische Stellung des Byzantinertums in Italien immer schwieriger wurde. War dieselbe schon unter Justin II. bedroht durch das Eindringen der Langobarden, so wurde sie es noch mehr, als Nordafrika in die Hände der Araber fiel und diese nun ihr Expansionsbedürfnis auf Sizilien und die unteritalienischen Küsten richteten. Den Kaisern wurde es immer schwerer, der italienischen Christenheit und vor allem den eine bevorzugte Stellung unter dem abendländischen Episkopat beanspruchenden Bischöfen von Rom wirksamen Schutz angedeihen zu lassen. So war es nur natürlich, daß bei diesen immer mehr das Streben aufkam, sich von Byzanz unabhängig zu ma-

chen, — ein Streben, das durch innere Wirren am Hofe in der letzten Zeit der herakleischen Dynastie noch verstärkt wurde. Alles wirkte zusammen, um die einmal begonnene Entwicklung zu beschleunigen. Nachdem das Reich nach dem gewaltsamen Ende Justinians II., des letzten Nachkommen von Heraklios, eine Periode innerer Wirren und kurzer machtloser Regierungen durchgemacht hatte, bestieg in Leo III., dem Syrer, ein Mann von entschiedener Begabung und Bedeutung den Thron, dessen kirchenpolitische Richtung aber nur dazu beitragen konnte, den Gegensatz zum Westen und zu Rom zu vertiefen. Die offizielle Kirche hatte immer mehr einen Kultus ausgebildet, der, unterstützt durch altheidnische Erinnerungen und Tendenzen, schließlich in einen ausgesprochenen Bilderdienst ausgeartet war. Man hatte damit angefangen, daß man es zuließ, den Bildern der Heiligen Ehrfurcht zu bezeugen, und zuletzt war die offizielle Verehrung der Bilder daraus geworden. Dagegen hatte sich besonders in Syrien gar bald eine Richtung geltend gemacht, die, wohl unterstützt durch den dem reinen Monotheismus mehr zuneigenden semitischen Charakter des Volkes und die nähere Berührung mit Mohammedanern und Juden, jede Bilderverehrung als Rückfall in Götzendienst und Heidentum heftig bekämpfte. Diese Richtung hatte nun in Leo III. ihren Vertreter auf den Kaiserthron selbst entsandt. Der Kaiser ging mit allen Mitteln darauf aus, seiner Überzeugung im Reiche Geltung zu verschaffen, und die Kirche war nicht geneigt, kampflos die Waffen zu strecken. Da auch des Kaisers Sohn und Nachfolger, der gewaltige Konstantin V. Kopronymos, und dessen Sohn Leo IV. der gleichen Richtung huldigten wie der Stifter der Dynastie, so erschütterten fast hundertjährige innere Wirren, der sogenannte Bilderstreit,

das Gefüge des Reiches. Besonders heftig war der Widerspruch, den die Tendenzen der „bilderstürmenden“ Kaiser in den noch gebliebenen italienischen Besitzungen und vor allem bei den Bischöfen von Rom fanden. Diese gerieten, mit ihrem Anspruch auf den Primat in der Christenheit, der in dem Prestige ihres Bischofssitzes als Wiege und alte Hauptstadt des Reiches einen seiner Hauptgründe hatte, in immer heftigeren Widerstreit gegen den Patriarchen von Konstantinopel. Als nun dieser Gegensatz gegen Byzanz sich verschärfte durch die religiösen Streitigkeiten des Bildersturms und eine weitere Unterstützung fand in der Unfähigkeit des byzantinischen Kaisertums, Rom und dem Papsttum den nötigen Schutz gegen die Anmaßungen der langobardischen Könige und Fürsten und gegen den von Süden drohenden Ansturm der Araber zu gewähren, war es nur natürlich, daß der Papst gleichzeitig diesen Schutz und Befreiung von dem drückenden Joch der byzantinischen Bevormundung in dem Anschluß an eine starke, von Byzanz unabhängige Macht suchte. Diese bot sich ihm in dem neu erstarkten fränkischen Reich.

Dieses hatte soeben eine glänzende Machtprobe in dem Siege über die spanischen Araber bestanden. Der Islam war wie ein gewaltiger Sturm über das gesamte Morgenland dahingebraust. Nachdem Arabien unter der Fahne des Propheten geeinigt und Persien niedergeworfen war, hatte er sich auf das oströmische Reich gestürzt. Hier fand er aber vorläufig einen nicht zu überwindenden Widerstand. In der ersten Belagerung Konstantinopels brach die Offensivkraft der arabischen Reiterheere zusammen, und der militärischen Tüchtigkeit der späteren Kaiser der herakleischen und der ersten der syrischen Dynastie gelang es, Vorderasien

auf lange dem Reiche zu sichern. Da so im östlichen Mittelmeer der Expansionskraft des Islam ein starker Damm entgegengesetzt war, suchte sie ihre Betätigung im Westen. Die Schwäche der suebisch-westgotischen Staaten in Spanien bot dazu die beste Handhabe. Nachdem Tarek bei den Säulen des Herkules die Afrika von Europa trennende Meerenge überschritten und bei Xeres de la Frontera die spanischen Heere geschlagen hatte, fiel ganz Spanien der arabischen Eroberung anheim und es bestand eine Zeitlang die Gefahr, daß die arabische Welle, die sich an dem Felsen der Stadt Konstantins gebrochen hatte, Europa von Westen überflute. Da war es das fränkische Geschlecht der Pippiniden oder Karolinger, das Europa und die römisch-christliche Kultur rettete. Der Majordomus der geeinten Frankenreiche, Karl Martell, trat den Arabern zwischen Tours und Poitiers entgegen und schlug sie so energisch aufs Haupt, daß ein weiterer Einfall in Gallien unterblieb.

Das Haus, dem Karl entstammte, nach ihm selbst später das der Karolinger genannt, war aus dem fränkischen Adel hervorgegangen und hatte sich in dem Teilreiche Austrasien allmählich zur Würde eines königlichen Haushofmeisters oder Majordomus emporgeschwungen. Durch die persönliche Bedeutung seiner Träger, die in dem Adel eine Stütze fanden, der zu dem degenerierten merovingischen Königshaus immer stärker in Opposition trat, und durch die Schwäche des Königtums war dieses Amt zu einer politischen Macht ersten Ranges emporgewachsen und hatte die engen Grenzen des austrasischen Reiches bereits überschritten, als Karl es nach seinem Vater Pippin dem Mittleren übernahm. Als durch das Aussterben der Nebenlinien des merovingischen Hauses auch das fränkische König-

tum wieder in einer Hand vereinigt worden war, hatte sich ihm das Majordomat als wirklicher Inhaber der Gewalt an die Seite geschoben. Es war bereits eine gefestigte Macht, als es die Probe seiner welthistorischen Berechtigung in der Schlacht von Tours und Poitiers bestand, und konnte nach Karl Martells Tode ohne Widerspruch auf dessen Sohn Pippin III. übergehen. Doch war das Nebeneinanderexistieren eines eigentlich berechtigten und eines faktischen Inhabers der Königsmacht ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand.

Ein Weg zur Beseitigung dieses Mißstandes bot sich in dem Bündnis des fränkischen Majordomates mit dem Papsttum. Ebenso wie der Papst nach einer starken Macht suchen mußte, die ihm Schutz gegen die ihn bedrängenden Gewalten der Langobarden, Araber und Byzantiner gewährte, lag bei Pippin das gleiche Bedürfnis vor nach einer Instanz, die den Rechtsbruch der Entsetzung des altgeheiligten Königshauses und die Okkupation auch der formalen Königsmacht durch eine neue Dynastie zu legitimieren imstande war. Und ebenso wie nur das Frankenreich in der Lage war, den ideellen Ansprüchen des Papsttums auf die geistliche Führerschaft im Abendlande seine reale Macht zu leihen, ebenso konnte nur die Kirche mit ihrer die Gemüter schon beherrschenden Autorität dem neu zu errichtenden Königtum der Karolinger den allein ihm noch fehlenden Schimmer der geheiligten Legitimität verleihen. Indem Pippin den noch schwankenden Anspruch des Papsttums auf den Primat in dieser Kirche stützte, schuf er die Macht, die einzig und allein seinem Hause die Besteigung des Thrones ermöglichen konnte. Doch der Papst mußte, wollte er den für ihn wesentlichen Zweck des Büdnisses erreichen, noch einen Schritt weiter gehen, als nur den der Anerkennung des

neuen karolingischen Königtums. Er mußte dem neuen Könige einen Rechtstitel verleihen zum Schutze der römischen Kirche, und so ernannte er ihn zum patricius Romanus und begründete damit für die fränkischen Herrscher und ihre Rechtsnachfolger den Anspruch auf die Einmischung in die italienischen Verhältnisse und auf die Oberherrschaft über die Kirche. So war in diesem welthistorischen Bunde gewissermaßen die Disposition gegeben für das gewaltige Drama der mittelalterlichen Geschichte.

Das Werk Pippins III. fand seine Vollendung durch seinen Sohn Karl den Großen. Die alte Tendenz des Frankenreiches nach Ausdehnung über das rechtsrheinische Germanien wurde unter seiner Regierung gekrönt durch die Unterwerfung der Sachsen, und die von Pippin eingeschlagene Richtung der fränkischen Politik auf Italien — sie war eine notwendige Folge der engen Verbindung mit dem Papsttum — erhielt ihren Abschluß in der Vereinigung der fränkischen mit der langobardischen Krone. Vor allem aber zog Karl die volle Konsequenz aus der väterlichen Politik der Verbindung mit der Kurie. Zu seinen Zügen gegen den Langobardenkönig Desiderius wurde er in erster Linie veranlaßt als Schützer des heiligen Stuhles. Aber auch in seinen Kriegen gegen die Sachsen betonte er hauptsächlich den Missionscharakter dieser Kriege. Wie er aber in seiner äußeren Politik vor allem als Schirmherr und Propagator der Kirche auftrat, so war er auch im Innern seines Reiches stets darauf bedacht, die Rechtgläubigkeit zu schützen; das heißt mit andern Worten er betonte immer und überall das kirchliche Moment, das einzige, auf dem die Einheit der werdenden christlich-germanischen Welt damals beruhte. Die gewaltige Kulturarbeit, die Karl der Große als Organisator und

Verwalter seines Reiches leistete, können wir im Rahmen unserer Betrachtung beiseite lassen, die nur die Entwicklungslinien des heutigen Europa aufzeigen soll. Eine Seite von Karls Tätigkeit ist aber von allergrößter Wichtigkeit für diese Entwicklung: die Förderung, die er der Erhaltung und Verbreitung antiker Kultur zuteil werden ließ. In den Klosterschulen wurde überall das Studium der alten Klassiker auf das eifrigste gepflegt, das Lateinische war die offizielle Amtssprache des Reiches. Bei den Palast- und Kirchenbauten, die der König allenthalben aufführen ließ, wurden Skulpturteile eingebaut, die aus Italien herbeigebracht waren. Es war eine glänzende Renaissance antiker Bildung, die Karl hauptsächlich durch Förderung des geistlichen Elementes planmäßig in die Wege leitete und pflegte. Dabei muß er sich doch immer bewußt geblieben sein, daß die eigentliche Kraft seines Reiches auf dem Germanentum beruhte. Neben der Pflege der antiken Literatur ging die des altgermanischen Heldenliedes her; in seinen persönlichen Lebensgewohnheiten blieb Karl bis zu seinem Lebensende immer Vollgermane; auch die Verwaltungsorganisation, die er seinem Reiche gab, ebenso wie das unter seiner Regierung eigentlich entstehende Lehenswesen gingen in ihrem Wesen auf germanische Ideen zurück. Ganz in diese Richtung paßt die Erzählung, daß Karl die formelle Krönung seiner romanisierenden und antikisierenden Politik durch seine Erhebung zur römischen Kaiserwürde eigentlich nicht wollte, und es ist sehr wohl glaubhaft, daß er unangenehm überrascht war, als ihm der Papst am Weihnachtstage des Jahres 800 eine goldene Krone aufs Haupt setzte und ihn urbi et orbi als Imperator Augustus proklamierte. Und doch war dieser feierliche Akt die notwendige Folge der vorhergegangenen Entwick-

lung. Denn indem das Frankenreich gleichzeitig den wichtigsten Teil der Germanenwelt und alle nicht mehr unter byzantinischer und noch nicht unter arabischer Herrschaft stehenden Teile des alten römischen Reiches unter seinem Szepter vereinigte und gleichzeitig als einzige Macht die Tendenz in sich trug, die katholische Religion auch über seine Grenzen hinaus zu verbreiten, hatte es sich tatsächlich das Recht erworben, als der staatliche Ausdruck der durch das Hinzutreten der christianisierten Germanenvölker zwar erweiterten und gewandelten, aber doch noch fortbestehenden römisch-christlichen Kultureinheit zu erscheinen. So stark aber war der Eindruck, den die antike Kultur und der antike Staat in den Gemütern der Menschen hinterlassen hatte, daß man sich diese Einheit nur in der Form des römischen Kaisertums denken konnte. So war es eine Naturnotwendigkeit, daß dieses römische Kaisertum in der Person des großen Frankenkönigs neu erstand. An der Schwelle der neuen römisch-germanisch-christlichen Welt wurden so noch einmal alle lebendigen Kräfte, die diese Welt bilden sollten, zu einer imposanten Staatseinheit zusammengefaßt, und in diesem Reiche den europäischen Völkern gewissermaßen das Einheitsideal aufgestellt, an dem ihr Gemeingefühl sich in den kommenden Jahrhunderten der Zersplitterung immer wieder neu beleben und aufrichten konnte. Denn ebenso, wie es sich aus der vorhergegangenen Entwicklung und der damaligen Weltlage zwingend ergab, daß dieses Reich entstehen mußte, ebenso lag es in der Natur der Dinge begründet, daß es sich in seiner realen Einheit auf die Dauer nicht erhalten konnte. Der alte Drang der Germanen, sich in kleineren Kreisen zusammenzuschließen, die Interessen dieser kleinen Gemeinschaften über die der großen, zusammenfassenden Einheit zu stellen,

mag eins der — letzten Endes treibenden — Elemente in dieser Entwicklung gewesen sein. Dazu kam, daß es unter den damaligen primitiven Verkehrsverhältnissen fast ein Ding der Unmöglichkeit war, ein Reich, das von der nördlichen Elbe bis an den Tiber und über die Pyrenäen hinaus, vom Ärmelkanal bis an die mittlere Donau reichte, auf die Dauer zusammenzuhalten und einheitlich zu verwalten. Und wenn auch die teils der natürlichen Entwicklung entsprechende, teils gewaltsam aufgezwungene Herrschaft der römischen Kirche und der von ihr gepflegte antike Kulturbesitz dem ganzen Reiche gemeinsam waren, so war dieses letztere doch aus höchst heterogenen Elementen zusammengesetzt. In Italien eine fast rein römische Bevölkerung mit verhältnismäßig spärlicher germanischer Beimischung, noch gewohnt an römische Verwaltung und ganz im Geist der Kirche aufgewachsen; im nördlichen Deutschland ein rein germanisches Volk, noch zäh an seiner alten Freiheit und seinem alten Götterglauben hängend und dem politischen Beamten des Kaisers innerlich ebenso widerstrebend wie dem geistlichen Sendboten des römischen Bischofs. Und ebenso verschiedenartig waren die außenpolitischen Verflechtungen, in welche diese ungleichartigen Bestandteile das Reich rissen. Während an der Ostgrenze die räuberischen, noch heidnisch gebliebenen Wenden und Avaren die Grenze bedrohten, und eine ständige wachsame politische und militärische Abwehr erforderten, brachte der Besitz Italiens und der Kaiserwürde den Herrscher in Berührung mit dem Kaisertum in Byzanz und zog ihn so in die vielgestaltigen Beziehungen der orientalischen und mittelländischen Völkerwelt hinein. Die Küsten Galliens und Norddeutschlands waren den Einfällen der nordischen Seeräuber ausgesetzt und die spa-

nischen Grenzmarken brachten Beziehungen zur westlichen Hälfte der islamitischen Welt. Nur eine Persönlichkeit von den Riesenausmaßen Karls des Großen war der gewaltigen Aufgabe, welche ein solches Reich seinem Herrscher stellte, gewachsen. Den äußeren Anstoß zur Auflösung des Reiches gab das fränkische Thronfolgerecht, das jedem Sohn des Herrschers gleichen Erbanspruch gewährte und Veranlassung gab, das Reich wie einen privaten Grundbesitz zu teilen. In langen hartnäckigen Kämpfen vollzog sich dieser Prozeß. Zunächst wurde das Reich unter die drei Söhne Ludwigs des Frommen geteilt. Es war ein merkwürdiger Zufall, daß die älteste Linie, der mit dem Kaisertitel und der formalen Oberherrschaft das mittlere, sich längs des Rheines und über Italien erstreckende Reich zufiel, bereits in der zweiten Generation erlosch, während die beiden jüngeren Linien sich solange erhielten, bis ihre Staaten, aus denen später der deutsche und der französische erwuchsen, sich wenigstens einigermaßen konsolidieren konnten.

III. Das abendländische Universalreich

Als zu Beginn des 10. Jahrhunderts das Haus der Karolinger erlosch, waren die großen Linien, in denen sich die Entwicklung Europas vollziehen sollte, bereits vorgezeichnet. Aus der Mitte des Erdteils sollte sich die neue, abendländisch-europäische Menschheit entwickeln. Hier waren die germanischen und kelto-romanischen Völker in zwei großen Reichen vereinigt, die zwar staatlich noch ganz in den Rudimenten stekkend, doch schon durchaus auf einen inneren Zusammenschluß in sich angewiesen waren: dem ostfränkischen (deutschen) und dem westfränkischen (französischen). Zwischen beiden ein langgestrecktes Gebiet, von den Mündungen des Rheins bis an die Südspitze Italiens reichend, das immer zwischen den beiden großen Nationalstaaten hin und her schwankte. Unter Lothar I. auf kurze Zeit zu einer staatlichen Einheit zusammengefaßt, bildete dieses Gebiet bis auf den heutigen Tag den ständigen Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich. Hier waren in kultureller wie politischer Beziehung die Grenzen zwischen den beiden großen Kernvölkern Europas immer fließend. Die südliche Hälfte dieses Gebiets, Italien, hat sich unter Benutzung der günstigen, auf eine geschlossene Einheit förmlich hinweisenden geographischen Lage und der alten römischen Traditionen allmählich zu einer kulturellen und staatlich selbständigen Existenz durchgerungen. Der nördlichen Hälfte gelang dies seit dem Tode ihres zweiten und letzten selbständigen Herrschers, Lothars II., nie mehr. In dem frühmittelalterlichen arelatischen Reich im Rhonetal und den südwestlichen Alpen, in den Selbständigkeitsbestrebungen der lothringischen Herzoge und später in der ver-

suchten Reichsgründung der kapetingischen Burgunderherzoge tritt immer wieder der Versuch in die Erscheinung, zwischen Deutschland und Frankreich selbständige Staaten zu errichten. Heute findet dieser „deutsch-französische Zwischenreichsgedanke" seinen Ausdruck in der unabhängigen Existenz von Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz.

Diese Gruppe von christlich-germanischen Staaten bildete, wie gesagt, keine Reichseinheit mehr. Aber die Erinnerungen an das sie einstmals umfassende Reich Karls des Großen, die Zugehörigkeit zur römischen Kirche und der antike Kulturbesitz war ihnen allen gemeinsam und schied sie scharf von den umwohnenden Völkern. Die übrigen Teile des heutigen Europa waren noch von Völkerschaften bewohnt, die außerhalb dieses römisch-germanisch-christlichen Kulturkreises standen. Der Südwesten des Erdteils, die pyrenäische Halbinsel, war ganz dem reinen Orientalentum in der Gestalt des Islam anheim gefallen und nur am Fuße und in den Tälern der Pyrenäen erhielten sich christlich-germanische Zwergstaaten. Der Süden Italiens war teilweise ebenfalls von den Arabern besetzt. In den übrigen Teilen Süditaliens und an einigen Teilen der Ostküste behaupteten sich noch die Byzantiner, die in der ganzen Osthälfte des Mittelmeers, soweit sie nicht dem Islam verfallen war, die herrschende Macht waren. Nördlich von diesen, das Ostfrankenreich von Osten begrenzend, dehnte sich das weite Völkermeer der heidnischen Slavenstämme, während der eigentliche Norden unseres Erdteils, die skandinavischen Länder, von ebenfalls noch heidnischen Germanen bewohnt war, die besonders als Seeräuber die Küsten der fränkischen Reiche bedrängten.

Der Inhalt der folgenden Jahrhunderte war es nun

einerseits, diese Länder allmählich der abendländischen Kultur anzugliedern, andererseits im Bereiche der abendländischen Völker selbst die einzelnen Nationen herauszuarbeiten und voneinander zu sondern. Dieser Prozeß fand erst einen gewissen Abschluß in der Reformationszeit. In der inneren Entwicklung des sich allmählich weitenden Europa gingen zwei Tendenzen immer nebeneinander her: die eine auf Betonung der europäischen Gemeinsamkeit, die andere auf selbständige Entwicklung der sich bildenden Nationen. Von diesem Gesichtspunkt aus läßt sich die Zeit vom Verfall des Karolingerreichs bis zur Reformation deutlich in zwei scharf geschiedene Perioden trennen, als deren Scheidepunkt ich den endgültigen Sturz des staufischen Kaisertums annehmen möchte. In der ersten Periode überwiegen die universalistischen Tendenzen und gleichzeitig die Tendenz der Expansion des Abendlandes auf die ihm benachbarten Gebiete; in der zweiten tritt die innere Entwicklung der Staaten mehr in den Vordergrund, der Kampf zwischen den einzelnen Nationen beginnt eine größere Rolle zu spielen, kurzum: die dezentralistische, nationale Tendenz tritt in die erste Reihe. Natürlich wäre es falsch, nun anzunehmen, daß in der ersten Hälfte des Mittelalters die nationalen, in der zweiten die zentralistischen Tendenzen ganz ausgeschaltet gewesen wären. Große Gedanken und Ideale, die die Menschen beherrschen, brauchen immer geraume Zeit der Vorbereitung, bevor sie sich in der Geschichte auswirken, und man kann die ersten Anfänge einer geschichtlichen Entwicklungstendenz in Zeiten zurückverfolgen, in denen noch ganz anders geartete Gedanken und Bestrebungen die Geister vorwiegend beschäftigten. Ebenso sind die großen Ideale, welche einer Volks- oder Völkergemeinschaft während einer bestimmten Zeit die

Wege gewiesen haben, nicht von heute auf morgen zu entthronen, sondern wirken oft noch Jahrhunderte nach, in denen die Entwicklung der betreffenden Gemeinschaft bereits ganz andere Bahnen eingeschlagen hat. Erst allmählich, durch die Erlebnisse und Erfahrungen vieler Generationen, gewöhnen sich die Gemüter der Menschen daran, ihren Gedanken eine andere Richtung zu geben. Gegen ein vorherrschendes, politisches oder kulturelles Ideal entsteht zuerst bei wenigen eine Opposition, die oft erst in der Folge mehrerer Geschlechter immer weitere Kreise zieht und schließlich die Entwicklung des ganzen Volkes in andere Bahnen zwingt.

Durch die Kirche und die von ihr gehegten Reste klassischer Kultur war den Völkern des ehemaligen Frankenreichs eine gewisse Einheit verliehen. Und wenn auch die einzelnen Bestandteile des Reiches ihrem Kulturzustand nach sehr verschieden waren, so war doch in ihnen allen die herrschende Oberschicht germanischen Blutes, und dies führte eine gewisse Gleichmäßigkeit der staatlichen Verhältnisse in allen diesen Reichen herbei. Überall sehen wir eine sehr schwache Entwicklung des Staatsgefühls und eine starke Überwucherung durch lokale Tendenzen; ein schwaches Königtum, das sich nur mit Mühe gegen einen unabhängigkeitslüsternen Schwert- und Grundadel behaupten konnte; die Geistlichkeit im ausschließlichen Besitze einer höheren geistigen Bildung und infolge ihrer daraus resultierenden besonderen Eignung zum diplomatischen und Verwaltungsdienst als bevorzugte Stütze des Königtums, dessen Schutz sie wieder dem ungebärdigen, nichts weniger als kirchenfreundlichen Adel gegenüber benötigt. Im ostfränkischen Reiche kam zu diesen sich gegenseitig befehdenden

Elementen noch das Stammesherzogtum hinzu. Der Ludwig dem Deutschen, dem zweiten Sohn Ludwigs des Frommen zufallende Teil des Frankenreiches bestand aus den rein germanischen Gebieten, die in der späteren Merovinger- und in der Karolingerzeit dem Reiche einverleibt worden waren. Sie hatten teilweise bis in die Zeiten Karls des Großen hinein ihre eigenen Stammesfürsten, die Herzöge. Mit diesen räumte Karl der Große zwar überall auf, und ersetzte sie durch seine königlichen Beamten, die Grafen. Aber in der Erinnerung der einzelnen Stämme lebte das alte Herzogtum noch fort und wurde überall wieder hergestellt, als unter Karls Nachfolgern die Macht des Königtums immer mehr zurückging. Daneben hielten sich in den meisten Gebieten die Grafen, die sich allmählich aus königlichen Beamten in einen erblichen Grundherrenadel verwandelten. Das ganze staatliche Leben wurde außerdem mit der Zeit von einer Institution durchsetzt, die ursprünglich einen rein wirtschaftlichen Charakter hatte. Es hatte sich der Gebrauch herausgebildet, verdienten Dienern des Königs zur Belohnung einen Grundbesitz nutznießlich zu überlassen. Ebenso wurde bei der noch allgemein üblichen Naturalwirtschaft die Nutzung gewisser Krongüter mit der Ausübung bestimmter Ämter verbunden, gewissermaßen an Stelle eines Gehaltes. In der weiteren Ausbildung dieser Gepflogenheiten kam es dann vor, daß freie Grundbesitzer ihre Güter irgendeinem großen Herrn übertrugen und sich nur die Nutznießung vorbehielten. Sie gingen damit zwar in gewisser Beziehung ihrer Freiheit verlustig, denn sie waren dem neuen Lehnsherrn zur Heeresfolge verpflichtet, aber sie erlangten dafür Anspruch auf seinen Schutz, bei der allgemeinen Rechtsunsicherheit ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Auch wer ein Gut

von einem anderen zu Lehen trug, konnte es seinerseits ganz oder teilweise zu Lehen weitergeben, wovon auch reichlich Gebrauch gemacht wurde. So durchsetzte das Lehenswesen das ganze öffentliche Leben und wurde aus einer rein wirtschaftlichen immer mehr zu einer durchaus politischen Institution. Die beiden Wurzeln, aus der diese Institution erwuchs, waren aber: Grundbesitz und Heeresdienst, der Gedanke der Bindung einer bestimmten Familie an eine bestimmte Scholle, und der weitere Gedanke, daß diese Familie damit dem eigentlichen Herrn dieses Grund und Bodens verpflichtet sei und dieser Verpflichtung in militärischen Diensten zu genügen habe. Zwei urgermanische Gedanken. Und da die führenden Schichten in allen Ländern des ehemaligen Frankenreiches durchweg germanischen Blutes waren, fand diese Einrichtung in all diesen Ländern gleichermaßen Eingang. So bildete sich im gesamten abendländischen Kulturkreis ein im wesentlichen gleichartiger grundbesitzender Kriegeradel, ein nicht zu unterschätzender Faktor der Einheit. Wir können seitdem immer beobachten, daß in den Ländern unserer Kultur die Schichten, die wirtschaftlich und politisch die Führung hatten, ein gewisses internationales Gepräge trugen, von einem Land zum andern untereinander zusammenhängen. In jenen Frühzeiten, die noch wesentlich natural-wirtschaftliche und kriegerische Züge trugen, war dies bei Grundbesitz und Kriegerstand der Fall. In unserer kapitalwirtschaftlichen Zeit sind es hauptsächlich die Kreise des Großhandels und der Großindustrie, sowie der hohen Finanz, welche diesen internationalen Charakter tragen.

Neben diesen sozialen Verhältnissen, die dem Kulturleben des Abendlandes ein ziemlich einheitliches Bild verliehen, standen noch zwei machtvolle politische In-

stitutionen als sichtbarer Ausdruck der abendländischen Einheit: das wiedererstandene römisch-germanische Kaisertum und das Papsttum. Das römisch-deutsche Kaisertum beruhte auf einer Grundlage, die der des karolingischen Reiches sehr nahe verwandt war. Es entstand ebenfalls aus dem Bedürfnis der Kirche, Anlehnung und Schutz bei einem mächtigen abendländischen Reiche zu suchen.

Trotz der Verschiedenheit der Stämme, die das ostfränkische Reich bildeten, trotzdem in ihnen allen das Stammesherzogtum wieder aufgelebt war, hielten die Großen des Reiches beim Erlöschen der Karolinger doch wenigstens äußerlich an der Reichseinheit fest, indem sie dem Reiche einen neuen König gaben in der Gestalt des Sachsen-Herzogs Heinrich. Veranlaßt war dieser Schritt wohl hauptsächlich durch die richtige Erkenntnis, daß die Stämme vereinzelt nicht imstande gewesen wären, dem gewaltigen Ansturm der heidnischen Feinde im Osten, der Slaven und vor allem der ihre Raubzüge bis ins Innere Deutschlands ausdehnenden Magyaren, zu widerstehen. Und die beiden ersten Sachsenkönige Heinrich I. und Otto I. lösten ihre Aufgabe so gut, indem sie die Widerstandskraft des Reiches nach außen organisierten und damit auch dem Königtum nach innen eine gewisse Machtfülle verliehen, daß um die Mitte des 10. Jahrhunderts das ostfränkische Reich unbestritten den ersten Platz unter den Staaten des Abendlandes einnahm. Das westfränkische Reich führte unter den letzten Königen der karolingischen und den ersten der capetingischen Dynastie ein kraftloses Schattendasein, die britischen Inseln waren national und politisch noch nicht geeint, Spanien zum größten Teil noch im Besitz der Araber, und Italien ein Zankapfel zwischen Byzantinern, Sarazenen und den

Machtgelüsten der einheimischen Großen. Dieses Italien aber war der Sitz des Papsttums, das als Repräsentant des hervorragendsten und zukunftsreichsten geistigen Kulturfaktors im damaligen Abendlande, der römisch-katholischen Kirche, einen ideellen Herrschaftsanspruch universalster Natur mit den geringfügigsten realen Machtmitteln verband. Da war es wieder wie zur Zeit Pippins des Kleinen das Gegebene für das Papsttum, Schutz zu suchen bei dem einzigen römisch-katholischen Herrscher, der das ganze Abendland mit dem Ruhme seiner Taten und seiner Macht erfüllte; das war aber der König des ostfränkischen Reiches, Otto der Große. Diese Verbindung des deutschen Königtums mit dem römischen Kaisertum und dadurch mit Italien soll ein nationales Unglück für unser Volk gewesen sein. Die Entwicklung Deutschlands zur völkischen und politischen Einheit soll dadurch um Jahrhunderte verzögert und der „Jammer der deutschen Kleinstaaterei" erst ermöglicht worden sein: es wird Otto dem Großen und seinen Nachfolgern in der deutschen Königswürde der Vorwurf gemacht, daß sie, von dem Glanz der Kaiserkrone und uferloser Weltreichsgedanken geblendet, ihre nationale Pflicht versäumt hätten, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu machen und es nach Osten auszudehnen. Ich halte nichts für ungerechtfertigter als dieses Gerede. Denn die Verbindung der deutschen und gerade der deutschen Königswürde mit der römischen Kaiserwürde war eine historische Notwendigkeit, und nicht nur in der Tatsache war dieselbe begründet, daß Deutschland der einzige abendländische Staat war, der der römischen Kurie den nötigen Schutz gewähren konnte. Durch seine geographische Lage war es geradezu dazu prädestiniert, den für die weitere Entwicklung des Abendlandes nun

einmal notwendigen römischen Kaisergedanken zu repräsentieren. In engster geographischer Verbindung mit dem alten römischen Kulturland Gallien, grenzte es im Süden an Italien, im Südosten, Osten und Norden an Länder, die der christlich-germanischen Kultur zwar noch nicht assimiliert, aber ihr assimilierbar waren, und es liegt auf der Hand, daß für den „Kaiserstaat" des römisch-abendländischen Reiches, der durch den stark theokratisch versetzten Charakter des Kaisertums in engster Verbindung mit dem kirchlichen Ideenkreis stand, der Anreiz besonders nahe lag, diese bislang noch heidnischen Magyaren-, Slaven- und Germanenvölker in den Bereich der römischen Kirche und damit der abendländischen Bildung einzubeziehen. Um das moderne Europa erstehen zu lassen, zu dem Ungarn, die Westslavenländer und Skandinavien doch als integrierende Bestandteile gehören, mußte gerade Deutschland der Führerstaat des mittelalterlichen Abendlandes werden. Darin lag nun wieder der Herrschaftsanspruch der deutschen Könige über Italien gegeben, und der soll die Quelle alles Unglücks in unserer Geschichte geworden sein. Ich möchte auch dies bestreiten. Man darf sich nicht dazu verleiten lassen, bei der Würdigung geschichtlicher Vorgänge den Maßstab der eigenen Zeit und der in ihr leitenden Ideen anzulegen. In unserem Sinne national zu denken, war den Menschen des 10. und auch der folgenden Jahrhunderte nun einmal nicht gegeben. Der kirchliche Gedanke beherrschte sie in weit höherem Maße. Auch darf nicht übersehen werden, daß in keinem Lande des christlichen Abendlandes damals die innere Konsolidierung weiter oder auch nur soweit vorgeschritten war wie in Deutschland. Die ersten Capetinger und auch die damaligen Könige Englands standen ihren Vasallen weit machtloser gegenüber als die

Ottonen und Salier. Vielleicht war gerade die Machtstellung der ersten beiden eigentlich deutschen Dynastien nach innen das Höchstmaß dessen, was im damaligen Abendland in dieser Beziehung überhaupt zu erreichen war. Die innere Konsolidierung eines Staates führt aber notgedrungen zur Expansion nach außen. Daß diese aber gerade die Richtung auf Italien nehmen mußte, war in der ganzen historischen Entwicklung gegeben. Auch glaube ich, daß gerade die italienisch-kaiserliche Weltpolitik unserer frühmittelalterlichen Könige zum nationalen Zusammenwachsen des deutschen Volkes mehr beigetragen hat als manche anderen Faktoren. Denn dieses Zusammenwachsen war bei der geographischen Beschaffenheit Deutschlands und der ethnographischen Verschiedenheit seiner Stämme durchaus nicht naturgegeben. Daß es doch erfolgte, ist wohl nicht zum geringsten Teil auch der Tatsache zuzuschreiben, daß über allen deutschen Stämmen, sie zusammenfassend, der sie in tiefster Seele packende Gedanke des römisch-christlichen Imperiums stand, daß ihre Fürsten gemeinsam dazu berufen waren, der abendländischen Welt den Herrn zu geben. Es ist doch eine zum Nachdenken anregende Tatsache, daß gerade unter der Herrschaft des Hauses, das den römischen Kaisergedanken vielleicht am lebhaftesten erfaßte und am engsten in italienische Beziehungen verwickelt war, unter den Staufern, zum ersten Male so etwas wie nationale Klänge in der Poesie eines Walther von der Vogelweide ertönen. Auch hat die sogenannte Kleinstaaterei Deutschlands in der zweiten Hälfte des Mittelalters und in der Neuzeit doch wohl tiefer liegende Gründe gehabt als nur die Tatsache, daß die Kaiser durch ihre kirchliche und italienische Politik gehindert gewesen sein sollen, sich mit den inneren Verhältnissen des deutschen Königreichs

zu befassen. Sie liegen vielmehr zunächst in dem schon erwähnten uneinheitlichen geographischen Aufbau des Landes, das von nicht unerheblichen, die einzelnen Landschaften trennenden Gebirgszügen durchschnitten ist, und dessen große Ströme sich in drei verschiedene Meere ergießen und dadurch den von ihnen durchflossenen Gebieten verschiedene wirtschaftliche Ziele und Charaktere geben; Tiefebenen von fast steppenartigem Charakter neben Hochalpenlandschaften nebst allen nur denkbaren Zwischenstufen sind in ihm vertreten. Das Fehlen fester geographischer Grenzen ließ den Randgebieten des Reiches zeitweise den Anschluß an die geographisch mit ihnen zusammenfließenden Nachbarländer fast näherliegend erscheinen, als den an das Reich selbst; dazu kam der nun einmal der germanischen Rasse innewohnende partikularistische Trieb.

Was nun die Entwicklung der abendländischen Menschheit auf das wesentlichste beeinflußte, war die Tatsache, daß neben dem Kaisertum noch ein zweites geistig-politisches Zentrum existierte: das Papsttum. Der Kampf zwischen Königtum und Priestertum oder richtiger gesagt, das Streben der Priesterschaft, einen bestimmten Einfluß auf den Gang der Staatsmaschine zu gewinnen, ist eine uralte Erscheinung, die sich zu allen Zeiten und bei allen Völkern wiederholt. Für das Mittelalter gab es nur zwei mögliche Lösungen dieses Konflikts: entweder den Cäsaropapismus, wie er im byzantinischen Reich tatsächlich bestand, d. h. einen Zustand, in dem die Kirche und die Geistlichkeit zwar faktisch einen großen Einfluß auf das Staatsleben ausübten, aber doch immer Glieder des Staates blieben, wie dieser dem gottähnlichen Kaiser unterworfen; oder die entgegengesetzte Lösung, daß der Staat der Kirche unterworfen

war und der Papst die Oberhoheit über die weltliche Gewalt und auch über den Kaiser besaß. Der erstere Zustand war unter Karl dem Großen und auch unter Otto dem Großen und seinen nächsten Nachfolgern fast erreicht. Daß er nicht von Dauer blieb, daß der Traum Ottos III. ein Traum blieb und der Gang der kirchlich-politischen Entwicklung im Abendland einen anderen Verlauf nahm wie im byzantinischen Reich, hatte seinen Grund in erster Linie in der mangelhaften staatlichen Organisation des deutschen Königtums, das doch die materielle Grundlage der Kaisergewalt bildete. Das Papsttum hatte in seinem Streben, sich vom Kaisertum unabhängig zu machen und dieses zu überwachsen, immer einen natürlichen Verbündeten an den deutschen Fürsten, die ihrerseits ein Interesse daran hatten, die Macht des Kaiserkönigs nicht zu groß werden zu lassen. So hatte das römisch-deutsche Kaisertum seit den Zeiten der beiden letzten Salier immer einen doppelten Kampf zu kämpfen: einmal gegen das deutsche Fürstentum, das ihm die einzig reale Grundlage seiner angestrebten Weltherrschaft, die Königsmacht in Deutschland, bestritt; dann gegen das Papsttum, das ihm die Weltherrschaft selbst streitig machte. Das Papsttum hatte in diesem Kampf von vornherein die besseren Bedingungen. Es konnte sich auf eine ungleich festere Organisation stützen, die es noch von den alten Römern herübergenommen hatte, während das Kaisertum an der typischen Schwäche und Unentwickeltheit aller jener frühmittelalterlich germanischen Staatenbildungen litt. Außerdem hatte das Papsttum noch den Vorteil, daß es als rein universale Institution ohne nationale Grundlage die nationalen Leidenschaften aller anderen Völker gegen das Kaisertum ausspielen konnte, das gleichzeitig als Repräsentant des Deutschtums auftrat. So mußte

letzteres unterliegen. Aber auch das Papsttum konnte seines Sieges nicht froh werden. Nur wenige Jahre nach dem Sturze der Hohenstaufen geriet es in eine schmähliche Abhängigkeit von dem Könige von Frankreich. So bewirkte der jahrhundertelange Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum, daß beide Vertreter des Weltreichsgedankens sich gegenseitig so schwächten, daß nach dem Siege des Papsttums der universalistische Gedanke überhaupt allmählich abzuklingen begann.

In dieser ersten Hälfte des sogenannten Mittelalters ging nun neben den Kämpfen des abendländischen Kulturkreises eine gewaltige Expansion der christlich-germanischen Kultur her. Sie betätigte sich in der Christianisierung der heidnischen Germanenvölker Skandinaviens, in der allmählichen Eroberung westslavischer Gebiete durch das Deutschtum, sowie der Christianisierung Polens und Ungarns, in der langsamen Rückeroberung der iberischen Halbinsel durch die christlich-germanischen Pyrenäenstaaten und endlich in jenen großartigen Unternehmungen, die wir gleichsam als eine gemeinsame außenpolitische Betätigung des gesamten Abendlandes bezeichnen können, und die wir zusammenfassen unter dem Namen der Kreuzzüge.

Diese Bewegung war eine Phase in dem großen Ringen zwischen Orient und Okzident, das die ganze Geschichte der Mittelmeerländer und der aus ihr hervorgegangenen europäischen Kulturwelt durchzieht und dessen Verlauf wir hier kurz betrachten müssen. Der Gegensatz zwischen orientalischer und westlicher Kultur tritt dem Historiker zuerst entgegen in den Perserkriegen. Sein Wesen auf eine kurze Formel zu bringen, ist nicht leicht, da rein geistige Begriffe hier nicht genügen; es spielen die Fragen der Rasse, der Religion, der Staatsform mit hinein, die sich verändern und da-

durch auch die Erscheinungsformen der geistigen Ideale umgestalten. Immerhin wird man nicht fehlgehen, wenn man als die geistige Wurzel der griechischen Kultur (und damit auch der abendländischen) den Begriff der individuellen Freiheit bezeichnet. Hieraus ergibt sich in Beziehung auf die allgemeine Weltanschauung eine höhere Wertung der menschlichen Einzelpersönlichkeit, in politischer Beziehung die Neigung zur Bildung zahlreicher kleinerer Gemeinschaften und zur Gewährung eines großen politischen Einflusses in diesen Staaten an die einzelnen Individuen. In den Perserkriegen sehen wir den ersten Ansturm der auf theokratisch-monarchischer Grundlage ruhenden, in einem großen Weltreiche organisierten orientalischen Kultur auf die griechische, der trotz der numerischen Unterlegenheit und mangelhaften staatlichen Durchbildung der letzteren mit der Selbstbehauptung des Griechentums endet. Von nun an stehen die ost- und westmittelmeerische Kultur in ständiger Berührung, die zeitweise die Formen feindlichen Zusammenstoßes, zeitweise die friedlicher Durchdringung annimmt. Während es nach dem Scheitern der persischen Eroberungspläne und nach der kurzen politischen Blüte des Griechentums in der Seeherrschaft der Athener dem Hofe von Persepolis immer mehr gelang, politischen Einfluß in Griechenland zu gewinnen, faßte andererseits das Griechentum in kultureller Beziehung Fuß an den Höfen der Satrapen und des Großkönigs. Schließlich einte die zwar nicht rein griechische, aber von griechischer Kultur getragene Militärmonarchie von Mazedonien das hellenische Volk und begründete durch die Eroberung des Perserreiches ein griechisch-orientalisches Weltreich, das zwar an sich nur von kurzer Dauer war, aber den Grund legte zu der kulturellen Gräzisierung von ganz Vorderasien und Ägypten.

Die so entstandene orientalisch-griechische Mischkultur überdauerte die Reiche der Diadochen und das sie ablösende Römerreich. Sie fand ihre ideellen Nachfolger in dem byzantinischen Kaisertum und dem russischen Zarentum. Sie stand immer im Gegensatz zur rein westlichen Kultur ebenso wie zum reinen Orientalentum. Zunächst schloß der Hellenismus dieses gänzlich von dem Gestade des Mittelmeeres aus, nahm aber in sich immer mehr orientalische Wesenszüge an. Die Sendung des alten Griechentums aber, nämlich die Ausbildung einer rein okzidentalen Kultur ging auf die Römer über. Dieses politisch-militärisch straff organisierte Volk warf die hellenistisch-orientalischen Reiche über den Haufen und verleibte sie seinem das ganze Mittelmeerbecken umfassenden Weltreich ein. Dadurch wurde auf Jahrhunderte hinaus die hellenistische Kulturwelt mit der antikrömischen zu einem einheitlichen Körper vereinigt. In diesem neuen Kulturkreis erlag endlich das praktischtüchtige Römertum dem verweichlichenden Einfluß der verfeinerten griechisch-orientalischen Kultur, bis das Gesamtreich in seinem letzten Jahrhundert ein rein hellenistisches Gepräge annahm. Das war der Augenblick, wo die Germanen, immer mehr altrömische und altgriechische Bildung in sich aufnehmend, die Träger des westlichen Kulturgedankens wurden. Sie warfen das orientalisch gewordene Römerreich in die östliche Hälfte des Mittelmeerbeckens zurück. In der großen Restaurationsepoche Justinians erfolgte der Gegenstoß des Hellenismus durch die Wiedereroberung Italiens und Nordafrikas. Durch die hierauf verwendete Kraftanstrengung geschwächt, konnte aber das byzantinische Reich dem Ansturm des reinen Orientalismus, das in Gestalt des Islam aus Arabiens Wüsten heranbrauste, nicht standhalten und mußte ihm einen großen Teil Vorder-

asiens wie auch ganz Nordafrika überlassen. Durch die von Nordafrika und dem dazu eroberten Spanien aus ins Werk gesetzte Bedrohung Galliens und Italiens geriet aber der Islam in Berührung und zwar in feindliche Berührung mit der germanisch-abendländischen Welt. Diese blieb beiden feindlichen Mächten, dem hellenistischen Byzantinertum und dem orientalischen Mohammedanismus gegenüber zunächst in der Defensive. Das erstere hatte, von unzähligen Feinden umdräut und zeitweise von inneren Wirren zerrissen, nicht mehr die Stoßkraft, um ernstlich an eine Rückeroberung Italiens denken zu können, und so respektierte man hier im wesentlichen den gegenseitigen Besitzstand. Den Arabern gegenüber aber mußte man sich darauf beschränken, ihre Festsetzung auf dem festländischen Italien zu verhindern. Erst als in den Kämpfen der salischen Kaiser gegen das Papsttum sich ein gewisses Gleichgewicht der beiden höchsten Gewalten und damit eine einigermaßen Dauer versprechende Konsolidierung der inneren Verhältnisse des Abendlandes anzubahnen begann, konnte der Gegenstoß der christlich-germanischen Welt gegen den Orient einsetzen. Er begann mit der normännischen Eroberung Siziliens und Unteritaliens und richtete sich zwar bereits gleichermaßen gegen Byzantiner wie gegen Araber.

Der erste Kreuzzug wurde vom Papsttum wohl in erster Linie gleichsam als ein Konkurrenzunternehmen gegen das Kaisertum aufgefaßt, als ein Versuch, das Erstarken des religiösen Gefühls, das allenthalben im Abendlande um die Mitte des 11. Jahrhunderts stattfand, zu einer großen, die römisch-katholischen Völker unter der Führung des Papsts zusammenfassenden Unternehmung auszunutzen. Dieser Kreuzzug, der im wesentlichen auch unter der Ägide des Papsttums durch-

geführt wurde, führte zu einer Festsetzung der Abendländer im Heiligen Lande und leitete damit eine engere Verknüpfung der abendländischen mit der orientalischen Politik ein. Hierdurch traten aber auch immer mehr die rein religiösen Gesichtspunkte in der Kreuzzugsbewegung in den Hintergrund. Beim zweiten Kreuzzug könnte man schon zweifelhaft sein, ob die Beteiligung der Könige von Deutschland und Frankreich mehr eine Gefolgschaft dieser nationalen Gewalten gegenüber dem Papsttum oder ein selbständiges Eingreifen derselben in die große Politik Gesamteuropas bedeutete. Die Stellung besonders des deutschen Königtums sowohl in der inneren Politik wie auch nach außen war aber gerade damals eine so schwächliche, daß auch wohl der zweite Kreuzzug als hauptsächlich unter dem Zeichen der päpstlichen Herrschaft stehend betrachtet werden kann. Anders beim dritten Kreuzzug, bei dem Friedrich Barbarossa seinen Tod fand. Denn nach der Periode vollkommenster Abhängigkeit des deutschen Königtums vom Papste unter Lothar von Sachsen und Konrad III. bestieg in Friedrich I. ein Herrscher den deutschen Thron, der staatsmännischen Blick und Tatkraft vereinte und von dem festen Willen durchdrungen war, dem Kaisergedanken zum endgültigen Sieg zu verhelfen. Zwar gelang ihm dies nicht infolge der starken Widerstände, die er beim Papste selbst, bei den von dem übermächtigen Welfenhause geführten deutschen Vasallen sowie bei dem, zu starkem Unabhängigkeitsgefühl erwachten, Bürgertum der italienischen Städte fand. Aber trotzdem er seine Ansprüche aus den angeführten Gründen nicht voll durchsetzen konnte, nahm zu Ende seiner Regierung das Kaisertum dennoch eine imponierende Machtstellung ein. Diese wurde noch verstärkt durch die Verbindung seines Sohnes und be-

reits gekrönten Nachfolgers Heinrich mit der Erbtochter des normännisch-sizilianischen Königshauses. Gerade in dieser Verbindung lag die Richtung der künftigen kaiserlichen Politik auf den Orient vorgezeichnet. Denn dieses süditalienische Königreich, das nunmehr mit dem deutschen und mit dem Kaisertum in Personalunion vereinigt wurde, war im Kampfe mit Arabern und Byzantinern entstanden und groß geworden. Es gehörte der ganzen Geschichte seiner Länder nach fast mehr dem orientalischen als dem westlichen Kulturkreise an, wie schon die heute noch vorhandenen Baudenkmäler Siziliens aus jener Epoche lehren können. So wurde der dritte Kreuzzug zu einer großen Unternehmung des römisch-deutschen Kaisertums, durch welche dieses seine Führerstellung im Abendlande behaupten und befestigen wollte. Und in wieviel höherem Maße wäre dies noch bei dem Zuge der Fall gewesen, den Friedrichs I. Sohn, Heinrich VI. anzutreten im Begriffe stand, als ihn ein vorzeitiger Tod ereilte! Dieser Herrscher war seinem Vater in der Regierung unbestritten gefolgt, und er hatte es, wenn auch mit starken Opfern königlicher Machtbefugnisse, durchzusetzen gewußt, daß auch die Thronfolge seines eigenen erst dreijährigen Sohnes in Deutschland von den Fürsten bereits zu seinen, des Kaisers, Lebzeiten anerkannt wurde. Gleichzeitig hatte er seiner Herrschaft im sizilianischen Königreiche unbedingte Geltung verschafft. So im Begriffe, Deutschland zu einem erblichen Königreich zu machen, als Kaiser zwar nicht absoluter, doch allgemein anerkannter Herr Oberitaliens, in Unteritalien kraft Erbrechts herrschend, schien Heinrich dazu vorherbestimmt, eine neue Glanzzeit des Kaisertums herbeizuführen. Er schickte sich an, dies durch eine große Unternehmung gegen den Orient zu tun. Die wahren Ziele dieser Unternehmung

werden wohl nie vollkommen klargelegt werden. Aber es ist wahrscheinlich, daß sie sowohl gegen das griechische Reich wie gegen den Islam gerichtet sein sollte. Da machte all diesen Plänen der plötzliche Tod des Kaisers ein Ende. Gerade hierin zeigte es sich aber, daß diese ganze universalistische Politik nur noch auf der Persönlichkeitswirkung der einzelnen Herrscher beruhte und schon nicht mehr die lebendigen Kräfte des Abendlandes hinter sich hatte. Noch klarer trat dies bald darauf zutage. In den drei ersten Kreuzzügen war die Führung bei den alten universalen Instanzen der abendländischen Christenheit, im ersten und zweiten beim Papsttum, im dritten beim Kaisertum, gewesen; im vierten Kreuzzuge aber war das Kaisertum, durch den Thronstreit des Staufers Philipp mit dem Welfen Otto IV. aktionsunfähig, überhaupt nicht beteiligt, das Papsttum aber, obwohl durch die gewaltige Herrscherpersönlichkeit Innozenz' III. repräsentiert, konnte die Führung der Bewegung nicht mehr in Händen behalten. Diese ging vielmehr auf die Republik Venedig über, die sie ganz in ihrem politischen und kommerziellen Interesse ausübte. So war aus der ganzen großen Erhebung des Abendlandes gegen den Islam um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts etwas ganz anderes geworden als in ihren Anfängen: denn dieser vierte sogenannte Kreuzzug endete mit der Zertrümmerung des christlichen Byzantinerreichs und seiner Ersetzung durch einen von Venedig abhängigen französisch-italienischen Feudalstaat. Diese Wendung bereitete direkt das Vordringen des Islam in jene Gegenden vor, denn sie bedeutete eine furchtbare Schwächung des Byzantinertums, des Bollwerks der Christenheit, während das lateinische Kaisertum, diese unnatürliche Schöpfung der Kurie und der Republik Venedig, sich kaum 60 Jahre halten konnte.

Und auch auf anderen Gebieten bereiteten sich gegen Ende des 12. Jahrhunderts durchgreifende Änderungen vor. Die alte, ganz von der Kirche abhängige Denkweise, die bisher vorherrschte, ist bereits erschüttert, die Menschen beginnen wieder, ihre Ideale und die Ziele ihres Strebens in der diesseitigen Welt, so zum Beispiel in wirtschaftlichen Dingen zu suchen, wie unter anderem das Hochkommen der italienischen Handelsrepubliken und der rein weltlichen Dichtkunst der Minnesänger und Troubadours beweist. Auch eine Persönlichkeit wie die Kaiser Friedrichs II., der sich im Heiligen Lande mit den Ungläubigen vertrug und als höchster Herr der Christenheit seine Leibwache aus Moslemin bildete, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht bereits die kirchlichen und damit auch die universalistischen Ideen zu verblassen begonnen hätten. Und wie wir sahen, daß die große Kreuzzugsbewegung schließlich dahin kam, den Zielen der venezianischen Handels- und Kolonialpolitik dienen zu müssen, so verflicht sich auch der alte universale Gegensatz zwischen Kaiser und Papst mit ganz neu auftauchenden Beziehungen und Gegensätzen rein nationaler und dynastischer Natur: so wurde zum Beispiel der Kampf des die Unabhängigkeit des Kaisertums verteidigenden Welfen Ottos IV. gegen den vom Papste eingesetzten Staufer Friedrich II. in der Schlacht von Bouvines im wesentlichen durch französische gegen englische Waffen entschieden.

Bevor wir aber diese Epoche verlassen, müssen wir einen Blick werfen auf die Gestalt, die das Abendland um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts angenommen hat. Da fällt uns zunächst auf, daß die Berührung zwischen Orient und Okzident eine engere geworden ist, in erster Linie eine Frucht der Kreuzzugsbewegung.

Aber diese Berührung ist keine friedliche, die Kluft zwischen abendländischem und morgenländischem Christentum ist größer geworden als zu Anfang der Epoche im 9. und 10. Jahrhundert. Und im orientalischen Christentum ist eine gewaltige Verschiebung vor sich gegangen. Das byzantinische Reich, das noch im 9. und 10. Jahrhundert unter der kraftvollen mazedonischen Dynastie seine eigentliche Glanzzeit erlebte, ist zwischen dem dreifachen Ansturm des Islam, der von Norden her einbrechenden Slavenvölker und der abendländischen Welt zermürbt worden. Es mußte den größten Teil seiner vorderasiatischen Besitzungen dem Islam überlassen und zur Zeit, als bei dem Tode des großen Staufers Friedrich II. das abendländische Kaisertum zusammenbrach, stand fast ganz Vorderasien unter moslimischer, der größte Teil der Balkanhalbinsel unter bulgarischer, die ganze Ägäis unter abendländischer Herrschaft und vom griechischen Reiche war nichts übrig, als einige Trümmerstaaten, die auch nach der Rückeroberung von Konstantinopel sich nicht mehr zu kraftvollem Leben entfalten konnten. Ging so das byzantinische Reich, eines lebensvollen nationalen Prinzipes bar und nur durch die glänzende Tradition einer überkommenen Staatskunst und Verwaltungstechnik sein Leben verlängernd, territorial und an Machtgeltung immer mehr zurück, so erlebte doch der Byzantinismus eine gewaltige Expansion auf dem Gebiete, das immer seine eigentliche Domäne gewesen war: auf dem kirchlichen. Der griechischen Kirche gelang es, die ganze Slawenwelt des Balkans und der weiten osteuropäischen Tiefebene für sich zu erobern. Was aber die abendländische Christenheit selber anlangt, so hatte diese ihr Gebiet ganz beträchtlich erweitert.

Zunächst war im Kampfe mit dem Islam ein beträcht-

licher Teil Spaniens zurückerobert worden, aus den kleinen Pyrenäenstaaten waren die Königreiche Kastilien, Aragonien und Portugal hervorgegangen, die immer weiter nach Süden vordrangen.

Die Germanenstämme des Nordens hatten das Kreuz angenommen und sich zu drei christlichen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden zusammengeschlossen. Wenn auch diese Staaten ein ziemlich abgeschlossenes Sonderdasein führten und in das gesamteuropäische Leben wenig eingriffen, so haben sie doch eine Wirkung auf die allgemeine Geschichte ausgeübt, die Erwähnung verdient: die Eroberungszüge der Normannen haben von hier ihren Ausgang genommen.

Es waren Glieder jener germanischen Stämme im hohen Norden unseres Kontinents, denen die wenig fruchtbare Heimat zu eng wurde, und die in abenteuerlichen Seeräuberfahrten an allen Küsten Europas ihrem Tatendrang Befriedigung verschafften. Der Schrecken, den sie überall verbreiteten und die Unfähigkeit ihren Einfällen zu steuern, führten dazu, daß ihnen unter verschiedenen Formen von den Autoritäten der heimgesuchten Länder Heimatsrecht gewährt wurden. Zwei dieser Niederlassungen sind für die Geschichte Europas von der allergrößten Bedeutung geworden, denn sie wurden der Ausgangspunkt für die beiden größten Weltreiche der Gegenwart, das englische und das russische. Die an der Ostseeküste ansässigen slavischen und finnischen Völker forderten, der Sage nach, die Führer der an ihren Küsten auftauchenden Nordgermanen auf, die Herrschaft bei ihnen zu übernehmen und so entstanden die ersten russischen Fürstentümer, die sich dann immer weiter über die osteuropäische Tiefebene ausbreiteten. Daß diese ganze, auf heidnischer Grundlage erwachsene Welt nachher, gegen Ende des 10. Jahrhunderts, das Christen-

tum in seiner byzantinischen Form annahm, wurde schon kurz erwähnt. Gerade um die Mitte des 13. Jahrhunderts erlag diese in zahllose kleine Fürstentümer gespaltene slavisch-byzantinische Welt den Mongolen des Dschingis-Chan, die die Herrschaft in diesen Ländern auf Jahrhunderte hinaus behielten.

Von fast noch nachhaltigerer, auf alle Fälle vielseitigerer Wirkung war eine zweite große Gründung der Normannen. Es wurde schon mehrfach erwähnt, daß die letzten Karolinger im Westfrankenreiche nicht imstande waren, der Invasion der nordischen Seeräuber an ihren Küsten zu steuern. Sie griffen dann schließlich zu einem Mittel, das vor ihnen schon häufig von den römischen Imperatoren angewendet worden war: sie machten selber die Eindringlinge in ihrem Lande seßhaft, indem sie ihnen die nördliche der beiden französischen Halbinseln, die nach den neuen Herren noch heute so benannte Normandie, zu Lehen gaben. Die neuen Bewohner assimilierten sich schnell in Sprache, Sitte und Religion der übrigen Bevölkerung Frankreichs, ja sie wurden sogar in überraschend kurzer Zeit besonders eifrige Söhne der römischen Kirche. Aber sie behielten den alten Abenteurersinn, der sie auch weiterhin über die Meere führte und sie unter anderm zu einem der hauptsächlichsten Elemente der Kreuzzugsbewegung machte. Zwei Unternehmungen aber waren es, die die Normannen zu einem der bedeutsamsten Faktoren der europäischen Geschichte machten: die Eroberung Unteritaliens unter Robert Guiscard und seinen Brüdern und die Eroberung Englands unter Wilhelm I. Das Normannenreich in Sizilien blieb jahrhundertelang einer der vorgeschobenen Posten des Abendlandes gegen den Orient und griff auch in die Geschichte der osteuropäischen Länder ein. Durch die

Verbindung des normännischen Herzogtums mit dem englischen Königtum aber wurde jener jahrhundertelange englisch-französische Gegensatz geschaffen, der den größten Teil der nächsten Periode beherrschte.

Um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts begann in England wie in Frankreich ein Erstarken des Königtums und damit der Nationaleinheit, unterstützt von kräftigen Herrschern und wohl auch durch das allmähliche Höhersteigen der sozial tieferen Schichten, d. h. also doch der, in den einzelnen Ländern verschieden gearteten, eigentlichen Urbevölkerung im Gegensatz zu dem fast durchweg germanischen Adel. Wuchsen so die beiden westeuropäischen Königreiche, wenn auch langsam, immer mehr zu völkischen und staatlichen Einheiten zusammen, so nahm im großen Zentralreiche des Abendlandes die Entwicklung gerade den umgekehrten Verlauf. Zunächst war eine nationale Verschmelzung der drei dieses Reich bildenden Länder Deutschland, Burgund und Italien untereinander von vornherein ausgeschlossen. Dazu war ihre völkische und kulturelle Struktur zu verschieden. Aber gerade dieser Gegensatz gegen die anders gearteten Bevölkerungen von Burgund und Italien mag das Entstehen der deutschen Nation befördert haben. Auf alle Fälle kann man in der Zeit der Staufer bereits von dem Vorhandensein einer solchen reden. Mögen die Unterschiede der einzelnen Gaue noch so groß gewesen sein, eine gewisse deutsche Gesamtkultur bestand bereits, was schon in dem Aufkommen einer Nationalliteratur zum Ausdrucke kam. Aber auf dieser kulturellen nationalen Einheit die politische aufzubauen, dazu reichten die Kräfte des deutschen Königtums nicht aus. Denn die dem Königtum im Schoße der Nation widerstrebenden Elemente fanden immer natürliche Verbündete an den Gegnern, die dem

deutschen König infolge seiner universalen Stellung als römischer Kaiser erwuchsen. Erfolge nach der einen Seite mußten immer durch Zugeständnisse nach der andern erkauft werden; das allmähliche Aufgeben königlicher Machtbefugnisse beispielsweise, zu dem die Kaiser gezwungen waren, um die Mitwirkung der Fürsten bei den Römerzügen zu erkaufen, mußte aber auch wieder die kaiserliche Stellung als solche schwächen. Andererseits lähmte die Tatsache, daß die deutschen Fürsten in ihrem Streben nach Selbständigkeit immer der Unterstützung des Papstes sicher waren, die Aktionskraft des Königs in den inneren Verhältnissen des Reichs. So wurde das deutsche Königtum durch seine enge Verflechtung mit der Kaiseridee unrettbar in deren Niedergang hereingezogen, und als der letzte Staufenkaiser, Friedrich II., starb, war in Deutschland die königliche Gewalt bereits weit überwachsen von der fürstlichen. Es genügt, nur darauf hinzuweisen, daß in Italien die Entwicklung eine ganz analoge war, während das dritte Königreich des Reiches, Burgund, schließlich den Anschluß mit Naturnotwendigkeit dahin nehmen mußte, wohin es national und kulturell gehörte, nach Frankreich.

Im Osten von Deutschland endlich waren die westslavischen Völker der Polen, Mähren und Böhmen sowie die Ungarn dem römischen Christentume gewonnen und das Erstarken des nationalen Königtums in diesen, ursprünglich dem Reiche lehenspflichtigen, Ländern ging Hand in Hand mit der oben geschilderten Schwächung der Reichsgewalt.

Das war die Gestalt Europas, als der endgültige Sieg des Papsttums über das Kaisertum das Zeichen gab zum Anbruch einer neuen Geschichtsepoche.

IV. Die Bildung der europäischen Nationen

In dem Abschnitt der europäischen Geschichte, der nun beginnt, war der Schwerpunkt historischen Geschehens in die einzelnen Länder verlegt. Immerhin blieben auch in dieser zweiten Hälfte des sogenannten Mittelalters eine Anzahl gemeinsamer Entwicklungstendenzen, die in ihrem Ursprung wohl großenteils noch auf die vorhergehende Periode zurückgehen. Zunächst und vor allem eben die Tendenz, die in allen Ländern des westeuropäischen Kulturkreises hervortritt, den Schwerpunkt der Entwicklung in die Ausbildung der einzelnen Nationalpersönlichkeiten zu verlegen und diese zu geschlossenen Einheiten zusammenzuschweißen. Diese Bewegung hatte ihren Urgrund in einer sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung der europäischen Gesellschaft, die sich schon in den letzten Dezennien der vorhergehenden Periode vorbereitet hatte und ihren Ausdruck fand in zwei Vorgängen von größter sozialgeschichtlicher Bedeutung: in der Umwandlung des alten, auf der germanischen Gemeinfreiheit beruhenden Geburtsadels in den Berufsstand der Ritter und in dem Aufkommen des Bürgertums. Das schon vorstehend kurz geschilderte Lehenswesen brachte es mit sich, daß mancher Große einen seiner Dienstleute durch Überlassung eines Besitzes für tüchtige Leistungen belohnte, auch wenn dieser Mann nicht aus dem Stande der Altfreien hervorgegangen, sondern ursprünglich unfreien Geblütes war. Da andererseits, wie wir gesehen haben, auch viele altfreie Elemente Herrendienste nahmen und entweder ihren alten Besitz dem Herrn übertrugen und dann von ihm zu Lehen nahmen, oder sich für ihre Dienste durch einen neuen Lehnsbesitz entlohnen ließen, so verwischte sich der Unter-

schied zwischen Frei und Unfrei immer mehr und als unterscheidendes Merkmal des neuen, im Herrendienst seinen Unterhalt und seine Ehre suchenden Adels trat an die Stelle der freien Geburt die ritterliche, kriegerisch-höfische Lebensweise in Verbindung mit einem, in den seltensten Fällen freien, meist auf Belehnung beruhenden Grundbesitz. In allen Ländern des alten römischen Reichs aber war der alte Adel, der aus den Neubildungen der Völkerwanderungszeit hervorgegangen war, in der Hauptsache germanischen Blutes, während die unteren Schichten überwiegend der romanischen oder keltischen Urbevölkerung angehörten, die in den einzelnen Ländern verschieden war. In der gleichen Richtung wirkte die schon in der Stauferzeit einsetzende Ausbildung des Städtewesens. Auch hier waren es in erster Linie die unteren Schichten, die durch die größere Sicherheit des Wohnsitzes und die Aussicht auf wirtschaftliche Vorteile veranlaßt wurden, in die Stadt zu ziehen und in dieser bald zur vollen Freiheit aufstiegen. Lag auch zunächst der beherrschende Einfluß in den Städten bei dem wohl überwiegenden germanischen Stadtadel, so führt eine solche Zusammenballung größerer Menschenmengen auf engem Raum doch notgedrungen überall und jederzeit zu gewissen demokratisierenden Tendenzen, zu einem wachsenden Einfluß der breiten Volksmassen. Das durch die Kreuzzüge und die nahe Verbindung mit dem Orient begünstigte Steigen des Handels und Verkehrs erweiterte die Erwerbsmöglichkeiten, trug Wohlhabenheit, Selbstgefühl und bald auch Einfluß in Kreise, denen sie bisher fremd geblieben waren. So stiegen überall im christlichen Abendlande bisher hörige, unfreie und politisch machtlose Elemente an die Oberfläche und fanden Aufnahme in die führenden Stände. Die Bevölkerungskreise, denen sie ent-

stammten, waren aber, wie schon ausgeführt, in den einzelnen Ländern völkisch verschiedenen Ursprungs und so war es nur natürlich, daß der ganze Vorgang im dezentralistischen Sinne wirken mußte. Treffen diese Ausführungen im wesentlichen auf die Länder des alten römischen Imperiums und auf Deutschland zu, so war es in den ursprünglich vom deutschen Reiche abhängigen Ländern des Ostens, Polen, Böhmen und Ungarn, das Sinken der kaiserlichen Macht, das eine Stärkung des nationalen Königtums und damit der einzelnen Nationalitäten überhaupt herbeiführte.

Im engsten Zusammenhang mit dieser ganzen Entwicklung steht ein anderes Moment, das gerade in der zweiten Hälfte des Mittelalters in allen Ländern des christlich-germanischen Kulturkreises hervortritt und von größtem Einfluß auf die internationale Politik wird: das Emporwachsen der dynastisch-monarchischen Idee zu ausschlaggebender Bedeutung. Der Gedanke, daß die Herrschaft über ein Volk an ein bestimmtes Geschlecht gebunden sei, daß die Abstammung aus diesem Geschlechte einen besonderen Anspruch auf den Thron gebe, begegnet uns überall in der Geschichte. Seine volle Ausprägung hat dieser Gedanke aber erst in der christlich-germanischen Welt erhalten. Es mag das neben andern Gründen damit zusammenhängen, daß der Staatsgedanke in der mittelalterlichen Anschauungsweise noch keinen Boden fand, andererseits aber der Gedanke der Vererblichkeit des Treuverhältnisses zwischen Herrn und Untertan tief im germanischen Wesen wurzelt. Die werdenden Nationen suchten nach einem Kristallisationspunkt, um den sie sich fest zusammenschließen konnten, und sie fanden ihn in den alten Königsgeschlechtern, deren Glanz immer mehr mit dem Glanz der Nation selbst identifiziert wurde. Gleich zu

Beginn der Epoche sehen wir eine gewaltige dynastische Expansion des Franzosentums, die das Haus der Kapetinger in seinem Anjouschen Seitenzweig auf die Throne von Neapel und Ungarn, zeitweise sogar auf den von Polen führt. Deutsche Fürstengeschlechter benützen die ihnen durch Wahl zufallende Kaiserwürde zur Erwerbung von Gebiet für ihre Dynastien und suchen auf diesem Umwege wieder die kaiserliche Macht zu stärken. Allenthalben verquicken sich die dynastischen mit den staatlichen und nationalen Interessen und die fürstlichen Familienverbindungen werden zu einem der beliebtesten und erfolgreichsten Mittel der internationalen Politik. Am Ende der Epoche entsteht auf Grund einer solchen dynastischen Verbindung die dauernde Vereinigung Polens mit Litauen und damit ein neuer osteuropäischer Großstaat, der mehrere Jahrhunderte überdauerte.

Führt so die soziale Umbildung im Zusammenhang mit dem Entstehen großer Dynastien die nationale Differenzierung herbei, so erhält sich daneben ein gemeinsames europäisches Interesse: das kirchliche. Gleich nach dem Siege des Papsttums über das Kaisertum machte sich eine allgemeine Opposition gegen die kirchlichen Autoritäten geltend. Sie ging auf die verschiedenartigsten Ursachen zurück. Teils richtete sie sich gegen die dogmatischen Lehrsätze der Kirche (Waldenser, Wycliffiten, Hussiten), teils gegen die überhandnehmende Verweltlichung des Klerus (Bettelorden), teils stellte sie die Reaktion des Nationalgefühls gegen die Übergriffe der universalen Papstkirche dar (Philipp der Schöne von Frankreich, Fürstentag von Rhense). Das Resultat und das verbindende Element all dieser Bewegungen war aber ein immer mehr überhandnehmendes Zweifeln an der Autorität des Papsttums und

eine immer größer werdende Sehnsucht der europäischen Völker nach einer religiösen Erneuerung.

Betrachten wir nun das Bild Europas gegen Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts, so sind es zwei Tatsachen, die am meisten in die Augen fallen: das Erlahmen des westeuropäischen Vorstoßes gegen den Orient und die veränderte Machtstellung des deutschen Reiches.

Fast alle abendländischen Staatsbildungen im Orient erlagen gegen Ende des 13. Jahrhunderts dem, wenn auch nur auf kurze Zeit, wieder erstarkenden Griechentum; freilich muß dieses selbst bald mehr und mehr vor dem Vordringen des Islam zurückweichen, um schließlich, gegen Ende der Epoche, gleich den balkanslavischen Reichen, jenem ganz zur Beute zu werden.

Deutschlands Geschichte aber wird von nun an beherrscht von der sich vorbereitenden allmählichen, aber unaufhaltsamen Auflösung des Reiches in eine Anzahl selbständiger Einzelherrschaften. Auch hier steht die ganze Entwicklung unter dem Zeichen des immer stärkeren Vorwiegens dynastischer Gedanken. Das hatte für Deutschland seinen Grund einerseits in dem Rückgang der kaiserlichen Macht, andererseits aber darin, daß das Kaisertum der Staufer seinen Hauptgegner in dem Stammesherzogtum gefunden hatte und gegen dieses das Hochkommen der kleineren Dynasten beförderte. Nach dem Sturze Heinrichs des Löwen wurden die Herzogtümer Bayern und Sachsen in eine Anzahl kleinerer Landesherrschaften aufgelöst, und da nach dem Ende der Staufer die Herzogtümer Schwaben und Franken nicht mehr besetzt wurden, verschwand der Begriff des Stammesherzogtums allmählich ganz aus dem Staatsleben Deutschlands und wurde ersetzt durch den des Fürstentums, der kleineren, nur auf der

betreffenden Dynastie beruhenden Landesherrschaft. Nach dem Tode Friedrichs II., des letzten Kaisers, der dem Reichsgedanken noch einmal eine machtvolle Repräsentation gegeben hatte, griff im Reiche eine völlige Anarchie um sich. Friedrichs Sohn, Konrad IV., fand bei weitem nicht allgemeine Anerkennung, ebensowenig aber der Gegenkönig Wilhelm von Holland. Deutschland blieb gespalten in eine staufische, mehr die Rechte des Kaisertums verfechtende, und eine mehr für die päpstliche Macht eintretende, mit dem Welfenhause eng zusammenhängende Partei. Die Spaltung blieb auch nach dem Tode der beiden Rivalen aufrecht erhalten, indem die staufische Partei Alfons von Kastilien, die welfische Richard von Cornwall zum König wählte, zwei ausländische Fürsten, die den Boden des Reiches fast nie betraten, wodurch dieses in vollkommene Anarchie versank. Als dann endlich 1273 Rudolf von Habsburg durch einheitliche Wahl auf den Königsthron erhoben wurde, war das Reich, das der neue Herrscher antrat, ein ganz anderes als unter den staufischen Kaisern. Zwar blieb offiziell der Anspruch auf die Kaiserwürde und Italien und damit auf die Vorherrschaft in der abendländischen Christenheit aufrecht erhalten; aber es fehlten die Machtmittel zur Durchführung dieser hohen Ansprüche. Im Innern des Reiches aber war das Königtum allmählich ganz verdrängt worden durch eine landesfürstliche Aristokratie. Über dieser ziemlich zahlreichen Aristokratie von Fürsten, Grafen und freien Herren erhob sich ein engerer Kreis von besonders mächtigen Fürsten, die kraft Gewohnheitsrechtes einen Vorrang bei der Königswahl beanspruchten und deshalb Kurfürsten hießen. Diese suchten ihre Rechte durch Zugeständnisse, die sie vor der Wahl von den Kandidaten sich machen ließen, immer mehr

zu erweitern, insbesondere auch im Hinblick auf die Selbständigkeit ihrer Stellung im eigenen Lande. Diesen übermächtigen Einflüssen gegenüber beschritt Rudolf von Habsburg, von Hause aus einer der weniger mächtigen Dynasten und vielleicht gerade deshalb gewählt, den einzig richtigen Weg, der dann auch ausschlaggebend für die spätere deutsche Geschichte geworden ist: er benützte die Macht und den Einfluß, die ihm als König immer noch verblieben waren, dazu, seinem Hause durch den Erwerb erledigter Reichslehen eine dauernde Machtstellung zu schaffen. Von den zahlreichen Versuchen und Projekten, die er zu diesem Zwecke in Angriff nahm, ist zunächst von dauernder Wirkung nur gewesen die Belehnung seiner Söhne mit den südostdeutschen Alpenländern. Dadurch entstand hier in der südöstlichen Ecke des Reiches eine geschlossene Landesherrschaft, die gleich von Anfang an die Tendenz nach Beherrschung des Sudeten- und Donaugebietes in sich trug und der Kern der heutigen österreichisch - ungarischen Monarchie wurde. Der grundlegende Gedanke dieser seiner Politik mag vielleicht gewesen sein, daß es ihm oder seinen Nachfolgern gelingen würde, die Königswürde im habsburgischen Hause erblich zu machen und so dem erblichen Königtum durch eine ansehnliche Hausmacht doch eine überwiegende Stellung zu geben. Vorläufig konnte aber an die Durchführung solcher Pläne nicht gedacht werden, denn die deutschen Fürsten ließen sich das Privileg der Königswahl nicht aus der Hand winden, sondern wählten gerade mit einer gewissen Vorliebe Dynasten aus weniger mächtigen Häusern, von denen sie die, ihren Selbständigkeitsgelüsten abträgliche, Verbindung von Königsmacht und Hausmacht nicht zu befürchten brauchten. Diese Fürsten strebten nun, kaum

zum Throne gelangt, selbstverständlich ebenfalls nach Erweiterung ihres Hausbesitzes und so wurde die deutsche Politik der nächsten zwei Jahrhunderte zu einem Kampfe einiger mächtiger Fürstengeschlechter um die Ausdehnung ihres Territorialbesitzes. Schließlich bildete sich so etwas wie zwei deutsche Großmächte heraus, das Haus Habsburg in Österreich und den Alpenländern und das Haus Luxemburg in Böhmen. Den Wittelsbachern, die durch die Königswahl Ludwigs von Bayern-München auch in diese Kämpfe eingriffen, war eine längere Behauptung des Thrones ebensowenig beschieden, wie ein dauernder Besitzzuwachs. Dagegen gelang es den Staaten der Kurfürsten, zu immer größerer Bedeutung emporzusteigen. Die staatsrechtliche Stellung des Kurfürstenkollegiums als machtvollsten Elements im deutschen Reiche wurde festgelegt in der Goldenen Bulle, dem Reichsgrundgesetz Kaiser Karls IV. aus dem Hause Luxemburg. Die Rivalität der Luxemburger und Habsburger endete schließlich damit, daß durch verschiedene dynastische Verbindungen die Hauptländer des luxemburgischen Hauses, Böhmen und Ungarn, in den Besitz der Habsburger übergingen. Daneben waren es besonders die Wettiner in Sachsen-Meißen, die Wittelsbacher in Bayern und der Pfalz, die Welfen in den braunschweigischen Landen und in dem letzten Jahrhundert dieser Periode die Hohenzollern in Brandenburg, die einen hervorragenden Platz in der Geschichte Deutschlands beanspruchen. Durch diese dynastische Zersplitterung Deutschlands, durch das immer steigende Übergewicht der kurfürstlichen Aristokratie über das Kaisertum, war eine internationale Betätigung des Reiches sozusagen ausgeschlossen. Die Versuche einzelner Kaiser (Heinrich VII., Ludwigs des Bayern, Karls IV.), das kaiserliche Interesse in Italien zur Gel-

tung zu bringen, scheiterten gänzlich, ebenso ging die kaiserliche Autorität im Reiche immer mehr zurück.

Und trotz dieser politischen Zersplitterung, trotz dieses offensichtlichen Niedergangs der Reichsgewalt brachte der deutsche Genius gerade zu dieser Zeit zwei Schöpfungen hervor, die seiner Organisationskraft das glänzendste Zeugnis ausstellten: den Staat des Deutschherrenordens und die deutsche Hansa. Beide Erscheinungen sind bezeichnenderweise gänzlich unpolitischen Ursprungs, sie haben sich beide eine Zeitlang ohne jedes Zutun des Reichs auf der Höhe gehalten und sind beide, wenigstens großenteils, infolge der mangelnden Unterstützung durch das Reich zugrunde gegangen.

Der Deutsche Orden hatte seinen Ursprung in dem Orden der Hospitaliter vom Deutschen Hause, der im Heiligen Lande nach dem Muster des Templer und Johanniterordens gegründet wurde und sich anfänglich nur der Krankenpflege und später der Bekämpfung der Ungläubigen widmete. Als seine Tätigkeit in Palästina infolge des Zurückweichens der Kreuzzugsbewegung überflüssig wurde, war es das Werk des genialen Großmeisters Hermann von Salza, nach einem fehlgeschlagenen Versuch in Siebenbürgen dem Orden ein neues Tätigkeitsfeld im heidnischen Preußen zu schaffen. Der anfängliche Zweck der Unternehmung war die Unterstützung des polnischen Teilfürsten Konrad von Masovien im Kampfe gegen die heidnischen Völker an der Ostsee und die Bekehrung dieser Völkerschaften zum Christentum. Mit der Zeit wurde aber daraus eines der großartigsten Kolonisationswerke der Geschichte, indem der Orden in den eroberten Gebieten deutsche Bauern, Bürger und Ritter ansiedelte. So entstand, wenigstens im westlichen Teil des Ordenslandes, in Preußen, ein vollkommen deutsches Staatswesen von

imponierenden Macht, während im Nordosten, in den baltischen Provinzen des späteren Rußland, sich über der bäuerlichen lettisch-esthnischen Urbevölkerung ein Herrenstand von deutschen Landjunkern und Stadtbürgern erhob. Die völkische Widerstandskraft und Dauerhaftigkeit dieser Gründung wird am besten erwiesen durch die Tatsache, daß trotz vieler feindlicher Einflüsse sich der deutsche Charakter dieser baltischen Oberschicht bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Den Todesstoß erhielt der Deutschordensstaat durch die Bekehrung des bisher heidnischen Litauens und seine dynastische und staatliche Vereinigung mit Polen, wodurch eine neue osteuropäische Großmacht entstand. Dieser war die schon altersschwach gewordene Aristokratie der Deutschherren nicht mehr gewachsen. Durch die Opposition seiner landsässigen Junker und der Städte, die schließlich in offenen Landesverrat ausartete, innerlich geschwächt und vom Reiche ohne Hilfe gelassen, erlag der Orden schließlich in der Schlacht bei Tannenberg dem polnisch-litauischen Könige Wladislaus Jagello. Was von dem stolzen Kolonialreich übrigblieb, waren zwei schwache Lehensfürstentümer Polens in Preußen und Kurland.

Die andere große Schöpfung des Deutschtums in jener Zeit, die Hansa, trug überhaupt keinen staatlichen Charakter. Sie war eine Vereinigung der Kaufmannschaften deutscher Städte zum gemeinsamen Schutze ihres Handels, besonders des überseeischen. Und dennoch übte diese lose Gemeinschaft den größten Einfluß auf die politischen Schicksale der nordischen Länder aus. Sie führte selbständig siegreiche Kriege mit den mächtigen Herrschern Skandinaviens, sie errang ihren Angehörigen eine staatliche Sonderstellung in England wie in den nordischen Reichen, in den Ländern

des deutschen Ordens wie in Rußland. Durch die Belebung des Handels auf der Nord- und Ostsee gewann Deutschland kulturell unendlich; es wurde die natürliche Brücke zwischen dem neuen Kulturgebiet, das um diese nordischen Meere entstand, und dem alten des Mittelmeers. Die Handelsstraßen des Rheins und der Elbe wuchsen zu gewaltiger Bedeutung empor, ebenso die an ihnen gelegenen Städte, wie auch die süddeutschen Handelsplätze Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Wien und andere. Hier war es nun in erster Linie der gänzliche Umschwung, den der Welthandel infolge der großen Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts erlitt, der einen Rückgang besonders der östlichen Hansastädte verursachte. Aber von ihrer maritimen und politischen Machtstellung hätte sich trotzdem viel erhalten lassen können bei tatkräftiger Unterstützung durch das Reich, das aber auch hier vollkommen versagte.

Dasselbe Überwachsenwerden der Reichsgewalt durch lokale Bildungen wie in Deutschland beobachten wir in dem anderen Hauptlande des Römischen Reichs, in Italien, und auch hier geht mit dieser Entwicklung zunächst ein gewaltiger kultureller Aufschwung Hand in Hand. Die begünstigte Lage inmitten des alten Kultur- und Handelsgebietes des Mittelmeers befähigte die italienischen Handelsstädte in erster Linie, aus der nahen Verbindung mit dem Orient, die eine Folge der Kreuzzüge war, Nutzen zu ziehen. Doch nicht nur Handel und Wohlstand wuchsen, es trat auch eine starke geistige Befruchtung ein. Wie Deutschland die Brücke zwischen dem nordischen und dem mediterraneischen Kulturgebiet wurde, so Italien zwischen Orient und Okzident. Durch die Berührung mit Islam und Byzantinismus einerseits und den allmählich freier werdenden geistigen Strömungen des Nordens und Westens andererseits wurde das reli-

giöse Empfinden und Denken angeregt und vertieft, und es entstanden Strömungen, wie wir sie in der Bewegung der Bettelmönche und in den seltsam aus religiösen, politischen und sozialen Motiven gemischten Erhebungen Cola Rienzis in Rom und später Savonarolas in Florenz vor uns sehen. Mit Dante und Petrarca beginnt eine neue Blüte der Dichtkunst, mit Giotto und seinen Nachfolgern lenkt die bildende Kunst in neue, vielversprechende Bahnen ein. Es ist die Zeit des Trecento und Quattrocento, der Vorläufer der Renaissance. Politisch geht mit einem regen, teilweise über die ganze Halbinsel hinausgreifenden Sonderleben der einzelnen Städte und Landschaften das beginnende Streben der national erstarkten Nachbarländer Hand in Hand, in dem durch Lage und Natur so selten begünstigten Lande festen Fuß zu fassen. Noch erhebt der deutsche König als Herr des Imperiums Anspruch auf die Oberherrschaft über weite italienische Gebiete, doch schon beim Sturze der Staufer gelingt es Frankreich, für den angiovinischen Seitenzweig seines Herrscherhauses den Thron von Neapel zu gewinnen. Es findet dabei einen beachtenswerten Rivalen in den Gegenansprüchen des aragonischen Hauses. Im 15. Jahrhundert aber richtet Frankreich bereits seine Blicke auf Mittel- und Norditalien und macht auch dort seinen Einfluß geltend. Durch die sizilianische Vesper hatte sich das Haus Aragon in den Besitz von Sizilien gesetzt, während sich die französischen Anjou vorläufig auf dem Thron von Neapel behaupteten, bis es Alfons dem Großen gelang, sie auch hier zu verdrängen. So ging hier auf italienischem Boden in der Rivalität der Häuser Aragon und Anjou gewissermaßen ein Vorspiel zu dem großen spanisch-französischen Gegensatz in Szene, der die folgenden Jahrhunderte beherrschte.

Das Sonderleben der italienischen Kleinstaaten spielte sich im Gegensatz zu Deutschland hauptsächlich in städtisch-republikanischen Formen ab. Der frühzeitig entwickelte Handel begünstigte die städtische Entwicklung, und außerdem mögen hier noch naheliegende antike Reminiszenzen mitgespielt haben. Nur im äußersten Süden und im äußersten Nordosten der Halbinsel entstanden Territorialstaaten größeren Umfanges und monarchisch-dynastischen Charakters: Neapel-Sizilien und Savoyen. Die übrigen Ansätze zu monarchischer Entwicklung trugen mehr den Charakter der antiken Tyrannis. Meist waren es kühne Söldnerführer, welche die Herrschaft in einem von Parteien zerklüfteten Stadtstaat an sich rissen. Wenn diese kleinen Höfe auch in kultureller Beziehung oft eine außerordentlich befruchtende Wirkung ausübten, so waren diese Herrschaften doch meist ziemlich ephemerer Natur. Nur wenige von ihnen gelangten zu dauerndem Bestand und gingen dann nach dem Aussterben der Condottierenfamilien, die sie begründet hatten, in den Besitz einer der großen europäischen Dynastien über, so der Staat der Sforza in Mailand, der Este in Modena, der Medici in Florenz. Im 14. und 15. Jahrhundert aber waren es vor allem die großen Handelsrepubliken Florenz, Pisa, Genua, Venedig, Mailand und zahlreiche kleinere, die nach innen und außen ein reiches politisches Leben entfalteten. Besonders Venedig dehnte seine Einflußzone weit über die Grenzen Italiens hinaus. Wir haben gesehen, daß das lateinische Kaisertum geradezu als ein Filialstaat der seegewaltigen Adriarepublik angesprochen werden konnte. Auch nach dessen Sturz behielt die Republik einen großen Teil ihrer Besitzungen im Ägäischen Meer, sie dehnte diese sogar noch weiter aus und behauptete noch bis weit in die Neuzeit hinein ihre Stellung als

christliche Macht im östlichen Mittelmeer. Venedig und Genua waren die einzigen Stadtstaaten, deren Verfassungen eine immer schärfer ausgeprägte Entwicklung in der Richtung zu aristokratischen Formen annahmen, und die zu einer großen inneren Festigkeit gelangten. In den anderen Republiken lagen die Parteien der Nobili und Popularen, der Guelfen und Ghibellinen in ständigem Kampfe miteinander und im 15. Jahrhundert bereitete sich in fast allen der allmähliche Übergang zur Tyrannis vor.

Noch ein Element von ganz besonderer Art drückte dem Staatsleben des damaligen Italien seinen Stempel auf: das Papsttum und der von ihm gegründete Kirchenstaat. Es war natürlich, daß der Sturz der kaiserlichen Macht den Einfluß der Päpste auf die italienischen Dinge zunächst steigerte. Wir sahen, daß der Rückschlag bald folgte. Der Papst geriet ganz in Abhängigkeit von seinen Verbündeten gegen die Staufer, vor allem vom französischen König, die sich schließlich sogar so weit steigerte, daß er seinen Sitz in dessen Land verlegen mußte. Dadurch wurde zunächst ein Sinken des päpstlichen Ansehens in den eigenen Landen des Papstes herbeigeführt. Es kam zu Bestrebungen, sich von der landesherrlichen Gewalt des Papstes gänzlich frei zu machen, wozu vage Erinnerungen an den alten Glanz der römischen Republik nicht unwesentlich beitrugen, die sich mit den in der ganzen Zeit unverkennbar vorhandenen demokratischen Tendenzen paarten. Hand in Hand damit ging eine Strömung, die der kulturellen und völkischen Einheit Italiens auch einen politisch sichtbaren Ausdruck verleihen wollte. Dieses Ziel wurde auf den verschiedensten Wegen erstrebt, teils durch Wiederbelebung des Kaisergedankens, den man sich als Kristallisationspunkt des neuen Italiens dachte (Dante,

Petrarca), teils durch Stärkung einer landesfürstlichen Autorität, die die Führung der nationalen Einheitsbewegung übernehmen sollte (Niccolò Macchiavelli, Cesare Borgia); endlich glaubte auch das Papsttum, diese Rolle übernehmen und Italien mit der Befreiung von der immer bedrohlicher werdenden Herrschaft der Fremden die ersehnte nationale Einheit schenken zu können (Julius II.). Gerade in diesen Bestrebungen kam gerade so recht die Unnatur zutage, die in der doppelten Stellung des Papstes als höchstes Oberhaupt der abendländischen Kirche und als italienischer Territorialfürst begründet lag. Die immer weiter schreitende Befreiung der Geister vom Banne des kirchlichen Denkens, die damit zusammenhängende Verweltlichung des Klerus, das, rein menschlich begreifliche, Bestreben mancher Päpste, die Interessen ihrer nächsten Angehörigen zu fördern, ließen aber die universale Seite des Papsttums immer mehr zurücktreten, und zogen es immer mehr in die Interessen hinein, die durch seine italienische Stellung gegeben waren. So konnte sogar zeitweise der Gedanke auftauchen, den Kirchenstaat zugunsten der Familie des Papstes Alexander VI. zu säkularisieren. Doch hiermit geraten wir bereits in die Strömungen der neuen Zeit, die sich im 15. Jahrhundert ankündigte.

Kehren wir zur zweiten Hälfte des Mittelalters zurück und betrachten wir zunächst die Entwicklung, die die Dinge in den Hauptländern des europäischen Westens, in Frankreich und England nahmen. In Frankreich gelang es Philipp II. Augustus und seinen Nachfolgern, ein immer steigendes Übergewicht über die großen Vasallen zu erlangen und besonders unter Philipp IV., dem Schönen, erklomm das Königtum eine Machthöhe nach innen wie nach außen, die der Stellung der großen sächsischen und fränkischen Könige

Deutschlands nahezu gleichkam. Besonders der Kirche gegenüber brachte dieser König aufs schärfste die Stellung der nationalen Monarchie zur Geltung. Doch ein eiterndes Geschwür war am Körper des französischen Nationalstaates geblieben: die Machtstellung der englischen Könige in Frankreich. Der englisch-normännische Feudalstaat, aus dem das moderne England erwuchs, beruht auf der Eroberung des angelsächsischen Königreichs durch den Herzog Wilhelm von der Normandie. Dadurch war von vornherein der König von England gleichzeitig einer der Großvasallen der Krone Frankreichs. Durch verschiedene dynastische Heiraten wurde der französische Besitz der englischen Könige bedeutend vergrößert und überragte schließlich den unmittelbaren Besitz der französischen Könige erheblich. Als nun mit den nächsten Nachfolgern Philipps des Schönen, unter denen die Machtstellung des französischen Königtums ohnehin zurückgegangen war, der direkte Mannesstamm der Kapetinger erlosch und der Thron an die Seitenlinie der Valois überging, erhob Eduard III. von England gar Erbansprüche auf die französische Königswürde selbst, worüber dann der nur mit kurzen Unterbrechungen wütende Hundertjährige Krieg zwischen den beiden Staaten ausbrach, in dessen Verlauf zeitweise mehr als die Hälfte des französischen Bodens den Engländern anheimfiel. Inzwischen nahm aber die innere Entwicklung in beiden Ländern einen grundverschiedenen Verlauf. Während in Frankreich — trotz mancher auch hier nicht ausbleibender innerer Wirren — in der höchsten Bedrängnis des Landes sich die national gesinnten Kreise immer fester um das Königtum scharten, in demselben den einzigen Hort der bedrohten Selbständigkeit erblickend, trotzte der englische Adel, dynastische Wirren

und die durch den Krieg gesteigerten Bedürfnisse des Königtums benützend, seinen Herrschern immer mehr Rechte ab. Doch war hier der Verlauf ein anderer als in Deutschland; die großen Vasallen wurden nicht zu selbständigen Territorialherren, sondern sie rissen als geschlossener Stand die dem Königtum entwundenen Rechte an sich, d. h. England wurde in immer steigendem Maße eine Oligarchie mit monarchischer Spitze. Das gewaltige Ringen zwischen den beiden westlichen Königreichen endete mit der endgültigen Vertreibung der Engländer vom Boden Frankreichs; der Versuch ihrer Vereinigung war gescheitert und fortan entwikkelten sich die Nationen Frankreichs und Englands selbständig voneinander; ersteres im engsten Anschluß an sein Königtum, das besonders unter Ludwig XI. durch eine skrupellose Politik die Regungen provinzieller Selbständigkeit unterdrückte und auch die Grenzen des Landes erheblich erweiterte; letzteres seine Aristokratie immer kräftiger ausbildend. Hierzu trug nicht unwesentlich der Umstand bei, daß direkt im Anschluß an die englisch-französischen Kriege der sogenannte Rosenkrieg ausbrach, in dem die beiden Linien des Hauses Plantagenet, York und Lancaster, sich die Krone streitig machten. Er endete nach annähernd sechzigjähriger Dauer damit, daß die beiden feindlichen Häuser sich gegenseitig vernichteten, und das, von beiden in weiblicher Linie abstammende, Haus Tudor den Thron bestieg. In diesen inneren Kämpfen wurde natürlich die Autorität des Königtums noch mehr geschwächt und die der Aristokratie und des sie repräsentierenden Parlaments trat immer mehr an ihre Stelle.

Auf der iberischen Halbinsel nahm die Entwicklung, die mit dem Siege Karl Martells bei Tours und Poitiers

und mit den maurischen Feldzügen Karls des Großen begonnen hatte, ihren gradlinigen, kaum durch Rückschläge gehemmten Verlauf: eine allmähliche, aber stetige Ausdehnung der kleinen Pyrenäenstaaten auf Kosten des immer mehr nach Süden zuurückweichenden Islam. Schließlich vereinigten sich diese christlichen Staaten in den drei größeren Reichen Kastilien, Aragonien und Portugal, und gerade in dem Augenblick, in dem der christliche Vorstoß die Südspitze der Halbinsel erreichte und der letzte Rest der maurischen Herrschaft, das Emirat von Granada, den vereinigten kastilianisch-aragonischen Heeren erlag, verschmolzen durch die Heirat ihrer beiden Königssprossen diese beiden Länder, Kastilien und Aragonien, zu dem neuen spanischen Reiche, das schnell auch zu einer nationalen Einheit zusammenwuchs. Im Jahre der Eroberung Granadas aber trat Christoph Columbus die erste seiner berühmten Reisen an, welche durch die Erschließung einer neuen Welt zunächst für Spanien dieses zur ersten Macht des Abendlandes machten.

Was nun den Osten des Erdteils anlangt, so drohte diesem gleich zu Anfang der mittelalterlichen Epoche eine furchtbare Gefahr. Aus dem inneren Asien hatte sich das wilde Reitervolk der Mongolen unter seinem Herrscher Temudschin, Dschingis-Chan genannt, aufgemacht und die westlich von seinen Ursitzen gelegenen islamitischen Reiche des mittleren und vorderen Asien über den Haufen gerannt. Temudschins Nachfolger wandten sich gegen Rußland, dessen zersplitterte, in ewigen Kämpfen und inneren Wirren sich selbst zerfleischende Kleinstaatenwelt dem Ansturm nicht standhalten konnte. Die Chane ließen zwar die Teilfürsten bestehen, drückten sie aber zu Vasallen des Großchans herab. Diese fast zweihundertjährige Herr-

schaft der Mongolen in Rußland hat das großrussische Volk national stark mit mongolischen Elementen durchsetzt, und so dazu beigetragen, die Kluft, die schon zwischen ihm und dem Abendlande klaffte und auf die religiöse Verschiedenheit zurückging, gewaltig zu erweitern. Sie hat die letzten Spuren, die der germanische Ursprung der russischen Staaten vielleicht hinterlassen hatte, getilgt und den orientalischen Charakter, den schon die byzantinische, theokratisch - despotische Staatsform dem Lande aufgeprägt, noch mehr verschärft. Daran hat auch der gewaltsame Anschluß an den Westen, der vierhundert Jahre später unter Peter dem Großen erfolgte, nicht allzuviel geändert.

Batu, der Enkel Dschingis-Chans, wollte nach der Unterwerfung Rußlands zur Eroberung Ungarns, Polens und Deutschlands schreiten. Hier aber brach sich die unheimliche Völkerflut an dem Heldenmut des kleinen polnisch-deutschen Heeres, das ihm der Piastenherzog Heinrich von Niederschlesien vor den Toren von Liegnitz entgegenstellte. Das Heer wurde zwar fast vernichtet, der Herzog selber fiel, aber den Mongolen war die Lust an weiteren Eroberungen im Westen vergangen. In Rußland blieb ihre Herrschaft zunächst bestehen und erst allmählich gelang es den Fürsten von Moskau, zuerst unter dem Schutze der Chane selbst, die kleineren russischen Fürstentümer ihrem Staate zu unterwerfen und schließlich an der Spitze des vereinigten Rußlands die mongolische Herrschaft zu brechen.

In den übrigen osteuropäischen Ländern, dem Weichsel-, Sudeten- und Donaugebiet, waren, auch nicht ohne schwere innere Wirren im früheren Mittelalter, vier Reiche mittleren Umfanges entstanden: Litauen, Polen, Böhmen und Ungarn. Die drei letzt-

genannten hatten die christliche Religion in ihrer abendländischen Ausprägung angenommen und standen zunächst in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zum deutschen Reiche, das bald über die rein politischen Beziehungen hinaus sich auf kulturellem Gebiete äußerte. Fast der ganze Mittelstand der polnischen Städte war deutschen Stammes, die Städte lebten nach deutschem Recht, und auch in Ungarn wurden zahlreiche deutsche Kolonisten und Bürger angesetzt. Eine Zeitlang konnte es als nicht ausgeschlossen gelten, besonders seitdem in Böhmen das deutsche Haus der Luxemburger gebot, daß diese Gebiete dauernd dem Deutschtum gewonnen würden. Daneben sind während des ganzen Mittelalters, besonders während seiner zweiten Hälfte, Bestrebungen unverkennbar, welche auf eine Zusammenfassung dieser östlichen Länder zu einer höheren Einheit hinzielen. Durch Erbverträge und dynastische Heiraten, sowie durch entsprechende Königswahlen wurde teils die Vereinigung von Polen und Ungarn, teils die Ungarns und Böhmens, teils wieder die von Böhmen und Polen angestrebt. Ungarn wurde außerdem durch die Thronbesteigung Karl Roberts von Neapel im Reiche der Arpaden in die orientalisch-abendländischen Verwicklungen der Mittelmeerländer hineingerückt.

Litauen dagegen war seinem nationalen Heidentum bis ins 14. Jahrhundert treu geblieben und wurde in diesem Konservatismus nur noch bestärkt durch den Kampf gegen die deutschen Ordensritter, die soeben seinen preußischen Stammverwandten mit ihrem Götterglauben auch die nationale Unabhängigkeit geraubt hatten und es selbst mit diesem Schicksal bedrohten. Allerdings, rings von christlichen Staaten umgeben, konnte es immer weniger christlichen Einflüssen sich

verschließen. Die Großfürsten gewährten den Sendboten beider Kirchen Zutritt in ihr Reich und schwankten unsicher zwischen dem russisch-byzantinischen und dem deutsch-katholischen Einfluß hin und her. In diese verworrenen Verhältnisse brachte endlich die polnische Politik gegen Ende des 14. Jahrhunderts Klärung. Hier war unter den Königen Wladislaus Lokietek und Kasimir dem Großen nach unendlichen inneren Wirren eine glanzvolle Regeneration des nationalen Königtums eingetreten, die eine immer schärfere Wendung der Volksstimmung gegen die Deutschen zur Folge hatte. Kasimir der Große, der einsah, daß Polen nur in der Vereinigung mit einem der großen Nachbarreiche zu einem Großstaat werden konnte, bestimmte zu seinem Nachfolger — er selbst hatte keine Kinder — seinen Neffen, König Ludwig von Ungarn aus dem Hause Anjou. Ludwig hatte nun auch wieder keine Söhne und vermählte seine älteste Tochter, die er zur Thronfolge in beiden Reichen bestimmt hatte, mit Sigismund von Brandenburg, dem zweiten Sohn des römisch-deutschen Kaisers Karls IV. von Böhmen. Da bei der Kinderlosigkeit und offenbaren Geistesgestörtheit von dessen älterem Bruder Wenzel die Thronfolge Sigismunds auch in Böhmen wahrscheinlich war, so schien die Aussicht in nächste Nähe gerückt, daß Polen ein Teil eines mächtigen deutsch-slavisch-magyarischen Reiches werden würde. Hiergegen erhob sich nun der nationale Selbständigkeitsdrang und die Deutschfeindlichkeit des polnischen Adels. Man zwang die ältere der beiden Töchter Ludwigs zur Thronentsagung und übertrug die Krone der jüngeren, Jadwiga, die sich nun mit Jagello, dem Großfürsten von Litauen, vermählen mußte, unter der Bedingung, daß dieser zum Katholizismus übertrat und eine dauernde Vereinigung beider Reiche verhieß. Sigis-

mund behauptete sich in Ungarn und folgte bald seinem Bruder in Böhmen und im deutschen Reiche. Seine Erbtochter heiratete aber Albrecht von Österreich. So wurde durch eine Reihe dynastischer Ehen das Schicksal dieser Länder auf Jahrhunderte hinaus bestimmt, und die Gruppierung, die dadurch hergestellt wurde, wirkte bis in unsere Tage nach.

Polen zog bald die Konsequenzen seiner Verbindung mit Litauen und trat in einen scharfen Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, den deutschen Orden, der mit dessen fast gänzlicher Vernichtung und der Eroberung fast seines ganzen Gebietes endete. Böhmen und Ungarn trennten sich zwar wieder voneinander und von Österreich, vereinigten sich aber bald wieder unter einem jagellonischen Prinzen und kamen dann schließlich durch die Ehe von dessen Tochter Anna mit Ferdinand von Österreich dauernd an das Haus Habsburg.

V. Der Aufstieg Europas zum hegemonischen Erdteil

Das 15. und 16. Jahrhundert war eine Zeit der gewaltigsten Umwälzungen, die die Weltgeschichte erlebt hat, und ist in dieser Beziehung nur mit der Epoche der Völkerwanderung und unserer heutigen Zeit auf eine Stufe zu stellen. Lange vorbereitete Entwicklungen kamen zur Reife und neue bahnten sich an. Der Zusammenschluß der großen Nationalstaaten des Westens — Spanien, England, Frankreich — vollendete sich. Spanien gab durch die Entdeckung und Eroberung der Neuen Welt den Anstoß zu einer ungeahnten Erweiterung des abendländischen Kulturkreises und stieg hierdurch wie durch seine Verbindung mit dem Reich der Habsburger und dadurch mit dem römischen Kaisertum zur führenden Weltmacht empor. Im Osten festigte sich das polnisch-litauische Großreich. Die orientalische Frage, die ja die ganze Geschichte unserer Kulturmenschheit erfüllt, wurde einerseits durch die spanische Eroberung Granadas und andererseits durch die türkische von Konstantinopel und dem größten Teil von Ungarn auf Jahrhunderte hinaus dahin entschieden, daß im Westen die Grenze der abendländischen Kultur mit den geographischen Grenzen des Erdteils zusammenfiel, während im Südosten der Islam seinen Geltungsbereich bis tief in das Gebiet Europas vorschob. Das Byzantinertum, jenes Bindeglied zwischen abendländischer und orientalischer Kultur, war vernichtet, dem Islam erlegen, der unvermittelt die europäisch-abendländische Menschheit bedrohte. Byzantinische Religion, Kultur und Staatsgestaltung hatten sich zwar noch erhalten in dem slavisch-tartarischen Reiche der Russen;

dieses aber stand noch außerhalb jedes Zusammenhanges mit dem Abendlande. Im Gegensatz zur Entstehung der Nationalstaaten Spanien, Frankreich, England, Polen und einiger kleinerer erwies sich, trotz verschiedener Versuche in dieser Richtung, die politische Einigung Deutschlands und Italiens als unmöglich. Wieder war es in beiden Ländern die enge Verflechtung der naturgegebenen Zentralinstanz, des Kaisertums, mit universalistischen Tendenzen, die sie verhinderte. Die dynastische Verbindung der deutsch-italienischen Vormacht, des Hauses Habsburg, mit Spanien drohte die beiden alten Kernlande des Imperiums zu Gliedern eines gewaltigen spanisch-katholischen Weltreichs herabzudrücken und veranlaßte die territorialen Gewalten beider Länder zur schärfsten Opposition gegen das spanisch-habsburgische Kaiserhaus, ja sogar zur Verbindung mit dessen großem weltpolitischen Rivalen, mit Frankreich, das seinerseits natürlich alles Interesse daran hatte, den Wirrwarr im Reiche zu verewigen. Und dennoch trat gerade in dieser Zeit der beginnenden politischen Auflösung in Deutschland wie in Italien die nationale Einheit auf kulturellem Gebiet um so schärfer in die Erscheinung. Italien hatte soeben in der Renaissance den Gipfelpunkt seiner nationalen Kultur erstiegen und Deutschland erhielt gerade damals durch Luthers Bibelübersetzung seine nationale Schriftsprache. Solche Tatsachen können auf die Bildung eines Nationalgefühls nicht ohne Wirkung bleiben. Die alten Kernländer des Reichs bildeten sich also trotz ihrer politischen Zerrissenheit kulturell zu selbständigen Volkspersönlichkeiten heraus und fügten sich so in den großen Reigen der Nationen Europas ein. Dieselben Elemente aber, die trotz der politischen Zersplitterung Mitteleuropas die nationale und kulturelle Einheit seiner beiden Haupt-

völker erhielten, machten sich in dem gleichen, kulturell einigenden Sinne auch für Gesamteuropa geltend. Die gemeinsame Grundlage, auf der alles politische, soziale und geistige Leben erwachsen war, die Verbindung von Römertum und Germanentum blieb weiter wirksam. Ein germanischen Ideen entstammendes Lehnswesen drückte dem Adel Englands und Frankreichs, wie dem Deutschlands, Spaniens und Italiens ein überall ähnliches soziales Gepräge auf; Latein war die Sprache der Gelehrten wie der Priester in Rom und London, in Madrid und Krakau, in Paris, in Leipzig und Prag; Könige und Große germanischen Blutes trugen den Glauben Roms bis an die Säulen des Herkules, und selbst an den Ufern des Peipussees hörten deutsche Ritter und Kaufleute die Messe auf Lateinisch. Die großen geistigen Fortschritte, die gerade in dieser Zeit gemacht wurden, die geographischen Entdeckungen und technischen Erfindungen wirkten weiter in diesem Sinne. Besonders durch den Buchdruck wurde eine ungeahnte Vereinheitlichung des geistigen Lebens ermöglicht. Das Resultat einer Entwicklung von fünfzehn Jahrhunderten war also, daß die römisch-christliche Kultur des Mittelmeerbeckens, von den afrikanischen und asiatischen Randländern sowie von der Balkanhalbinsel zurückweichend, in enger Vereinigung mit dem Germanentum sich über den Westen und Norden wie über die Mitte des europäischen Kontinents verbreitet hatte; daß die Völker dieses Gebiets sich in geographisch und ethnisch scharf gesonderte Nationen geteilt hatten, die teils im Ringen miteinander, teils durch Ausbreitung über die Grenzen des Kulturkreises hinaus ihre Eigenart zur Geltung zu bringen suchten; daß aber über ihnen allen sich eine höhere Einheit geistig-kultureller Art erhob. Die nationale Gliederung Europas war beendet, seine kulturelle Einheit trotz

vieler dezentralistisch wirkender Tendenzen erhalten, ein neuer Kontinent, der noch ganz unübersehbare Möglichkeiten barg, seiner Kultur erschlossen. Wie nun die abendländischen Nationen die großen Fragen des menschlichen Gemeinschaftslebens sowohl untereinander, wie auch jede in ihrem eigenen Schoße regelten, bildet den Inhalt der neueren Geschichte.

Vom Gesichtspunkt der gesamteuropäischen Entwicklung aus können wir die Geschichte der neueren Zeit in verschiedene Abschnitte zerlegen, in denen jeweils um eines der großen Probleme gerungen wurde, die von jeher das Zusammenleben in geordneten Verbänden bestimmt haben. In der Zeit von der Reformation bis zum Ende des dreißigjährigen Krieges stand das religiöse Problem im Mittelpunkt des Interesses; die nächste Periode bis zum Ende des 18. Jahrhunderts beschäftigte sich hauptsächlich mit der diplomatisch-militärischen Machtverteilung unter den Staaten Europas. Ihre erste Hälfte, etwa bis Beginn des 18. Jahrhunderts reichend, steht unter dem Zeichen der Vorherrschaft Frankreichs, während die Zeit von etwa 1715 bis 1789 eine ziemlich gleichmäßige Machtverteilung der großen Kontinentalmächte neben einem immer mehr sich ausbildenden maritimen und überseeischen Übergewicht Englands war. Gleichzeitig trachteten die erleuchteten Köpfe aller Nationen, die Fragen der Religion, der Naturerkenntnis, des Staatslebens, der Erziehung, kurz alle großen Aufgaben der Menschheit auf dem Wege der philosophischen Erkenntnis zu meistern, woher der ganzen Epoche der Name der Aufklärungszeit gegeben wird. Durch die allmählich einsetzende Popularisierung der Resultate dieser geistigen Arbeit wurde im weiteren Verlauf eine Geistesstimmung erzeugt, die überhaupt alle Autorität in Frage stellte und, auf das politische Ge-

biet übergreifend, einen gewaltsamen Umsturz herbeiführte.

Nimmt man die Beziehungen unseres Kulturkreises zu fremden Erdteilen und Kulturen zum Ausgangspunkt der Betrachtung, so kann man die ganze Periode von der Reformation bis zur französischen Revolution als Zeit des Aufstiegs Europas zum hegemonischen Erdteil bezeichnen. Die Entdeckung und Erschließung neuer Länder und Weltteile schritt in dieser Zeit weiter fort, sie alle aber standen unter der politischen Führung der Länder des alten Europa.

1. Das habsburgisch-spanische Weltreich und die religiöse Auseinandersetzung

Als um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts die religiöse Gärung ihren Höhepunkt erreichte und schließlich in der deutschen Reformation zur Explosion kam, war das Haus der Habsburger durch die kluge Familienpolitik Friedrichs III. und Maximilians I. zu einer europäischen Macht allerersten Ranges geworden. Das Haus hatte sich bisher seit der Erwerbung des Babenbergischen Erbes durch König Rudolph I. im Range einer ansehnlichen deutschen Territorialmacht behauptet und seinen Machtkreis, besonders nach Süden, nach der italienischen und adriatischen Seite hin, langsam, aber ständig vergrößert. Seine Bestrebungen, im Osten, in Böhmen und Ungarn, festen Fuß zu fassen, waren bisher immer gescheitert. Den ersten Schritt in die große Politik tat es, indem es ihm nach dem Aussterben der Luxemburger glückte, wieder zum deutschen Königsthron zu gelangen, und indem Kaiser Friedrich III. seinen einzigen Sohn Maximilian mit der Erbin der burgundischen Lande vermählte. Das Haus Burgund, ein Seitenzweig der französischen Kapetinger, war durch Erbgang

und Eroberung in den Besitz zahlreicher westdeutscher Landschaften gekommen und strebte nun nach der Errichtung eines selbständigen Staates zwischen Frankreich und Deutschland. Da aber mit Herzog Karl dem Kühnen sein Mannesstamm erlosch, gingen seine deutschen Lande auf dessen Tochter Maria über, während das Herzogtum Burgund an die Krone Frankreich zurückfiel. Maria vermählte sich nun mit dem römischen König Maximilian, dem Sohne Kaiser Friedrichs III. Diese Verbindung der österreichischen mit den burgundischen Landen und gleichzeitig mit der Kaiserkrone mußte dem Hause Habsburg bereits eine gewaltige Stellung sichern, besonders im Hinblick auf die kommerziell dominierende Stellung der Niederlande. Das entscheidende Ereignis war aber die Heirat, die Maximilian zwischen seinem Sohne Philipp und Johanna, der Erbin von Kastilien, Aragonien, Sizilien und Neapel zustande brachte. Dieser ländererwerbenden Familienpolitik wurde das Schlußstück eingefügt durch die Verbindung von Philipps jüngerem Sohn mit der Jagellonin Anna, der Erbin von Ungarn und Böhmen. Beim Tode Maximilians, der seinen Sohn Philipp überlebte, wurde diese gewaltige Ländermasse nun so geteilt, daß das spanisch-italienische Reich nebst den burgundischen Gebieten an den älteren Enkel, Karl, kam, während die österreichischen Erblande mit Ungarn und Böhmen dem jüngeren Sohne Philipps, Ferdinand, zufielen, jedoch unter der Oberhoheit seines älteren Bruders. Das Schicksalsereignis für Deutschland und ganz Europa war nun, daß dieser junge König von Spanien, Karl I., im Jahre 1519 als Karl V. zum römischen Kaiser gewählt wurde. Das Kernland des neuen Imperiums, das so entstand, war aber nicht mehr Deutschland, sondern Spanien. Es besaß als integrierenden Bestandteil nicht nur Sizilien und

Unteritalien, sondern auch die unermeßlichen Gebiete der eben entdeckten Neuen Welt, so daß sein König mit Recht von sich behaupten konnte, in seinem Reiche gehe die Sonne nicht unter. Spanien war nun förmlich dazu prädestiniert, die katholische Macht im vornehmsten Sinne zu werden. Im siegreichen Kampfe gegen den Islam war es eben zur Nation zusammengewachsen. Die Verteidigung und Ausbreitung der Kirche war das Lebensprinzip, auf dem es beruhte. Die Eroberung der weiten heidnischen Länder Amerikas stärkte dieses Prinzip ungemein. Das spanische Volk, von einer rätselhaften Urbevölkerung abstammend, mit starkem romanischem und semitischem und sehr geringem germanischem Einschlag im Blute, durch die semitische Blutmischung zum religiösen Fanatismus neigend, konnte wenig Aufnahmefähigkeit für die verinnerlichte Form des Christentums haben, wie sie gerade zu dieser Zeit durch die Reformation in Deutschland aufkam. Der König dieses Landes, noch dazu ganz spanisch erzogen, wurde nun als römischer Kaiser berufener Schirmherr der katholischen Kirche und gleichzeitig Herrscher des Stammlandes der Ketzerei, Deutschlands. Da war es nur natürlich, daß Karl sich von vornherein zum Ziele setzte, die abtrünnigen Deutschen zur reinen Lehre zurückzuführen und den „religiösen Irrwahn" mit Stumpf und Stiel auszurotten. Einem großen Teile des deutschen Volkes, auch vielen aus dem Kreise der Reichsfürsten, war aber die Erneuerung der Kirche Herzens- und Überzeugungssache. Dazu mögen noch andere Motive gekommen sein, besonders im weiteren Verlaufe der Reformation: der Übergang des Kirchenregiments an den Landesherrn mußte eine ungemeine Stärkung der landesfürstlichen Autorität bedeuten, wozu noch die Aussicht kam, durch Einziehung der reichen Stifter

das fürstliche Vermögen bedeutend zu steigern. Die unteren Volksklassen hatten schon lange unter der Bedrückung durch den Klerus geseufzt, und dessen oft recht wenig apostolische Lebensführung erregte in den weitesten Kreisen Anstoß. Den Kaiser drängte die alte Verbindung des Kaisertums mit der Kirche, die fanatisch dem alten Glauben anhängende Geistesart seines Hauptlandes Spanien und wohl auch seine eigene Überzeugung unbedingt auf die Seite des Papsttums und seiner Kirche. Diese Verbindung der spanischen Königswürde mit dem Kaisertum, die auch erhalten blieb, als nach der Abdankung Karls V. die Kaiserkrone dauernd an die jüngere, deutsche Linie der Habsburger überging, stärkte den katholischen Gedanken in Spanien ungemein und pflanzte der spanisch-österreichischen Macht die Tendenz zur politischen Expansion ein, die schließlich fast das ganze übrige Europa gegen sie auf den Plan rief. Den Herrschern dieses Hauses erschien es geradezu als eine religiöse Pflicht, die Völker, unmittelbar oder mittelbar, der spanischen Herrschaft zu unterwerfen und ihnen damit den alleinseligmachenden Glauben zu bringen oder sie bei ihm zu erhalten. Es war dies ein Universalismus, der weit gefährlicher war für die freie Entwicklung der europäischen Völker, als der der mittelalterlichen Kaiser, denn hinter ihm stand die organisierte Kraft einer einheitlichen Nation, hinter ihm standen die unermeßlichen Reichtümer der Neuen Welt, und er hatte fast in jedem Lande der Christenheit seine fanatischen Parteigänger. Es war kein Zufall, daß dieser religiös-politische Eroberungsgeist von einem Volke ausging, das einen starken Prozentsatz orientalischen Blutes in seinen Adern trug. Vor allem der Teil Europas, in dem das germanische Blut überwog, nahm den Widerstand gegen diese spanischen Weltherrschaftspläne auf.

Dieser Widerstand hatte in den einzelnen Ländern, in denen er aufflammte, die verschiedenartigsten Gründe. Solche rein religiöser Art spielten die größte Rolle unzweifelhaft in Deutschland, dem Lande, von dem die ganze Bewegung ausgegangen war. Daß selbst hier aber auch noch andere Motive mitwirkten, haben wir gesehen. Wir dürfen eben nicht vergessen, daß neben den religiösen Zielen der spanisch-kaiserlichen Politik solche rein politischer Art herliefen, die darauf ausgingen, den ganzen Kontinent dem spanischen Weltreich zu unterwerfen und die natürlicherweise ebenfalls rein politische Gegenströmungen auslösten, welche sich teilweise auch in solchen Ländern geltend machten, die dem katholischen Bekenntnis treu geblieben waren. In Deutschland war es besonders der Grundsatz der sogenannten Libertät d. h. der landesherrlichen Unabhängigkeit, dessen Vertreter, die deutschen Fürsten, sich durch die Herrschaftsansprüche des deutschen Kaisers gefährdet sahen, und besonders gegen Ende der Epoche, im dreißigjährigen Kriege durchkreuzten selbst rein katholische Reichsstände, wie Bayern, aus politischen Gründen die Bestrebungen des Kaiserhauses. Ähnliches sehen wir in Italien. Hier brachte es der in der Territorialstellung des Papstes begründete Gegensatz gegen die spanische Weltherrschaft sogar zum offenen Kriege der römischen Kurie gegen den Kaiser, der schließlich der Welt das eigenartige Schauspiel bescherte, daß die Hauptstadt der katholischen Christenheit von den Truppen des streng katholischen Kaisers in Asche gelegt und geplündert wurde (sacco di Roma 1527).

In den Erblanden des Kaisers sehen wir analog der Entwicklung im Reiche beim landständischen Adel sowohl der deutschen Alpenländer wie auch Böhmens und

Ungarns eine Verquickung religiös-protestantischer mit ständisch-republikanischen Tendenzen. Eine Zeitlang, unter den beiden direkten Nachfolgern Karls V. konnte es scheinen, als ob diesen Bestrebungen von allerhöchster Stelle weitgehende Duldung, ja sogar Sympathie entgegengebracht würde. Aber die enge Verflechtung des Erzhauses in die spanische Weltpolitik verhinderte es, daß diese Velleitäten ernstliche Gestalt annahmen, und führte schließlich dazu, daß im Verlauf des dreißigjährigen Krieges der Protestantismus und mit ihm das Streben nach ständischer Unabhängigkeit im östlichen Reiche der Habsburger zurücktrat.

Am verworrensten verflochten sich die Gegensätze und Beziehungen zwischen allgemeiner und Religionspolitik in Frankreich. Die Bevölkerung und Kirche dieses Landes hatte sich im Rahmen der allgemeinen Kirche zwar eine gewisse Sonderstellung zu erhalten oder zu erringen gewußt, seine Könige haben der päpstlichen Gewalt gegenüber die Unabhängigkeit des nationalen Staates, ja sogar zeitweise ein Übergewicht (Philipp der Schöne) zu behaupten verstanden; an Bewegungen von tiefgehender religiöser Ergriffenheit (Cluniacenser) hatte es in seiner früheren Geschichte ebensowenig gefehlt, wie an dogmatischen Abweichungen von der Lehre der Kirche (Albigenser, Waldenser). Aber gerade zur Reformationszeit, als das Volk unter einer wohlgeordneten Regierung eine Periode materiellen und politischen Aufschwungs erlebte, gab sich die erdrückende Mehrheit der Franzosen einer gewissen indifferenten Kirchlichkeit hin, an der Spitze ihr ganz weltlich und politisch gerichteter König, Franz I. So war aus religiösen und kirchlichen Gründen weder ein besonders scharfer Gegensatz gegen die Reformation noch auch gegen die kirchlich-konservative Richtung

der spanisch-kaiserlichen Politik veranlaßt. Es waren rein politische Gründe, welche Frankreich in eine scharfe Kampfstellung gegen das werdende spanisch-deutsche Weltreich trieben. Der Gegensatz gegen Deutschland ist ein uralter. Er geht in seinen Anfängen zurück auf die Rivalität der ost- und westfränkischen Linien des karolingischen Hauses. Der König jedes der beiden Länder betrachtete sich als den wahren und alleinigen Erben der alten Universalreichsansprüche. Innere Unruhen in dem einen Reiche wurden stets von dem anderen zur Geltendmachung seines Übergewichtes benutzt, zum mindesten zur Erwerbung möglichst großer Stücke des immer zwischen beiden streitigen ehemaligen Mittelreichs Lothars I. Bis zur Stauferzeit war die Präponderanz auf Seiten Deutschlands. Sein Herrscher besaß in der Kaiserwürde wenigstens den ideellen Anspruch auf die Vorherrschaft in der abendländischen Christenheit und außerdem in den Königreichen Burgund und Italien die wesentlichsten Bestandteile des Mittelreichs, wozu unter Heinrich VI. sogar noch Süditalien kam. Mit dem Sturze der Staufer wurde das anders. Während Deutschland in politische Zersplitterung versank, erstarkte Frankreich. Gleich zu Anfang dieses Prozesses gelang es dem französischen Königshaus, Süditalien an sich zu reißen. Die hauptsächlichsten Teile des arelatischen Reiches folgten. Dann setzte für Frankreich die Zeit der ernsten Bedrohung seiner Existenz durch England ein. Aber Deutschland war damals selbst zu schwach, um die Schwäche des alten Rivalen zu nützen. Kaum hatte sich das französische Königtum unter Karl VII. und Ludwig XI. wieder befestigt, so begann es auch von neuem die Politik der Einmischung in die Verhältnisse Deutschlands und Italiens. Und hier in Italien war den französischen An-

sprüchen ein neuer Rivale erwachsen im Hause Aragon, das dem süditalienischen Zweig der Kapetinger zuerst vom sizilianischen und später auch vom neapolitanischen Throne verdrängte und sich auch gegen die Angriffe Karls VIII. in beiden Reichen behauptete. Und nun vereinigten sich diese beiden alten Rivalen Frankreichs, Aragonien, zum spanischen Reiche erweitert, und Deutschland, unter einem und demselben Herrscher. Und die Erblande dieses Monarchen im römischen Reich waren zahlreich genug, um befürchten zu lassen, er würde seinen Kaisernamen zur Wahrheit machen und Deutschland nebst Italien als straff monarchisch organisierten Staat in sein Weltreich einfügen. Wenn das eintrat, so lief Frankreich Gefahr, von der neuen Universalmonarchie vollkommen erdrückt zu werden. Also war es eine unabweisbare Notwendigkeit für die französische Politik, die Opposition der protestantischen deutschen Fürsten nach Kräften zu unterstützen, um so wenigstens an dieser Stelle die Konsolidierung des habsburgischen Weltreiches zu verhindern. So sehen wir den „allerchristlichsten König" im Bündnis mit den deutschen Ketzern, wie er denn überhaupt allenthalben mit den Gegnern Karls in Verbindung trat und selbst eine Allianz mit dem Erbfeinde der Christenheit, dem türkischen Sultan, nicht scheute, um dem Kaiser Abtrag zu tun. Die Verbindung mit den deutschen Fürsten hatte aber notwendig eine, wenn auch nur beschränkte, Duldung der Reformation gegenüber in Frankreich zur Folge. Unter Franz I. hatte das noch keine äußerlich spürbaren Konsequenzen. Immerhin griff der neue Glaube um sich, besonders seitdem er durch Johannes Calvinus aus Genf eine dem französischen Geiste kongenialere Form erhalten hatte. Insbesondere der überwiegend germanische Adel und das Bürgertum ergriffen

die Lehre des Calvinismus mit Begeisterung und verbanden sie, wie das ja auch anderwärts geschah, mit ständisch-republikanischen Ideen. Als gegen diese, vom Standpunkte der nationalen Monarchie aus nicht unbedenkliche Bewegung von der Regierung Maßnahmen ergriffen wurden, organisierten sich die Hugenotten auf republikanischer Grundlage förmlich als Staat im Staate. Unter Franz I. Nachfolger, Heinrich II., wurde äußerlich die Ruhe noch bewahrt. Im Moment, als der König gegen das Umsichgreifen des Protestantismus einschreiten wollte, starb er infolge eines Unglücksfalles. Als aber für seine beiden minderjährigen Nachfolger, Franz II. und dann Karl IX., eine Regentschaft nötig wurde und diese an die Witwe Heinrichs, die bigotte Italienerin Katharina von Medici, kam, die der unter der letzten Regierung hochgekommenen, ehrgeizigen und streng katholischen Familie der Guisen einen überwiegenden Einfluß gewährte, da ließ sich der Kampf nicht länger vermeiden. Er wütete volle dreißig Jahre, von 1562 bis 1593 und brachte das Land an den Rand des Verderbens, vor allem fast vollkommen unter spanische Oberherrschaft. Die Ermordung und Austreibung der Hugenotten in der Bartholomäusnacht und der endlose Bürgerkrieg kostete das Volk zahlreiche seiner tüchtigsten Glieder, und von dieser Zeit datiert der starke Rückgang des germanischen Blutes, der für die weitere Entwicklung Frankreichs entscheidend geworden ist. Als im Jahre 1589 mit Heinrich III., dem letzten überlebenden Sohne Heinrichs II., die Hauptlinie der Kapetinger, das Haus Valois, ausstarb, ging die Krone oder vielmehr der einzig rechtmäßige Anspruch an diese auf den König Heinrich von Navarra über, das Haupt der protestantischen Nebenlinie Bourbon und der protestantischen Partei. Das war für Philipp II. von Spanien

der Moment, sich das Übergewicht im Lande dauernd zu sichern und seine Tochter Isabella aus seiner Ehe mit Elisabeth, einer Tochter Heinrichs II. von Frankreich, als Prätendentin aufzustellen. Hier zeigte sich nun, daß in diesem von Natur aus durchaus verständigen Volke der politische Instinkt den religiösen Fanatismus überwog. Die immer mächtiger werdende Partei der „Politiker", die unter Beiseitesetzung der konfessionellen Gegensätze vor allem die nationale Unabhängigkeit zu retten trachtete, suchte Fühlung mit dem legitimen König Heinrich IV. Als dieser 1593 durch seinen Übertritt zum Katholizismus das einzige Hindernis seiner allgemeinen Anerkennung beseitigte, war die Gefahr der Einfügung des Landes in das spanische Weltreich abgewendet. In dem Edikt von Nantes gewährte der König seinen ehemaligen Glaubensgenossen, die doch nur eine Minderheit des Volkes ausmachten, weitgehende Duldung. So hatte hier der nationale Staatsgedanke über die religiöse Parteiung den Sieg davongetragen, und als am Ende der Regierung Heinrichs IV. der große Kampf der spanisch-katholischen Weltmacht gegen die religiöse Freiheit Europas ausbrach, war die Stellung Frankreichs in diesem Kampfe außer Frage. Sie konnte, trotz der Herrschaft des Katholizismus im Innern nur auf Seite der protestantischen Mächte gegen das Weltreich der Habsburger sein.

Dieses hatte aber, als es den gewaltigen Versuch der Rekatholisierung Deutschlands unternahm, den wir den dreißigjährigen Krieg nennen, an zwei Stellen bereits entscheidende Niederlagen erlitten, in den Niederlanden und in England.

Wie die Niederlande an Spanien gekommen waren, haben wir gesehen. Die große Verschiebung der Handels- und Seewege, die durch die Entdeckungen des 15.

und 16. Jahrhunderts eintrat, hob ihre handelspolitische Bedeutung und damit ihren Reichtum beträchtlich. Dazu kam ihre politische Verbindung mit dem spanischen Reiche, das diese neuentdeckten Länder besaß. Der steigende Reichtum stärkte den eingeborenen Unabhängigkeitssinn des Volkes, das in kleinen, durch uralte Privilegien in ihrer Selbständigkeit geschützten Gemeinwesen einer weitgehenden Freiheit genoß. Die Beziehung zu entlegenen Weltteilen und die Schiffahrt gaben ihm einen erweiterten Gesichtskreis und ein stolzes Selbstgefühl. Hier fand nun die neue Lehre einen fruchtbaren Boden. Reformierte Gemeinden verbreiteten sich bald über das ganze Land, und die Bestrebungen der spanischen Regierung, das Volk beim alten Glauben zu erhalten, fruchteten nichts. Karl V. bekämpfte den Protestantismus zwar mit Energie, aber er achtete und schonte doch die alte Selbständigkeit der Provinzen. Er wußte wohl, welchen Wert dieses kleine Land für sein Reich hatte, das ihm mehr an jährlichen Einnahmen brachte als das ganze amerikanische Kolonialreich. Und trotz der religiösen Bedrückung erfreute sich die Regierung dieses wirklichen Staatsmannes großer Beliebtheit in dem Lande, dessen Autonomie sie schonte, und dessen Wohlstand sie klug förderte. Anders wurde das, als Karl die Regierung in Spanien und den Niederlanden seinem Sohne Philipp II. übertrug. Obgleich dieser Herrscher wohl nicht ganz der finstere Despot war, zu dem ihn die landläufige Geschichtsschreibung zu machen sucht, fehlte ihm doch der große staatsmännische Blick seines Vaters. Er glaubte, der politischen und religiösen Bewegung der Niederlande durch gewaltsame Unterdrückung Herr werden zu können. Als die schwache, sowohl gegenüber dem Madrider Hof wie gegenüber dem Adel des Landes und dem hinter ihm stehenden

Volk rückgratlose und schwankende Politik der Statthalterin Margarete von Parma, der Halbschwester des Königs, auf beiden Seiten Mißfallen erregte, schickte Philipp den Herzog von Alba als Statthalter in die aufsässigen Provinzen. Dessen sechsjährige, von entsetzlichen Grausamkeiten und bodenlosen Torheiten erfüllte Regierung verdarb alles, was für Spanien in dem Lande noch zu verderben war. Er richtete ein förmliches Blutbad unter der protestantischen Bevölkerung an, trat die Privilegien der Provinzen, auch der katholisch gebliebenen, mit Füßen und vernichtete ihren Wohlstand durch drückende Abgaben. Und mit all dem erreichte er nichts, als daß der Haß gegen die spanische Bedrückung ins Ungemessene wuchs. Unter der Führung des ganz im Volke wurzelnden Adels, vor allem des aus Deutschland stammenden, aber in den Niederlanden begüterten Prinzen Wilhelm von Nassau-Oranien, organisierten die Provinzen den bewaffneten Widerstand gegen die spanische Herrschaft. Den staatsklügeren Nachfolgern Albas, Don Luis de Requesens, Don Juan d'Austria und Alexander Farnese von Parma, gelang es noch, wenigstens die südlichen, von einer wallonischen und katholischen Bevölkerung bewohnten Provinzen, das heutige Belgien, der Krone zu erhalten. Der Norden aber, protestantisch und germanisch, erklärte im Jahre 1581 den offenen Abfall von Spanien und organisierte sich als föderatives Staatswesen mit wesentlich aristokratischer Verfassung, der aber der starke Einfluß des Hauses Oranien-Nassau ein monarchisches Element beimischte.

Ganz andere Motive waren es, die die Stellung Englands zu der religiösen Frage bestimmten. Nach der Beendigung der großen Kriege und dem Erlöschen der beiden sich befehdenden Häuser Lancaster und

York gelangte das Haus Tudor in der Person Heinrichs VII. zur Regierung. Sein Bestreben ging, der allgemeinen Zeitströmung entsprechend, vor allem auf die Stärkung der monarchischen Autorität, auf die Wiederherstellung eines machtvollen Königtums. Der zweite König dieses Hauses, Heinrich VIII., verfolgte diese Tendenz weiter. Er war stark kirchlich gesinnt und hatte sogar zu Anfang seiner Regierung für eine von ihm verfaßte, gegen Luther gerichtete Streitschrift vom Papste den Ehrentitel eines „Defensor fidei" erhalten, den die englischen Könige bis auf den heutigen Tag führen. Dieser Fürst, im übrigen eine brutale Herrennatur und stark sinnlich veranlagt, war mit Katharina von Aragonien, einer Tante Kaiser Karls V., vermählt. Als die alternde Frau ihn nicht mehr zu fesseln wußte und da ihm außerdem der ersehnte Thronerbe von ihr versagt blieb, verlangte er von der Kurie die Lösung seiner Ehe, um sich mit der schönen und ehrgeizigen Hofdame seiner Frau, Anna Boleyn, vermählen zu können. Da der Papst, wohl aus politischen Gründen, dem Könige diesen Wunsch versagte, betrieb dieser, um auf alle Fälle zu seinem Ziele zu gelangen, die Lösung der englischen Kirche von Rom. Durch die mit diesem Schritt verbundene Aufhebung der Klöster und Verteilung ihres reichen Grundbesitzes an die Anhänger des Königs wurde ein großer Teil der einflußreichen Klassen gewonnen, und so vollzog sich diese kirchliche Umwälzung ohne große Schwierigkeit, besonders auch durch die Mithilfe einer liebedienerischen Geistlichkeit. Ritus und Dogma der katholischen Kirche wurden aber beibehalten, nur der Primat des Papstes durch die kirchliche Souveränität des Königs ersetzt. Ja, so fern lag dieser englischen „Reformation" jeder religiöse Impuls, daß ein Übergreifen der protestantischen Bewegung ge-

nau wie in den katholischen Ländern mit Galgen und Scheiterhaufen bekämpft wurde. Wenn schließlich doch eine wirklich protestantische Religiosität auch in England Platz fand, so war das der blutigen Verfolgung unter Heinrichs Tochter Maria I. und dem späteren Eindringen der presbyterianischen Kirche von Schottland her zu danken.

Die eingeschlagene Richtung in der kirchlichen Politik wurde während der ganzen Regierung Heinrichs VIII. beibehalten. In der auswärtigen Politik ergab die Trübung der Beziehungen zu Spanien, die infolge der Ehescheidung des Königs eingetreten war, keine ernstlichen Konflikte. Unter der kurzen Regierung von Heinrichs Sohn, Eduard VI., blieb es ebenso. Eine Änderung trat erst ein, als nach dessen vorzeitigem Tode die Tochter Heinrichs und der aragonischen Prinzessin, Maria, den Thron bestieg. Diese Fürstin, unter dem Einfluß ihrer strengkatholischen Mutter zur fanatischen Anhängerin des alten Glaubens erzogen, sah ihre höchste Lebensaufgabe in der Zurückführung Englands in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche. Nichts war natürlicher, als daß sie dazu die Unterstützung des ihr verwandten spanischen Königshauses suchte und fand. König Philipp ergriff gern die Gelegenheit, durch die Vermählung mit seiner Kusine England in den Kreis der habsburgischen Länder und seiner gegenreformatorischen Politik einzubeziehen. Die erst schüchtern einsetzende katholische Reaktion artete bald in die wüsteste Glaubensverfolgung aus. Doch verhinderte der frühe Tod der Königin den Ausbruch einer Revolution. Nunmehr war nach der Thronfolgeordnung Heinrichs VIII. ihre Halbschwester Elisabeth, die Tochter der Anna Boleyn, zum Throne berufen. In der Kirchenfrage hielt sie zunächst eine mittlere Linie ein. Doch war es

selbstverständlich, daß sie, die Tochter des schismatischen Königs und seiner von Rom niemals anerkannten Gemahlin, sich nicht der alten Kirche anschließen konnte. Ebenso selbstverständlich aber war es, daß König Philipp den Verlust Englands für sein Haus und für den Katholizismus nicht so leicht verschmerzte, zumal Elisabeth, die Situation richtig erfassend, gar bald in Fühlung mit den niederländischen Rebellen getreten war. Aus dem sich hieraus ergebenden Gegensatze Englands gegen das spanische Weltreich ist letzten Endes die Weltmachtstellung des Inselreichs hervorgegangen. Durch die Entdeckung Amerikas und dessen allmähliche Einbeziehung in den Interessenkreis der europäischen Völker wurde England aus seiner peripherischen Lage außerhalb des europäischen Kontinents herausgerissen und in das Zentrum einer neu sich bildenden atlantischen Kulturwelt gerückt. Dadurch, daß jenseits des Atlantischen Ozeans neue Länder von Europa aus entdeckt wurden, trat die länderverbindende Eigenschaft des Weltmeers erst in die Erscheinung und dadurch wiederum kamen die Vorteile der maritimen Lage Englands erst zur Geltung. Durch seinen Gegensatz zum seebeherrschenden Spanien aber wurde England förmlich gezwungen, sich des ihm so günstigen Elements zu bedienen und seinen Gegner auf den Meeren und in seinem überseeischen Reiche aufzusuchen. So wurde der gescheiterte Angriff der spanischen Armada auf die britischen Küsten zum grundlegenden Ereignis der englischen Größe.

Über die Stellung der anderen europäischen Länder zur religiösen Frage ist nicht viel zu sagen. In den skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen und Schweden vollzog sich der Übergang zum Protestantismus ohne allzugroße Erschütterung. Ebenso glückte der

neuen Lehre eine ungemein folgenreiche Erwerbung in einem anderen nordischen Gebiet: das Deutschordensland Preußen, das unter polnischer Oberhoheit ein halb selbständiges Dasein fristete, wurde durch den Glaubenswechsel des letzten Hochmeisters Albrecht von Brandenburg dem Luthertum gewonnen, und in ein erbliches weltliches Herzogtum verwandelt. Den gleichen Schritt tat der Landmeister der baltischen Lande, Gotthard von Ketteler, wenigstens für Kurland, während Livland und Esthland von Schweden erobert wurden und somit ebenfalls dem Protestantismus zufielen. Polen blieb, trotz anfänglicher großer Fortschritte des Protestantismus, dank der eifrigen Tätigkeit der Jesuiten der alten Kirche erhalten. In Portugal und Italien zeigte sich keine Neigung zum Abfall vom alten Glauben. Beide waren zu stark beeinflußt von Spanien, das in Italien die Königreiche Sizilien, Neapel und Sardinien sowie das Herzogtum Mailand besaß und sich am Ende des 16. Jahrhunderts Portugal beim Erlöschen von dessen Herrscherhaus angliederte.

Nachdem wir so die Stellungnahme der europäischen Völker zu dem spanischen Universalreich und der religiösen Bewegung kennen gelernt haben, müssen wir noch die Umbildungen betrachten, welche diese Bewegung auf dem kirchlichen Gebiete selbst hervorrief, sowie auf die sozialen und politischen Neugestaltungen, die damit Hand in Hand gingen. Daß der eigentliche Grund zur Reformation in einer schon lange sich vorbereitenden Unzufriedenheit der Völker, nicht nur des deutschen, mit den Zuständen in der Kirche lag, haben wir gesehen. Diese Unzufriedenheit hatte ihre Ursache in der Veränderung, welche der geistige Zustand des Abendlandes seit der Zeit der Kreuzzüge erlitten hatte, und in der Entwicklung der Kirche selbst, welche die

Folge davon war. In der Zeit der Salier und teilweise auch noch der Staufer besaß in fast allen Ländern Europas die Geistlichkeit das ausschließliche Monopol der geistigen Bildung. Der geistliche Stand war fast eine Voraussetzung der Beschäftigung mit den Künsten und Wissenschaften und selbst die Kenntnis der Jurisprudenz und Staatskunst war ihm vorbehalten. Die durch die Kreuzzüge veranlaßte Berührung mit dem Orient und dem byzantinischen Reich änderte dies; zuerst in Italien, das diese Berührung am meisten spürte, entstand eine weltliche Rechtswissenschaft. Die adlige Dichtkunst legte weiter Bresche in die geistige Vorherrschaft des Klerus. Der sich belebende Handel schuf Reichtum und gab damit einzelnen der materiellen Sorge enthobenen Individuen Zeit, in geistige Fragen tiefer einzudringen. Die Teilnahme der Allgemeinheit am öffentlichen Leben, welche sich in den Städten immer mehr durchsetzte, schuf eine Atmosphäre der Freiheit und Kritik auch auf geistigem Gebiete, die die Gängelung durch die Kirche nicht mehr vertrug. Die geographischen Entdeckungen des 15. Jahrhunderts erschütterten das aristotelische Weltbild, auf dem die Lehre der Kirche immer noch beruhte. So entstand in den Humanisten eine weltliche „Intelligenz", die der geistlichen in vielen Dingen den Rang ablief. Durch dieses Aufkommen eines weltlichen Gelehrtenstandes wurde die Geistlichkeit vieler ihr eigentlich wesensfremder Aufgaben enthoben und hätte sich ganz der geistlichen Fürsorge für die, nach einer Vertiefung des religiösen Lebens dürstende Menschheit widmen können. Aber die Jahrhunderte weltlicher Herrschaft und geistiger Führerschaft auf allen Gebieten hatten die Kirche selbst verweltlicht. Die Prälaten, deren Vorgänger, besonders in Deutschland, aus Mangel an an-

deren juristisch und staatsmännisch geschulten Kräften mit staatlichen Ämtern betraut waren, hatten diese zu geistlichen Staaten ausgebaut und sahen ihre erste Aufgabe in deren Regierung. Selbst den Päpsten der Renaissancezeit, mit einziger Ausnahme Hadrians VII., war der Kirchenstaat wichtiger als die Kirche. Im Gefolge dieser Anschauung griffen Habsucht, Genußsucht und Unsittlichkeit unter der hohen und niederen Geistlichkeit des Abendlandes immer mehr um sich. Die abendländische Christenheit aber sehnte sich nach einer ausschließlich das religiöse Leben pflegenden Kirche. Der Schrei nach einer „Reform der Kirche an Haupt und Gliedern“ durchhallte das Abendland seit Ausgang des 14. Jahrhunderts. Diese Erneuerung der alten Kirche, nicht die Stiftung einer neuen Religion, war es, was Luther und die deutschen Reformatoren wollten. Erst die Ablehnung dieser Bestrebungen von Seiten der kirchlichen Autoritäten führte gleichsam automatisch zur Loslösung von Rom und zur Gründung selbständiger Kirchen. Auf die dogmatischen Gegensätze wie die Unterschiede und Streitigkeiten zwischen „Augsburgischem“ und „Helvetischem“ Bekenntnis hier einzugehen, erübrigt sich. Das Wesentliche ist, daß eine neue Kirche entstand und sich behauptete, die den Schwerpunkt des religiösen Lebens wieder in das Innenleben des Individuums verlegte, die Religion als etwas ganz Persönliches, von äußeren Organisationen Unabhängiges, als ein „Reich, nicht von dieser Welt“ erfaßte. Es ist natürlich, daß eine solche gewaltige Bewegung Gegenkräfte auslöste, daß alles, was an den bestehenden Verhältnissen interessiert war, sich um die alte Kirche scharte und dem neuen Geiste gegenüber auf die Verteidigung einrichtete. Es ist aber ebenso natürlich, daß eine Bewegung von solcher geistigen Tiefe und inneren

Wahrheit nicht ohne Wirkung auf die alte Kirche selbst bleiben konnte. Besonders im Anfange der Reformationszeit fehlte es nicht an Bestrebungen, die alte mit der neuen Richtung zu versöhnen und eine Zeitlang war es vielleicht nicht ausgeschlossen, daß aus der Reformbewegung eine erneuerte einheitliche abendländische Kirche hervorgehen würde. Bald aber gewannen die konservativen Elemente in der alten Kirche wieder die Oberhand, und das Konzil von Trient führte den Abschluß der großen Reformbewegung herbei, indem es für die dem Papsttum Treugebliebenen Dogma und Verfassung der Kirche genau umschrieb, unter Ausschluß und scharfer Verdammung aller abweichenden Meinungen. Dadurch wurde die Spaltung der abendländischen Christenheit erst endgültig. Da war es für die Gestaltung, welche die römische Kirche hier empfing, von ausschlaggebender Bedeutung, daß das Übergewicht auf dem Konzil bei den spanischen Prälaten war. Es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß der Katholizismus, wie er aus dem Tridentinum hervorging und bis auf den heutigen Tag besteht, eine Schöpfung des spanischen Geistes sei. Das aristotelisch-scholastische Lehrgebäude wurde als Grundlage der Weltanschauung für alle Zeiten festgelegt, die Autorität des Papstes zum vollendeten Absolutismus ausgebaut, die vorbehaltlose Hingabe an die Lehren der Kirche und an die Führung der Geistlichkeit zur unbedingten Pflicht der Gläubigen gemacht. Kurzum, der Geist einer gewaltigen militärisch-politischen Organisation, die straffste Disziplin wurde auf das geistige oder religiöse Gebiet übertragen. Im Schoße dieser Kirche war eine freie Entwicklung ausgeschlossen, es gab bedingungslosen Gehorsam oder Auflehnung. Die notwendige Folge davon muß sein, daß, wenn einmal der blinde Glaube er-

7*

schüttert ist, die Geister sich von jeder Autorität, von jeder Gläubigkeit abwenden. Daher faßte auch der politische und religiöse Radikalismus zuerst in den romanischen, katholisch gebliebenen Ländern Fuß.

Nicht unerwähnt aber darf bleiben, daß auch auf eine sittliche Reorganisation der Geistlichkeit Gewicht gelegt wurde. Vor allem aber wurde die Bekämpfung der Ketzerei, die Wiederherstellung der Kirche in den verloren gegangenen oder bedrohten Gebieten, in Angriff genommen. Dazu stellte sich nun dem Papsttum eine neue Organisation zur Verfügung, die ganz dem Geiste dieser ecclesia militans angepaßt, ganz auf den Kampf gegen die Feinde der Kirche eingestellt war: der Jesuitenorden. Das Prinzip der Organisation, der Disziplin, betonte er bis zur Aufgabe der eigenen Persönlichkeit durch seine Angehörigen. Gründlichste wissenschaftliche Bildung, vollendetste Weltkenntnis und Weltgewandtheit sind ihm nur Mittel zu seinem einzigen Zweck: der Erhöhung der Kirche. Bezeichnend ist, daß der Schöpfer dieses Ordens, der die ganze moderne Kirche mit seinem Geiste erfüllt hat, Ignatius von Loyola, wiederum ein Spanier und zwar vor seiner Bekehrung ein Kriegsmann war. Man wird einer solchen gewaltigen Schöpfung nicht gerecht, wenn man nur die, allem Menschlichen anhaftenden Fehler und Schwächen bei ihr betont. Daß die bedingungslose Unterordnung unter eine straffe Disziplin Heuchelei zur Folge haben kann, daß die Zielstrebigkeit leicht zur Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel ausartet, daß die Gewöhnung, andere klug zu leiten, zur Herrschsucht verleiten kann, daß die begeisterte Hingabe an die eigene Kirche in Gebieten gemischter Konfession dem religiösen Frieden nicht dient, ist klar. Aber man sollte nie vergessen, daß Männer von tiefer religiöser Er-

griffenheit und hoher wissenschaftlicher Bedeutung aus dem Jesuitenorden hervorgegangen sind, und daß er in der Pflege von Kunst und Wissenschaft und in der Missionierung und Kultivierung der südamerikanischen Kolonien eine hohe Kulturaufgabe erfüllt hat.

Dieser gewaltigen Kampforganisation auf katholischer Seite hatte der Protestantismus nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Seinem Wesen, das in der geistigen Freiheit, in der religiösen Verantwortlichkeit des Einzelnen beruht, widersprach die äußerliche Zentralisation, die Roms Stärke ist. Lutheraner, Zwinglianer, Kalvinisten bildeten verschiedene Dogmen aus und befehdeten sich auf kirchlich-politischem Gebiete aufs schärfste. Diese Verschiedenheit in der inneren Wesensart der beiden großen Bekenntnisse hängt aufs engste mit der völkischen Zusammensetzung der europäischen Nationen zusammen. Die romanische Bevölkerung Italiens und Spaniens, in deren Adern von der großen Völkermischung des kaiserlichen Rom und dann von der Sarazenenzeit her auch reichlich semitisches Blut fließt, blieb der alten Kirche treu und drückte deshalb auch der erneuerten Gestalt, welche diese Kirche im Tridentinum annahm, den Stempel ihres Wesens auf: den Charakter einer gewaltigen Machtorganisation und einer fanatischen Glaubenspropaganda. Der Protestantismus, eine deutsche Schöpfung, trug von Anfang an die Züge germanischen Geistes an sich: den Freiheitssinn und den ihn so leicht begleitenden Mangel an Einheitlichkeit. In rein germanischen Ländern, wie Skandinavien und Niederlande, setzte sich daher der Protestantismus leicht durch. In dem keltoromanischen, aber stark germanisch durchsetzten Frankreich hatte der Katholizismus einen harten Kampf zu bestehen, blieb aber siegreich, und zwar unter kolossalem Ver-

lust an germanischem Blut. England, dessen Volkskörper wohl im gleichen Maße keltoromanische und germanische Bestandteile aufwies, behielt die äußerlichen Formen des Katholizismus bei und bildete ein Dogma aus, das katholische und protestantische Elemente in sich enthält. Die westslavischen Länder, Polen, Böhmen und das ihnen kulturverwandte Ungarn standen dem römisch-germanischen Gegensatz an sich fern. Sie ergriffen zuerst mit dem ihnen eigenen Enthusiasmus die Partei des Protestantismus, wandten dann aber unter dem starken Druck ihrer Regierungen sich wieder der alten Kirche zu.

Nur in Deutschland, dem Stammlande der Reformation, konnte keine der beiden großen Glaubensgemeinschaften das dauernde Übergewicht erlangen. Der Grund dazu ist im wesentlichen in der politischen Zersplitterung zu suchen, welche die einzelnen Territorialherrschaften zu fast selbständigen Monarchien werden ließ, und in der Tatsache, daß den Territorialherren die Bestimmung über das Bekenntnis ihrer Untertanen überlassen wurde. Bei der großen Anzahl dieser Fürsten war eine einheitliche Stellungnahme zur Glaubensfrage also so gut wie ausgeschlossen, zumal die enge Verflechtung des Kaisertums einerseits mit der Kirche und andererseits mit der spanisch-katholischen Weltmacht der restlosen Durchsetzung des Protestantismus von vornherein im Wege stand. Hier waren also Staatswesen der beiden Konfessionen auf verhältnismäßig engem Raume zusammengezwängt und durcheinandergeschoben. Bei dem streitbaren Geiste, der, wie schon dargelegt, infolge der sogenannten Gegenreformation besonders die katholische Kirche erfüllte, mußten hier Reibungen entstehen. Aus diesen Reibungen entzündete sich der gewaltige Weltkampf, der Deutschland

dreißig Jahre lang verwüstete, die Unbesiegbarkeit beider Bekenntnisse zur Evidenz erwies, gleichzeitig aber auch dem Traume der spanischen Weltherrschaft ein Ende bereitete.

Die Geschichte der Entstehung und des militärisch-politischen Verlaufs des dreißigjährigen Krieges zu schreiben, ist hier nicht der Ort. Nur die maßgebenden Tendenzen des gewaltigen Ringens können hier aufgezeigt werden.

Das immer agressiver werdende Vorgehen der katholischen Reaktion hatte die Gemüter, besonders in Deutschland, bis zum Siedegrad erhitzt, als 1618 der überwiegend protestantische Adel Böhmens den Kaiser Ferdinand II. des böhmischen Thrones entsetzte und den reformierten Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz zum König wählte. Die böhmische Rebellion wurde in einem kurzen Feldzug von den kaiserlichen Truppen niedergeschlagen, ebenso wurde der Exekutionskrieg gegen den geächteten und seines Reichsfürstentums verlustig gegangenen pfälzischen Kurfürsten zu einem verhältnismäßig schnellen Ende geführt. Schon vor der böhmischen Revolution hatten sich die protestantischen Reichsfürsten zu einer Union zusammengeschlossen, deren Aktionskraft aber durch die auf den lutherisch-kalvinischen Gegensatz zurückgehende Rivalität zwischen Sachsen und der Pfalz gelähmt wurde. Diesem Bunde trat die von Bayern einheitlich geleitete katholische Liga gegenüber. Die schnellen Erfolge gegen Böhmen und Pfalz führten den Versuch der katholischen Partei herbei, auch Norddeutschland zu rekatholisieren. Das wäre aber gleichbedeutend gewesen mit der völligen Unterwerfung Deutschlands unter das spanisch-habsburgische Reich. Das aber bedrohte die Lebensinteressen der norddeutsch-protestantischen Für-

sten vom religiösen Standpunkt aus wie von dem ihrer landesfürstlichen Unabhängigkeit. Und in gleichem Maße waren die übrigen europäischen Mächte bedroht. Denn die Festsetzung des Katholizismus in Norddeutschland bedeutete gleichzeitig ein Fußfassen der spanisch-kaiserlichen Macht an den Gestaden der Nord- und Ostsee. Es war also von vornherein gegeben, daß die protestantischen Fürsten Deutschlands in ihrem Widerstand gegen die österreichisch-katholische Expansion eine außerdeutsche europäische Anlehnung suchen und finden mußten. Wenn nun sowohl England wie Frankreich wie auch Schweden ein lebhaftes Interesse daran hatten, die unmittelbare Machtsphäre des Kaisers sich nicht über Norddeutschland und damit über die beiden deutschen Meere ausdehnen zu lassen, so sprachen bei allen dreien doch gewichtige Gründe der inneren wie äußeren Politik gegen ein aktives Eingreifen in den deutschen Krieg. Daher fand der deutsche Protestantismus das gesuchte Bündnis gegen den Kaiser nur bei Dänemark und seinem König Christian IV., der als Herzog von Holstein selbst deutscher Reichsstand und somit an den norddeutschen Fragen unmittelbar interessiert war. Das führte zu dem dritten Abschnitt des dreißigjährigen Krieges, dem dänisch-niedersächsischen Kriege. Dieser endete durch die Siege Tillys und Wallensteins mit einem vollen Erfolg der liguistisch-kaiserlichen Waffen. Als Christian IV. den Kampf gegen den Kaiser aufgab und sich auf seine dänischen Inseln zurückzog, war die Lage die gleiche wie 1623: Norddeutschland war der katholischen Reaktion ausgelierfert. Wie aber die katholisch-kaiserliche Partei diesen Sieg zu nützen vorhatte, zeigte deutlich das Restitutionsedikt von 1628: die seit Jahrzehnten in protestantischer Administration befindlichen großen norddeutschen Stifter wurden der

römischen Kirche zurückgegeben und gleichzeitig der hauptsächlichste Träger der kaiserlichen monarchisch-absolutistischen Bestrebungen für Deutschland, Wallenstein, zum Herzog von Mecklenburg und zum Generalissimus der kaiserlichen Armada an der Ostsee ernannt. Wäre das hierin liegende Programm zur vollen Durchführung gekommen, so wäre der Kaiser, gestützt auf das von ihm beherrschte Norddeutschland und im Bunde mit dem streng katholischen Polen zum unbedingten Herrn der Ostsee und der sie umgebenden Länder geworden.

Hier greift nun der schon seit längerer Zeit bestehende Gegensatz zwischen Polen und Schweden bestimmend in die deutschen und in die großen Weltverhältnisse ein. Schweden, seit dem 14. Jahrhundert zur kalmarischen Union gehörig, die die skandinavischen Länder unter der Herrschaft des dänischen Königshauses zusammenfaßte, hatte sich trotzdem immer ein gewisses Maß von Selbständigkeit zu bewahren gewußt. Als gegen Ende des 15. Jahrhunderts die dänische Regierung die Zügel straffer anzuziehen versuchte, befreite sich das Volk unter Führung seines Adels von der Fremdherrschaft und wählte einen, um die Erhebung besonders verdienten Adligen, Gustav Wasa, zu seinem König. Diesem gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, die nationale Monarchie im Lande zu befestigen; eines der wirksamsten Mittel dazu war die Einführung der Reformation. Unter seinen Söhnen griffen wieder Mißhelligkeiten um sich, besonders da der Älteste, der sein erster Nachfolger wurde, unter den Einfluß der Jesuiten geriet und danach strebte, den Katholizismus wieder einzuführen. Seinen Sohn Siegmund ließ er sogar übertreten und von den Großen Polens und Litauens auf den damals gerade erledigten Thron dieser Länder wählen. Das erleichterte

es dem jüngeren Sohne Gustav Wasas, Herzog Karl von Södermannland, die ältere Linie des Hauses vom Throne Schwedens zu verdrängen und diesen als Karl IX. selber zu besteigen. Durch Kriege gegen die Polen und das Zartum Moskau dehnte das junge Königtum sich auch im Osten des Baltischen Meeres aus. Begreiflich war es, daß die ältere polnische Linie der Wasas die Hoffnung auf die Wiedergewinnung Schwedens nicht aufgab, ebenso wie auch Dänemark in einem natürlichen Gegensatz gegen das ihm ehemals untertan gewesene Reich verblieb.

Einer solchen Lage sah sich der junge König von Schweden, Gustav II. Adolf, Karls IX. Sohn, gegenüber, als durch die Erfolge des Kaisers im deutschen Krieg die Vormacht des Katholizismus sich anschickte, an der Ostsee festen Fuß zu fassen. Es ist viel über Gustav Adolfs Persönlichkeit und historische Stellung gestritten worden. Die einen stellen ihn als den reinen Glaubenshelden hin, der nur aus Begeisterung für die Sache des Protestantismus und um den bedrängten deutschen Glaubensgenossen zu helfen, in den deutschen Krieg eingegriffen habe. Anderen wieder erscheint er als der nüchtern-abwägende Staatsmann, dem das Eintreten für den reinen Glauben nur Deckmantel für eine realistische schwedische Interessenpolitik gewesen sei. Die Wahrheit ist, daß sich beides in des großen Schwedenkönigs Persönlichkeit nicht trennen läßt. Daß Gustav Adolf, wenn auch kein Fanatiker, so doch ein religiös ergriffener, von tief innerlicher, echt protestantischer Frömmigkeit erfüllter Mensch war, dürfte feststehen. Aber Schweden befand sich in einer Zwangslage. Sah es ruhig zu, wie die kaiserliche Macht in Mecklenburg und Pommern sich festigte, so war es nur eine Frage der Zeit, bis die katholischen Ostseemächte über es

herfielen, um entweder das nordische Königreich gänzlich unter die Herrschaft Polens und des Katholizismus zu zwingen, oder ihm wenigstens seine Besitzungen an der Südostküste des Baltischen Meeres abzunehmen. Dazu war es auch sonst von mächtigen und übelwollenden Nachbarn umgeben. Im Osten das Zartum Moskau, das nur darauf lauerte, wieder wie zu den Zeiten Iwans des Schrecklichen den Peipus zu überschreiten und an die Häfen der Ostsee vorzustoßen; im Westen Dänemark, das seine alte Herrschaft über das Nachbarland nicht vergessen hatte. Da blieb für Schweden keine andere Wahl, als selbst nach dem dominium maris Baltici zu greifen; der gangbarste Weg hierzu war ein Eingreifen in die Wirren des deutschen Reiches, solange dort die Herrschaft des Kaisers noch nicht unangreifbar gesichert war. Konnte so Gustav Adolf seiner Königspflicht der Sicherung seines schwedischen Reiches nur genügen, indem er diesem eine maßgebende Stellung in Deutschland zu schaffen suchte, so diente er damit gleichzeitig auch am besten den Interessen seines Glaubens und seiner deutschen Religionsgenossen, die ohne das Eingreifen einer außerdeutschen protestantischen Macht rettungslos der Gegenreformation verfallen wären. Doch ging der König nicht ohne politische Klugheit vor. Die Versuchung, schon 1623 in Deutschland zu landen, wies er von sich. Zunächst sicherte er durch glückliche Kriege gegen Polen und Rußland seine Stellung in den baltischen Provinzen. Erst als nach der Niederwerfung Dänemarks und der protestantischen Reichsstände der Kaiser darangehen zu können glaubte, mit der Glaubensfreiheit auch die Selbständigkeit der Territorialherrschaften dauernd und endgültig zu brechen, landete Gustav Adolf 1630 an Pommerns Küste. Nun begann jener beispiellose zweijährige

Siegeszug des „Löwen aus Norden“ durch Deutschland, der das römische Reich in seinen Grundfesten erschütterte. Schon war in protestantischen Kreisen die Rede davon, Norddeutschland als eigenes evangelisches Kaisertum unter schwedischer Führung vom Reiche zu lösen oder den König von Schweden als anerkanntes Oberhaupt der protestantischen Stände dem Kaiser entgegenzustellen, als der große Staatsmann und Feldherr, 1632, bei Lützen, auf der Höhe seines Ruhmes und seiner Siege, den Schlachtentod erlitt. Kurz darauf folgte ihm sein einziger ebenbürtiger Gegner, Wallenstein, als Opfer des Mißtrauens seines kaiserlichen Herrn und der Ränke seiner Gegner am Wiener Hofe, wie auch seiner eigenen doppelzüngigen Politik, in den Tod. So war die Welt der beiden einzigen Männer beraubt, die damals imstande gewesen wären, ihr den Frieden zu geben.

Der Tod Gustav Adolfs wurde nun auch die Veranlassung für Frankreich, unmittelbar in den Krieg einzugreifen, während es sich bisher nur auf Subsidiengelder an den schwedischen König beschränkt hatte. Hier, in Frankreich, hielt die Entwicklung die Richtung auf Stärkung der Königsmacht, die sie mit Heinrich IV. eingeschlagen hatte, auch weiter ein. Den Thron bestieg nach Heinrichs Tode sein Sohn Ludwig XIII.; der wahre Nachfolger des ersten Bourbon aber wurde Ludwigs Minister, der Kardinal Jean-Armand Du Plessis, Herzog von Richelieu. Während fast der ganzen langen Regierung Ludwigs XIII. leitete er die Geschicke Frankreichs mit unumschränkter Gewalt. Zunächst war sein Augenmerk auf Brechung aller noch bestehenden Selbständigkeiten im Lande gerichtet. In erster Linie mußten ihm da die Hugenotten als Hindernis auf seinem Wege scheinen, denen das Edikt von Nantes ein weitgehendes Maß von Unabhängigkeit eingeräumt hatte. Besonders,

daß ihnen der Besitz einer Anzahl fester Plätze zugestanden war, war mit der Staatsauffassung Richelieus nicht mehr vereinbar. In einem längeren Bürgerkrieg brach er ihren Widerstand, der sich besonders um das wichtige und stark befestigte Rochelle konzentrierte. Seine auswärtige Politik hielt die für Frankreichs nationale Interessen einzig mögliche Linie, nämlich die einer ausgesprochenen Gegnerschaft gegen Spanien. Mit jedem Gegner des Habsburgerreiches nahm er Fühlung. Auf den Meeren und in der neuen Welt suchte er, wo es nur irgend anging, dem großen Rivalen seines Vaterlandes Abtrag zu tun. Er schürte und unterstützte die Aufstände in Katalonien und Portugal, welch letzterer schließlich zur Wiederherstellung des nationalen Königtums in diesem Lande führte. So scheute er, der Kardinal der römischen Kirche, der Überwinder der Hugenotten im eigenen Lande, sich schließlich auch nicht, die Protestanten Deutschlands im Kampfe gegen die deutsche Linie der Habsburger, gegen die deutsche Abzweigung des spanischen Weltreiches zu unterstützen. Aber so wünschenswert es ihm erscheinen mußte, daß Gustav Adolf den Kaiser an der vollen Ausnützung seines Sieges von 1628 hinderte, so unbequem mußte der französischen Politik das Entstehen einer protestantischen, norddeutsch-skandinavischen Großmacht werden, noch dazu unter einem genialen Herrscher wie Gustav Adolf. Daher unterstützte Richelieu den Schwedenkönig nur mit Geld und auch das nur lau und mangelhaft. Der vorzeitige Tod Gustav Adolfs beseitigte diese Gefahr, oder minderte sie doch wesentlich herab. Die Staatsmänner, die nunmehr Schwedens Politik leiteten, waren nicht mehr in der Lage, Politik im Stile ihres großen Königs zu treiben. Nun schien es Richelieu an der Zeit für Frankreich, selbst in den Krieg einzugreifen und die

Führung der antikaiserlichen Partei zu übernehmen. Das gewaltige Ringen zog sich noch volle 16 Jahre hin, ohne zu einer klaren Entscheidung kommen zu können und endete schließlich an der Erschöpfung und Friedenssehnsucht aller Beteiligten.

Die übrige politische Entwicklung in dieser Zeit der Religionskämpfe ging mit der sozialen Hand in Hand. Beide liefen darauf hinaus, in den Ländern Europas den grundbesitzenden Adel aus seiner alleinherrschenden Stellung zu verdrängen. Diese Bewegung reicht bis an unsere Gegenwart heran. Ihre treibenden Momente waren: einerseits das durch die Entwicklung des Handels und der Städte bedingte Aufkommen des Bürgertums, andererseits eine immer mehr um sich greifende neue Staatsauffassung, die mit der Wiederbelebung antiker Rechtsanschauungen durch den Humanismus zusammenhing. Die Belebung des Handels brachte es mit sich, daß die überwiegende Naturalwirtschaft des Mittelalters immer mehr durch Geldwirtschaft ersetzt wurde. In den Städten häuften sich große Kapitalien, die nicht alle in Grundbesitz angelegt werden konnten. Das führte zu weiterer Ausdehnung des Handels und der Gewerbe. Immer größere Teile der Volksvermögen wurden in gewinnbringenden, nicht auf Grundbesitz beruhenden Unternehmungen angelegt. Aber der wachsende Reichtum belebte auch, wie wir gesehen haben, die geistige Tätigkeit. Das führte zu wissenschaftlichen Entdekkungen und Erfindungen, die teilweise, wie vor allem die des Schießpulvers, eine vollkommene Umbildung des Kriegswesens zur Folge hatten. Durch die neuen Waffen traten die in der Kriegführung der Vergangenheit maßgebenden Reiterheere zurück und wurden ersetzt durch ein mit weittragenden Feuerwaffen ausgerüstetes Fußvolk. Auf diese Umwälzung des Heeres-

wesens hatte aber auch der Übergang von der Natural- zur Geldwirtschaft den allergrößten Einfluß. Solange die Könige und Fürsten die ihnen geleisteten Kriegsdienste nur durch Land oder durch Naturalverpflegung entlohnen konnten, waren die Heere in ihrer Größe natürlich beschränkt. Ein allgemein gültiger Wertmesser wie das Geld ermöglichte die Aufstellung weit größerer Heere. Dadurch war aber auch das Lehnswesen, die Grundlage der ganzen mittelalterlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, vor allem die Grundlage des ritterlichen Adels, seiner Bedeutung entkleidet. War somit durch die Fortschritte des Wirtschaftslebens und der Technik das Königtum militärisch unabhängig von dem guten Willen seiner Vasallen geworden, so war es andererseits doch noch an denselben gebunden, indem es zur Erlangung der zur Kriegführung nötigen Gelder auf deren Bewilligung durch die Stände angewiesen war. Denn der mittelalterliche Staat war nichts anderes als ein Vertragsverhältnis zwischen den Fürsten und den Ständen, d. h. den großen Vasallen. Ganz anders war die Auffassung des römischen Rechts, das nun mit der durch den Humanismus herbeigeführten Wiederbelebung der antiken Bildung Eingang in das europäische Völkerleben fand. Hier war die ganze Staatsgewalt in der Person des Kaisers konzentriert, der als Repräsentant der maiestas populi Romani, der Herrschaftsmacht des römischen Volkes, der absolute Herr des Staates geworden war. Die Fürsten machten sich diese durch die gelehrten Juristen vertretenen Rechtsansichten zunutze und legten sich in dem Bereich ihrer Staaten diese ganze Machtfülle des römischen Kaisertums bei. Das Recht der Steuererhebung wurde immer häufiger von ständischer Bewilligung unabhängig ausgeübt, der Widerstand der Stände oft gewaltsam ge-

brochen. So setzte sich, nicht ohne heftige Kämpfe, und auch in manchen Ländern unter gewissen Einschränkungen, der fürstliche Absolutismus in allen Erbmonarchien des europäischen Kontinents durch. Ein großer Teil des Adels trug diesen veränderten Verhältnissen Rechnung, indem er in fürstliche Kriegs- und Staatsdienste trat. Hierdurch, sowie durch die bald einsetzende Verleihung des Adelstitels durch die Fürsten verlor die Aristokratie teilweise ihre alte Unabhängigkeit und verwandelte sich in einen fürstlichen Dienst- und Hofadel. Nur in Polen war durch das Aussterben der Jagellonen, unter denen die Krone wenigstens effektiv erblich gewesen war, das Adelsprivilegium der Königswahl zum vollen Siege gelangt, was zu immer schlimmerer Anarchie und im Verlaufe von zwei Jahrhunderten zur völligen Auflösung des Staates führte. In Deutschland, das ja ebenfalls ein Wahlreich geblieben war, war die Entwicklung eine ähnliche, wenigstens was das Reich als solches anlangte. Wir haben gesehen, wie die Versuche Ferdinands II., mit dem Katholizismus auch den kaiserlichen Absolutismus herzustellen, scheiterten. Aber die eigenartigen Verhältnisse des deutschen Hochadels bewirkten hier eine Abweichung, die für die nationale Entwicklung unseres Volkes bedeutsam war. Wie wir gesehen, hatten die größeren Reichsvasallen schon im späteren Mittelalter für ihre Territorien eine vom Kaiser fast unabhängige Stellung erkämpft. Während nun der Gedanke der vom Herrscher repräsentierten und ausgeübten Staatsallmacht für das Reich selbst sich nicht durchsetzen konnte, fand er wenigstens eine Stätte in diesen Territorien. Hierdurch wurde zwar die weitere Lockerung und schließliche Sprengung des Reichsverbandes herbeigeführt, gleichzeitig aber eine solche Festigung der Territorialstaaten,

daß diese die Grundlage zu einer Neuorganisation des deutschen Volkes werden konnten. In England endlich war die politische Entwicklung eine von den Staaten des Festlandes durchaus verschiedene. Die rechtlich nicht unanfechtbare Stellung der Königin Elisabeth zwang diese, abweichend von dem Absolutismus ihres Großvaters und Vaters, eine Stütze im Parlament zu suchen, was der früheren Entwicklung des Staates durchaus entsprach. Diese Herrschaft des Parlaments, d. h. des hohen und niederen Grundadels, war auch durch die absolutistischen Bestrebungen der beiden ersten Stuarts nicht zu erschüttern. Im Gegenteil führten diese Bestrebungen schließlich zur Einführung der reinen Parlamentsherrschaft.

Bevor unsere Betrachtung sich nun der neuen Gestalt zuwendet, die das Abendland durch den Westfälischen Frieden erhielt, muß zuerst noch der Verhältnisse in jenen außereuropäischen Ländern Erwähnung geschehen, die immer mehr in den Kreis der abendländischen Kultur hineingezogen wurden. Die Erschließung Amerikas nahm weiter ihren Fortgang. Doch waren an ihr nicht mehr nur die Länder der iberischen Halbinsel beteiligt. Der Gegensatz zu Spanien drängte England, Frankreich und die junge Republik der Niederlande dazu, sich ebenfalls ihren Anteil an der Neuen Welt zu sichern. Schon zu Zeiten der Königin Elisabeth faßte England auf dem nordamerikanischen Kontinent Fuß und benannte die neue Kolonie zu Ehren der „jungfräulichen Königin" „Virginia". Weiter nördlich setzten sich die Niederländer fest und legten in Neu-Amsterdam den Grund zu der heutigen Weltstadt New-York. Derselbe Gegensatz gegen die beherrschende Welt- und Überseemacht veranlaßte England dazu, sich an der Erschließung neuer Seewege zu beteiligen und auch in ande-

ren überseeischen Ländern Niederlassungen anzulegen. Schon im Jahre 1600 stellte Elisabeth den ersten Freibrief für die East Indian Company aus. Bald darauf wurden vereinzelte Punkte Afrikas besetzt, später Jamaika den Spaniern entrissen und auch andere Inseln des Karaibenmeeres in Besitz genommen. Die Holländer begannen mit ihrer Eroberung von Insulinde, der später die Besitzergreifung von Südafrika folgte. Der hohe Nutzen, den die Seemächte aus diesen überseeischen Besitzungen zogen, veranlaßte auch andere Staaten, wie Frankreich und Dänemark, ihre Schiffahrt auszudehnen und tropische Länder in Besitz zu nehmen; ja sogar ehrgeizige Kleinstaaten, wie Brandenburg und Kurland, glaubten in die Reihe der Kolonialmächte eintreten zu müssen, wenngleich diese Unternehmungen bald wieder aufgegeben werden mußten. Doch hiermit haben wir den zeitlichen Rahmen der Betrachtung bereits überschritten.

Das Vordrängen des türkischen Reiches nach Nordwesten, das wir im vorigen Kapitel beschrieben haben, war mit der ersten Belagerung Wiens unter Soliman dem Prächtigen zum Stillstand gekommen. Der größte Teil Ungarns blieb fest in der Hand der Türken; nur der westlichste Streifen des Landes erkannte als „kaiserliches Ungarn“ die Hoheit der Habsburger an. Siebenbürgen, die Moldau und die Walachei standen unter türkischen Vasallenfürsten. Das türkische Reich wurde mit dem schwierigen Problem der Beherrschung der unterworfenen christlichen Völker, der sogenannten Rajah, auf eine eigenartige und nicht ungeschickte Weise fertig. Diese Völker, Griechen, Serben, Bulgaren, Walachen, Albaner, waren meist griechisch orthodoxen Glaubens und so wurde der Patriarch von Konstantinopel als ihr dem Großherrn verantwortliches Ober-

haupt anerkannt. Aus den Kreisen der im sogenannten Phanar*) wohnhaften und daher Phanarioten genannten vornehmen Griechen wurden die Fürsten der Moldau und Walachei ernannt und das Griechische war die Kirchensprache aller Rajahländer. Im Nordosten dehnte sich das Reich noch weiter aus, indem die tartarischen Chanate Südrußlands die Oberhoheit des Padischah anerkennen mußten. Der Handel der italienischen Republiken, besonders Genuas, zog sich allmählich aus dem Schwarzen Meere zurück, das fast ganz zu einem türkischen Binnensee geworden war. Im Ägäischen Meere dagegen und in der Adria behauptete Venedig gerade eben seine kommerzielle und teilweise auch seine politische Vormacht. Nordafrika blieb in der Hand der Türkei und ihrer Vasallenfürsten, denn Spanien war durch seinen amerikanischen Besitz und durch den Kampf um die Vorherrschaft in Europa zu sehr in Anspruch genommen, um über die Meerenge von Gibraltar hinaus vorstoßen zu können.

Und schon bereitete sich langsam und für das damalige Abendland kaum erkennbar ein Ereignis vor, das von der allergrößten Bedeutung für unseren Kulturkreis werden sollte: der Eintritt Rußlands in die abendländische Staatenwelt. Dieses gewaltige Ländergebiet war beim Einbruch der Tartaren im 13. Jahrhundert in eine Unzahl kleiner, sich gegenseitig befehdender Fürstentümer gespalten, so daß den Großchanen seine Unterwerfung nicht schwer wurde. Ganz allmählich gelang es den Fürsten von Moskau, die anderen Teilfürstentümer zu unterwerfen, und sich dann von der Oberherrschaft der Tartaren zu befreien. Doch war in den Volkskörper der nun sich bildenden neuen großrussischen Nation viel tartarisches Blut eingedrungen,

*) Stadtteil in Konstantinopel.

ebenso wie die Großfürsten von Moskau, wie sie sich nun nannten, die straffe militärische und politische Organisation ihres Staates größtenteils von den Chanen übernommen hatten. Iwan III. war der erste, der die Zugehörigkeit seines Volkes zur orientalischen Kirche politisch zu nutzen verstand, indem er nach seiner Vermählung mit Sophia Paläologa, einer Nichte des letzten Kaisers von Byzanz, sich in aller Form zum Erben der Ansprüche des byzantinischen Reiches erklärte. Hiervon datiert nicht nur der Doppeladler im russischen Reichswappen und der Zarentitel der Herrscher von Moskau, der aus dem lateinischen „Cäsar" entstanden ist, sondern vor allem auch der Anspruch auf die Schutzherrschaft über alle orthodoxen Christen und auch die Aspirationen auf den Besitz Konstantinopels, die nicht zum geringsten Teil der Grund zum Eintritt Rußlands in den europäischen Krieg unserer Tage geworden sind. Doch von ernstlicher Geltendmachung solcher Ansprüche war das damalige Rußland noch weit entfernt. Immerhin begann das Reich bereits, sich auf Kosten der im Süden der osteuropäischen Tiefebene bestehen gebliebenen tartarischen Chanate zu vergrößern, ebenso wie es sich gewaltig nach Osten ausdehnte. Pelzjäger und Händler waren die ersten, die den Ural überschritten und die Erwerbung Sibiriens vorbereiteten. Unter dem zweiten Nachfolger Iwans III., Iwan IV., dem Schrecklichen, wurde diese Eroberung vollendet. Dieser Zar ist eine der gewaltigsten Herrschergestalten der Weltgeschichte. Mit brutaler Gewalt brach er jeden Widerstand im Innern des Reiches, drückte die Bojaren zu willenlosen Werkzeugen seiner Macht herab. Im Süden und Südwesten drang er erobernd vor. Er erkannte auch, daß zu den Lebensbedingungen eines Reiches von solcher Größe die Ver-

bindung mit dem Meere und mit Völkern höherer Kultur gehörte. Sein Versuch, die baltischen Besitzungen des deutschen Ordens zu erobern, schlug zwar fehl. Doch förderte der Zar systematisch die Bestrebungen der Engländer und Niederländer, Handelsverbindungen mit seinem Reiche anzuknüpfen. Mit seinem gänzlich anders gearteten, schwächlichen Sohne Feodor starb das Haus der Ruriks aus, das seine Herkunft von dem sagenhaften germanischen Begründer des russischen Staates herleitete. Nunmehr wählten die Bojaren in der Person des bisherigen ersten Ministers Boris Godunow einen neuen Zaren. Auch er war ein Fürst von staatsmännischer Bedeutung. Doch nahm er, besonders im Hinblick auf seine noch des Schimmers altgeheiligter Legitimität entbehrende Stellung, vielleicht zu wenig Rücksicht auf die Volksstimmung. Seine starke Hinneigung zum Abendland erzeugte Mißstimmung, die sich gegen Ende seiner Regierung bereits in Aufständen Luft machte. Nach seinem Tode stürzte das Reich in endlose Wirren, die sich Litauen-Polen zu einer neuerlichen Ausdehnung nach Osten zunutze machte. Endlich gelang es dem Patriarchen von Moskau, Philaret, aus dem mit den Ruriks verwandten Hause Romanow, seinen Sohn Michael Feodorowitsch auf den Thron zu bringen. Unter ihm und seinem Sohne Alexei Michailowitsch trat eine Konsolidierung der Verhältnisse ein. Der kriegerischen Berührung mit Schweden haben wir schon gedacht. Alexeis Sohn, Peter I. Alexejewitsch, war es dann, der den entscheidenden Umschwung in Rußlands Geschichte herbeiführte.

Zunächst aber fand die neue Machtverteilung unter den Staaten des alten Europa, die das furchtbare Ringen in Deutschland hervorgerufen hatte, ihren Ausdruck in dem Resultat der langjährigen Verhandlungen, die in

Münster und Osnabrück stattfanden und im Jahre 1648 zum Abschluß kamen. Eine der bedeutsamsten Bestimmungen dieses Friedens war die Anerkennung des religiösen Besitzstandes, wie er vor dem Restitutionsedikt von 1628 gewesen war, sowie der protestantischen Religion Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses als offizielle, im heiligen römischen Reiche zugelassene Glaubensgenossenschaften. Gleichzeitig erhielten die deutschen Reichsstände das Recht, selbständig auch mit auswärtigen Staaten Verträge und Bündnisse zu schließen und Kriege zu führen, d. h. die Stellung souveräner Staaten; denn der Vorbehalt, daß sie dieses Recht nicht gegen Kaiser und Reich gebrauchen durften, war der ganzen Lage der Dinge nach bedeutungslos. In beiden Stipulationen lag der Verzicht der Habsburger auf das Unternehmen Ferdinands II., aus Deutschland eine katholische Einheitsmonarchie zu machen. Darüber hinaus wurde festgesetzt, daß in allen religiösen Fragen die itio in partes Platz greifen, d. h. der Reichstag in ein corpus catholicorum und ein corpus evangelicorum zerfallen, diese beiden Teile getrennt Beschluß fassen und dann untereinander verhandeln sollten. Verwandelte sich so das Reich in eine nur lose zusammengefügte aristokratische Republik, so war es besonders bedenklich, daß zwei neuen ausländischen Fürsten die Reichsstandschaft und somit Einfluß auf diesen höchst komplizierten Organismus gewährt wurde: Schweden erhielt Vorpommern bis zur Oder, Wismar und die Fürstentümer Bremen und Verden, Frankreich verschiedene Städte und Gebiete im Elsaß, und beide Sitz und Stimme im Reichstag. Die effektive Unabhängigkeit, deren sich die nördlichen Niederlande seit ihrer Losreißung von Spanien und die Kantone der Schweiz bereits seit dem 14. Jahrhundert erfreuten, wurde

offiziell anerkannt, indem beide Gemeinwesen aus dem Verbande des Reiches entlassen wurden. In ihrem territorialen Bestande unverändert gingen Spanien und die Erblande des Kaisers aus dem Kriege hervor. Aber daß das gewaltige, ein Menschenalter umfassende Ringen dem von ihnen vertretenen Gedanken des katholischen Weltreiches nicht den geringsten Fortschritt gebracht hatte, daß im Gegenteil der Bestand des Protestantismus in Deutschland und die Libertät der deutschen Fürsten unter die Garantie Europas gestellt wurde, war ein gewaltiger Mißerfolg für sie. Dazu kam, daß das spanische Reich die fast hundertjährigen im Interesse des katholischen Gedankens geführten Kriege mit einer ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Erschöpfung bezahlen mußte, die es weiterhin jeder Stoßkraft beraubte. Die territorialen Veränderungen in Deutschland können übergangen werden, nur auf das Wachstum eines deutschen Mittelstaates muß hingewiesen werden, da hier eine Entwicklung begann, die im weiteren Verlaufe von der größten Bedeutung für die europäischen Verhältnisse werden sollte: das Kurfürstentum Brandenburg, das unter seinem jungen Kurfürten Friedrich Wilhelm im Jahre 1640 bereits einen Separatfrieden mit dem Kaiser geschlossen hatte, erhielt Stücke der jülisch-clevischen Erbschaft und die Anwartschaft auf die Bistümer Magdeburg und Halberstadt, sowie auf Hinterpommern. So dehnte sich das Herrschaftsgebiet der norddeutschen Hohenzollern, die im Anfange des 17. Jahrhunderts von einer Seitenlinie ihres Hauses das polnische Lehnsherzogtum Preußen geerbt hatten, vom Rhein bis an die Mündungen der Memel, wenn auch noch in unzusammenhängenden Stücken. Dem staatsmännischen Genie des jungen Fürsten, der damals auf dem Throne Brandenburgs saß, war es vorbehalten,

dieses zusammengeerbte Länderkonglomerat zu einem Staate zusammenzuschweißen.

Das Ergebnis des Krieges, den dreißig lange Jahre fast alle Großmächte Europas auf dem Boden Deutschlands gegeneinander geführt hatten, war also folgendes: Deutschland war wirtschaftlich ruiniert und politisch sozusagen vernichtet. Was sich noch politisches Leben nennen konnte, spielte sich im Rahmen der einzelnen Territorien ab. Handel und Wandel, Gewerbetätigkeit, Landwirtschaft, sowie alles geistige und künstlerische Leben waren um Jahrhunderte zurückgeworfen. Wichtige Stücke des Reiches waren von diesem losgerissen und bildeten teils selbständige Staaten, teils wurden sie mit Nachbarstaaten vereinigt. Frankreich ging innerlich gekräftigt und nach außen vergrößert aus dem Kriege hervor. Schweden war zu einer Großmacht herangewachsen. Die beiden Reiche der Habsburger litten keine Einbuße an Territorialbesitz, aber eine um so größere an innerer Macht und traten allmählich von ihrer führenden Rolle zurück. Außerhalb Europas besaß Spanien noch sein Kolonialreich. Aber auch England und die Niederlande hatten bereits ansehnliche Besitzungen über See und Flotten, die der spanischen zumindest ebenbürtig waren. Und schon regte Frankreich seine Schwingen auch auf diesem Gebiete.

Eines der wichtigsten Ergebnisse war aber die Anerkennung des Protestantismus als gleichberechtigter Religion in Deutschland. War der Zustand, der dadurch geschaffen wurde, auch von Toleranz oder gar Parität im modernen Sinne noch weit entfernt, so war doch die Alleinherrschaft des Katholizismus endgültig gebrochen, die Gegenreformation endgültig gescheitert. Die germanische Form des Christentums hatte sich behauptet. Doch noch in einer anderen Beziehung waren die

Friedenskongresse von Münster und Osnabrück bedeutsam. Sie waren die ersten europäischen Kongresse, die ersten Versammlungen von Vertretern der namhaftesten europäischen Staaten, die zusammenkamen, um gemeinsam gesamteuropäische Angelegenheiten zu beraten. Im Augenblick, in dem die mittelalterliche Form der abendländischen Einheit, das Universalkaisertum, endgültig zu Grabe getragen wurde, kündigte sich auch bereits eine neue Form dieser Einheit an: das europäische Konzert.

2. Die Vorherrschaft Frankreichs. Ludwig XIV.

Die fünfzig Jahre vom Westfälischen Frieden bis zur Jahrhundertwende standen in politischer wie kultureller Hinsicht unter dem Zeichen der Vorherrschaft Frankreichs. Das Königtum der Bourbons war aus dem Kampfe gegen die Vormacht Habsburgs innerlich und äußerlich gekräftigt hervorgegangen. Die absolute Monarchie war durch den großen Minister Ludwigs XIII. zur vollkommensten Ausbildung gelangt. In dieser Beziehung ging Frankreich den europäischen Staaten voran, und der Einfluß, den es dadurch, auch abgesehen vom rein Politischen, auf das europäische Leben gewann, überdauerte seine politische Vorherrschaft und war auch noch maßgebend in der Epoche vom spanischen Erbfolgekrieg bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Was über die Auswirkungen des französischen Einflusses auf geistigem und kulturellem Gebiet im Nachstehenden gesagt wird, gilt daher auch für die folgende Epoche des europäischen Gleichgewichtes.

Die bedeutende internationale Machtstellung, die sich Frankreich verschafft hatte, mußte seinen Einfluß auch auf kulturellem Gebiet gewaltig steigern. Außerdem war Frankreich der Staat, in dessen innerer Verfassung das Ziel, auf welches die gesamte Staatsentwicklung des

Abendlandes seit der zweiten Hälfte des Mittelalters hinstrebte, die Konzentration des Staatswesens in der Hand eines absoluten Herrschers, vielleicht am reinsten verwirklicht worden war. Und er besaß in der Person Ludwigs XIV. einen König, der dieser absoluten Monarchie eine in jeder Beziehung glänzende Repräsentation zu geben verstand. Nicht nur militärische, verwaltungstechnische und wirtschaftspolitische Kapazitäten ersten Ranges wußte er in den Dienst seines Königtums zu stellen, auch auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete wirkte der Hof von Paris und später von Versailles ungemein befruchtend. Talente jeder Art wurden herangezogen und geweckt und es war bei der Entwicklung, die Frankreich genommen hatte, natürlich, daß all dieser Glanz in erster Linie zur Verherrlichung des Königs diente. So kann es nicht wundernehmen, daß der französische Hof und der französische Staat den Fürsten des Abendlandes als Ideal, als das einzig nachahmenswerte Muster erschien, und daß französische Sitte und französischer Geist sich an allen europäischen Höfen verbreiteten. In fast allen Staaten des abendländischen Kulturkreises aber hatte die Monarchie den Sieg über die konkurrierenden Faktoren davongetragen. Dadurch war aber auch der gesellschaftliche und kulturelle Einfluß der Höfe auf das gesamte Volksleben ein ausschlaggebender geworden. Das ganze Kultur- und Kunstleben der Zeit trug einen überwiegend höfischen Charakter. Der Bau von Palästen und Lustschlössern für die Herrscher und ihre Günstlinge und Mätressen war die auffälligste Aufgabe der Architektur, die Verherrlichung dieser Personen in repräsentativen Gemälden und Statuen der Hauptvorwurf der Malerei und Bildhauerei. An den Höfen wurden die Sitten ausgebildet, die für die gute Gesellschaft Europas maß-

gebend wurden. Da nun, wie wir sahen, die französische Kultur im Hofleben überwog, wird es nun wieder begreiflich, daß von hier aus französische Einflüsse in den gebildeten und geistig führenden Kreisen der Völker sich verbreiteten, daß französischer Kunstgeschmack, französische Denkweise, französische Sprache das gesamte Leben des Abendlandes durchsetzten.

Immerhin war aber der europäische Kulturkreis so vielseitig ausgebildet, daß in den einzelnen Ländern die Kunst selbständige, d. h. nationale Wege ging. Insbesondere ist es ein Irrtum der letztverflossenen Jahrzehnte gewesen, die deutsche Kunst und das deutsche Geistesleben jener Tage nur als öden Abklatsch fremder Vorbilder anzusehen. Das Würzburger Schloß, Pöppelmanns Dresdener Zwinger, die Schöpfungen Schlüters, der Gebrüder Asam und vieler anderer sind ebenso eine Widerlegung jener Ansicht, wie auf geistigem Gebiet die Schriften Christian Wolffs und Leibnizens und auf musikalischem die Schöpfungen Johann Sebastian Bachs und Mozarts.

In dem Verhältnis der Staaten traten die religiösen Gegensätze allmählich zurück. Nicht, daß sie überhaupt ihre Bedeutung verloren hätten; wir werden sehen, daß der katholische Gedanke in den Weltherrschaftsplänen Ludwigs XIV. eine große Rolle spielte; nicht nur in dieses Herrschers berüchtigten Dragonaden und seiner Aufhebung des Ediktes von Nantes betätigte sich das Bestreben, den Untertanen den Glauben ihres Souveräns aufzuzwingen; wir hören Ähnliches auch aus anderen Ländern, besonders soweit ihre Fürsten katholischen Glaubens waren.*) Auch in positiver

*) Es sei hier nur an die Austreibung der Salzburgischen Protestanten erinnert, der ein wertvoller Bevölkerungsteil der Provinz Ostpreußen seine Existenz verdankt.

Wirksamkeit war das religiöse Element in beiden Lagern, in die sich die abendländische Christenheit gespalten hatte, nichts weniger als erloschen; gerade dieser Zeit verdanken wir viele und teilweise die schönsten unserer evangelischen Kirchenlieder und kirchlichen Musikwerke; auch in katholischen Ländern machte sich der befruchtende Einfluß der Kirche auf die Kunst und auf das geistige Leben weiter geltend. Aber beide Parteien hatten die Erfahrung gemacht, daß eine vollständige Niederringung des Gegners, eine Durchsetzung der eigenen Kirche als abendländischer Universalreligion unmöglich war. So verschwand der religiöse Gegensatz allmählich aus dem internationalen Leben und zog sich in die innere Politik der einzelnen Länder zurück; aber auch hier gewöhnte man sich mit der Zeit an ein friedliches Nebeneinanderleben. Schon begann man auch hie und da mit der Sonde wissenschaftlichen Denkens an die Lehren der Kirche heranzutreten.

Vor allem aber führte einerseits die Erschöpfung, die der lange Krieg — besonders wohl in Deutschland, aber auch in den anderen Ländern des Abendlandes — zur Folge hatte, andererseits die Erschließung neuer Reichtumsquellen durch die immer fortschreitende Entdeckung überseeischer Gebiete dazu, den Staat mehr als bisher vom Standpunkte wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit aus zu betrachten. Wirtschaftliche Fragen begannen bereits in der großen Politik ihre Rolle zu spielen. Der reiche Strom an Edelmetallen, der sich aus dem spanischen Kolonialreich nach Europa ergoß, förderte natürlich die Entwicklung zur reinen Geldwirtschaft. Man begann bald, den Bestand an Edelmetallen für den bedeutsamsten und erstrebenswertesten Reichtum der Staaten anzusehen und begünstigte des-

halb in erster Linie den Exporthandel. Als Zweck des Handels sah man es weniger an, den Überschuß der eigenen Produktion gegen den der Produktion anderer Länder auszutauschen und sich mit den Erzeugnissen zu versehen, die man selbst nicht herstellen konnte, sondern das Wichtigste schien: Geld ins Land zu bringen. Es wurden deshalb allenthalben künstlich Industrien geschaffen, um ihre Erzeugnisse ausführen und dafür das ersehnte gleißende Metall eintauschen zu können. Weiter trieb diese wirtschaftliche Anschauung zum Erwerb von Kolonien; doch auch nur unter dem Gesichtspunkt, daß man gewisse notwendige Stoffe, die in europäischen Breiten nicht produziert werden können, im eigenen Staatsgebiete herstellen konnte, wodurch der Export von Geld für diese wegfiel. Eine andere Folge dieses Wirtschaftssystems, das man als Merkantilismus oder — nach seinem ersten und bedeutendsten Vertreter, dem französischen Finanzminister Colbert — auch als Colbertismus bezeichnet, war, daß die Staaten ihre eigene Produktion durch möglichst hohe Einfuhrzölle zu schützen suchten, während sie die wirtschaftliche oder politische Schwäche anderer Länder ausnützten, um durch günstige Handelsverträge den Export ihrer Erzeugnisse in jene sicherzustellen. Wie erwähnt, ging auch in der Ausbildung dieses Wirtschaftssystems Frankreich den anderen Staaten voran. Bei keiner anderen Erscheinung des gesamt-europäischen Lebens jener Tage ist aber das Überwiegen des französischen Einflusses und die Vorbildlichkeit Frankreichs für die anderen Länder unseres Kulturkreises so in die Augen fallend, wie bei der ungeheuren Stärkung, welche die staatliche und die monarchische Autorität damals erfuhr. Wir haben gesehen, wie die politische Entwicklung des Abendlandes seit dem

14. Jahrhundert auf dieses Ziel hindrängte, wie die verschiedenartigsten, teilweise auch anscheinend ganz unpolitischen, Ereignisse in dieser Richtung mithalfen. Durch die rein wissenschaftliche Beschäftigung mit dem klassischen Altertum fand auch die antike Staatsauffassung Eingang in die führenden Köpfe und verdrängte den Feudalismus des Mittelalters; auf dem gleichen Wege entstand ein weltlicher Gelehrtenstand, der die Grundlage eines modernen Beamtentums werden konnte; die technischen Erfindungen ermöglichten die Einführung der Feuerwaffen, die im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft das Lehnswesen seiner militärischen Bedeutung entkleidete und in den stehenden Heeren den Staaten gewaltige Machtmittel in die Hand gab; durch die deutsche Reformation mit ihrem Grundsatz „cuius regio eius religio" kam das Kirchen- und bald auch das Schulwesen unter den Einfluß des Staates. Überhaupt bedeutete der Protestantismus, der die politischen Herrschaftsansprüche der römischen Kirche verwarf, wenigstens zunächst eine Stärkung des staatlichen Gedankens. In gleicher Richtung wirkte die soziale Umbildung, welche mit der Ausbildung von Handel und Weltwirtschaft das Bürgertum hoch brachte; denn die größere Sicherheit, welche der straff organisierte monarchische Landesstaat dem Verkehr gewährte, mußte den Bürger zum Anhänger des Königtums machen.

Vielleicht war die französische Nation wie keine andere geeignet, als erste den modernen Staatsgedanken zur Durchführung zu bringen. Denn hier existierte schon seit Jahrhunderten eine feste staatliche und monarchische Tradition. Die geographische Struktur des Landes war der Bildung lokaler Besonderheiten nicht so günstig, wie beispielsweise in Deutschland. Die neu-

zeitliche Entwicklung hatte hier mit einer wahrhaft nationalen Tat des Königtums eingesetzt: mit der Vertreibung der Engländer. Das Königtum hatte weiter das seltene Glück gehabt, fast alle großen Reichslehen, die eine selbständige Entwicklung hätten nehmen können, wie z. B. Bretagne, Burgund u. a., durch Erbgang an sich zu bringen. Dazu kam die aus der völkischen Zusammensetzung resultierende besondere Geistesart der Franzosen. Der westfränkische Lehensstaat war seinerzeit über einer ethnisch ziemlich einheitlich keltischen, kulturell dem Römertum assimilierten Bevölkerung errichtet worden. Von ihren keltischen Ahnen hatte diese Bevölkerung einen leicht beweglichen Geist geerbt, der sich durch äußere Erfolge, besonders durch kriegerischen Ruhm leicht gefangen nehmen läßt. Einem solchen Volke ist ein zu einer weitausgreifenden, glänzenden äußeren Politik befähigter zentralisierter Großstaat sympathischer als kleinere Gebilde mehr lokalen Charakters oder gar als die komplizierten Staatsbildungen, wie sie von Anfang unserer Geschichte an das Charakteristikum unseres deutschen Volkstums gewesen sind. Dazu kam eine weitere Geistesanlage des französischen Volkes, vielleicht ein Erbteil der römischen Kultur, die sich in allen Hervorbringungen der Nation kundgibt, sei es auf literarischem, sei es auf wissenschaftlichem, auf staatlichem wie auf religiösem Gebiete: der Sinn für eine gewisse kalte, klare, unerbittlich die letzten Schlußfolgerungen ziehende Logik und gleichzeitig im Zusammenhang damit der Mangel an Verständnis für historische Gegebenheiten. Dieser Geist übersieht, wenn er auf die Staatsbetrachtung angewendet wird, daß die Staaten nicht die mechanischen Produkte eines menschlichen Denkprozesses sind, sondern die organischen Hervorbringungen der innersten Natur

jedes einzelnen Volkes, in denen alle Elemente und Tendenzen nach politischem Ausdruck ringen, die von Anfang an sein Wesen ausmachen. Indem er alles zentralisieren und schematisieren will, versündigt er sich gegen den heiligen Geist der Natur selbst, deren Wesen die Mannigfaltigkeit und Vielgestaltigkeit ist. Aber dem französischen Volke ist dieser Geist kongenial. Indem Richelieu und Ludwig XIV. dem Staatsgedanken und der ihn verkörpernden Monarchie zur unbedingten Geltung verhalfen und alle noch bestehenden Selbständigkeiten im Innern des Landes rücksichtslos niederwarfen, handelten sie durchaus in Übereinstimmung mit dem innersten Wesen ihres Volkes. Sie begingen dabei nur einen Fehler, der sich an ihren Nachfolgern bitter rächen sollte: während sie den Lehensstaat restlos vernichteten, ließen sie die Privilegien des Adels bestehen, die nur in diesem einen Sinn und eine Berechtigung hatten.

Auch im übrigen Europa wurde der Absolutismus zur herrschenden Staatsform. Nur die aristokratischen Republiken Italiens und der Schweiz erhielten sich. Der Staatsabsolutismus siegte aber auch in ihnen. Nur daß er hier durch eine regierende Körperschaft an Stelle eines Monarchen repräsentiert wurde. Nur Polen blieb im mittelalterlichen Feudalismus stecken, an dem es schließlich zugrunde ging. In England aber schlug die Entwicklung ganz andere Wege ein wie im kontinentalen Abendlande.

Hier hatte unter der glücklichen Regierung der Königin Elisabeth das Königtum tatsächlich eine große Machtstellung eingenommen, die es aber hauptsächlich der persönlichen Beliebtheit der Herrscherin, den Erfolgen ihrer auswärtigen Politik und dem großen materiellen Wohlstand zu verdanken hatte, der unter dieser

Regierung um sich griff. Ihre beiden Nachfolger, Jakob I. und Karl I., machten sich durch ihre Versuche, das Parlament auszuschalten und das absolute Königtum herzustellen, äußerst unbeliebt. Dazu kam noch, daß nunmehr doch das englische Volk von der religiösen Bewegung ergriffen wurde. Die Schotten hatten in ihrer presbyterianischen Kirche eine dem Kalvinismus ähnelnde Form des Protestantismus angenommen und sträubten sich gegen die Bestrebungen Jakobs I., die englische Hochkirche in ihrem Lande einzuführen. Die Bewegung griff als Puritanertum nach England hinüber. Jakob I. hielt demgegenüber unbedingt an der Staatskirche fest, und sein Sohn Karl I. bekundete sogar gewisse katholische Neigungen. Auch in der auswärtigen Politik gingen die beiden ersten Stuarts Wege, die die Billigung der Nation nicht fanden. So gelangte dieses Königtum in Widerstreit mit seinem Volke und schließlich kam es zu offener Widersetzlichkeit des Parlaments, dem sich das Heer anschloß. Im Jahre nach der Unterzeichnung des westfälischen Friedensinstrumentes, 1649, war es so weit, daß das Königtum für abgeschafft erklärt und der König, Karl I., öffentlich hingerichtet wurde. Durch diese Bewegung war ein Mann hochgetragen worden, der dazu berufen war, Englands Entwicklung zum Weltreich einen gewaltigen Schritt vorwärts zu bringen: Oliver Cromwell. Als Sohn eines einfachen Landedelmannes geboren, trat er in die Armee ein, in der er bald durch militärische Tüchtigkeit und streng puritanische Gesinnung auffiel. Als die Empörung gegen das Königtum ausbrach, wurde er durch das Vertrauen seiner Kameraden an die Spitze der Bewegung gestellt. Bald zeigte sich aber, daß das Parlament nicht fähig war, das Land zu regieren. Es kam zu Mißhelligkeiten zwischen diesem und der Armee.

Cromwell schlug mit eiserner Rücksichtslosigkeit den Widerstand des Parlaments nieder und führte nun die reine Militärdiktatur ein: er selbst trat als Lord-Protector an die Spitze des Staates, den er wie ein absoluter Monarch regierte. Es ist bekannt, daß dieser Zustand nicht von langer Dauer war; die englische Republik hielt sich nur so lange, als Cromwell lebte. Kurz nach seinem Tode stellte der Putsch des Generals Monk mühelos die alte Monarchie wieder her. War somit in der inneren Politik Englands die Republik und die Regierungszeit Cromwells nur eine Episode, so war sie dagegen in der äußeren Politik epochemachend; mit Cromwell war der Mann an die Spitze des englischen Staates getreten, der in seiner Außenpolitik zum ersten Male die Tendenz klar hervorhob, die seitdem die beherrschende der englischen Staatskunst bis auf den heutigen Tag geblieben ist: das Streben nach unbedingter Seegeltung und Seeherrschaft. Der klarste Ausdruck dieses Strebens war die Navigationsakte von 1651, durch welche ausländischen Schiffen, die nach den englischen Kolonien fuhren, das Anlaufen englischer Häfen zur Pflicht gemacht wurde. Im folgenden Jahre führte diese durchaus tyrannische Maßregel, die den Überseehandel der Niederlande treffen sollte, zum Kriege mit diesen. Er endete mit dem Siege der englischen Waffen. Damit war zum erstenmal jene Politik betätigt worden, welche seitdem mit bewunderungswürdiger Folgerichtigkeit festgehalten wurde, und welche es als eine Selbstverständlichkeit und gewissermaßen als ein heilig zu haltendes Dogma ansieht, daß mit der englischen Flagge auf offener See die keines anderen europäischen Staates konkurrieren darf. Kaum war dieser Krieg siegreich beendet, so wandte sich die Republik wieder gegen den alten Feind, Spanien. Im Bunde mit dem aufstrebenden

Frankreich, das die kontinentalen Kräfte des Habsburgerreiches binden mußte, wurde der spanische Handel aufs empfindlichste geschädigt und schließlich Jamaica erobert. Die überseeischen Besitzungen Englands hatten sich beträchtlich erweitert, und wenn auch das spanische Kolonialreich im wesentlichen unvermindert bestehen blieb, so war doch Spanien von seiner Rolle als führende Seemacht abgedrängt und England auf diesem Gebiete in die erste Reihe unter den Staaten Europas getreten. Mit diesem Erfolge schloß Cromwells Wirken für sein Vaterland ab: im Jahre des Pyrenäischen Friedens, 1658, starb er. Zwei Jahre später zog der Sohn des enthaupteten Königs als Karl II. in seine „getreue" Hauptstadt London ein. Das wiederhergestellte Stuartsche Königtum behielt zunächst im wesentlichen die auswärtige Politik des großen Usurpators bei. Um die Wandlungen zu verstehen, die schließlich das schottische Königshaus den Thron des Inselreichs kostete und die britische Politik in die Bahnen leitete, die sie heute noch wandelt, müssen wir uns den Ereignissen zuwenden, die sich auf dem europäischen Festlande und besonders in Frankreich abspielten.

Denn dieses Land war, obgleich es aus dem dreißigjährigen Kriege keinen auffallenden Ländergewinn heimgebracht hatte — selbst die Franche-Comté blieb noch bis 1678 als deutsches Reichslehen bei Spanien —, durch eine eigenartige und, vom französischen Standpunkt aus, glückliche Verkettung der Umstände in den Mittelpunkt der kontinental-europäischen Entwicklung getreten. Hierzu war es befähigt durch seine geschlossene geographische Lage, durch die feste nationale und staatliche Einheit, die ihm im Laufe seiner Geschichte ein immer stärker werdendes Königtum zu geben gewußt hatte, und nicht zum wenigsten durch die vollkommene

staatlicche Dekomposition, in die sein östlicher Nachbar und Miterbe des karolingischen Universalherrschaftsanspruches, Deutschland, geraten war. Wir haben schon gesehen, wie sich die Rivalität dieser beiden Mächte durch die ganze Geschichte unseres Kulturkreises zieht. Besonders Frankreich hatte immer die Schwäche Deutschlands genützt, um seinem nie ganz aufgegebenen Anspruch auf die Nachfolge des großen Frankenkaisers, auf die Vorherrschaft im Abendlande, näher zu kommen. Nun war damals die politische Schwäche des deutschen Reiches nicht nur die vollkommenste während seiner ganzen bisherigen Geschichte, sie war obendrein noch durch die Vertreter aller europäischen Staaten sanktioniert und unter die Garantie Gesamteuropas, unter die Mitgarantie Frankreichs gestellt. In den politischen Verfall Deutschlands war aber Spanien mit hineingerissen, weil es weltpolitisch mit dem Träger des deutschen Kaisertums, dem österreichischen Hause Habsburg, zu einer untrennbaren Einheit verwachsen war, und weil gerade der Widerstand Europas gegen die weltpolitischen Tendenzen der beiden habsburgischen Großmächte den Verfall Deutschlands herbeigeführt oder zum mindesten beschleunigt hatte. Als nun der junge König von Frankreich, Ludwig XIV., nach der Regentschaft seiner Mutter, der spanischen Infantin Anna, und ihres ersten Ministers Mazarin, der die Geschäfte im Geiste des großen Richelieu weitergeführt hatt, zu seinen Jahren gekommen war und die Zügel der Regierung selbst ergriff, sah er sein Land im Innern völlig dem Königtum unterworfen. Ein letztes Aufflackern adliger und provinzieller Selbständigkeitsgelüste, den Aufstand der Fronde, hatte die Regierung Annas und Mazarins niedergeschlagen. Und im Bereiche des Abendlandes war kein Staat, der es an fest-

gegründeter, wohlorganisierter Macht mit Frankreich aufnehmen konnte; denn die ebenfalls im dreißigjährigen Krieg aufgestiegene Großmacht Schweden konnte sich in bezug auf die Festigkeit ihrer Grundlagen nicht im entferntesten mit Frankreich messen. In dieser Gesamtlage Europas mußte für einen jungen ehrgeizigen Herrscher ein starker Anreiz liegen, die günstige Lage seines Landes zu nützen, ihm die anerkannte Führerschaft in Europa zu verschaffen und die Länder des abendländischen Kulturkreises unter jener zu einigen. Und Ludwig konnte der unbedingten Gefolgschaft seines Volkes auf diesem Wege sicher sein. Der den Franzosen von jeher eigene unruhige Ehrgeiz drängte direkt auf diese Bahn, zumal ihm die innerpolitischen Betätigungsmöglichkeiten durch den monarchischen Absolutismus abgeschnitten waren. Zwei Wege waren es, die zu diesem Ziele führen konnten; der eine lag in der Verfassung Deutschlands als Wahlreich und in dem Einfluß, den Ludwig dank seiner im Jahre 1648 erworbenen Reichsstandschaft und dank der Uneinigkeit der deutschen Fürsten in diesem Reiche besaß, der andere in dem Umstand, daß das spanische Königshaus am Erlöschen stand, d. h. also: Ludwig konnte versuchen, sich zum römischen Kaiser wählen zu lassen, und er konnte versuchen, die demnächst frei werdende Erbschaft der spanischen Habsburger, auf die er durch seine Mutter schon eine gewisse Anwartschaft besaß, an sich zu bringen. Jeder von diesen beiden Wegen hätte einen ausschlaggebenden Machtzuwachs bedeutet. Gleich zu Anfang seiner selbständigen Regierung bereitete er den zweiten Weg vor, indem er sich mit einer Tochter Philipps IV. von Spanien vermählte. Von da an war eine der Hauptaufgaben der französischen Diplomatie die Vorbereitung auf den Tag, wo der kränkliche

und kinderlose König von Spanien, Karl II., die Augen schloß, und wo mit ihm die spanische Linie des Hauses Habsburg erlosch. Auch an der ersten Möglichkeit hatte sich Ludwig, oder vielmehr für ihn noch Mazarin, versucht, aber vergeblich. Es war ein Verdienst der deutschen Kurfürsten in jener politisch für Deutschland so trüben Zeit, daß sie fast ununterbrochen am habsburgischen Kaisertum festgehalten oder doch wenigstens die Krone des Reichs niemals einem ausländischen Fürsten übertragen haben. Denn so wenig das römische Kaisertum jener Tage an sich bedeutete, in der Hand eines Herrschers wie Ludwig XIV. konnte es dessen Macht zur unbedingten Vorherrschaft über Deutschland und über das ganze Abendland steigern. Während nun die Aussicht auf die Kaiserwürde für Ludwig verschwand und die spanische Erbfrage noch nicht spruchreif geworden war, suchte der französische König durch Kriege nach allen Seiten den Territorialbestand und die Machtstellung seines Reiches zu heben. Er näherte sich immer mehr seinem Ziele, Frankreich die Hegemonie in Europa zu verschaffen. Und schließlich gelang seiner Diplomatie das Meisterstück, die äußere Politik Englands in die Gefolgschaft Frankreichs zu zwingen.

Die ersten Jahre nach ihrer Wiederherstellung waren die Stuarts in ihrer auswärtigen Politik den Bahnen der großen Elisabeth und des Commonwealth gefolgt und wachten eifersüchtig über der Seegeltung des Inselreiches. Noch 1665 hatte England einen Krieg gegen den niederländischen Rivalen geführt und trat bereits zwei Jahre später auf dessen und Spaniens Seite, um die bedrohliche Festsetzung Frankreichs an der belgischen Küste zu verhindern. Doch Karls II., durch seinen verschwenderischen Hofhalt bedingtes, ewiges Geldbedürf-

nis, in Verbindung mit den traditionellen absolutistischen Neigungen seines Hauses, legte ihm den Wunsch nahe, sich pekuniär von seinem Parlamente unabhängig zu machen. Die Subsidien, die Ludwig XIV. ihm als Lohn für eine nachgiebige auswärtige Politik versprach, gaben ihm diese Möglichkeit. Dazu kam noch ein weiteres. Ludwig XIV. hatte sich immer mehr, vielleicht aus innerer Ergebenheit gegen die Kirche, vielleicht auch aus rein politischen Erwägungen, in die Rolle des Führers der katholischen Partei in Europa hineingelebt. Nun hatten die Stuarts schon von jeher katholische Neigungen. Während Karl II. bei der englischen Kirche wenigstens offiziell verblieb, war sein Bruder, Herzog Jakob von York, zum katholischen Bekenntnis zurückgetreten und hatte sich in zweiter Ehe mit einer katholischen Prinzessin vermählt. Mit diesen drei Mitteln köderte Ludwig die englische Regierung: als Hort der durch die Widerspenstigkeit des Parlamentes bedrohten Monarchie, als Hort des Katholizismus und als bereitwilliger Geldgeber zwang er England ganz in die Bahnen der französischen Politik. Dies änderte sich natürlich auch nicht, als im Jahre 1685 nach dem Tode seines Bruders der Herzog von York als Jakob II. den englischen Thron bestieg. Das englische Volk aber mißbilligte je länger desto stärker die Politik des Hofes, um so mehr, als Jakob II. kurz nach seiner Thronbesteigung offen den Katholizismus zu begünstigen und sich über die gegen diesen erlassenen Gesetze hinwegzusetzen begann. Doch der konservative Sinn der Nation scheute davor zurück, durch eine neue Revolution die Kontinuität der Entwicklung zu unterbrechen, zumal zu hoffen stand, daß das System Jakobs II. mit dessen Tode sein Ende finden würde, da des Königs zweite Ehe mit Maria von Modena ohne männliche Nachkom-

menschaft geblieben und die beiden zunächst berufenen Thronerbinnen, des Königs ersteheliche Töchter Maria und Anna, protestantisch und mit protestantischen Prinzen vermählt waren. Da wurde im Jahre 1688 die Königin von einem Prinzen entbunden. Die katholische Erbfolge schien also gesichert und die Aussicht, auf legalem Wege zu einer dem Volksempfinden mehr entsprechenden Regierung zu kommen, geschwunden. Da traten einige angesehene Lords in Verhandlungen mit dem Gemahl der älteren der beiden protestantischen Prinzessinnen, Maria, mit dem Prinzen Wilhelm von Oranien-Nassau, Generalstatthalter der Niederlande, und dieser landete noch im November 1688 in England. Eine bei der nahezu völligen Einigkeit der Nation unblutig verlaufende Revolution fegte das katholische Königtum hinweg, und Wilhelm III. bestieg gemeinsam mit seiner Gemahlin den Thron, nachdem zuvor das Parlament durch Erlaß der von dem Königspaar unterzeichneten Declaration of Rights sich gegen eine Wiederkehr absolutistischer Bestrebungen gesichert hatte.

Dieses Ereignis bedeutete einen entscheidenden Wendepunkt in der großen europäischen Politik. Frankreich hatte durch seine aufreizende Machtpolitik fast alle Staaten des europäischen Kontinents zu seinen Gegnern gemacht. Es bildete sich eine Koalition aus Österreich, dem Reich, Brandenburg und Spanien, die durch den räuberischen Überfall auf Holland im Jahre 1672 zustande gebracht wurde. Ihr Krieg gegen Frankreich brachte in seinem Ergebnis doch nur eine Stärkung der französischen Macht, welche sich im Frieden von Nymwegen durch den Erwerb der Franche-Comté sowie wichtiger Grenzfestungen in Belgien vergrößerte. Durch die sogenannten Reunionen wurden beträchtliche Teile Westdeutschlands mit der Krone Frankreich vereinigt

und 1681 die wichtige Reichsstadt Straßburg ohne jeden Rechtsgrund besetzt. Die neue Koalition, die sich 1688 bildete, erhielt nun einen bedeutenden und entscheidenden Kräftezuwachs durch den Beitritt Englands. Der neue König von England hatte sich auch schon als Generalstatthalter der Niederlande als erbittertster Gegner der Universalherrschaftspläne Ludwigs XIV. betätigt. Und es muß zugegeben werden, daß die Verhinderung der französischen Herrschaft über Europa ein Verdienst um die Entwicklung des abendländischen Kulturkreises war. Denn wenn auch die Schaffung der absoluten Monarchie, der Grundlage des modernen Staates, durch Heinrich IV., Richelieu und Mazarin eine durchaus kulturfördernde Tat war, so war das Königtum Ludwigs XIV., sowohl in seiner inneren wie äußeren Politik, bereits eine Übertreibung dieses Prinzips. Ein weiteres Ausgreifen dieser Monarchie hätte die selbständige Entwicklung der europäischen Völker auf allen Gebieten unterbunden. Insofern war die Gefahr, die Europa von einer französischen Weltherrschaft drohte, mindestens ebenso schlimm, als die, welche die Gegenreformation mit der spanischen Weltherrschaft über es heraufbeschworen hatte. Erwägungen solcher Art waren es nun allerdings weniger, welche die führenden Kreise Englands bestimmten, der weiteren Vergrößerung Frankreichs entgegenzutreten. England hatte durch seine Siege über Spanien und Holland seine Seemacht zum mindesten auf eine solche Höhe gebracht, daß ihr ein ernstlicher und überlegener Rivale nicht mehr existierte. Gelangte nun Frankreich zur unbedingten Vorherrschaft in Europa, so daß es die Gegnerschaft keiner festländischen Macht mehr zu fürchten brauchte, so lag die Gefahr nahe, daß es bei seiner ebenfalls außerordentlich günstigen maritimen

Lage selbst zu einer aktiven Seepolitik übergehen und das englische Übergewicht auf dem Meere ernstlich bedrohen konnte. Aus diesem Gedankengang ergab sich aber ein weiterer, der ausschlaggebend für die ganze englische Politik der Folgezeit wurde. Die Seefahrt in ganz großem Stil war bisher nur von den Völkern des abendländischen Kulturkreises geübt worden. Spanien, das mit Ausnahme der portugiesischen Grenze seine einzige geographische Berührungslinie mit den anderen Völkern des europäischen Kontinents durch den Gebirgswall der Pyrenäen geschützt sieht, und dadurch in gewissem Maße ebenfalls der Vorteile einer insularen Lage teilhaftig ist, war den Nationen Europas auf diesem Wege vorangegangen. Aber gerade seine, durch die Verbindung mit den deutschen Habsburgern und mit den katholischen Interessen bedingte Kontinentalpolitik hatte es den Engländern ermöglicht, ihm die Seeherrschaft zu entreißen. Auch Hollands Seeherrschaft beruhte großenteils auf seiner relativen Uninteressiertheit an der festländischen Politik. Sie war für England leichter zu brechen gewesen, da sie noch in den Anfängen stand und die Hilfsmittel des kleinen Mutterlandes in keinem Verhältnis standen zu dem gewaltigen Kolonialreich der Republik. Also waren die beiden bisherigen Hauptrivalen Englands teils durch ihre Feindschaft zu den übrigen europäischen Mächten, teils durch die Geringfügigkeit ihrer Kontinentalgrundlage für England ungefährlich geworden. Eine europäische Großmacht, die ihre kontinentale Gegnerschaft überwunden hatte, war dagegen eine lebensgefährliche Bedrohung für das maritime Übergewicht Englands, und eine solche Konstellation mußte infolgedessen unter allen Umständen verhindert werden. Das war der tiefere Sinn des berühmten Schlagworts vom „euro-

päischen Gleichgewicht", von der balance of powers, das die englische Diplomatie gerade in den Tagen Wilhelms III. erfand. Aber, wie gesagt, wenn auch aus egoistischen Motiven, so leistete England doch durch diese Politik der abendländischen Kulturwelt einen unleugbaren Dienst. Denn deren reichgegliederte Geschichte, die schon die verschiedenartigsten geistigen und materiellen Werte erzeugt hatte, wäre sozusagen umsonst gewesen, wenn ihr Abschluß eine uniforme französisch-katholische Universalmonarchie geworden wäre. Diese Geschichte beruhte auf den spezifisch germanischen Gedanken der nationalen und staatlichen Unabhängigkeit, der in der Bildung der europäischen Nationen, und der geistigen Freiheit, der in der deutschen Reformation sich durchgesetzt hatte. Nur wenn eine Einigung Europas unter Wahrung dieser beiden wichtigsten Güter durchgeführt würde, entspräche sie dem Kulturcharakter des Abendlandes und seiner Geschichte und wäre ein Segen für die Menschheit. Wie aber die französische Monarchie sich zu diesen Kulturgütern stellte, zeigte sie durch die Aufhebung des Edikts von Nantes und durch die Dragonaden in der inneren, durch die Réunionen in der äußeren Politik.

Der Krieg gegen dieses rücksichtslos ausgreifende Unterdrückungs- und Raubsystem, der nun im Jahre 1688 begann und zu Wasser und zu Lande auf den verschiedensten Schauplätzen geführt wurde, dauerte volle neun Jahre und endete im Frieden zu Ryswyck 1697 mit einem für beide Parteien ziemlich mageren Ergebnis. Nach der deutschen Seite behielt Frankreich nur seine Eroberungen im Elsaß nebst Saarlouis und Longwy, alles andere mußte es zurückgeben; im übrigen erfolgte der Friedensschluß auf Grund des status quo

ante. Immerhin bedeutete dies doch einen gewissen Stillstand der französischen Expansion und somit einen Erfolg für die Koalition. Lange sollte aber dieser Friede nicht dauern, denn nur drei Jahre nach dem Vertrag von Ryswyck, 1700, trat jenes wichtige dynastische Ereignis ein, von dem Ludwig XIV. die Krönung seiner ganzen Politik erwartete: das Erlöschen des spanischen Hauses Habsburg mit dem Tode Karls II. Dem zu Recht bestehenden spanischen Thronfolgegesetz nach, das den Vorzug des Mannesstammes nur in der direkten Linie anerkannte, war die nächstberechtigte Erbin der spanischen Kronen die älteste der beiden Schwestern König Karls, Maria Teresa, die Gemahlin Ludwigs XIV. Sie hatte aber im Pyrenäischen Frieden für sich und ihre Nachkommen auf die Thronfolge verzichtet. Aus diesem Verzicht nun leitete Kaiser Leopold I., der Gemahl der jüngeren Infantin, Margareta Teresa, für seine aus dieser Ehe stammenden Söhne das Erbrecht auf das spanische Reich her. Ludwig XIV. hatte aber den Verzicht seiner Gemahlin niemals anerkannt und er fand in seinem Bestreben, Spanien an sein Haus zu bringen, eine Stütze in den Wünschen der spanischen Nation selbst, welche in der Verbindung mit dem benachbarten mächtigen Frankreich die Integrität ihrer alten weltumspannenden Monarchie am besten gewahrt glaubte. Gerade das zu verhindern, war aber das höchste Gebot der englischen Politik, die aus den oben dargelegten Gründen einen solchen Machtzuwachs weder bei Frankreich noch bei den deutschen Habsburgern dulden konnte. Im Gegenteil hatte England ein lebhaftes Interesse daran, daß das spanische Reich überhaupt nicht als ungeteilte Monarchie erhalten bliebe, die — etwa wenn sie unter einem fähigen Herrscher eine Periode der Regeneration durchgemacht hätte — immer

noch eine formidable Macht bilden konnte. Diese widerstreitenden Belange verursachten in den letzten Lebensjahren Karls II. von Spanien ein wüstes Intrigenspiel am Madrider Hofe, in dem schließlich kurz vor dem Ableben des Königs der französische Gesandte den Sieg davontrug: als am 1. November 1700 der letzte spanische Habsburger die Augen zum ewigen Schlummer schloß, hinterließ er ein Testament, in welchem er zum alleinigen Erben der ungeteilten spanischen Monarchie seinen Großneffen Herzog Philipp von Anjou, den Enkel Ludwigs XIV. und Maria Teresas, einsetzte. Daß weder England noch der Kaiser dieses ruhig hinnehmen konnten, war von vornherein klar. Der Ausbruch des Krieges zögerte sich noch über ein Jahr hin, während dessen sich die endgültige Gruppierung der Mächte vollzog. Auf Ludwigs Seite stand natürlicherweise sein Enkel, der neue König von Spanien, der so ziemlich die ganze Bevölkerung seines Reiches hinter sich hatte. Ferner einige kleine italienische Fürsten und die beiden wittelsbachischen Kurfürsten Max II. Emanuel von Bayern und Joseph Clemens von Köln, die im Bunde mit Frankreich ihrem Hause eine Art von Großmachtstellung zu verschaffen hofften. Aus ähnlichen Gründen stand auf Seiten des Kaisers und seiner Verbündeten der Kurfürst von Brandenburg, Friedrich, der Sohn des großen Friedrich Wilhelm, der soeben mit kaiserlicher Approbation für sein souveränes Herzogtum Preußen den Königstitel angenommen hatte, und der Kurfürst von Hannover, dem sich durch den Tod des Herzogs von Gloucester, des einzigen Sohnes der englischen Thronerbin Anna, die Aussicht auf die Nachfolge in diesem Reiche eröffnet hatte. Daß die Niederlande der englischen Kombination beitraten, verstand sich gewissermaßen von selbst und das Aufhören der

Personalunion zwischen beiden Reichen durch den Tod des gemeinsamen Herrschers Wilhelms III. (1702) änderte nichts daran. Schließlich trat auch Portugal, dessen schmähliche Abhängigkeit von England damals schon begann, der Allianz bei und auch das heilige römische Reich als solches fühlte sich bemüßigt, dem Könige von Frankreich den Krieg zu erklären. Dieser Krieg, der spanische Erbfolgekrieg, in welchem auf beiden Seiten die glänzendsten militärischen Talente zur Entfaltung kamen und die herrlichsten Waffentaten vollbracht wurden, zog sich durch zwölf Jahre auf einem niederländischen, deutschen, italienischen und spanischen Schauplatz mit wechselndem Glücke hin. Schließlich neigte sich der Sieg doch auf die Seite der Verbündeten; es waren bereits Verhandlungen mit Ludwig im Gange, der zu den weitestgehenden Zugeständnissen bereit war. Da war es wieder ein dynastisches Ereignis, das einen völligen Umschwung herbeiführte. Im Jahre 1705 war Kaiser Leopold I. gestorben und in den deutsch-ungarischen Ländern wie im Reich folgte ihm sein ältester Sohn Joseph I. Dem jüngeren Sohne, Erzherzog Karl, war die spanische Krone oder die Anwartschaft auf sie schon zu Beginn des Krieges übertragen worden und im Jahre 1710 war er als Karl III. bereits in Madrid eingezogen. Nun starb im Jahre 1711 nach nur sechsjähriger Regierung Kaiser Joseph, ohne Nachkommen zu hinterlassen. Der einzige noch lebende Habsburger war nunmehr der König von Spanien, Erzherzog Karl, der somit den Anspruch auf alle Besitzungen des Erzhauses, auf das alte spanisch-österreichische Weltreich, in seiner Person vereinigte. Das veranlaßte die englische Regierung noch in dem gleichen Jahre mit Ludwig geheime Verhandlungen anzuknüpfen, denen im Jahre 1713 der Friede von Utrecht folgte. England ließ seinen Verbün-

deten, den Kaiser,*) in Stich und entschädigte sich für die Opfer, die es für die Erhaltung des „europäischen Gleichgewichts" gebracht hatte, indem es den Franzosen den größten Teil ihres nordamerikanischen Besitzes und den Spaniern Gibraltar und Menorca abnahm, die es schon im Kriege besetzt hatte, außerdem Ludwig zur Schleifung des Dünkirchener Hafens zwang. Durch den Besitz Gibraltars brachte England den Eingang zum Mittelmeer in seine Hand, in Menorca sicherte es sich einen wichtigen Flottenstützpunkt in jenem, und außerdem baute es sein nordamerikanisches Reich aus, das hauptsächlich durch die Erwerbung von Neu-Niederland im Jahre 1664 zustande gekommen war. Der Verlust der spanischen Außenländer in Europa war außerdem schon entschieden. Der Herzog von Savoyen, der, dem „sacro egoismo" seines Hauses folgend, bereits im Kriege die französische Partei mit der der Allierten vertauscht hatte, erhielt Sizilien mit dem Königstitel. Die kleineren Allierten, Holland, Brandenburg-Preußen folgten und so sah sich im Jahre 1714 auch der Kaiser genötigt, seinen Frieden mit Frankreich und Spanien zu machen. Gegen Anerkennung Philipps V. in Spanien und dessen amerikanischen Kolonien erhielt er Belgien, Mailand, Neapel und Sardinien, welch letzteres er später gegen Sizilien an Savoyen abtrat. Das entscheidende Ergebnis des Krieges war, daß Frankreichs weitere Expansion eine Grenze fand. Die Mittel des Staates waren so erschöpft, daß von einer Fortsetzung der Gewaltpolitik Ludwigs XIV. nicht mehr die Rede sein konnte. Ebendasselbe war aber auch bei den namhaftesten anderen Staaten Europas der Fall. Spanien hatte seinen ganzen kontinentalen Außenbesitz verloren und damit

*) Karl war noch im Spätjahr 1711 zu dieser Würde gewählt worden.

seine europäische Stellung. Die Teile dieses Außenbesitzes, die dem Kaiser zufielen, waren zu weit voneinander und von dem Kern der österreichischen Länder entfernt, um für diese einen wirklichen Machtzuwachs zu bedeuten. Den einzigen wirklichen Vorteil hatte England davongetragen. Er bestand einmal und nicht zum geringsten Teil eben in dieser gleichmäßigen Schwächung der anderen Großmächte, der „Herstellung des europäischen Gleichgewichtes“, dann aber in der Festigung seiner maritimen Stellung. Hier tritt zum ersten Male klar der eigentliche, nichteuropäische Charakter dieses werdenden Weltreiches hervor. England hat zwar seine Kultur, wie die anderen Völker des Abendlandes, aus der Verbindung des Germanentums mit der Antike empfangen. Es hat sowohl in politischer wie in geistiger Beziehung wertvolle Beiträge zum Entstehen der europäischen Gesamtkultur geliefert. Als aber in den Jahrhunderten vor der Reformation der Entstehungsprozeß der europäischen Nationen sich seinem Abschluß näherte, war sein Versuch, auf dem Kontinent dauernd Wurzel zu fassen, durch den Ausgang des hundertjährigen Krieges mit Frankreich endgültig vereitelt. Nur wenig später wurde es durch die Entdeckung des jenseitigen Ufers des Atlantischen Ozeans in den Mittelpunkt einer neuen Welt gerückt und fortan suchte es sein Betätigungsfeld in erster Linie in dieser atlantischen Welt und nicht im alten Europa. Sein einziges Interesse an der europäischen Politik bestand und besteht darin, den Zustand der Kleinstaaterei, in dem, vom weltpolitischen Standpunkt aus gesehen, das kontinentale Abendland sich heute noch ebenso wie damals befindet, zu verewigen; ein Verschwinden der machtpolitischen Gegensätze innerhalb des europäischen Kontinents würde dessen Kräfte zu einer weltpolitischen Betätigung Ge-

samteuropas freimachen, welche die Seeherrschaft Englands ernstlich bedrohen würde. Diese Gefahr war durch die Brechung der französischen Vormacht, die das Ergebnis des spanischen Erbfolgekrieges war, zunächst beseitigt.

Außer dem soeben geschilderten Versuch Frankreichs, die Vorherrschaft in Europa zu gewinnen, und seine Niederwerfung durch England und dessen Verbündete konzentriert sich das politische Interesse in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf die Vorgänge in Deutschland, welche eine Folge des Westfälischen Friedens waren. Der dreißigjährige Krieg hatte die materielle Blüte Deutschlands vernichtet, die politische Kraft des deutschen Volkes befand sich aber bei weitem nicht auf dem Tiefstand, wie es für diese Zeit im allgemeinen angenommen wird. Daß das Reich als solches in tiefster politischer Ohnmacht lag, spricht nicht gegen diese Anschauung. Denn die lebensvollen politischen Kräfte, die noch im deutschen Volke schlummerten, suchten sich einen anderen Ausweg als die Betätigung im Gesamtstaat, und rangen sich in kraftvollen und teilweise sehr zukunftsreichen einzelstaatlichen Gebilden zutage. Es ist charakteristisch für das damalige Deutschland, daß die Territorialstaaten, besonders die größeren unter ihnen, sofort daran gingen, die im Westfälischen Frieden erlangte Souveränität auszubauen und zu einer europäischen Großmachtstellung ihrer Fürstenhäuser zu erweitern. Bei den kleineren Fürsten trug dieses Großmachtstreben rein dynastischen Charakter und bediente sich rein dynastischer Mittel. So wurden infolge fürstlicher Verschwägerungen die Pfalzgrafen von Zweibrücken Könige von Schweden, die Herzöge und späteren Kurfürsten von Hannover Könige von England. Ging hier die neue Großmachtstellung nur auf die fürst-

lichen Häuser über, während die deutschen Stammlande bestenfalls zu einem Nebenland des ausländischen Reiches herabsanken, so sind vom staatlichen Standpunkt aus ernster zu nehmen die Großmachtbestrebungen der drei kurfürstlichen Häuser von Bayern, Sachsen und Brandenburg. Das wichtigste Ereignis der damaligen deutschen Geschichte war aber die Bildung einer selbständigen deutsch-österreichischen Großmacht.

Das Scheitern der katholischen Weltpolitik und die dadurch bedingte Trennung von Spanien führte in der Stellung der deutschen Habsburger eine weittragende Wandlung herbei. Die althabsburgische Politik von Karl V. bis auf Ferdinand II. und III. beruhte auf dem Gedanken, im engen Bunde mit dem nahverwandten spanischen Königshaus das gesamte Abendland unter der Herrschaft der katholischen Kirche zu einigen. In den Berechnungen dieser Politik spielte das Ländermassiv, das durch die Vereinigung der althabsburgischen Erbländer mit Ungarn und Böhmen zustande gekommen war, eine verhältnismäßig geringfügige Rolle. Im Augenblick, als die katholischen Weltherrschaftspläne scheiterten und als sich dann die Beziehungen zu Spanien zu lockern begannen, wurde dies anders. Jetzt zeigte sich plötzlich, daß dieses Gebiet um die mittlere Donau, von den deutschen Alpen bis an die Balkanhalbinsel und von den Karpathen bis an die Adria eine geographische Einheit war und eine politische Einheit bleiben mußte. Die Kriege gegen die Türken unterstrichen dies besonders. So leisteten Leopold I. und Karl VI., besonders aber ihr großer Staatsmann und Feldherr Prinz Eugen von Savoyen für Österreich dieselbe Arbeit, wie der Große Kurfürst und seine beiden nächsten Nachfolger für Preußen: aus dem zusammengeerbten Besitz eines Fürstenhauses einen

auf innerer Notwendigkeit beruhenden, seine historische Existenzberechtigung und seine historischen Ziele in sich tragenden Staat zu machen. Zwei Überreste der althabsburgischen Weltstellung hatte dieser österreichische Staat übernommen: die zwar längst nicht mehr unbestrittene, aber immer noch und mit großer Zähigkeit festgehaltene Führerstellung in Deutschland und in Italien. In Deutschland war die Kaiserwürde, zu der die österreichischen Herrscher mit nur einer einzigen Ausnahme immer gewählt wurden, der politische Ausdruck dieser Führerstellung, in Italien beruhte diese nur auf den dynastischen Beziehungen des Erzhauses.

Was nun das Aufstreben der vorhin erwähnten drei kurfürstlichen Häuser anbelangt, so konnte Bayern sich schon deshalb zu einer selbständigen staatlichen Rolle prädestiniert glauben, weil es das einzige der alten Stammesherzogtümer war, das sich leidlich intakt erhalten hatte. Es hatte in der zweiten Hälfte des Mittelalters das Schicksal der meisten deutschen Landesherrschaften in Gestalt unzähliger Erbteilungen über sich ergehen lassen müssen und es war eine günstige Fügung, daß schließlich die vier Herzogtümer München, Ingolstadt, Landshut und Straubing durch Erbgang wieder in eine Hand kamen. Das Thronfolgegesetz des Herzogs Wilhelm setzte dann die Unteilbarkeit des Landes fest und durch die geschickte Politik des Herzogs Maximilian erlangte letzteres an der Spitze der katholischen Liga eine ausschlaggebende Stellung in den Wirren des dreißigjährigen Krieges. Die enge Verbindung mit der kaiserlichen und katholischen Politik trug dem Herzog denn schließlich auch den Kurhut und eine bedeutende Erweiterung seines Gebietes ein. Auch durch den Ausbau der inneren Verwaltung wurde Maximilian I. der eigentliche Schöpfer des bayrischen Staa-

tes. Hatte der erste Kurfürst von Bayern die Größe seines Staates nun dadurch begründet, daß er in enger Fühlung mit dem Kaiser diesem gewissermaßen in der Führung des deutschen Katholizismus den Rang abzulaufen suchte, so erstrebten seine drei nächsten Nachfolger, Ferdinand Maria, Max Emanuel und Karl Albert das gleiche Ziel, teils im Zusammengehen mit Habsburg, teils im schärfsten Gegensatze zu diesem. Sie suchten durch engsten Anschluß an Frankreich sich auf Kosten des Kaiserhauses zu vergrößern. Die Großmachtbestrebungen des Hauses gipfelten schließlich in dem Versuch, beim Aussterben der deutschen Habsburger, 1740, durch Geltendmachung gewisser Erbrechte die deutschen Erblande des Kaisers an sich zu bringen. Die bayrischen Kurfürsten machten aber den Fehler, daß sie in alle Verwicklungen der europäischen Politik eingreifen wollten und dabei die realen Grundlagen ihrer, wie jeder, Macht, Heer und Finanzen, vernachlässigten. Ihre chronische Finanznot war letzten Endes der Grund zum kläglichen Scheitern ihrer ehrgeizigen Bestrebungen. Immerhin lag hier der ernsthafte Versuch vor, auf realer, staatlicher Grundlage eine süddeutsch-katholische Großmacht neben und gegen Habsburg zu schaffen.

Auch das Kurfürstentum Sachsen konnte aus seiner Geschichte die Berechtigung herleiten, selbständig eine große Rolle in der europäischen Politik zu spielen. Aus der Markgrafschaft Meißen auf altem deutsch-slavischem Kolonialboden erwachsen, durch die Reste des ehemaligen sächsischen Stammesherzogtums und die thüringische Erbschaft mit altdeutschem Gebiet vergrößert, hatte es zur Reformationszeit die Führung des deutschen Protestantismus gehabt und stand auch seitdem unter den ersten protestantischen Ständen des

Reiches. Wenn ein Kurfürst von Sachsen etwa seine ernestinischen Vettern und andere norddeutschen Fürsten zu einem großen protestantischen Bunde um sich geschart hätte, so konnte das Land eine bedeutsame Rolle in der deutschen Politik spielen, zumal sein großer materieller Wohlstand ein erfolgreiches Eingreifen in die internationalen Beziehungen durchaus ermöglichte. Kurfürst Friedrich August, der seit Beginn der 90er Jahre den sächsischen Thron inne hatte, wählte aber einen anderen Weg zur Befriedigung seines Ehrgeizes. Er trat nach dem Tode Johann Sobieskis, 1697, als polnischer Thronkandidat auf, und wurde auch gewählt; allerdings nur gegen das Zugeständnis, daß er zur katholischen Kirche übertrat, wodurch er die Möglichkeiten, die sich seinem Lande in der deutschen Politik boten, verspielte. Doch bot auch die polnisch-sächsische Kombination nicht ganz von der Hand zu weisende Aussichten für einen wettinischen Großstaat. Durch eine eventuelle Erwerbung Schlesiens oder auch nur des südlichsten Teiles von Brandenburg war die geographische Verbindung zwischen beiden Ländern verhältnismäßig leicht hergestellt und wenn es dem, an straffe monarchische Regierungsweise gewöhnten deutschen Fürsten gelang, geordnete Zustände in Polen herbeizuführen, so war allerdings seinem Hause eine große Aufgabe und eine große Stellung gesichert. Hier lag aber der Rechenfehler in Augusts des Starken Politik, ganz abgesehen davon, daß schon die verschiedene Konfession der beiden Bevölkerungen ein Zusammenwachsen Sachsens und Polens zum mindesten sehr erschwert hätte: die inneren Verhältnisse in Polen waren so heillos zerfahren, daß selbst eine sehr viel kräftigere Hand und sehr viel größere Machtmittel, als sie dem sächsischen Kurfürsten zur Verfügung standen,

kaum genügt hätten, um dem absterbenden Reiche neue Festigkeit zu verleihen. Schon Ladislaus Jagello hatte die polnische Krone mit großen Zugeständnissen an den herrschsüchtigen Adel bezahlen müssen. Unter der langen Reihe seiner Nachfolger war immer mehr von den Rechten der Krone abgebröckelt und das Reich ganz in die Hände einer turbulenten und disziplinlosen Aristokratie geraten, während das Königtum zu einer fast inhaltlosen Scheinwürde herabsank. Und auch hier beschritt August den falschen Weg; statt langsam und allmählich die Staatsgewalt wieder zu stärken, suchte er durch auswärtige Erfolge die königliche Autorität zu heben und stürzte sich in das Abenteuer des nordischen Krieges, das ihn, wenn auch nur vorübergehend, sein Königtum kostete. Auch nach seiner Wiederherstellung gelang es ihm nicht mehr, zu wirklicher Macht zu gelangen.

Ganz anders geartete Wege waren es, welche die Kurfürsten von Brandenburg zur Königswürde und zur Großmachtstellung emporführten. Aus einem mittleren süddeutschen Dynastengeschlechte hervorgegangen, das sich schon seit der Zeit des Interregnums immer zur kaiserlichen Partei gehalten hatte, wurde der Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg aus dem Hause Hohenzollern von Kaiser Siegismund zuerst mit dessen Vertretung als Landesherr der Mark Brandenburg beauftragt und dann, im Jahre 1415 feierlicch mit dieser und der damit verbundenen Kur- und Reichserzkämmererwürde belehnt. Er selbst und seine nächsten Nachkommen besaßen das neue Fürstentum zunächst gleichzeitig mit dem alten fränkischen Hausbesitz, der sich erst später als Besitz einer jüngeren Linie abzweigte. Die ersten hohenzollerschen Kurfürsten hatten genug zu tun, um die unter den Wittelsbachern und Luxembur-

gern arg ins Wanken geratene landesfürstliche Autorität gegenüber dem übermütigen Adel zu wahren. Sie knüpften aber, wie alle fürstlichen Häuser damaliger Zeit, Familienverbindungen an mit dem Zwecke, sich hierdurch Erbaussichten auf andere Länder zu verschaffen. Diese dynastischen Ehen spielten in der Politik des Hauses Brandenburg keine geringere Rolle, wie in der der Habsburger, nur mit dem Unterschied, daß die verschwägerten Häuser hier meist deutsche Dynastengeschlechter waren, im Gegensatz zu den internationalen Verwandtschaften des österreichischen Hauses. Besondere Bedeutung kam vom politischen Standpunkt neben der Verschwägerung und Erbverbrüderung mit Pommern der Verbindung mit dem herzoglichen Hause von Preußen zu*), durch welche außer der Anwartschaft auf dieses Herzogtum selbst auch die auf die reiche Hinterlassenschaft des herzoglichen Hauses Jülich-Cleve-Berg den Kurfürsten von Brandenburg anfiel. Wir haben gesehen, wie im Westfälischen Frieden diesen Erbansprüchen, wenn auch nicht voll, so doch teilweise Rechnung getragen wurde. Der brandenburgische Staat bestand nun aus einem im Nordosten Deutschlands gelegenen, und bis an die Ostsee heranreichenden, zusammenhängenden Kerngebiet: Kurmark, Hinterpommern, Magdeburg und Halberstadt und gewissermaßen als Außenwerke im Osten das Herzogtum Preußen und im Westen Cleve, Mark und Ravensberg. Hatten so die älteren Hohenzollern die typische Politik deutscher Reichsfürsten getrieben, die nur von dem Gedanken an die Größe ihres Hauses geleitet war, so unterschied sich ihre Politik von der der meisten anderen größeren Landesherrn dadurch, daß sie sich

*) Einem Seitenzweig der süddeutschen Nebenlinie des Hauses Hohenzollern.

durch die neu erworbene Souveränität nicht in uferlose Großmachtpläne hineinreißen ließen, sondern zuerst die inneren Grundlagen ihres Staates festigten. Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, der die Reihe der großen Herrscher dieses Staates eröffnet, begnügte sich, wenn auch nicht ganz freiwillig, an äußerem Landgewinn mit dem, was ihm im Westfälischen Frieden zugefallen war. Die wahre Ausbeute seiner Regierung besteht in der Beseitigung der polnischen Lehnshoheit über Preußen, in der Niederwerfung des ständischen Adelsregiments in den einzelnen Landschaften und in der Schaffung einer gut durchgebildeten und fest in der Hand des Herrschers befindlichen Armee. Sein Sohn Friedrich III. hatte noch am meisten Ähnlichkeit mit dem auf äußeren Glanz bedachten, die europäische Bedeutung ihrer Dynastie auf oft recht abenteuerlichen Wegen erstrebenden Durchschnittstypus der deutschen Reichsfürsten dieser Zeit. Und doch war die Annahme des preußischen Königstitels, die ihm oft, als angeblich nur durch Eitelkeit veranlaßt, vorgeworfen wird, etwas ganz anderes, wie etwa der polnische Königstraum Augusts des Starken oder gar das unorganische englische Königtum der hannöverschen Welfen. Hier wurde nur eine in zäher und mühsamer Arbeit gegen innere und äußere Widersacher erkämpfte Souveränität durch den, für souveräne Herrscher nun einmal üblichen Namen zum Ausdruck gebracht und so ist auch dieser, an sich wohl hauptsächlich äußerlich-repräsentative Schritt nichts anderes als ein Stück jener großen inneren Konsolidierungsarbeit, die am brandenburgisch-preußischen Staate in dem Jahrhundert von 1640 bis 1740 geleistet wurde. Diese Arbeit wurde in der wirksamsten und nachhaltigsten Weise fortgesetzt durch Friedrichs Sohn Friedrich Wilhelm I. Seine eifrige Fürsorge für die Weiterbildung

der Armee und die hierin von ihm geleistete Kleinarbeit haben ihm den Namen des Soldatenkönigs eingetragen; aber mindestens ebenso Bedeutendes hat er auf verwaltungs- und finanztechnischem Gebiete gewirkt. Durch diese drei Herrscher wurde so in der Nordostecke Deutschlands ein Staat geschaffen, der es zwar nicht an territorialer Ausdehnung, wohl aber an innerer Kraft mit den großen Mächten aufnehmen konnte. Und dieser Staat war der einzige unter den zur Großmachtstellung aufstrebenden deutschen Territorien, dessen Politik einen rein deutschen Charakter trug und tragen mußte. Auch sein preußischer Besitz störte diesen Charakter nicht; denn was dieses Land von den es umgebenden polnischen Gebieten unterschied und ihm so erst die Berechtigung zu eigener Existenz gab, war gerade seine deutsche Vergangenheit und Kultur.

Die auswärtigen Beziehungen des Abendlandes waren in dieser Zeit bestimmt durch eine neue Expansion nach Osten. Wir haben gesehen, daß das türkische Reich den Höhepunkt seiner territorialen Ausdehnung unter Soliman II., dem Prächtigen, erklommen hatte. Seitdem waren nur noch Kreta und Cypern den Venezianern und im äußersten Norden des Reiches Podolien den Polen entrissen worden. In Ungarn blieb die Grenze vom Ausgange des 16. bis Ende des 17. Jahrhunderts ziemlich unverändert, während im Fürstentum Siebenbürgen, das auch einen Teil des östlichen Ungarn mit umfaßte, der kaiserliche Einfluß mit dem des Padischah rang. Aber auf die Reihe kriegsgewaltiger Sultane, welche von Mohammed II. bis Soliman II. dem Reiche seine riesige Ausdehnung gegeben hatten, folgten weniger kraftvolle Herrscher und der kriegerische Adel, auf dem der Staatsbau im wesentlichen beruhte, erlahmte allmählich. Als Faktor der europäischen Politik behielt die Türkei ihre

Bedeutung, da sie in den Berechnungen der Feinde des Hauses Habsburg immer eine Rolle spielte. Die Könige Frankreichs von Franz I. bis auf Ludwig XIV. benützten den „Großtürken" immer wieder, um dem Kaiser Schwierigkeiten zu bereiten. Es stand nicht außer Zusammenhang mit den westeuropäischen Verwicklungen, daß die Türken, deren Reich unter zwei kraftvollen Wesiren aus der albanischen Familie Köprili eine Zeit der Regeneration durchgemacht hatte, im Jahre 1683 den Kaiser wiederum angriffen und zum zweiten Male ihre siegreichen Waffen bis vor Wien trugen. Mit der Niederlage, welche das kaiserliche Heer im Bunde mit dem Polenkönig Johann Sobieski und den Fürsten Deutschlands dem Feinde der Christenheit bereitete, und mit dem Abzuge der Barbaren von der österreichischen Hauptstadt begann das Zurückfluten der Osmanenmacht und die allmähliche Rückeroberung des nahen Orients für Europa. Es begann jene Reihe glänzender Kriege der kaiserlichen Heere gegen die Türken, welche den Namen des Prinzen Eugen von Savoyen unsterblich gemacht und durch die Schaffung einer ruhmvollen Tradition zum Entstehen des modernen Österreich wesentlich beigetragen haben. Doch schon trat ein neuer Bewerber um die Erbschaft des unheilbarer Krankheit verfallenen Großtürken auf den Plan: Rußland.

3. Das europäische Gleichgewicht

Der Eintritt Rußlands in die europäische Staatenwelt steht auf der Scheide der beiden Zeitalter der französischen Vorherrschaft und des europäischen Gleichgewichts. Das letztere wurde im wesentlichen durch diese neue Großmacht beeinflußt, so daß die Ereignisse, welche zu deren Aufstieg führten, in den Zus[illegible]hang der nun beginnenden Epoche gehören.

die Geschichte dieses Reiches bis zur Regierung der ersten Zaren aus dem Hause Romanow verfolgt. Wir haben gesehen, daß sein Eintritt in das europäische Staatensystem nicht unvorbereitet erfolgte. Bereits Alexander Newski focht auf dem Eise der Newa mit den Schweden um den Zugang zur Ostsee, Iwan IV. suchte sich ebenfalls bereits in den Besitz der baltischen Provinzen zu setzen, und eben dieser Zar war es, der die ersten Handelsbeziehungen zu England und den Niederlanden anknüpfte. Wir sahen, wie das Regiment Boris Godunows an dem Widerstand der Bevölkerung gegen die Hinneigung dieses Zaren zum Westen scheiterte. Schon bestanden in den großen Städten dieses Reiches, besonders in Moskau, ansehnliche Fremdenkolonien, die Peter dem Großen die erste Anregung zu seinen Reformen gaben. Peter handelte also durchaus nicht im Gegensatz zu den älteren Traditionen Rußlands, als er für sein Land als Mitbewerber um die Ostseeherrschaft auftrat. Er erkannte frühzeitig, welchen Machtzuwachs es für Rußland bedeuten mußte, wenn es die Errungenschaften der europäischen Kultur in sich aufnahm. Ebenso erkannte er aber auch, daß zu diesem Zwecke, um nämlich sein Reich in Verbindung mit den westeuropäischen Kulturvölkern zu bringen, der Zutritt zu einem offenen, von den Schiffen der europäischen Nationen befahrenen Meere unumgänglich nötig war. Diese Gesichtspunkte gaben der auswärtigen Politik Peters des Großen die Richtung. Er stand an der Spitze eines gewaltigen, seinem inneren Wesen nach noch ganz orientalischen Reiches. Dieses Reich wollte er mit den lebendigen Kräften des Abendlandes befruchten. Dazu mußte er den Ausdehnungs-
[illegible] des Staates und Volkes nach Westen lenken, er
[illegible] eine gegen seine westlichen Nachbarn aggressive

Politik treiben; und diese Nachbarn waren alle alte Feinde des moskowitischen Reiches. Im äußersten Süden, durch das dem Padischah tributäre Chanat der Krim an Peters Reich grenzend, die Türkei. Sie stand in Glaubensgemeinschaft mit den alten Bedrückern Rußlands, den Tartaren, und hatte den letzten Rest von deren Reich unter ihren Schutz genommen. Außerdem besaß sie Konstantinopel, das Rom der griechischen Kirche und die alte Hauptstadt der byzantinischen Kaiser, auf deren Nachfolge die Zaren von Moskau halb sagenhafte Ansprüche erhoben. Gegen diesen Feind beteiligte sich Peter an der letzten Phase des Krieges, den der Kaiser, Venedig und Polen gegen ihn führten und der 1699 im Frieden von Karlowitz endete. Rußland hatte Asow am Schwarzen Meere erobert und durfte es behalten. Aber ein weiteres Vorschreiten auf diesem Wege konnte den Zaren seinem Ziele der innigeren Verbindung mit dem Westen nicht näher bringen. Denn zunächst hätte hier doch nur eine weitere Ausdehnung am Schwarzen Meere erreicht werden können, und dessen einziger westlicher Zugang war fest in den Händen der Türkei. Auch Polen hatte seit alters in feindlicher Berührung mit Moskau gestanden. Schon das alte Litauen hatte weite Strecken russischen Bodens an sich gebracht und erst Peters Vater Alexej hatte Kiew, die alte Hauptstadt Rußlands, dem polnisch-litauischen Reiche wieder entrissen. Aber auch Polen konnte als überwiegend binnenländischer Staat Peter nicht das geben, was er brauchte: den Zugang zu einem von Europäern befahrenen Meere. Das war nur von dem nördlichsten der westlichen Nachbarn Rußlands, von Schweden, zu erlangen. Seine Besitzungen an der östlichen Ostsee, Ingermanland, Esthland und Livland, lagen wie ein nur schmaler Damm zwischen den weiten Ländern

des Zaren und dem ersehnten nassen Element. Und hier waren die Voraussetzungen zu einem Angriff außerordentlich günstig. Gustav Adolfs Siege im dreißigjährigen Kriege und die kluge Politik des Kanzlers Axel Oxenstjerna hatten der schwedischen Monarchie überraschend eine Großmachtstellung verschafft, welche in einem gewissen Mißverhältnis zu den materiellen Kräften des nicht reichen Landes stand. Die rücksichtslos ausgreifende Politik Karls X. verstärkte die natürliche Eifersucht der beiden Nachbarn Polen und Dänemark, die überdies noch alte Zwistigkeiten mit dem nordischen Reiche hatten. Unter Karls X. Sohn, Karl XI., hielt sich Schweden noch gerade in seiner Großmachtstellung. Als nun im Jahre 1697 mit Karls XI. Sohn, Karl XII., ein junger und unerfahrener Herrscher den Thron bestieg, glaubte man den Zeitpunkt zu einem Überfall gekommen. Peter verband sich 1699 mit den Königen von Dänemark und Polen, und im folgenden Jahre brach der Krieg aus, der sich zwar durch die unerwarteten militärischen Talente des jungen Schwedenkönigs volle 20 Jahre hinzog, aber schließlich doch zu dem Resultat führte, Schwedens Machtstellung zu brechen und Rußland in den Besitz der östlichen Ostseeländer zu bringen. Noch im Kriege reorganisierte der Zar sein Reich nach europäischem Muster und gründete auf bisher schwedischem Boden seine neue Hauptstadt, Petersburg, das ersehnte „Fenster nach dem Westen“.

Die europäische Welt, in welche diese neue Großmacht eintrat, war durch die Friedensschlüsse, welche den spanischen Erbfolgekrieg beendigten, gegen die vorhergehenden Jahrzehnte wesentlich verändert. Es konnte scheinen, als ob der Gedanke der Vorherrschaft einer einzelnen Macht endgültig erledigt, als ob ein wirkliches Gleichgewicht der Kräfte in unserem alten

Kulturkreis hergestellt sei. In Wirklichkeit bedeutete dieses Gleichgewicht aber nichts anderes als eine verschleierte Vorherrschaft Englands. Äußerlich paßte sich England in das Gleichgewichtssystem ein, seine Überlegenheit beruhte auf der beherrschenden Stellung zur See, die es vor allen anderen europäischen Mächten voraus hatte. Das ganze Streben seiner Politik ging darauf hinaus, durch Schürung der Eifersucht unter den Staaten Europas dieses Gleichgewicht und damit seine maritime Vorzugsstellung zu erhalten.

Was nun an diesem neuen Staatensystem, wie es sich seit dem Westfälischen Frieden bis zu den großen Friedensschlüssen im Anfang des 18. Jahrhunderts herausgebildet hatte, besonders auffällt, ist die enge Verflechtung aller europäischen Angelegenheiten. Keine der großen Mächte ist ganz uninteressiert an dem, was in irgendeinem Teile des Kontinents vor sich geht. Als solche großen Mächte werden nun gerade um die Wende des 17. und 18. Jahrhundertes allgemein vier anerkannt: England, Frankreich, Österreich und Rußland. Sie beanspruchen für sich etwa die Rolle, die in Deutschland dem Kurfürstenkollegium zukam. Alle großen Kriege der Zeit waren Koalitionskriege und an allen waren die Großmächte beteiligt. Die Wechselwirkungen zwischen dem Aufstreben Frankreichs und den Türkenkriegen Österreichs haben wir schon beobachtet. Auch kleinere Interessen vermischten sich in die Verwicklungen und Verflechtungen dieser großen europäischen Politik. Die Fürsten Deutschlands suchten ihre europäische Stellung durch die Teilnahme an der Befreiung Wiens zu erweisen und zu befestigen; auf den Schlachtfeldern Spaniens, Italiens und Ungarns fochten brandenburgische Truppen im Interesse Österreichs, um dadurch die Anerkennung der preußischen

Königswürde zu erkämpfen. Die Friedenskongresse wuchsen sich immer mehr zu europäischen Kongressen aus. Immer deutlicher trat aus dem Gewebe der damaligen Staatskunst das Bild einer ideellen europäischen Einheit heraus, wenn man auch fast sagen könnte, daß sie sich politisch hauptsächlich auswirkte in den Gegensätzen der europäischen Staaten. Ein weiteres Gebiet, auf dem diese Komplexität der europäischen Interessen sich dokumentierte, war das koloniale: immer mehr traten die überseeischen Gebiete in den Gesichtskreis dieser Staaten, wenn auch vorläufig nur als Objekte ihrer Herrschaft. In dem Ringen der Großmächte wurde neben den europäischen Interessen auch immer über die Zugehörigkeit kolonialer Gebiete entschieden. Der koloniale Besitz erschien gleichzeitig als Siegespreis wie auch als Stütze der kontinentalen Machtstellung, welche die einzelnen Staaten erstrebten; von diesem Besitz fiel aber immer mehr in die Hände Englands.

Im wesentlichen blieb dieser Zustand erhalten, wenigstens äußerlich, bis zu der großen Umwälzung des sozialen und politischen Aufbaues der alten Welt, die wir als französische Revolution bezeichnen. In zwei wichtigen Punkten gingen aber doch bedeutsame Veränderungen vor sich: in der politischen Gestaltung der Mitte von Europa und in dem Kräfteverhältnis zwischen England und Frankreich. Beide Umgestaltungen wirkten aber in der Richtung, welche die europäische Politik seit dem spanischen Erbfolgekrieg überhaupt nahm: auf die Herstellung eines labilen Gleichgewichtes zwischen den großen Mächten Europas und auf die Festigung der maritimen Stellung Englands.

Wir haben gesehen, daß das geographische Zentrum des neuen Europa sich schon seit langem in einem

Zustand politischer Zersetzung befand. Dieses „Mitteleuropa", bestehend aus Deutschland und Italien und den im Osten und Westen unmittelbar daran grenzenden Ländern*) hatte in der ersten Hälfte des Mittelalters eine Einheit gebildet. Der Zersetzungsprozeß begann mit dem Interregnum. Bei dem Tiefstand, auf den die kaiserliche Autorität damals gesunken war, rissen sich Polen und Ungarn aus dem Lehnsverband los, Süditalien, dessen Verbindung mit dem Reiche überhaupt nur auf der Gleichheit des herrschenden Hauses beruht hatte, schied ganz aus und vom Arelat riß Frankreich ein Stück nach dem andern an sich. Trotz des Rückganges der kaiserlichen Macht und des Aufsteigens der Landesherren zu fast souveränen Fürsten bildete zur Reformationszeit das Heilige Römische Reich immer noch eine respektable politische Größe, der durch die Verbindung der Kaiserwürde mit Spanien und Ungarn sogar ein erhebliches Gewicht beiwohnte. Der Westfälische Friede hatte diese Einheit fast gänzlich vernichtet, indem er die Niederlande, die Schweiz und Oberitalien völlig aus dem Reichsverbande löste und das Band, das die Territorien Deutschlands umschlang, weiter lockerte. Wir haben aber gesehen, daß die Vormachtstellung, die die Monarchie der Habsburger in Deutschland wie in Italien behauptete, immer noch einen gewissen Zusammenhang zwischen den Ländern des mittelalterlichen Imperiums aufrechthielt. Wenn diese Vormachtstellung nun erschüttert wurde, so bedeutete dies ein weiteres Fortschreiten der staatlichen Zersetzung Mitteleuropas.

Und dieser Prozeß setzte ein im Jahre 1740. *Zwei*

*) Das sogenannte Königreich Arelat stand bekanntlich in Personalunion mit Deutschland, und Polen wie Ungarn waren dem Kaiser lehnspflichtig.

dynastische Ereignisse gaben wieder den Anstoß dazu: der Tod Kaiser Karls VI., des letzten Habsburgers, und die Thronbesteigung Friedrichs II. in Preußen. Fast die ganze Regierungszeit Karls VI. war der Sorge gewidmet, daß nach dem bei seinem Tode zu erwartenden Aussterben des habsburgischen Mannesstammes die Gesamtheit der unter seinem Zepter vereinigten Länder als Großmacht erhalten bliebe und ungeteilt auf seine älteste Tochter vererbe. Diesem Zwecke diente eine Vereinbarung zwischen den einzelnen Ländern der habsburgischen Krone, die sogenannte Pragmatische Sanktion, welche das Grundgesetz der habsburgischen Monarchie bis zu deren Auflösung geblieben ist. Durch Verträge mit fast allen Staaten Europas suchte der Kaiser diese Pragmatische Sanktion zu sichern, und doch war, sobald er die Augen geschlossen hatte, die Monarchie in ihrem Bestande aufs schwerste gefährdet. Karl Albert, der letzte aus der Reihe ehrgeiziger Bayernfürsten, die wir schon früher erwähnten, erhob Ansprüche auf das habsburgische Erbe, und da sein Staat zu deren Durchsetzung allein zu schwach war, fand er sich bereit, den zu erwartenden Raub mit Verbündeten zu teilen. Durch die sogenannten Nymphenburger Verträge von 1741 kam eine Koalition zwischen Bayern, Sachsen und Frankreich zustande, welche eine Teilung der habsburgischen Monarchie zu ihrem Programm machte. Nun war aber wenige Monate vor Kaiser Karl VI. der König Friedrich Wilhelm I. von Preußen gestorben. Sein jugendlicher Nachfolger, Friedrich II., war durchglüht von dem Ehrgeiz, seinem Lande die Stellung in der europäischen Staatenwelt zu erringen, die seinen wirklichen Machtmitteln entsprach. Er bot der jungen Königin von Ungarn seine Hilfe gegen den im Entstehen begriffenen Bund ihrer Feinde

an, wenn sie ihm Schlesien abtrete. Die Erbansprüche auf die Herzogtümer Liegnitz, Brieg und Wohlau, die er dabei auf Grund alter Verträge geltend machte, mochten wohl an sich nicht viel mehr wert sein, als die, welche der bayrische Kurfürst auf die österreichischen Erblande und Böhmen erhob. Doch ist es müßig, über die formal-juristische Berechtigung dieser Ansprüche zu streiten, wie aller, die in der großen Politik gemacht werden, um das Machtstreben der Staaten zu verhüllen. Das Wesentliche in den Beziehungen der Staaten bleibt die Macht und es kommt nur darauf an, ob ein Staat die moralischen Kräfte in sich trägt, dieser Macht einen idealen Inhalt zu geben, ob er durch Ausübung dieser Macht gleichsam der Vollstrecker einer welthistorischen Mission wird. Über die „Gerechtigkeit" eines Krieges und einer Machterweiterung wird daher letzten Endes immer nur die Nachwelt entscheiden können, da nur sie die Triebkräfte klar erkennen kann, welche die Äußerung politischer Macht herbeigeführt haben, und da nur sie die Folgen einer politischen Handlung in ihren letzten Auswirkungen übersehen kann. Dieses innere geschichtliche Recht war hier sicher auf seiten Preußens. Denn hier bot sich einem jungen, aufstrebenden Staate, unter dessen starkem Schutze neue sittliche und geschichtliche Kräfte herangewachsen waren und ihre weitere Entfaltung finden sollten, die seltene Gelegenheit, seine Machtsphäre zu vergrößern und sich die Anerkennung als europäische Großmacht zu erkämpfen, zu der die inneren Voraussetzungen schon lange vorlagen. Als der Wiener Hof — wie man zugeben muß, durchaus begreiflicher- und von seinem Standpunkte aus berechtigterweise — das Ansinnen Friedrichs zurückwies, rückte der König in Schlesien ein. Der nun auch von

seiten der Nymphenburger Verbündeten in Angriff genommene Krieg, der österreichische Erbfolgekrieg — die beiden ersten schlesischen Kriege Friedrichs gingen als Episoden neben letzterem her — endete nach acht Jahren in dem Frieden von Aachen, als dessen Hauptergebnis man die Erhaltung der österreichischen Großmacht und die Anerkennung der schlesischen Eroberung Friedrichs des Großen betrachten muß. Damit hatte der Preußenkönig, im wesentlichen durch eigene Kraft, das Recht erfochten, selbständig neben den Großmächten in den europäischen Dingen mitzureden. Daß Österreich mit diesem Aufkommen einer zweiten Großmacht in Deutschland sich nicht endgültig abfinden konnte, ohne nochmals an die Waffen zu appellieren, war von vornherein klar. Im Jahre 1756 brachte dann die Staatskunst des Fürsten Kaunitz die große, in sich recht wenig homogene Allianz zusammen, die die junge Großmacht auf ihr früheres Niveau als deutscher Mittel- oder Kleinstaat herabdrücken sollte. Rußland beteiligte sich an diesem Kriege wohl in erster Linie, um hierdurch seine Zugehörigkeit zu den europäischen Mächten zu dokumentieren,*) und sich durch die erhoffte Eroberung Ostpreußens nach dieser Seite weiter auszudehnen. Die deutschen Verbündeten Österreichs waren durch die Eifersucht gegen den jungen Staat, der sich von ihresgleichen zur Großmacht aufgeschwungen hatte, geleitet. Die einzige Macht, die eigentlich im Gegensatz zu ihren

*) Die Empfindlichkeit der Kaiserin Elisabeth wegen angeblicher unehrerbietiger Äußerungen Friedrichs über ihren sittlichen Lebenswandel mag bei den grotesken politischen Zuständen im damaligen Zarenreich den äußeren Anlaß zu dem Entschluß der russischen Regierung gegeben haben. Solche fast lächerlichen Wege über Menschlichstes und Persönlichstes wählt oft der Genius der Geschichte, um seine inneren Notwendigkeiten in die äußere Welt des tatsächlichen Geschehens einzuführen.

wirklichen Interessen an der Koalition teilnahm, war Frankreich, wenn man nicht hier ein gewissermaßen instinktives Gefühl dafür annehmen will, daß diese junge Großmacht durch ihr späteres Ausgreifen über ganz Deutschland der gefährlichste Gegner von Frankreichs Machtstellung werden würde. Es ist im Herzen jedes Deutschen verzeichnet, wie in siebenjährigem, fast übermenschlichem Ringen das Feldherrntalent und mehr noch die Charaktergröße Friedrichs des Großen diesen Plan zuschanden machte. Preußen wurde durch den Hubertusburger Frieden in seinem Besitzstand vor dem Kriege und somit auch als Großmacht anerkannt. Daß hierin zunächst eine weitere Lockerung des Reichsverbandes, eine weitere politische Zersetzung Mitteleuropas liegt, ist klar.

An der Herbeiführung dieses Resultates hatte einen wesentlichen Anteil gehabt die Stellung, welche England zu den beiden für dieses Resultat entscheidenden Kriegen, dem österreichischen Erbfolgekrieg und dem siebenjährigen Krieg, genommen hatte. An beiden Kriegen war das britische Reich beteiligt und zwar beidemal als Gegner Frankreichs; im österreichischen Erbfolgekrieg auf der Seite Österreichs, im siebenjährigen Krieg auf der Preußens. Das Maßgebende für England war also weiter der Gegensatz gegen Frankreich. Dieser hatte allerdings etwas andere Gründe als zur Zeit Wilhelms III. und der Königin Anna. Damals war die drohende Vorherrschaft Frankreichs auf dem europäischen Festlande zu bekämpfen. Jetzt war diese Gefahr beseitigt. Frankreich war aus dem spanischen Erbfolgekriege geschwächt hervorgegangen und nicht mehr in der Lage, das europäische Gleichgewicht ernstlich zu stören. Die lange Regierung Ludwigs XV., der die Regentschaft seines Großoheims, des Herzogs Philipp

von Orleans, voranging, vollendete die innere Zerrüttung und Fäulnis, in welche jener Staat geraten war. Aber Frankreich hatte aus den Kämpfen um die Jahrhundertwende sich noch ein ansehnliches Kolonialreich gerettet. Das wurde in England immer noch als eine Bedrohung der eigenen Kolonialherrschaft angesehen, und außerdem war die Gelegenheit zu günstig, den alten Gegner zu schädigen und den eigenen Besitz zu vergrößern, als daß sie nicht benutzt werden sollte. Gleichzeitig mit dem siebenjährigen Krieg auf dem Festlande führte England den siebenjährigen Seekrieg gegen Frankreich, auf dessen Seite diesmal auch wieder der alte Gegner Englands, Spanien, stand. Das Resultat dieser Kämpfe war der volle Sieg Englands, das im Pariser Frieden von 1763 das ganze Mittelstück Nordamerikas von Kanada bis herunter an den Mexikanischen Golf erwarb. So trat auch hier Frankreich in die zweite Linie, und die Kämpfe der europäischen Staaten dienten letzten Endes dazu, durch Ausdehnung des englischen Kolonialreiches der im Entstehen begriffenen angelsächsisch-atlantischen Kulturwelt Geburtshilfe zu leisten, welche sich in unserer Zeit dem abendländischen Kulturkreis als gefährlichster Rivale an die Seite setzen sollte.

Gegen Ende der Epoche erlitt der Bestand dieses abendländischen Kulturkreises eine weitere Veränderung durch die Teilung Polens. Die heillose Zersetzung, in welche die „Königliche Republik“ geraten war, bildete einen Anreiz für die ehrgeizige Herrscherin Rußlands, Katharina II., die Politik Peters des Großen, welche auf Ausdehnung des Zarenreichs nach Westen abzielte, wieder aufzunehmen und den polnischen Staat dem russischen Reiche einzuverleiben. Dieses Beginnen mußte die beiden andern Nachbarn Polens, Preußen und

Österreich, aber ebenfalls auf den Plan rufen, um sich für die Ersetzung ihres bisherigen schwachen Nachbars durch eine Großmacht wenigstens dadurch schadlos zu halten, daß sie ebenfalls ihnen gelegene Stücke des zerfallenden Jagellonenreiches an sich brachten. Diesen Todeskampf eines gut veranlagten, aber durch innere Unordnung lebensunfähig gewordenen Volkes zu beobachten, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Das Ergebnis der bis zum Ende des Jahrhunderts andauernden polnischen Wirren war, daß Rußland den größten Teil des Teilungsobjektes sich einverleibte, während Preußen den hauptsächlichsten Gewinn dadurch erlangte, daß es durch die ihm zufallenden polnischen Landesteile die lang entbehrte Verbindung seiner brandenburgischen Kernlande mit dem preußischen Königreich herstellen konnte, und daß auch Österreich einen nicht unerheblichen Anteil an der polnischen Beute erhielt.

Gleichzeitig mit den englisch-französischen Kriegen um die Seeherrschaft und um das Übergewicht in Nordamerika wurde in langwierigen und blutigen Kämpfen die Herrschaft Englands über Indien gegründet. Während aber hier ein riesiges Volk mit einer hochstehenden Kultur zum Ausbeutungsobjekt eines sehr viel kleineren europäischen Volkes oder, besser gesagt, von dessen herrschender und Geschäfte machender Oberschicht herabsank, war die Entwicklung in Nordamerika einen ganz anderen Weg gegangen. In diese ungeheuren, klimatisch für Europäer geeigneten und von einer nur spärlichen und kulturell tiefstehenden Urbevölkerung bewohnten Gebiete drangen in steigendem Maße weiße Ansiedler ein. Je mehr diese Ansiedelungen sich befestigten und ausbreiteten, je mehr das Land sich wirtschaftlich hob, um so mehr mußte das Selbstgefühl der kolonialen Bevölkerung gegenüber dem Mutterlande

wachsen. Unter Anerkennung der britischen Oberhoheit entstanden allenthalben in den Urwäldern Nordamerikas koloniale Gemeinwesen mit weitgehender Selbstverwaltung. Ungeeignete wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen der britischen Regierung führten dann schließlich zu einer Erhebung in den sogenannten Neuenglandstaaten, in deren Verlauf diese Staaten im Jahre 1776 ihre Unabhängigkeit erklärten. Im Jahre 1778 trat Frankreich, in den beiden folgenden Jahren Spanien und die Niederlande in den Krieg gegen England ein, und im Jahre 1783 mußte dieses seine alten Kolonien, die nunmehrigen Vereinigten Staaten von Amerika, als souveränen Bundesstaat anerkennen. Die Bedeutung dieses Ereignisses liegt nicht in dem Verlust einer umfangreichen Kolonie für England; denn der weitere Verlauf der Geschichte ergibt, daß die englische Weltstellung dadurch nicht wesentlich gemindert wurde; sie liegt vielmehr darin, daß zum ersten Male ein überseeisches Gebiet dem alten Europa als gleichberechtigtes Staatswesen gegenübertrat. In dem Zeitpunkt, als die transmarinen Kontinente von Europa aus und für Europa erschlossen wurden, war das europäische Staatensystem in sich vollendet; nur Rußland trat als später Eindringling reichlich 150 Jahre nachher in dasselbe ein. Seit jener Zeit hatte man sich gewöhnt, die überseeischen Länder, soweit man überhaupt Beziehungen zu ihnen hatte, nur als Objekte der politischen Beherrschung und wirtschaftlichen Ausbeutung durch die europäischen Staaten zu betrachten. Ihre Schicksale hingen an den Gegensätzen dieser Staaten und wurden in deren Kriegen untereinander entschieden. Jetzt trat zum ersten Male ein solches Kolonialland als unabhängige Macht auf und zwar nicht als fremder, von europäischer Kultur mehr oder weniger unberührter

Barbarenstaat, sondern infolge seiner überwiegend weißen Bevölkerung mit dem Anspruch, den Staaten des alten Europa gleichwertig zu sein. Es war der erste Schritt zur Erweiterung des alten abendländisch-europäischen Staatensystems zu einem Weltstaatensystem, die wir heute erleben. Es ist klar, daß ein solcher Vorgang die Stellung des europäischen Staatensystems als Ganzes und die der einzelnen Glieder dieses Systems von Grund aus umgestalten mußte. Ebenso klar ist es natürlich auch, daß die Losreißung einer englischen Kolonie der damaligen Generation noch nicht in diesem Lichte erscheinen und daß die letzten Folgen des Ereignisses von 1783 erst im Verlaufe eines Jahrhundertes fühlbar werden konnten. Aber es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß nur wenige Jahre nach dem Versailler Frieden in Europa eine Umwälzung begann, die schließlich zu dem Versuche führte, die Kräfte des Kontinents politisch zusammenzufassen, in das werdende Weltstaatensystem eine einheitliche abendländisch-kontinentale Weltmacht einzuführen.

4. Revolution und Bonapartismus

Es ist das übliche, mit der französischen Revolution ein neues Zeitalter in der Geschichte, die Zeit des 19. Jahrhunderts, zu beginnen. Dies geschieht hier nicht, da meines Erachtens der französischen Revolution eine solche Bedeutung nicht zukommt. Daß dieses Ereignis neue Ideen zutage gefördert hat, und daß mit ihm in gewisser Beziehung die politische Entwicklung neue Bahnen einschlägt, soll nicht geleugnet werden. Die praktische Durchsetzung dieser neuen Ideen in der europäischen Staatenwelt, die endgültige Feststellung ihres Geltungsbereiches gegenüber den alten politischen Gedanken und die wirkliche Auseinandersetzung mit

diesen erfolgt aber erst in der Zeit nach der Überwindung der revolutionären Erschütterung und der aus ihr geborenen napoleonischen Kriegsstürme. Insbesondere kann ich in den demokratischen Gedanken der französischen Revolution nichts so unbedingt Neues und Großes sehen, daß ich mit ihr einen neuen Abschnitt in der europäischen Geschichte beginnen lassen möchte. Das überwiegende Moment in der Revolution scheint mir der Niederbruch des Alten zu sein, zumal die internationalen Verhältnisse, welche die französische Umwälzung hervorrief, nicht von Dauer blieben und die Beziehungen der europäischen Staaten erst nach dem Wiener Kongreß wieder feste Gestalt annahmen. Die besondere Bedeutung der französischen Revolution liegt meines Erachtens darin, daß sie nicht auf Frankreich erstreckt blieb, sondern die staatlichen Verhältnisse in den übrigen Ländern des europäischen Kulturkreises ebenfalls ins Wanken brachte. Hierdurch dokumentierte sich wiederum, wie auch seinerzeit schon bei der deutschen Reformation, der enge Zusammenhang der europäischen Völker. Wie im 15. Jahrhundert die derzeitige Gestalt der Kirche dem religiösen Bedürfnis der abendländischen Völker nicht mehr genügte, so empfanden die Menschen des 18. Jahrhunderts die damaligen Erscheinungsformen des Staates als ihrem politischen Bedürfnis und ihrer politischen Reife nicht mehr entsprechend. Damals hatte der religiöse Erneuerungsdrang sich zum Mittel seiner Durchsetzung das deutsche Volk gewählt, das vor allen anderen die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit auf religiösem Gebiete als unerträglich empfand und aus sich heraus den Mann hervorbrachte, der den befreienden Schritt zur „Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern“ unternahm; in der überwiegend politisch und staatsphilosophisch

orientierten Zeit des 18. Jahrhunderts war es das französische Volk, welches durch die Unzeitgemäßheit und Überlebtheit seiner politischen Verfassung, durch den staatlichen und wirtschaftlichen Druck, auf die revolutionäre Bahn gedrängt wurde.

Wenn nun, wie gesagt, das Bedeutsame der französischen Revolution in ihrem Übergreifen auf die anderen Länder des Kontinents lag, so müssen auch die Gründe, die zu ihr führten, nicht nur in den französischen Zuständen, sondern in denen des ganzen Abendlandes zu suchen sein. Und tatsächlich hatte auch die politische Entwicklung in den Ländern Europas in der Epoche, die mit dem Beginn der französischen Revolution ihren Abschluß findet, einen wesentlich gleichen Verlauf genommen. Überall — wenn man von den kleinen republikanischen Staatswesen in Deutschland (einschl. Schweiz) und Italien absieht — hatte die absolute Monarchie den Ständestaat, den wir in der Reformationszeit noch in heftigem Ringen mit ihr sehen, zurückgedrängt; fast überall hatte der römische Gedanke der Staatsallmacht das germanische Korporationswesen des Mittelalters besiegt. Aber die alten Korporationen bestanden — meist als überlebte Formen ohne Inhalt — noch fort und wirkten so häufig hemmend auf die weitere Entwicklung. Besonders beim Adel, der die Führung unter den alten Ständen gehabt hatte, tritt dies klar zutage. Seine Bedeutung als organisierter Stand mit besonderen Funktionen im Staatsleben hatte er im wesentlichen verloren. Aber seine alten Privilegien bestanden fort. Da sie also keinen inneren Grund mehr hatten, mußten sie als Ungerechtigkeit erscheinen. Die internationalen Verflechtungen, die naturgemäß in den oberen Ständen stärker in die Erscheinung traten, hatten dazu den Adel vielfach dem Denken und Em-

pfinden seiner Nation entfremdet, einen gewissen vornehmen Kosmopolitismus erzeugt. Bei der Überspannung des monarchischen Prinzips, wie sie das 18. Jahrhundert beherrschte, mußten auch dessen Schäden stärker in die Erscheinung treten. Bedeutenden Herrscherpersönlichkeiten, wie Ludwig XIV., dem zweiten und dritten Preußenkönig, Maria Theresia, gab zwar die fast übermenschliche Machtfülle des damaligen Königtums Gelegenheit und Anreiz zu hervorragendem und segensreichem Wirken im Dienste ihrer Völker. Sowie aber der Zufall fürstlichen Erbrechts geistig oder moralisch weniger hochstehende Persönlichkeiten auf den Thron hob, waren diese der Versuchung zum Mißbrauch ihrer Macht leicht ausgesetzt. Da jede Kontrolle der höchsten Gewalt fehlte, konnten der Unverstand oder die Laune des Herrschers leicht ungeeignete und unwürdige Personen in maßgebende und einflußreiche Stellungen bringen. Dem Günstlings- und Mätressenwesen waren Tür und Tor geöffnet. Kurz gesagt, die guten wie auch die schlechten Eigenschaften des einzelnen Monarchen gewannen eine gewaltige Wirkung auf das öffentliche Leben; mehr wie je galt der Spruch Virgils: „Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi."

Dazu kam nun eine allgemeine Geistesdisposition, die der Achtung vor alteingewurzelten Autoritäten nicht gerade günstig war. Es wurde schon früher darauf hingewiesen, daß große Ideen und Bewegungen im Völkerleben nicht von heute auf morgen geboren werden, sondern ihre ersten Anfänge oft in weit zurückliegenden Perioden und ganz anders gearteten Vorgängen haben. So muß man, um die geistigen Wurzeln der französischen Revolution bloßzulegen, bis zur Reformation zurückgehen. Wir haben gesehen, wie damals eine, zwar

nicht in allen Ländern Europas gleich starke, aber doch ziemlich allgemeine Opposition gegen die Autorität der kirchlichen Gewalten die abendländischen Völker ergriffen hatte. Zwar blieb diese Autorität bestehen. Nicht sachlich, nur räumlich wurde sie beschränkt. Aber der Geist der Kritik war einmal erwacht und gerade die Tatsache, daß es der Kirche nicht gelang, den Protestantismus gänzlich niederzuringen, daß sie eine zweite, anders geartete Kirche im Abendland neben sich dulden mußte, hielt ihn rege. Als nun um die Mitte des 17. Jahrhunderts der religiöse Kampf gewissermaßen sich seltst erschöpft hatte, als die Menschen es allmählich müde geworden waren, sich für die Transsubstantiation oder die Rechtfertigung durch den Glauben, für den Papst oder Luther gegenseitig totzuschlagen, wandte sich auch das Denken und die Kritik mehr vom Religiösen und Konfessionellen ab und anderen Gebieten zu. Die Naturwissenschaften machten in allen Ländern gewaltige Fortschritte; vor allem aber waren es die Formen und die Grundlagen der Staaten, denen man kritisch näher trat, und gerade auf sie wendete man die Methoden naturwissenschaftlichen Denkens an. Zwei, in eminentem Sinne staatsrechtliche Vorgänge waren es ja auch, die der Zeit nach dem dreißigjährigen Krieg ihre Signatur gaben: Die englische Revolution und die Herstellung der absoluten Monarchie in Frankreich und dem übrigen Kontinent. Das Ergebnis der englischen Revolution war gewesen, daß ein tief im Volke verwurzelter und sich ständig aus ihm erneuernder Kleinadel dem Königtum die eigentliche Staatsgewalt aus der Hand nahm und sie in das Parlament verlegte, eine in der Hauptsache diesen Adel, die Gentry, vertretende Körperschaft, in der sie von zwei sich ablösenden Parteien nach im wesent-

lichen gleichen Gesichtspunkten ausgeübt wurde. Daß dieser politisch maßgebende Adel auf gesunden Grundlagen ruhte, und daher die Regierung auch in einem gesunden, den Interessen der Nation entsprechenden Sinne führte, darauf beruht die ungeheure Popularität dieses Systems in England. An sich hatte diese Parlamentsherrschaft nicht das geringste mit Volksfreiheit oder Demokratie zu tun; aber den Völkern des Kontinents, bei denen allenthalben, mit geringen Ausnahmen, die absolute Monarchie herrschte, erschien sie als das Ideal einer freiheitlichen Verfassung. Besonders die Schriften Montesquieus machten in diesem Sinne Propaganda für sie. Die Tatsache, daß in allen oder fast allen Staaten des Kontinents die Masse der Bevölkerung, auch ihre gebildeten Schichten, von der aktiven Teilnahme am politischen Leben so gut wie ausgeschlossen blieb, richtete die Interessen mehr auf unpolitische und rein geistige Dinge. Die relative Gleichheit der politischen Zustände in den meisten Ländern beförderte eine Geistesart, welche von den nationalen und lokalen Besonderheiten absah, und sich mehr auf das Allgemeinmenschliche richtete. Besonderen Vorschub erhielt diese Richtung noch durch die Erschliessung der neuen Erdteile, ihre immer fortschreitende Besiedelung mit Menschen europäischer Herkunft und die sich immer steigernde Bedeutung, die sie für die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander gewannen. Man begeisterte sich für allgemeine Menschheitsideale und sah in allen Menschen, auch der entferntesten Zonen, Brüder. Eine Atmosphäre des Kosmopolitismus verbreitet sich in der europäischen Geisteswelt, allerdings zunächst auf geistig-kulturellem Gebiet. Aber schließlich läßt sich ein wichtiges Feld der menschlichen Betätigung, wie es das Staatsleben ist,

auf die Dauer nicht den Gedanken und Strebungen der Menschen entziehen. Als die Geister sich wieder der Politik zuwandten, verglichen sie die bestehenden Zustände mit den kosmopolitischen Menschheitsidealen, die sie sich gebildet hatten. Der mehr oder weniger fossile Zustand, in dem sich alles historisch Erwachsene befand, bestärkte sie in diesem kosmopolitischen Ideal allgemeinmenschlicher Gleichheit und ließ sie auch die politischen Dinge vielfach von einem ganz abstrakten und theoretischen, die historischen Grundlagen des staatlichen Lebens ignorierenden Standpunkt aus ansehen. Hatte doch auch die nivellierende staatliche und fürstliche Omnipotenz die überkommenen Besonderheiten ihres lebendigen Inhalts beraubt. Und außerdem waren in jenen überseeischen Kontinenten neue Gemeinwesen entstanden, die, frei von allen historischen Bedingtheiten des alten Europa, sich auf der Grundlage gleichmässiger Anteilnahme Aller am Staatsleben aufbauen konnten.

All diese Elemente, die auch im übrigen Europa auf eine Änderung der bestehenden Verhältnisse hindrängten, traten in verstärktem Maße in Frankreich auf. Der abstrakte kritische Geist der Franzosen kam der rationalistischen, unhistorischen Staatsauffassung der Zeit weit entgegen, sowohl auf staatlichem, wie auf kirchlichem Gebiete. Auch hatte das Königtum seit dem Tode Ludwigs XIV. nur Vertreter gefunden, die geeignet waren, seinen Kredit herabzusetzen. Weder Ludwig XV. noch Ludwig XVI. waren Persönlichkeiten, welche den monarchischen Gedanken in einer den Erfordernissen der Zeit entsprechenden Weise repräsentieren konnten. Insbesondere die Regierung Ludwigs XV. erregte durch die skandalöse Mätressen- und Schuldenwirtschaft des Hofes, sowie durch Mißerfolge

in der auswärtigen Politik allgemeine Unzufriedenheit. Während in Deutschland der hohe Adel sich zum Landesfürstentum entwickelt hatte und der niedere anfing, seine Güter selbst zu bewirtschaften, beide also wenigstens einigermaßen die Fühlung mit der Bevölkerung ihrer engeren Heimat behielten, hatte der französische Adel durch die absolutistische Zentralisation, die ihn ganz an den Hof zog, jene verloren; durch das Umsichgreifen rationalistischer und atheistischer Ideen verlor auch der Klerus die Fühlung mit weiten Schichten; die Privilegien dieser beiden Stände, die dazu noch in Frankreich besonders umfangreich waren, mußten also in den Augen des Volkes jede Berechtigung verlieren. Auch der Einfluß, welchen die amerikanische Losreißungsbewegung ausübte, machte sich hier in besonders starkem Maße geltend. Die Regierung hatte, um dem Erbfeind England nach Möglichkeit zu schaden, mit den amerikanischen Rebellen im Jahre 1778 ein Bündnis abgeschlossen, und ihre Landeskinder fochten an der Seite der Freiheitskämpfer der neuen Welt und lernten die neuen Gedanken von Freiheit, Menschenrechten und Volkssouveränität an Ort und Stelle kennen. So war in dem Lande, in dem der fürstliche Absolutismus seine erste und vollkommenste Ausbildung erhalten hatte, der Boden wohl vorbereitet, um den Samen der Revolution in sich aufzunehmen.

Es muß nun noch ein Gesichtspunkt zur Beurteilung der französischen Revolution herangezogen werden, der vielleicht bisher zu wenig beachtet wurde. Es ist dies der völkische. Wir haben gesehen, daß die neuen Staaten, die in der Völkerwanderung entstanden, auf der Herrschaft der germanischen Eroberer über die romanische oder romanisierte Urbevölkerung in den einzelnen Ländern beruhte. Aus dieser germanischen Krieger-

kaste entstand der Adel in allen europäischen Ländern, während die Nachkommen jener unterworfenen Völkerschaften in den unteren sozialen Schichten verblieben. Der Aufstieg einzelner Personen aus diesen unteren Schichten hatte auf die Bildung der europäischen Nationen den größten Einfluß gehabt. Auch die Oberschicht wurde dadurch national stärker differenziert; immerhin hatte sie aber im wesentlichen ihren alten Charakter behalten, so daß immer noch ein scharfer kultureller Unterschied gegen die unteren Volksschichten bestehen blieb. Wenn nun in Frankreich diese unteren Schichten geschlossen — nicht mehr wie seit dem 13. Jahrhundert in einzelnen Individuen — zur Macht drängten, so bedeutete dies gewissermaßen einen Aufstand der kelto-romanischen Urbevölkerung gegen das Germanentum. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß gerade in Frankreich diese Bewegung einsetzte, denn die Kelten waren von allen europäischen Urrassen zur Zeit der Bildung der abendländischen Nationen am weitesten kulturell vorgeschritten. Auch ist es kein Zufall, daß die „natürlichen Grenzen" der ersten Republik und des beginnenden Kaiserreichs sich mit den Grenzen des römischen Gallien deckten. Diese Ansicht wird noch weiter gestützt durch die Feindschaft der modernen Demokratie gegen den deutschen Staat, der ja als einziger größerer Staat in Europa auch in seinem Unterbau auf germanischer Grundlage beruht. Und auch in diesem deutschen Staat ist der bevorzugte Träger der modernen demokratischen Bewegung ein nichtgermanisches Bevölkerungselement, das jüdische. Und die ganze demokratische Bewegung, die mit der französischen Revolution anhob, fand, wenigstens vorläufig, ihren Abschluß in dem Vernichtungskampf gegen das Deutschtum.

Den äußeren Anstoß zum Ausbruch der Revolution gaben die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung. Wenn es auch nicht an staatsmännischen Köpfen fehlte, die erkannten, daß diese finanziellen Nöte nur das äußere Symptom der staatlichen Zersetzung waren, so fehlte es doch in den führenden Kreisen an den starken und lauteren Charakteren, welche aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen zogen und energisch an einen Umbau des ganzen Staates gingen. Nach langem Lavieren und häufigen Personalwechseln kam man schließlich auf einen Gedanken, der vielleicht bei der damaligen Geistesverfassung der Nation der gefährlichste war. Man berief nach mehr als hundertjähriger Pause die allgemeinen Reichsstände wieder ein. Das schwankende Verhalten der Regierung gab nun diesen und besonders dem dritten Stand — der Repräsentation des Bürgertums — die Gelegenheit, die Führung der Reformbewegung von Anfang an an sich zu reißen. Doch in rasendem Tempo glitt diese in die Hände immer radikalerer Elemente. Am 4. Mai 1789 waren die Reichsstände zusammengetreten, im Juli des gleichen Jahres brachen die ersten Pöbelrevolten in Paris aus, am 14. Juli stürmte „das Volk" der Hauptstadt die Bastille, am 6. Oktober bereits zwang es König und Nationalversammlung zur Übersiedlung nach Paris. Im September 1791 war die Konstitution des Königreichs ausgearbeitet, die zwar schon reichlich radikal, aber bereits vielen noch nicht radikal genug war. Auch zeigten König und Adel nur zu deutlich, daß sie diese Verfassung nur widerwillig anerkannten; der Adel wanderte massenweise aus, und als der König den Versuch machte, ebenfalls ins Ausland zu fliehen, war den republikanischen Elementen das Übergewicht gesichert. Bereits 1792 wurde die Republik erklärt, die

Nationalversammlung durch den ganz revolutionär gerichteten Konvent ersetzt und schon am 21. Januar 1793 begingen die neuen Machthaber den sinnlosen und gemeinen Justizmord der „Hinrichtung“ des Königs. Doch schon waren die Ereignisse im Gange, welche die wahre Bedeutung der Revolution nicht nur für die französische, sondern auch für die europäische Geschichte enthüllten, welche zeigten, daß der Ausdehnungsdrang Frankreichs auch unter der neuen Staatsform nicht erloschen war, sondern im Gegenteil diese Staatsform und die ihr angeblich zugrunde liegenden Ideale nur als Vorwand zu neuen Eroberungen benutzte. Da sich die adligen Emigranten vorwiegend auf deutschem Reichsgebiet sammelten, erklärte die Republik noch im April 1792 dem heiligen römischen Reich den Krieg. Die beiden deutschen Großmächte griffen sofort auch mit ihren eigenen Streitkräften in denselben ein, und bald standen fast sämtliche monarchischen Großmächte des alten Europa im Kampfe gegen das demokratische Frankreich. Dieser Krieg ging mit heftigen Krisen im Innern des Landes Hand in Hand. Die Vernichtung alles Bestehenden wurde auf die Spitze getrieben durch die Abschaffung des Christentums und seine Ersetzung durch den Kultus der Vernunft sowie durch die Einführung des revolutionären Kalenders Ende 1793. Schon regte sich im Lande der Widerstand gegen die Jakobinerherrschaft. Gleich nach der Hinrichtung des Königs erhob sich die Vendée, die Landschaft südlich der Normandie, in der sich das gute patriarchalische Verhältnis zwischen Adel und Bauernstand erhalten hatte und deshalb keine revolutionären Neigungen bestanden. In Strömen von Blut wurde dieser gegenrevolutionäre Aufstand unterdrückt, ebenso antijakobinische Regungen im übrigen Frankreich. Immer mehr wuchs sich die Revo-

lution zu einer blutigen Gewaltherrschaft des Pariser Pöbels und seiner Demagogen aus. Endlich, am „9. Thermidor des Jahres II." (27. Juli 1794) erfolgte der Umschwung: Robespierre, der Führer der radikalen „Bergpartei" im Konvent und dadurch der Diktator Frankreichs, wurde verhaftet und hingerichtet und allmählich kamen die gemäßigten Elemente wieder obenauf.

Der Grund, daß Frankreich diese schwere Erschütterung gleichzeitig mit einem auswärtigen Kriege durchmachen konnte, ohne politisch vernichtet zu werden, lag in der Uneinigkeit und der dadurch bedingten schwächlichen Kriegführung der deutschen Großmächte und ihrer Verbündeten. Jene waren durch die Wirren in Polen, die schließlich zu dessen Untergang führten, sowohl unter sich als auch mit Rußland entzweit. So trat Preußen am 15. April 1795 von dem Kriege gegen Frankreich zurück und schloß mit der Republik den Frieden zu Basel, in dem es im Prinzipe bereits das linke Rheinufer für Deutschland aufgab. Österreich blieb aber weiter im Kriege.

In Frankreich ging die rückläufige Bewegung, die Rückkehr zur Ordnung, ebenso schnell vor sich wie vorher der Umsturz. Die Direktorialverfassung des Jahres III. (1794/95) brachte bereits eine Abwendung von der radikalen Demokratie oder richtiger Ochlokratie der Konventszeit; und schon griff in die politischen Kämpfe der französischen Hauptstadt der Mann ein, der die Revolution zu Ende führen und das französische Volk noch einmal dem Ziele, das kontinentale Abendland dauernd zu einigen, ganz nahe bringen sollte: Am 5. Oktober 1795 (13. Vendémiaire) schlug der jugendliche General Napoleon Bonaparte eine Erhebung des Volkes von Paris gegen Konvent und Direktorium nieder. Bonaparte, von Geburt selbst kein Franzose, verlieh der fran-

zösischen Revolution erst ihre volle Bedeutung für die Geschichte Europas und sicherte, indem er wieder eine feste Ordnung schuf, ihren gesunden Gedanken auch für Frankreich selbst dauernden Bestand. Er entstammte einer toskanischen Adelsfamilie, die im 16. Jahrhundert in Korsika eingewandert war (das seit 1768 zu Frankreich gehörte) und daselbst in ziemlich bescheidenen bürgerlichen Verhältnissen lebte. Schon als Knabe für den französischen Militärdienst bestimmt, beteiligte sich der junge Bonaparte in seiner frühesten Zeit auch an der revolutionären Bewegung seiner Heimat. Nach Frankreich zurückgekehrt, trat er in das revolutionäre Heer ein, wo er es mit 24 Jahren bereits zum Brigadegeneral brachte. Sein Erfolg vom 13. Vendémiaire und seine Beziehungen zu dem Mitgliede des Direktoriums Barras verschafften ihm den Oberbefehl in Italien gegen die Österreicher. Der siegreiche Feldzug des Jahres 1796 verhalfen ihm zu einem Ansehen, das ihm den anderen Generalen der Republik und den einheimischen Machthabern gegenüber eine überragende und vollkommen unabhängige Stellung schuf. Das kam auch in dem Frieden von Campo Formio zum Ausdruck, den er selbständig mit dem Kaiser abschloß. Dieser brachte Frankreich die „österreichischen Niederlande", d. h. Belgien, und in einem Geheimartikel den letzten Rest des linksrheinischen Deutschland. Außerdem begann das System der demokratischen Tochterrepubliken Frankreichs mit Errichtung der „cisalpinischen" und „ligurischen" Republik in Oberitalien. England verblieb im Kriege. Dies war vielleicht das Entscheidende für die ganze weitere Entwicklung. Die englischen Staatsmänner erkannten, daß das französische Hegemoniestreben, das sie seit den Tagen Ludwigs XIV. bekämpft hatten, und das im Grunde seit dem Frieden von Utrecht als erledigt gelten

konnte, durch die Entfesselung der französischen Volkskraft in der Revolution wieder auflebte. Dieses Volk, seit dem westfälischen Frieden das einzige, das imstande gewesen wäre, die europäischen Nationen in einer dauernden Organisation zu einigen, hatte die Fesseln einer verrotteten Staatsordnung gesprengt, die seine Expansionskraft hemmten, und war im Begriff unter einem Führer von überwältigender militärischer und staatsmännischer Genialität eine neue Ordnung im Abendlande heraufzuführen. Das mußte vom englischen Standpunkte aus unter allen Umständen verhindert werden, da es den Tod der englischen See- und Weltherrschaft bedeutet hätte. Diesen säkularen Gegensatz Englands gegen jede festländische Vormacht erfaßte Bonaparte in seiner ganzen Größe und da er im direkten Angriff, im Kampfe auf dem Festland, gegen das Inselreich nichts erreichen konnte, so faßte er den Plan, die englische Seeherrschaft im indirekten Stoße zu erschüttern. Die Festsetzung einer europäischen Großmacht in Ägypten, und vielleicht den angrenzenden Gebieten, mußte die Herrschaftsstellung Englands in Indien, die eigentliche Grundlage des englischen Reichtums und damit der englischen Weltmacht, ernstlich bedrohen. Das bezweckte die ägyptische Unternehmung Bonapartes. Es war ein genialer, echt staatsmänischer Gedanke. Aber seine Ausführung erfolgte zu früh. Bonapartes Stellung in Frankreich, Frankreichs Stellung in Europa mußte unerschütterlich feststehen, wenn ein solches Unternehmen glücken sollte. Noch war Bonaparte in Frankreich nur der kommende Mann, die inneren Verhältnisse in der jungen Republik waren nichts weniger wie gefestigt, noch hatte diese selbst sich nicht in das europäische Staatensystem eingefügt. Vielleicht aber war auch der weltpolitische Gedanke bei der ganzen

Expedition erst in zweiter Linie maßgebend, und diejenigen haben recht, die meinen, Bonaparte habe nur durch eine längere Abwesenheit den Pariser Machthabern seine Unentbehrlichkeit beweisen und durch neue, der Eitelkeit des Volkes schmeichelnde Waffenerfolge seine Stellung in der Heimat festigen wollen. Wenn dies der Fall war, so erreichte er seinen Zweck vollkommen.

Das gewaltige Umsichgreifen des revolutionären Frankreich mußte den konservativen Mächten Europas eine Abwehr notwendig erscheinen lassen, und der Staatsmann, der an der Spitze der englischen Regierung stand, William Pitt, erkannte die furchtbare Drohung, die in einem Übergreifen Frankreichs nach dem Orient lag. Die englische Regierung arbeitete mit allen Mitteln, um Frankreich neue Feinde auf dem Kontinent zu erwecken und die schon vorhandenen zum Angriff zu veranlassen. So kam noch im gleichen Jahre, in dem die Franzosen in Ägypten landeten, 1798, die sogenannte zweite Koalition gegen Frankreich zustande. Sie bestand aus Rußland, der Türkei und Österreich. Der schleppende Gang des orientalischen Unternehmens und die ersten Nachrichten von französischen Mißerfolgen in Europa veranlaßten Bonaparte, sein ägyptisches Heer zu verlassen und sich nach Frankreich zurückzubegeben. Schon bei seiner Ankunft als Retter des Staates begrüßt, beseitigte er zunächst die unfähige Direktorialregierung durch den Staatsstreich vom 18. Brumaire des Jahres VIII (9. November 1799). Durch eine neue Verfassung, die ihn unter dem Titel eines Ersten Konsuls zum eigentlichen Herrn des Staates machte und schon ganz monarchisches Gepräge trug, schuf er wieder geordnete Verhältnisse in Frankreich. Es ist viel über Napoleons kriegslüsternen Ehrgeiz, seine öde,

sinnlose Eroberungsgier geredet und geschrieben worden. Sein Verhalten nach dem 18. Brumaire beweist das Gegenteil. Gleich nach Einrichtung der neuen Verfassung unternahm er bei der englischen und bei der österreichischen Regierung Schritte zur Herbeiführung eines Friedens, die von England aufs schroffste, österreichischerseits in verbindlichen Formen, aber eben doch zurückgewiesen wurden. So ging der Krieg weiter und erst die französischen Siege bei Marengo und Hohenlinden machten Österreich zu einem Frieden geneigt, der denn auch 1801 in Lunéville, im wesentlichen unter den Bedingungen von Campo Formio, geschlossen wurde. Auch mit Rußland, dessen Kaiser Paul I. von seinem legitimistischen Haß gegen das revolutionäre Frankreich und den Usurpator an seiner Spitze allmählich zurückkam und durch klug berechnete Nachgiebigkeit und Liebenswürdigkeit des Ersten Konsuls vollends gewonnen wurde, gelang eine Einigung. So sah sich England von seinen kontinentalen Bundesgenossen verlassen und schloß unter diesen Umständen ebenfalls Friede, Anfang 1802 zu Amiens. In dem Vertrage waren die wichtigsten maritimen und kolonialen Streitfragen in der Schwebe gelassen. Immerhin ist anzunehmen, daß Napoleon die ehrliche Absicht hatte, diesen Frieden zu halten. Die wahren Bedürfnisse sowohl Frankreichs wie des Kontinents machten ein Aufhören des Krieges zur Notwendigkeit und auch die organisatorische Tätigkeit, die der Erste Konsul in der kurzen ihm gelassenen Zeitspanne entfaltete, zeigt, daß es ihm ernst war um den friedlichen Wiederaufbau seines Landes.

Durch diese friedliche Tätigkeit, die in der Schaffung einer neuen Verwaltungsorganisation und eines bürgerlichen Gesetzbuches (Code civile, später Code Napoleon) ihren bemerkenswertesten Ausdruck fand,

hat sich Napoleon ein unvergängliches Denkmal gesetzt. Mit bewundernswerter Energie machte sich die neue Regierung an die Schaffung neuer Verkehrswege und Herstellung der Sicherheit auf diesen durch eine gute Polizei; die trostlos zerrütteten Finanzen wurden neu geordnet, das Unterrichtswesen organisiert, Künste und Wissenschaften erfuhren eifrige Förderung. Die beiden zuerst genannten Werke, die Administrativverfassung und der Code Napoleon haben alle Veränderungen der Staatsverfassung in Frankreich überdauert und sind heute noch in Geltung. Der Code civile hat die Gesetzgebung zahlreicher europäischer Staaten wesentlich beeinflußt. Auch in unser deutsches Bürgerliches Gesetzbuch sind zahlreiche seiner Normen übergegangen. Auch die Departementsverfassung hat auf die Verwaltungsorganisation nichtfranzösischer — besonders romanischer und süddeutscher — Staaten großen Einfluß gehabt. Während das bürgerliche Recht vielfach auf die coutumes, die altfranzösischen Rechtsordnungen germanisch-altfränkischen Ursprungs, zurückgeht, beruht die Napoleonische Administrativgesetzgebung ganz auf dem romanischen Prinzip der straffsten Zentralisation, der unbedingtesten Abhängigkeit der unteren Behörden von den oberen. Die Einteilung des Landes in Departements — im Gegensatz zu der historischen, auf germanisch-feudalen Prinzipien ruhenden Provinzialverfassung — erfolgt nach den Gesichtspunkten der reinen verwaltungstechnischen Zweckmäßigkeit unter Ausschaltung alles historisch Gegebenen. Der Präfekt, seinen Untergebenen gegenüber mit nahezu unbeschränkten Vollmachten ausgestattet, ist selbst vollkommen abhängig von der Regierung in Paris. Es ist eine höchste Kraftsteigerung des einheitlichen Staatswillens, aber gleichzeitig eine vollkommene Mechanisierung des

gesamten Staatslebens. Diese Verwaltungsorganisation, geschaffen von dem vielleicht absolutesten Monarchen, den das Abendland seit der Zeit der römischen Kaiser sah, überdauerte, wie gesagt, alle Staatsumwälzungen in Frankreich und besteht auch heute in der demokratischen Republik noch fort. Diese Tatsache ist nicht so befremdlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Grundprinzip der modernen Demokratie die Gleichmacherei ist; Gleichmacherei ist aber immer despotisch — weil widernatürlich — auch wenn sie sich noch so sehr mit freiheitlichen Phrasen umkleidet. Und vielleicht liegt hierin der innerste Grund, daß das abendländische Universalreich Napoleons scheitern mußte. In der europäischen Kultur steckt zu viel vom germanischen Geiste und Selbständigkeitsdrang, als daß sie diese rücksichtslose Zentralisation auf die Dauer ertragen könnte, die mit der Zeit auch auf die nur unter französischem Einfluß stehenden Staaten übergreifen mußte.

Dem Geiste der französischen Nation war dieses System aber kongenial. Und in Frankreich fand nun auch die neue Ordnung der Dinge ihren Abschluß. Am 18. Mai 1804 bot der Senat dem Ersten Konsul die erbliche Kaiserwürde an, ein Plebiszit bestätigte diesen Beschluß und am 2. Dezember des gleichen Jahres erfolgte in der Kathedrale von Notre Dame zu Paris die feierliche Krönung unter Assistenz des Papstes.

Doch schon bestand der Friede, durch den Napoleon sein Werk zu sichern und zu festigen hoffte, nicht mehr. Bereits im Jahre 1803 hatte England, wo Napoleons alter Gegner, William Pitt, dem friedensfreundlichen Addington als Premierminister wieder gefolgt war, die Feindseligkeiten von neuem eröffnet. Und eifrig warb die britische Diplomatie, ihren alten be-

währten Maximen folgend, auf dem Festlande um Verbündete gegen den neuen Imperator. Die dritte Koalition, die sich 1805 bildete, bestand aus Österreich, Rußland, Schweden und England. Napoleon plante zuerst eine Landung in England. Als er sich aber von ihrer technischen Unausführbarkeit überzeugt hatte, wandte er sich mit bewundernswerter Schnelligkeit gegen die festländischen Gegner. In kurzen, wuchtigen Schlägen wurde die österreichische Armee in Süddeutschland erledigt und am 13. November 1805 zog Napoleon in Wien ein. Am 2. Dezember, dem ersten Jahrestage seiner Kaiserkrönung, schlug er die vereinigten Heere Rußlands und Österreichs bei Austerlitz und bereits am 26. Dezember unterzeichneten die österreichischen Bevollmächtigten zu Preßburg den Frieden. Österreich verzichtete in diesem auf seine schwäbischen Besitzungen, ferner auf Tirol, Vorarlberg, Venezien, Friaul und Dalmatien und erhielt dagegen Salzburg und Berchtesgaden. Es erkannte den Rheinbund an, in dem die süd- und westdeutschen Fürstentümer unter französischem Protektorat vereinigt wurden. Die weitere Folge dieses Friedens war, daß am 6. August 1806 Kaiser Franz II., der schon 1804 auch für seine Erblande den Titel eines Kaisers von Österreich angenommen hatte, die Krone des heiligen römischen Reiches niederlegte. Der wahre Nachfolger Karls des Großen war der Kaiser der Franzosen geworden. Das Empire mit seiner Machtsphäre umfaßte ein Gebiet, das sich mit dem des Frankenreiches annähernd deckte. Österreich war aus seiner Vormachtstellung in Deutschland und Italien herausgedrängt und Frankreich nahm sie nunmehr ein. Die französischen Tochterrepubliken wurden allmählich zu Monarchien unter Verwandten Napoleons (Holland: Ludwig Bonaparte; Großherzog-

tum Berg: Joachim Murrat; Neapel: Josef Bonaparte). Bereits im Mai 1805 hatte sich die italienische oder cisalpinische Republik in ein Königreich Italien verwandelt, dessen Krone, die alte Krone der Lombarden, sich der neue Cäsar im Dome zu Mailand aufs Haupt setzte.

Doch schon war das Ereignis eingetreten, das die Begrenztheit dieser neuen Weltmachtbildung aufzeigte und die maritime Vorherrschaft den Engländern sicherte: am 21. Oktober 1805 hatte der englische Admiral Nelson, den Sieg mit seinem eigenen Leben erkaufend, die vereinigte französisch-spanische Flotte bei Trafalgar vernichtend geschlagen. Für Napoleon war dieser Schlag zunächst nur ein Anreiz, seine Macht auf dem Kontinent noch fester zu gestalten. Und noch stand das russische Reich, trotz der Niederlage von Austerlitz im wesentlichen unerschüttert, gegen Frankreich unter Waffen und fand gerade jetzt einen neuen Bundesgenossen in Preußen.

Dieser Staat hatte seit den Tagen Friedrichs des Großen eine gewaltige Wandlung durchgemacht. Der große König hatte ihm in seinen drei schlesischen Kriegen neben dem Besitze Schlesiens den unbestrittenen Platz im Rate der europäischen Großmächte errungen und durch die Erwerbung Westpreußens und des sogenannten Netzedistrikts seine territoriale Stellung günstig ausgebaut. In einer 23jährigen Friedenszeit hatte die glänzende Verwaltungstätigkeit Friedrichs den Staat im Innern konsolidiert und das geistige, besonders aber auch das materielle Leben in ihm zu hoher Entfaltung gebracht. Seine äußere Politik stellte die deutsche Stellung des Landes in den Vordergrund und ging vor allem auf die Erhaltung der Parität gegen Österreich aus. Seine Teilnahme an der ersten Teilung Polens ging

über die Wahrung der dringendsten Lebensnotwendigkeiten des Staates (Verbindung zwischen Brandenburg und Ostpreußen) nicht hinaus. Die Politik seines Nachfolgers Friedrich Wilhelms II. war den neuen Aufgaben, welche die neue Zeit stellte, nicht gewachsen. In den beiden letzten Teilungen Polens erwarb der Staat weit mehr slavisches Land, als mit seinem deutschen Grundcharakter verträglich war, und auch die Politik der legitimistischen Intervention in Frankreich, die zu dem ersten Koalitionskrieg führte, entsprach nicht seinen wahren Interessen. Da der König wenig militärischen Sinn besaß, blieb auch das Heer nicht auf der Höhe der Zeit. Und unter dem neuen Könige, Friedrich Wilhelm III., der seit 1797 regierte, wurde es nicht besser. Zu inneren Reformen konnte sich die Regierung ebensowenig aufraffen, wie zu einer zielbewußten äußeren Politik. Die verschiedenen Versuche Napoleons, Preußen auf friedlichem Wege, durch territoriale Vergrößerung auf Kosten England-Hannovers oder anderer norddeutscher Staaten in das französische System hineinzuziehen, wurden weder entschlossen abgewiesen, noch ging man in unzweideutiger Weise auf sie ein. Ebensowenig schloß man sich aber der antifranzösischen Koalition an. Durch diese schwankende Politik verdarb man Napoleons gute Laune und hatte schließlich keine andere Wahl, als das Bündnis mit Rußland. Im August 1806 erklärte der Berliner Hof den Krieg an Frankreich, am 14. Oktober wurde die preußische Armee bei Jena und Auerstädt zersprengt, in schneller Folge kapitulieren fast alle Festungen des Landes, am 27. Oktober hielt Napoleon seinen Einzug in Berlin. Nachdem sich der Krieg noch den ganzen Winter und das Frühjahr des folgenden Jahres in Ostpreußen und Schlesien hingezogen hatte, bestimmte die russische Niederlage bei

Friedland im Sommer 1807 den Kaiser Alexander I. von Rußland zu Friedensverhandlungen. Am 6. und 9. Juli wurde dann der Friede zu Tilsit geschlossen, der wohl den eigentlichen Höhepunkt der Napoleonischen Machtstellung darstellt. Der weltpolitische Grundgedanke dieses Friedensschlusses war ein durchaus vernünftiger und gesunder: Das französische Kaiserreich als Vormacht des geeinten Abendlandes im festen Bunde mit Rußland; die beiden aus dem römischen Reich hervorgegangenen Kulturkreise als kontinentale Weltmächte verbunden gegen die überseeische koloniale, ihrerseits aus dem Okzident als selbständiger Kulturkreis hervorgegangene Weltmacht England. Doch die näheren Einzelbedingungen zeigen schon jene Übertreibungen und jene, alle Rücksichten auf nationale und historische Verhältnisse zurücksetzende Willkürlichkeit, die wohl einer der Hauptgründe für die Unhaltbarkeit des napoleonischen Weltreiches geworden sind. Preußen wurde durch den Verlust alles westelbischen Gebietes und fast aller ehemals polnischen Landesteile zu einem bedeutungslosen Mittelstaat herabgedrückt. Der Rheinbund wurde bedeutend vergrößert und als größter seiner Staaten ein aus den verschiedenartigsten nord- und mitteldeutschen Ländern zusammengeflicktes, gänzlich unhistorisches „Königreich Westfalen" unter Napoleons jüngstem Bruder Jérôme geschaffen. Das französische Kaiserreich selbst schob sich durch die Erwerbung Hannovers bis an die Elbe vor. Mit die bedenklichste Bestimmung im Interesse des gesamteuropäischen Gedankens war die Schaffung eines Herzogtums Warschau aus den polnischen Provinzen Preußens. Rußland bekam die Erwerbung Finnlands, die es auch im folgenden Jahre vollzog, sowie Gebietserweiterungen im Orient zugesichert. Der wichtigste Punkt des Friedensvertrages

aber war, daß das östliche Kaiserreich sich der großartig angelegten Kriegsmaßnahme gegen England anschloß, die Napoleon schon von Berlin aus angeordnet hatte: der Kontinentalsperre. Jedweder Verkehr des ganzen Kontinents und eines jeden seiner Bewohner mit England wurde unter strengste Strafe gestellt, jeder Engländer, der sich auf dem Kontinent aufhielt, als Kriegsgefangener behandelt. Die vielangefeindete Maßregel hätte, ihre konsequente Durchführung vorausgesetzt, nicht nur England aufs schwerste zu schädigen vermocht, sondern, indem sie den Ländern des Kontinents einen mächtigen Antrieb zur Entwicklung ihrer eigenen Industrien gab, hätte sie dieselben wirtschaftlich erstarken lassen und so erst die ökonomische Grundlage zum abendländisch-kontinentalen Weltreich schaffen können.

Aber dem ganzen Gedanken dieses Weltreiches war die Zeit nicht günstig. Die französische Revolution hatte die breite Masse der Bevölkerung als mitbestimmenden Faktor der Politik neben den Regierungen und der dünnen Oberschicht, aus der sie sich rekrutierten, in den Vordergrund staatlichen Geschehens gerückt. In diesen breiten Massen waren die nationalen Verschiedenheiten noch viel größer als in den oberen Klassen. So erklärt sich die paradoxe Tatsache, daß die französische Revolution mit ihren Ideen allgemeiner Gleichheit und Demokratie und ihren Phrasen von Völkerverbrüderung und Menschheitsbeglückung gerade ein Erwachen der einzelnen Nationalgeister zur Folge gehabt hat; ebenso wie die demokratische Bewegung des 13. bis 15. Jahrhunderts Hand in Hand gegangen war mit der Ausbildung besonderer Nationalpersönlichkeiten.*)

*) Gerade diese Parallele zeigt, wie tief begründet in der europäischen Entwicklung der nationale Gedanke ist, und

Dazu kam, daß die alten Gewalten unseres Staatensystems durch die Stürme der Revolution zwar überall erschüttert, aber bei weitem nicht überall entwurzelt waren, und daß die Vertreter des historisch Gewordenen von tiefem Mißtrauen und tiefer Abneigung gegen ein Reich erfüllt sein mußten, das durch den Umsturz alles Bestehenden zur Macht gekommen war. Diese Widerstände ließen sich nicht kurzerhand überwinden. Das französische Kaisertum mußte erst den Beweis erbringen, daß es in den Ländern seines Systems Ruhe und Ordnung und Sicherheit der nationalen und staatlichen Entwicklung verbürgen konnte; die Regierungen mußten zur Überzeugung kommen, daß der Bestand ihrer Staaten, und die Völker, daß ihre Eigenart unter den Fittichen des französischen Adlers wohl geborgen war.

Gerade dies ließ aber Napoleon außer acht. In rücksichtslosester Weise wurde in die inneren Verhältnisse der europäischen Staaten eingegriffen, Könige und Dynastien wie Beamte von der einen Hauptstadt in die andere geschoben, in Frankreich selbst wie in den „verbündeten" Ländern die öffentliche Meinung geknebelt und die persönliche Freiheit nicht respektiert. Dazu kam, daß England dem Kaiser immer neue Widerstände und Feindseligkeiten erweckte, welche immer wieder gewaltsam niedergeschlagen werden mußten. Das verstärkte Napoleons natürliches Streben, die von ihm heraufgeführte neue Ordnung möglichst noch zu seinen Lebzeiten fest gesichert zu sehen; er bedachte nicht, daß dies nicht das Werk eines einzelnen Mannes, sondern nur das von Generationen sein konnte. Es ist ja auch nicht wunderbar, daß einem Manne, der in der kurzen Zeitspanne von 14 Jahren vom vermögenslosen,

wie er deshalb auch für eine zukünftige Entwicklung immer in erster Linie in Rechnung gestellt werden muß.

gänzlich unbekannten Unterleutnant zum Herrscher eines Weltreichs aufstieg, das Gefühl für die relative Langsamkeit historischer Entwicklung verloren ging.

Den ersten Schritt auf dieser abschüssigen Bahn maßlosen Umsichgreifens tat Napoleon im Jahre 1808 mit der Einmischung in die inneren Verhältnisse Spaniens. Er hatte einigen Grund, an der unbedingten Bündnistreue des bourbonischen Königshauses zu zweifeln und benützte nun Zwistigkeiten im Schoße der Dynastie, um diese zur Abdankung zu zwingen und seinen Bruder Joseph, von dem bisher innegehabten neapolitanischen auf den spanischen Thron zu „versetzen". Hiergegen flammte aber der ganze nationale Selbständigkeitssinn des spanischen Volks auf. Unter Führung seiner Priester erhob es sich und führte nun mit englischer Unterstützung einen erbitterten und bis zum Sturze des Kaiserreichs nicht mehr erlöschenden Kleinkrieg gegen die französische Herrschaft. Es war natürlich, daß dieses Beispiel bei den Völkern Europas den nationalen Geist wachrief, und daß sie wieder anfingen, in den alten Autoritäten — Monarchie, Adel, Kirche — ihre geborenen Führer zu sehen und sich enger an sie anzuschließen. Dieses Handinhandgehen der Völker mit den alten Gewalten zeigte sich zum ersten Male in der Erhebung Österreichs 1809. Der alte Kaiserstaat war von Anfang an durchaus nicht willens gewesen, die Niederlage von 1805 und ihre Folgen als unabänderlich hinzunehmen. Unter der Leitung des neuen Premierministers Grafen Stadion und des Erzherzogs Karl, eines Bruders des Kaisers, waren in Staatsverwaltung und Heerwesen gründliche Reformen eingeführt worden und auch in der Bevölkerung verbreitete sich immer mehr eine staatsfreudige und, wie es der Lage entsprach, kriegerische Stimmung.

Diese populären Strömungen im Habsburgerreich gaben auch der Unzufriedenheit in Tirol neue Nahrung, welches im Preßburger Frieden an das neue Königreich Bayern abgetreten worden war. Von den bayrischen Behörden unbemerkt, bereitete sich hier eine Erhebung des ganzen Volkes vor. Es wäre jedoch nicht richtig, diese als eine nationale im eigentlichen Sinne anzusprechen. Es war die Empörung eines unter geistlicher Leitung stehenden stockkonservativen Bauernvolkes gegen die Eingliederung in ein modernes Staatswesen. An deutschnationale Ideale haben die Bauern und Jäger dieser Alpentäler sicher nicht gedacht. Kirche und Geistlichkeit sollten gegen die nivellierende Tätigkeit der liberalen und antiklerikalen bayrischen Bürokratie geschützt werden; das angestammte Erzhaus schien ihnen ihr spezifisch tirolisches Eigenleben besser zu sichern als irgendein moderner Staat. Darum traten sie unter die Waffen. Allerdings — dieses zähe Festhalten an den altüberkommenen Einrichtungen der engeren Heimat, dieser konservative Partikularismus ist ein germanischer und insbesondere deutscher Zug. Nur insofern kann man die Andreas Hofer, Speckbacher, Martin Teiner unter die Vorkämpfer deutschen Volkstums rechnen. Die Erhebungen, die gleichzeitig im übrigen Deutschland ausbrachen (Friedrich Wilhelm von Braunschweig; Schill; Oberst von Dörnberg im sog. Königreich Westfalen), waren nur Freischarenunternehmungen lokalen Charakters, deren Ausgang einzig von dem des österreichischen Krieges abhing. In hartnäckigen Kämpfen gingen die österreichischen Truppen immer mehr zurück und räumten schließlich auch Wien. Doch bei Aspern auf dem Marchfelde gelang es dem österreichischen Oberfeldherrn Erzherzog Karl endlich, den Franzosen eine Niederlage beizu-

bringen. Die Hoffnungen aller derer, die der französischen Vorherrschaft feindlich gegenüberstanden, belebten sich aufs neue. Am Berliner Hofe drängte die Kriegspartei den König zum Eingreifen. Doch Friedrich Wilhelm entschied sich, erst einen weiteren Erfolg der Österreicher abzuwarten. Und dieser blieb aus. Nicht ganz anderthalb Monate nach der Schlacht von Aspern schlug Napoleon den Erzherzog bei Wagram aufs Haupt. Kaiser Franz leitete gleich darauf Waffenstillstandsverhandlungen ein, die denn schließlich auch zu dem Frieden von Wien, 14. Oktober 1809, führten. Österreich mußte umfangreiche Landabtretungen an Bayern, das Herzogtum Warschau und Rußland zugestehen. Seine Länder an der Adria wurden als „illyrische Provinzen" dem französischen Kaiserreich direkt einverleibt. Dadurch ging Österreich seiner Großmachtstellung ebenso verlustig wie Preußen durch den Frieden von Tilsit. Auch äußerlich wurde die glänzende Stellung des Imperators dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er seine „unebenbürtige" und kinderlose Ehe mit Josephine Beauharnais löste und sich mit der jugendlichen österreichischen Kaisertochter Marie Luise vermählte. Dadurch trat er in den Kreis der alten europäischen Dynastien ein. Im Jahre 1811 wurde ihm dann auch der ersehnte Thronerbe geboren.

Es war nun tatsächlich der ganze eigentlich germanisch-romanische Kulturkreis unter einer Herrschaft vereinigt. Annähernd die Hälfte des europäischen Kontinents gehörte unmittelbar zum französischen Kaiserreich, dessen größte nordsüdliche Ausdehnung von Travemünde bis Terracina in Unteritalien reichte; die andere Hälfte stand unter Herrschern, die entweder vom französischen Kaiser eingesetzt oder aber in völlige

Abhängigkeit von ihm geraten waren. Von den beiden Weltreichen, die neben diesem kontinental-europäischen Imperium noch als europäische Staaten angesprochen werden konnten, stand das englische in erklärter Feindschaft gegen Napoleon, das russische war zunächst mit ihm verbündet; doch waren seine Macht so groß und deren Grundlagen dem Einfluß Napoleons so sehr entzogen, daß es zum mindesten als ebenbürtiger Faktor neben dem französischen Kaiserreich weiter bestand. In dieser Konstellation manifestierte sich die Tatsache, daß diese beiden Weltreiche eigentlich nicht mehr zum europäischen Kulturkreis gehörten. Rußland hatte sich nur äußerlich dem Europäertum angeglichen, seine Völker hatten in ihrer Kultur und Geistesart wenig mit den abendländischen gemein, und seine Interessen gravitierten mehr nach dem nahen und fernen Osten; England war mit seinen überseeischen Besitzungen in Indien, Amerika und Afrika durch engere Interessen verbunden als mit den Ländern des benachbarten Festlandes. Aber gerade weil diese beiden halbeuropäischen Weltreiche gewissermaßen als fremde und selbständige Mächte neben dem abendländischen Europa stehen, befinden sie sich auch immer in einem, zeitweise latenten, Gegensatz zu jenem und hatten auch damals ein gewisses gemeinsames Interesse daran, die europäische Konsolidierung zu hintertreiben. Bei England war dieses Interesse defensiver, mehr indirekter, aber dafür auch vitalerer Natur: in seinem Rücken durfte kein starkes Reich entstehen, das seine überseeische Aktionskraft lähmen konnte, und außerdem ließ sich ein politisch zerrissener Kontinent wirtschaftlich besser ausbeuten. Bei Rußland spielte der alte Gegensatz zwischen östlichem und westlichem Kaisertum, der in der Stellung des Zaren als Haupt der griechischen Kirche ge-

geben war, eine gewisse Rolle. Auch verfolgte die russische Politik schon seit den letzten Ruriks, zum mindesten aber seit Peter dem Großen, immer das Ziel, sich auch im Westen auszubreiten. Eine Anzahl schwacher Nachbarn im Westen mußte ihr deshalb bequemer sein als ein kontinentales Weltreich. Der Bestand des neuen abendländischen Kaisertums hing nun letzten Endes davon ab, ob es der französischen Politik gelingen würde, die schlummernden Gegensätze zum Zarenreiche hintanzuhalten, das Bündnis oder zum mindesten ein freundschaftliches Nebeneinander mit Rußland zu bewahren und so der Gefahr, zwischen den beiden Weltreichen erdrückt zu werden, zu entgehen. Doch betrachten wir zunächst den Zustand, in dem sich die Länder des kontinentalen Abendlandes in der kurzen Epoche europäischer Einheit befanden.

In Frankreich war der alte, feudal-absolutistische Staat zusammengebrochen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß in ihrem Ursprung die Revolution nichts anderes war als die Empörung des Bürgertums gegen diesen Staat. In ihrem weiteren Verlaufe war die Bewegung dann aus den Händen der Bourgeoisie in die des Proletariats und des großstädtischen Straßenpöbels hinübergeglitten, bis sich die bürgerliche Klasse unter dem Directoire ihrer wieder bemächtigte. Unter dem Konsulat und dem Kaiserreich wurde dann die bürgerliche Herrschaft durch einen militärischen Absolutismus ersetzt, der sich aber im wesentlichen auf die Gedanken der ersten Revolutionszeit stützte und vor allem das bürgerliche Ideal vollkommener Rechtsgleichheit Aller verwirklichte. Erstand auch ein neuer Adel, so lebten doch die adligen Vorrechte nicht wieder auf, und wenn von politischer Freiheit und Mitbestimmung des Volkes bei der Regierung auch nicht viel zu spüren

war, so war durch eine straffe und gut arbeitende Verwaltung Ruhe und Ordnung sowie Sicherheit des Erwerbslebens garantiert. Die staatliche Laufbahn in Heer und Verwaltung stand jedem offen, und jeder konnte es bei Tüchtigkeit und Verwendbarkeit zu den höchsten Stellungen bringen. Schon war eine große soziale Umschichtung vor sich gegangen. Alte Adelsgeschlechter waren verarmt, Familien aus den mittleren, wie aus den untersten Schichten emporgestiegen; durch das Verschwinden der Leibeigenschaft und der Dienstbarkeiten war eine gewisse Ausgleichung des ländlichen Besitzes erfolgt, und die Regierung tat viel, um das wirtschaftliche Gedeihen zu fördern. Auf die napoleonische Verwaltungstätigkeit ist schon früher hingewiesen worden. Dazu kam, daß die glänzende außenpolitische Stellung des Reichs, der Kriegsruhm, der die kaiserlichen Fahnen verklärte, der Eitelkeit der Nation in hohem Maße schmeichelte. Doch andererseits mußte Frankreich diesen Ruhm und Glanz teuer bezahlen; der fast ununterbrochene Kriegszustand kostete ungezählte Millionen an Werten und Hunderttausende an Menschenleben, und doch kehrte nie ein Zustand vollkommener Ruhe und gesicherten Friedens ein. Und dabei wurde gegen die Gegner des kaiserlichen Systems mit rücksichtsloser Härte vorgegangen und die freie Meinungsäußerung aufs stärkste geknebelt. Wenn auch das napoleonische Regime im Innern Frankreichs nirgends ernstlich bedroht war, so bereitete sich doch eine Stimmung vor, die den späteren raschen Übergang der Franzosen zu einer anderen Regierungsform erklärlich macht.

Deutschland hatte in der Revolutionszeit ebenfalls tiefgreifende Veränderungen durchzumachen gehabt. Zwar blieb die Erhebung der armen Bauern und des städtischen Proletariats, die Revolution von unten, die

auch hier an den verschiedensten Orten einsetzte, in den Anfängen stecken. Aber wenn sich der Umsturz auch in anderen Formen vollzog, so war er nicht minder gründlich als in Frankreich. Deutschland zerfiel vor der Revolution, besonders in seinen westlichen und südlichen Teilen, in eine Unzahl Territorien teilweise winzigsten Umfanges. Obgleich die Herren dieser Zwergherrschaften — Reichsritter, Reichsfreiherrn, Reichsäbte usw. — in der Theorie der gleichen Reichsunmittelbarkeit und Souveränität teilhaftig waren wie der König von Preußen oder der Kurfürst von Sachsen, so waren sie doch in Wirklichkeit nichts weiter als besonders privilegierte Gutsbesitzer. Da sie ihre Höfe aber nicht selbst bewirtschafteten, so beruhte ihre ökonomische und soziale Stellung hauptsächlich auf ihren politischen Privilegien und der damit zusammenhängenden Abgaben- und Dienstpflicht ihrer Untertanen und sank auch meist mit ihrer Souveränität dahin. So nahm im südlichen und westlichen Deutschland durch das Verschwinden der kleinen Territorien im Jahre 1803 die Struktur der Gesellschaft bald ein im wesentlichen demokratischeres Gepräge an. In den Ländern, die sich unter französischem Schutze zum Rheinbund zusammengeschlossen hatten, wurden Verfassung und Verwaltung nach französischem Vorbild reformiert, die Standesvorrechte verschwanden, ebenso wie lokale Besonderheiten; in mehreren der französischen Vasallenstaaten entstanden Volksvertretungen, die allerdings, ebenso wie ihre Pariser Vorbilder, meist nur dekorativen Wert hatten. Im ganzen brachten die neuen Verhältnisse doch viel Segensreiches. Mit an erster Stelle unter diesem steht das Verschwinden der kleinen und kleinsten, besonders der geistlichen, Staaten und ihre Ersetzung durch politische Gebilde, die, wenn sie

ihren Bürgern auch nicht das stolze Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Großmacht geben konnten, so doch die Zusammenfassung größerer Kräfte zu gemeinsamen Zwecken ermöglichte. Zwar wurden diese Kräfte zunächst noch ausschließlich von den Obrigkeiten mobil gemacht, die sie teilweise in dem von Frankreich kommenden unhistorischen und rationalistischen Geist handhabten. Waren doch die Staaten schon ihrer geographischen und stammesmäßigen Zusammensetzung nach teilweise aus höchst heterogenen Bestandteilen gebildet, die des Zusammenhanges mit den geschichtlichen Kräften entbehrten. Aber gerade die guten und entwicklungsfähigen Gedanken der französischen Revolution hatten diese modernen Staatsgewalten ebenfalls in sich aufgenommen. So stellten sich weite Kreise der Bevölkerung voll und ganz auf den Boden der neuen Verhältnisse. Es wurde viel ersprießliche und tüchtige gesetzgeberische und Verwaltungsarbeit geleistet.*) In der Epoche der Kleinstaaterei im 17. und 18. Jahrhundert war gerade im Süden und Westen Deutschlands das Nationalgefühl stark zurückgetreten, eine weltbürgerliche Gesinnung hochgezüchtet worden. Man erkannte deshalb die Vorteile des modernen, von den feudalen Schranken befreiten Staates hier besonders an und betrachtete den Druck, den die französische Vorherrschaft ausübte, als eine vorübergehende Begleiterscheinung, die endigen würde, wenn das Kaiserreich sich nur erst voll behauptet haben würde. Und gerade hier, in den Gegenden, von welchen das Weltkaisertum der Salier und Hohenstaufen ausgegangen war, hatten viele Verständnis für den universalistischen Gedanken, der dem bonapartischen Kaisertum innewohnte. Die imponie-

*) Als Beispiel diene nur die Montgelas'sche Gesetzgebung in Bayern.

rende, machtvolle Persönlichkeit Napoleons und die demokratischen Ursprünge des Imperators wie des Imperiums trugen viel zu dieser Stimmung bei. Doch wäre es falsch, anzunehmen, daß sie die allein herrschende war. Der Übermut der französischen Soldaten und Beamten rief doch an vielen Stellen große Erbitterung hervor und peitschte den Nationalgeist immer wieder von neuem hoch. Daß die aristokratischen und fürstlichen Kreise das Joch des großen Emporkömmlings nur widerwillig ertrugen, ist natürlich. Teilweise ging diese Stimmung in offene Opposition über, so am bayerischen Hofe bei der Königin Karoline und dem Kronprinzen Ludwig. Überhaupt ist nichts törichter, als den deutschen Fürsten damaliger Zeit aus ihren Bündnissen und Familienverbindungen mit Napoleon den Vorwurf der nationalen Würdelosigkeit zu machen. Tatsächlich blieb ihnen gar nichts anderes übrig, als sich dem im Westen entstehenden Weltreich anzuschließen. Das römische Reich hatte sich seit Jahrhunderten unfähig erwiesen, die nationalen Belange zu schützen. Der Staat, der seit den Tagen des großen Friedrich der Träger der nationalen Hoffnungen war, Preußen, erschöpfte sich in einer unfähigen, unfruchtbaren Politik und war schließlich schmählich zusammengebrochen. Da war es den deutschen Dynastien eher als ein nationales Verdienst anzurechnen, daß sie ihre natürliche Abneigung gegen das revolutionäre Empire überwanden und, indem sie sich selbst erhielten, ihren Staaten den Zusammenhang mit der Geschichte des deutschen Volkes wahrten.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in dem alten Kolonialgebiet des Deutschtums östlich der Elbe. Schon die gesellschaftliche Struktur dieser Länder war gänzlich verschieden von der des alten Deutschland.

Während der Westen ein blühendes Städtewesen besaß, waren die städtischen Mittelpunkte im Osten nur verhältnismäßig spärlich vertreten. Während im Westen der Grundbesitz des Adels im wesentlichen in der Form des Streubesitzes auftrat, dessen einzelne Bestandteile an bäuerliche Pächter ausgetan wurden, finden wir im östlichen Koloniallande meist große, geschlossene, vom Eigentümer selbst bewirtschaftete Herrengüter, die unter dem Einfluß des Aufschwungs, den Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft gegen Ende des 18. Jahrhunderts nahmen, immer mehr den Charakter landwirtschaftlicher Großbetriebe erhielten. Diese Entwicklung hing auch mit der straffen monarchischen Staatsform zusammen, die die Hohenzollern dem Lande gegeben hatten. Der Adel wurde von der politischen Rolle, die er auf den Landtagen gespielt hatte, immer mehr abgedrängt und fand Ersatz in der Bewirtschaftung seiner Güter. Gleichzeitig öffnete aber der Staat seinen jüngeren Söhnen ein neues Betätigungs- und Einflußgebiet im Dienst in Heer und Verwaltung. So wurde der preußische Adel zu einem ausgesprochenen Großgrundbesitzer-, Beamten- und Offizierstand. Die natürlichen Bedingungen des preußischen Staates, die Armut des Landes und die Exponiertheit seiner geographischen Lage, wirkten mit der ernsten Erziehungsarbeit der Hohenzollern zusammen, um diesem Stande die Einfachheit, Pflichttreue und feste Verknüpfung mit dem Staatsgedanken zu geben, die ihn auszeichnen. Und dieser Geist, den die hohenzollerschen Herrscher vom Großen Kurfürsten bis zum Großen König ihrem Heer und Beamtentum eingepflanzt hatten, verbreitete sich auch in die bürgerlichen und bäuerlichen Schichten und wirkte auch weiter, als unter unfähigen Nachfolgern sich am Hof und

in den führenden Kreisen Zeichen der Zersetzung geltend machten. Dieser Geist der unbedingten Staatstreue und Pflichttreue war der Grund, daß das Unglück von 1807 nicht zur moralischen Vernichtung, sondern zur Wiedergeburt des preußischen Staates führte. Wenn von Gegnern des Altpreußentums darauf hingewiesen wird, daß die namhaftesten Reformatoren Preußens in Heerwesen und Verwaltung — der Würzburger Gneisenau, die Hannoveraner Scharnhorst und Hardenberg, der Nassauer Freiherr vom Stein — gar keine Preußen gewesen wären und somit der Geist des Fortschritts erst von außen in den Staat hineingetragen worden sei, so wird die immerhin auffallende Tatsache übersehen, daß es gerade dieser Staat war, der auf alle diese schöpferischen und national empfindenden Geister aus den verschiedensten Teilen Deutschlands eine solche Anziehungskraft ausübte, daß sie ihre Kräfte in seinen Dienst stellten. Äußerlich hielt sich der Staat von den französischen Verfassungs- und Verwaltungsformen, die, wie wir sahen, in Süd- und Westdeutschland Eingang gefunden hatten, frei; aber der große Gedanke der Teilnahme der Regierten am Regiment, der, von Urzeiten dem arischen und insbesondere dem germanischen Menschen eingeboren, durch die Jahrhunderte des fürstlichen Absolutismus zurückgedrängt, erst durch die französische Revolution wieder in die europäische Politik geworfen worden war, wurde hier auf echt germanische und deutsche Weise seiner Verwirklichung entgegengeführt: man fing nicht von oben an, indem man, wie in Frankreich, die Volkssouveränität für den ganzen Staat proklamierte, sondern von unten, indem man in den Gemeinden, Kreisen und Provinzen die Selbstverwaltung anbahnte, und so die Bevölkerung an politische Betätigung gewöhnte. Daneben schuf die

Stein-Hardenbergische Gesetzgebung durch die Aufhebung bezw. Ablösung der letzten Reste von Leibeigenschaft einen freien, selbstbewußten Bauernstand. Einen anderen altgermanischen Gedanken, den, daß jeder Volksgenosse an der Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen habe, brachten die militärischen Reformatoren durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wieder zur Geltung. An der sittlichen und geistigen Erneuerung des Volkes arbeiteten Männer der Wissenschaft wie Fichte und Schleiermacher. Und nicht nur hier im nordöstlichen Kolonialgebiet, sondern im ganzen Deutschland entzündete sich der nationale Gedanke und der nationale Stolz an dem kulturellen Aufschwung, den die große geistig-literarische Bewegung der Zeit unter Männern wie Goethe, Schiller, Herder, Wieland, Humboldt u. a. zur Folge hatte, wenn auch diese Bewegung selbst sich größtenteils in durchaus unpolitischen, weltbürgerlichen, vom Nationalen abgewandten Bahnen betätigte. In Preußen selbst fanden die Reformbestrebungen zwar ziemlich heftigen Widerstand unter den alten Generalen und den Kreisen, die unter Friedrich Wilhelm II. die Führung gehabt hatten. Dieser Widerstand fand eine Stütze in dem schwankenden und kühnen Entschlüssen abgeneigten Wesen des charakterschwachen und geistig unbedeutenden Königs. Aber schließlich setzte sich die auf Erneuerung des Staats abzielende Bewegung doch durch. Wenn auch die äußere Politik des Staates offiziell an dem Bündnis mit Frankreich festhielt, so wurde das Volk in seinen engeren Kreisen auf die Stunde der Wiedererhebung vorbereitet.

Ziemlich fern von der geistigen Bewegung des übrigen Deutschland hielten sich die Länder der habsburgischen Monarchie. Von den übrigen Ländern des

Abendlandes ist nicht viel zu sagen. In Italien wurden die neuen Zustände im wesentlichen als günstig empfunden. Denn die gestürzten Dynastien hatten nicht im Volke gewurzelt und die Nation war der lang ersehnten Einigung um ein gewaltiges Stück näher gekommen. Die skandinavischen Staaten suchten unter dem Druck, der von England aus auf sie ausgeübt wurde, Anschluß an das französische System. Portugal leistete unter englischem Schutze der französischen Herrschaft Widerstand und auch in Spanien, wie wir schon gesehen hatten, gelang es nicht, dieser allgemeine Geltung zu verschaffen.

Die Kontinentalsperre, die neben ihrer Bestimmung als Kriegsmittel gegen England auch dem Zweck dienen konnte und sollte, Europa wirtschaftlich zusammenzuschweißen, erfüllte diese ihre beiden Aufgaben nur unvollkommen. Zwar befruchtete sie gewisse Industriezweige in Frankreich und auch im übrigen Europa, aber andererseits lastete die scharfe Kontrolle des Handels doch auf dem ganzen Wirtschaftsleben des Kontinents, besonders auch infolge der brutalen Art, in der sie von den französischen Funktionären ausgeübt wurde. Auch dies trug dazu bei, die Widerstände gegen das napoleonische System in den unterworfenen Ländern zu verstärken. Aber trotz all dieser Widerstände stand das französische Kaiserreich in machtvoll gebietender Größe über dem gesamten Abendland, und wenn es dem Kaiser gelang, stabile Verhältnisse zu schaffen, so lag es im Bereiche der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, daß die Völker Europas sich mit der Vorherrschaft Frankreichs aussöhnten, und daß es später dem geeinten Abendlande gelingen konnte, die Weltherrschaft Englands zu brechen. Dazu wäre aber vor allem nötig gewesen, daß der Kontinent sich von dem schon fast

zwanzig Jahre währenden Kriegszustande erholte, daß seine Völker durch Gewährung einer gewissen Freiheit ihrer nationalen Entwicklung innerlich für das napoleonische System gewonnen würden, und vor allem, daß das Kaiserreich seine weltpolitische Stellung durch Wahrung eines guten Verhältnisses zu Rußland sicherte. Dieses war aber nicht der Fall; es war eine Trübung der Beziehungen zum östlichen Kaiserreich eingetreten. Einer der Hauptgründe dazu war die Stellung Napoleons zur polnischen Frage. Der Kaiser hatte die nationalen Hoffnungen der Polen zu neuem Leben erweckt, indem er aus den Gebieten des preußischen und österreichischen Anteils 1807 bezw. 1809 das Herzogtum Warschau schuf, dessen Krone er dem König Friedrich August von Sachsen übertrug, dem Sohne des letzten Polenkönigs aus dem Hause Wettin; ein direktes Anknüpfen an die Konstitution von 1791. Den weiteren Aspirationen der Polen auf eine Wiederherstellung des gesamten alten Jagellonenreiches trat Napoleon zum mindesten nicht mit der nötigen Klarheit entgegen. Andererseits bedeutete der Anschluß an die Kontinentalsperre ein bedeutendes Opfer für Rußland, das größtenteils auf den Handel mit England angewiesen war. An sich unbedeutende persönliche und dynastische Differenzen der beiden Kaiser kamen dazu und so trieben die Dinge dem Kriege entgegen, der für das französische Kaisertum und den weltpolitischen Gedanken des Bonapartismus verhängnisvoll werden mußte. Um kurz zu rekapitulieren: der europäische Kaisergedanke, wie ihn Napoleon vertrat, hatte so viel Widerstände in dem zu einenden Abendlande selbst zu überwinden, daß er die gleichzeitige Feindschaft des englischen und des russischen Weltreiches nicht aushalten konnte. Der Gegensatz gegen England war der

naturgegebene, unüberbrückbare; denn die Einigung Europas bedeutete für das britische Reich tatsächlich eine ernste Bedrohung seiner vitalsten Interessen. Mit Rußland wäre an sich eine Einigung möglich gewesen. Der ungeduldig nervöse Ehrgeiz Napoleons und die rücksichtslos autokratische Art, die er sich angewöhnt hatte, vereitelten sie. So hatte das Schicksal freien Lauf. Mit dem Marschbefehl für die Truppen Frankreichs und seiner Verbündeten gegen Rußland unterzeichnete Napoleon das Todesurteil seiner politischen Idee und seiner Dynastie.

Die tatsächlichen Ereignisse des russischen Feldzugs und der daran anschließenden Befreiungskriege sind zu bekannt, um hier wiederholt zu werden. Als man erfuhr, daß das Unternehmen gegen Moskau gescheitert, die Armee vernichtet war und der Kaiser auf der Flucht nach Frankreich sich befinde, flammte überall in Europa, besonders aber in Deutschland, der nationale Gedanke von neuem auf. In erster Linie war es der deutsche Osten, das Land des deutschen Ordens und der Hohenzollern, von dem die Erhebung der europäischen Völker ausging. Zunächst standen der preußische König und seine Regierung ebenso wie die Regierenden der anderen Staaten noch so unter dem Einfluß der erdrückenden Größe Napoleons und seiner Schöpfung, daß sie den offenen Abfall vom französischen Bündnis noch nicht wagten. Aber im Volke, gerade in dem bis auf die Knochen königs- und staatstreuen Volke Preußens war die Gewißheit erwacht, daß der Augenblick der Befreiung von jahrelanger Fremdherrschaft, der Augenblick der Sühne für die Schmach von Jena und Tilsit gekommen sei. Das Zeichen gab der preußische General Yorck, der am 30. Dezember 1812 zu Poscheruny bei Tauroggen mit

dem russischen General von Diebitzsch eine Konvention abschloß, in der er sich dem feindlichen Heerführer gegenüber zur Neutralität verpflichtete: staatsrechtlich eine Unmöglichkeit und militärisch ein Disziplinbruch schlimmster Art, der aber hier zur befreienden Tat wurde. Denn von hier, aus dem äußersten Nordostzipfel des preußischen Staates, breitete sich die nationale Bewegung über die Provinz Ostpreußen aus und ergriff bald auch die andern Provinzen. Am 5. Februar 1813 rief der eigenmächtig in Königsberg zusammengetretene Provinziallandtag das Volk zu den Waffen. Am 22. Januar schon war der König von Berlin, wo er unter dem Drucke einer starken französischen Besatzung stand, nach Breslau übergesiedelt. Nun kamen die Dinge in schnelleren Fluß. Am 22. Februar schloß Preußen mit Rußland ein Bündnis zu Kalisch, nachdem schon vorher die allgemeine Wehrpflicht angeordnet und das Volk zum Eintreten in die Freiwilligenkorps aufgefordert worden war. Nach einem für die Verbündeten nicht glücklichen Anfang des Krieges traten im Juni des gleichen Jahres Österreich und England der Koalition bei. Eine Friedenskonferenz zu Prag verlief erfolglos, wie alle Versuche, die noch späterhin in diesem Kriege gemacht wurden, um vor Vernichtung Napoleons zu einer gütlichen Einigung zu kommen. So mußte der Krieg denn weiter gehen; er führte schließlich zu dem glänzenden Siege der Verbündeten bei Leipzig. Die Staaten der Napoleoniden in Deutschland und Italien brachen zusammen und die deutschen Verbündeten des Kaisers traten einer nach dem andern zur Koalition über. Am Anfang des Jahres 1814 konnten die verbündeten Truppen den Rhein überschreiten. Im eigenen Lande leistete Napoleon noch in vier Schlachten Widerstand, doch bereits Ende März standen die

Koalierten vor Paris, in das sie am letzten Tage dieses Monats ihren Einzug hielten. Nun mußte auch Napoleon das Spiel verloren geben. Er verzichtete für sich und sein Haus auf den Thron, behielt aber für seine Person den Kaisertitel und die souveräne Herrschaft über die Insel Elba. Frankreich wurde im ersten Pariser Frieden in den Grenzen von 1789 hergestellt und das alte Königshaus dort wieder eingesetzt. Gleichzeitig wurde zur Regelung all der Probleme in der politischen Gestaltung Europas, welche eine 25jährige Periode des Umsturzes zurückgelassen hatte, ein, von allen europäischen Staaten zu beschickender Diplomatenkongreß nach Wien einberufen. Doch sollte diesen Vertretern der alten Mächte und der alten Ordnung, die nun daran gingen, auf der Grundlage dieser alten Ordnung die Neugestaltung Europas vorzunehmen, noch einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß die Gedanken, die sie besiegt glaubten, noch nicht tot waren. Als der verbannte Kaiser in seinem Exil von der keimenden Uneinigkeit auf dem Kongreß hörte, und als die Mißstimmung in Frankreich über die unter den Bourbonen sofort einsetzende Reaktion immer höher stieg, kehrte Napoleon nach Frankreich zurück und es gelang ihm noch einmal, die Nation mit sich zu reißen. Aber im übrigen Europa fand er schroffste Zurückweisung. Der Krieg begann von neuem. Nach einigen Erfolgen wurde Napoleon endgültig von den vereinigten Engländern und Preußen bei Belle-Alliance besiegt und endete schließlich als Kriegsgefangener auf der einsamen Insel St. Helena. Der zweite Pariser Friede — 1815 — bestätigte den ersten, nur daß die Grenzen Frankreichs ein wenig enger gezogen wurden.

Die gewaltige, von Frankreich ausgehende Erschütte-

rung der europäischen Staatenwelt fand so ihren Abschluß darin, daß überall äußerlich das Alte wiederhergestellt wurde. In allen namhaften Hauptstädten des Kontinents hielten die vertriebenen Dynastien wieder ihren Einzug, und der Jubel, der sie allenthalben begrüßte, wird im ganzen der momentanen Stimmung entsprochen haben. Der Gedanke der Volkssouveränität, welcher die eigentliche Revolutionszeit, der der kontinentalen Konzentration, welcher die bonapartische Epoche beherrscht hatte, schienen abgetan. Aber es schien eben nur so. Die Wiederherstellung war nur eine sehr unvollkommene und wenig feste. Die neuen Gedanken waren nicht tot. Aber in einem Vierteljahrhundert gewaltigster Eruptionen und Umwälzungen war es ihnen nicht gelungen, das Alte restlos zu beseitigen und neue feste Formen zu finden, in denen die weitere Entwicklung sich vollziehen konnte. So griff die gequälte europäische Menschheit, um wenigstens wieder zu einiger Stabilität zu gelangen, zu den alten Formen zurück. Die soziale und politische Umbildung Europas trat aus dem Stadium der Zerstörung in das des Wiederaufbaus, der allmählichen Entwicklung über. Das Neue, das in den furchtbaren Geburtswehen der Jahrhundertwende zur Welt gekommen war, begann erst jetzt, sich mit den alten Gewalten auseinanderzusetzen, nachdem es vorher gemeint hatte, sie in gewaltigem Anlauf überrennen und niederwerfen zu können. Die nationale und staatliche Gliederung Europas, wie sie seit der Reformationszeit sich konsolidiert hatte, hatte sich behauptet. Die vorrevolutionären Großmächte nahmen ihre alte Stellung in der Staatengesellschaft wieder ein und in ihnen ergriffen Königtum und Adel wieder die Führung. Aber es darf nicht übersehen werden, daß ihre Macht allein nicht ausgereicht hatte, um den Sieg

zu erringen. Der Gedanke der nationalen Selbständigkeit, den die revolutionäre Idee der Volkssouveränität zur Reife gebracht hatte, mußte ihnen zu Hilfe kommen, um die europäische Diktatur, in welche der Freiheitstaumel der großen Revolution umgeschlagen war, zu brechen. Und die Völker in allen ihren Schichten mußten dazu mobil gemacht werden, nicht nur die bisher bevorrechteten Klassen mit ihren Organen, den Berufsheeren, die die alten Kriege geführt hatten. Damit war die Voraussetzung gegeben, daß diese Völker in Zukunft bei der Gestaltung ihres Schicksals mitzureden sich berechtigt glaubten. Mit den Befreiungskriegen begann eine neue Epoche in der europäischen Geschichte, der lebensvolle Neubau der Staatenwelt und der Gesellschaft.

VI. Europa im Weltstaatensystem
Das 19. Jahrhundert

Was die Beziehungen des europäischen Kulturkreises zur übrigen Menschheit anbelangt, so steht das 19. Jahrhundert unter dem Zeichen der Emanzipation der fremden Erdteile von der europäischen Bevormundung. Zwar griffen in diesem Jahrhundert, an dessen Ende die große Zeit des überseeischen Imperialismus steht, die Besitzungen der europäischen Mächte in den nichteuropäischen Teilen der Welt gewaltig um sich; zwar verbreitete sich die europäische Zivilisation sowohl in diesen Kolonien als auch in den unabhängig gebliebenen Ländern der fremden Erdteile. Aber das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich als gleichberechtigte selbständige Macht neben England gesetzt hatten, fand Nachahmung. Die spanischen Kolonien rissen sich vom Mutterlande los; gegen Ende des Jahrhunderts traten die Vereinigten Staaten selbst sowie das alte Asiatenreich Japan als Großmächte neben die europäischen Reiche. Von diesen dehnten einige ihren Einfluß über sämtliche Erdteile aus, und es bildete sich so an Stelle der alten Großmächte ein Kreis von Weltmächten, in dem Europa nicht mehr allein vertreten war.

Aber nicht nur in dieser Umwandlung seiner weltpolitischen Stellung liegt die Bedeutung des letztvergangenen Säkulums für unseren Kulturkreis. Auf allen Lebensgebieten vollziehen sich Umwälzungen von einer solchen Gründlichkeit und Ausdehnung, wie sie höchstens denen der Renaissance und Reformationszeit zu vergleichen sind. Die gewaltigste derselben hat ihren letzten Grund in dem Aufschwung der Naturwissen-

schaften, der im 18. Jahrhundert begann und im 19. sich zu ungeahnter Höhe weiter entwickelte. Schon allein die Entdeckung und fortschreitende Nutzbarmachung der Dampfkraft hatte schier unübersehbare Folgen auf wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem und dadurch letzten Endes auch politischem Gebiet. Ihre Ausnützung zur Erfindung der Dampfschiffe und Eisenbahnen riß die verkehrstechnischen Schranken, die zwischen den einzelnen Ländern bestanden, mit Allgewalt nieder. Der Güteraustausch nahm eine bisher ungeahnte Ausdehnung an, ebenso aber auch der Personenverkehr, was in weiten Schichten die Kenntnis entfernterer Gegenden verbreitete und zu einem gesteigerten Austausch der Gedanken führte. Die natürliche Folge war eine größere Vereinheitlichung der europäischen Kultur und ihre Verbreitung in alle Gegenden, die mit den neuen Verkehrsmitteln erreichbar waren.

Neben diesen, allein auf der Verbesserung der Verkehrsmittel beruhenden Umgestaltungen, ging aber noch eine andere her, die in dem Einfluß der Dampfkraft auf die maschinelle Technik ihren Ursprung hatte: die Entwicklung der Industrie. Durch vom Dampf getriebene Maschinen wurde die verhältnismäßig billige Herstellung großer Massen von Waren möglich, die nun, durch die leichtere Befriedigung des Bedürfnisses dieses selbst erzeugend, eine allgemeine Erhöhung des Lebensniveaus herbeiführte. Gleichzeitig gab die Industrie größeren Mengen von Arbeitern Gelegenheit zur Beschäftigung und Verdienst und in den Händen der Unternehmer häufte sich infolge der Massenproduktion der Gewinn, was zur Bildung großer Vermögen und zur Entstehung ganz neuer Volksschichten führte: eines kapitalkräftigen, in Industrie und Handel verwurzelten Bürgertums und einer zahlreichen Industriearbeiter-

schaft. Noch unterstrichen wurde dieser Prozeß durch die fortschreitende Ausnutzung der elektrischen Kraft, welche auch auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung — Telegraph und Telephon — bedeutsame Neuerungen brachte; ebenso durch die Entwicklung der Chemie, welche die Produktionsmöglichkeiten der Industrie gewaltig steigerte. Die soziale Struktur der europäischen Gesellschaft wurde durch diese Vorgänge aufs stärkste beeinflußt, ebenso wie die beiden sich kreuzenden Entwicklungstendenzen, die wir von den frühesten Zeiten an in derselben am Werke sehen — die universalistische und die nationalistische.

Durch das Hochkommen der Industrie wurde das Handwerk und der kleine Handel, die wirtschaftliche Grundlage des Mittelstandes, immer mehr geschwächt und in den Hintergrund gedrängt. Nur einer kleinen Anzahl aus diesen Kreisen gelang es, selbst in die Zahl der industriellen Unternehmer einzutreten. Die Hauptmasse der durch die moderne Entwicklung entwurzelten Existenzen mußte notgedrungen das Heer der Industriearbeiter — das Proletariat — vergrößern. Dessen Lage war zunächst eine außerordentlich üble. Mangels irgendwelcher Schutzmaßnahmen des Staates, der den neuen, durch die Entwicklung ihm gestellten Aufgaben vorläufig ratlos gegenüberstand, waren sie gezwungen, zu den Bedingungen zu arbeiten, die das wirtschaftlich starke Unternehmertum ihnen auferlegte. Daher verbreitete sich eine begründete Unzufriedenheit in diesen Kreisen.

Die industrielle Entwicklung hat aber durch die Schaffung eines kapitalkräftigen Unternehmerstandes eine wirtschaftliche Macht in die Hände des Bürgertums gelegt, welcher seine politische Macht und sein Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens längst nicht mehr entsprach. Auch diese Schicht war also mit den

politischen Verhältnissen, wie sie der Wiener Kongreß und die ihm folgende Reaktions- und Restaurationsperiode schufen, unzufrieden. So entstand eine machtvolle Opposition gegen den bestehenden Staat, welche sich des demokratischen Gedankens bediente, der durch die französische Revolution in die Politik gebracht worden war. Erst als das Bürgertum die politische Macht erobert hatte — in den fünfziger Jahren des Jahrhunderts —, beginnen sich die beiden Richtungen zu trennen und eine selbständige proletarische Opposition setzt ein.

Wir haben nun schon bei der Betrachtung der französischen Revolution gesehen, wie der demokratische Gedanke den nationalen entfesselt hatte. Die Staatsgebilde, die der Wiener Kongreß schuf, waren hauptsächlich in Rücksicht auf wirtschaftliche, militärische und dynastische Verhältnisse zusammengesetzt und ließen die nationalen Interessen ziemlich außer Betracht. Und die reaktionären Regierungen, die nach der Niederwerfung des Bonapartismus allenthalben hochkamen, hatten ein gemeinsames Interesse an der Niederhaltung der demokratischen oder — wie man jetzt zu sagen anfing — liberalen Interessen und bildeten gewissermaßen einen großen gesamteuropäischen reaktionären Block. So wurden alle Elemente, die die Befreiung ihrer unter fremder Herrschaft stehender Volkstümer oder — in Ländern politisch zerrissenen Volkstums, wie Deutschland und Italien — die staatliche Einigung ihrer Nationen anstrebten, zu einer mächtigen Gefolgschaft der bürgerlich-proletarischen Opposition. Es entstand das Bündnis des demokratischen Liberalismus mit dem Nationalismus, das solange vorhielt, bis der feudal gerichtete Militär und Beamtenstaat durch den national gerichteten bürgerlichen Staat ersetzt war. Dann

begann die große Umschichtung und neue nationalpolitische Einstellung der einzelnen sozialen Klassen. Wir haben schon früher gesehen, daß bereits vom frühen Mittelalter an die obersten Schichten der europäischen Gesellschaft — Rittertum und katholischer Klerus, dann Fürsten, Hochadel und Großkaufmannschaft — eine gewisse internationale Färbung trugen. Im Gegensatz dazu waren die unteren Schichten — kleineres Bürgertum, Handwerkerstand, Bauernstand — die Träger der nationalen Besonderheiten und des nationalen Gedankens. Dies blieb auch in der neuen Zeit das gleiche. Der Hochadel wurde durch seine internationale Versippung und durch seine Bevorzugung des ihn in alle Hauptstädte der Welt führenden diplomatischen Berufs in der universal gerichteten Denkweise festgehalten. Dazu trat der Großkapitalismus, hauptsächlich infolge seiner starken Beeinflussung durch das in allen Ländern vorhandene und ebenfalls untereinander verwandte und verschwägerte Judentum, sowie durch die natürliche Internationalität der großen Geldinteressen. Die bisherige Unterschicht aber erweiterte sich, wenigstens was ihre Eigenschaft als Trägerin des nationalen Gedankens anlangt, durch Hinzutritt des höheren (nicht eigentlich großkapitalistischen) Bürgertums, des mittleren und auch großen Grundbesitzes, der Beamtenschaft in fast allen ihren Abstufungen und endlich auch der Großindustrie, besonders, soweit letztere in Gestalt von Schutzzöllen durch den Staat wirtschaftlich gestützt wurde. Sie alle hatten ein Interesse an dem Bestehen des nationalen Staates. Unter diesen Schichten entstand aber nun ein neuer, der „vierte" Stand: Das Proletariat, die Arbeiterschaft. Sie lebte zunächst in allen Ländern unter den gleichen, d. h. den gleich schlechten Bedingungen. Ihr Interessengegensatz gegen

den Kapitalismus und das Unternehmertum war in allen Ländern der gleiche. Und so war es natürlich, daß ihre politischen Bestrebungen bald ein internationales Gepräge annahmen, zumal ihre schlechte wirtschaftliche Lage sie großenteils hinderte, im vollsten Sinne an der nationalen Kultur und Bildung teilzunehmen. Dieser ungebildeten, sozial zu tiefst stehenden, wirtschaftlich ausgebeuteten, aber immer zahlreicher werdenden Massen bemächtigte sich nun der Sozialismus. Sozialistische und kommunistische Ideen sind immer und bei allen Völkern zu gewissen Zeiten aufgetreten; am bekanntesten ist der Kommunismus der Urchristen, die kommunistischen Tendenzen der Wiedertäufer in der Reformationszeit und der Puritaner in der englischen Revolution sowie der erfolgreiche Versuch, den die Jesuiten in Südamerika mit einem auf sozialistischer Grundlage aufgebauten Staatswesen machten. Die Wurzeln des modernen Sozialismus gehen auf St. Simon und in letzter Linie wohl auf die naturrechtlichen Utopien Rousseaus zurück. Seine eigentlichen wissenschaftlichen Begründer wurden die deutschen Juden Ferdinand Lassalle, Karl Marx und Friedrich Engels. Die geistige Führung im Sozialismus blieb — und zwar nicht nur in Deutschland — vorwiegend in der Hand der Juden, was ein weiterer Grund geworden ist, die Bewegung in den internationalen Bahnen festzuhalten.

Diese ganze Epoche des 19. Jahrhunderts — der Eintritt Europas in ein Weltstaatensystem oder richtiger die Bildung eines solchen Weltstaatensystems um den europäischen Kern — gliedert sich wieder in drei oder vier Unterepochen.

Die erste, die Restaurationszeit, reicht bis etwa 1830. Der innere Aufbau der europäischen Staatenwelt ist beherrscht von den Ergebnissen des Wiener Kongres-

ses, während unter dem Druck der allgewaltigen Reaktion die Geister sich im Stillen auf die Inangriffnahme neuer Probleme vorbereiten. Die wirtschaftliche Umbildung bahnt sich langsam an. Auch die Beziehungen des Abendlandes zur Außenwelt treten in ein neues Stadium. Während die spanisch-portugiesischen Kolonialländer Südamerikas sich von der politischen Herrschaft der Mutterländer lösen, geht Europa der islamischen Welt gegenüber im Süden und Osten des Mittelmeeres wieder zum Angriff über.

Die zweite Unterepoche reicht etwa von 1830 bis 1870 und findet ihren Höhepunkt genau in ihrer zeitlichen Mitte, in der Revolutionszeit 1848 bis 1852. Sie steht im Zeichen der politischen und nationalen Freiheitsbewegung. Ihren Abschluß bildet die Einführung des konstitutionell-parlamentarischen repräsentativen Regierungssystems in allen eigentlich abendländisch-europäischen Ländern und die nationale Einigung Deutschlands und Italiens. Die Zurückdrängung des Islams in Nordafrika und auf dem Balkan nimmt ihren Fortgang und gleichzeitig beginnt eine gewaltige europäische Expansion durch die Erschließung und Unterwerfung Afrikas und des pacifischen Oceans. In der außereuropäischen Staatenwelt bereiten sich gegen Ende dieses Zeitraums Neubildungen vor, die nicht ohne Einfluß auf das Abendland bleiben konnten, indem Japan durch die Ersetzung des Shogunats durch ein nationales Kaisertum und die Vereinigten Staaten durch Überwindung der lebensgefährlichen Sezessionsbewegung ihren weltpolitischen Aufstieg vorbereiten.

Die dritte Unterepoche reicht von 1870 bis an die unmittelbare Gegenwart heran und steht unter dem Zeichen der wirtschaftlichen und sozialen Bewegung und des Imperialismus. Die soziale Frage und mit ihr

Probleme wirtschaftlicher Natur treten immer mehr in den Vordergrund des Interesses. Die abendländische Expansion nimmt in den verschiedenartigsten Formen immer gewaltigere Ausmaße an. Es beginnt ein förmlicher Wettlauf der bisherigen europäischen Großmächte darum, in den sich bildenden Kreis der Weltmächte aufgenommen zu werden, der dann schließlich zu der Katastrophe von 1914 führt.

Mit dieser beginnt eine neue Epoche. Der sog. „Weltkrieg" scheint der Beginn einer Umwälzung von ungeahnten Dimensionen zu sein, aus der sich vielleicht die endgültige politische Form des abendländischen Kulturkreises herausbilden wird.

1. Die Ergebnisse des Wiener Kongresses und die Restaurationszeit

Es waren die verschiedenartigsten Kräfte gewesen, die das napoleonische Weltreich niedergerungen und den Versuch des großen Korsen, Europa in monarchischer Form zu einigen, zum Scheitern gebracht hatten. Zunächst die Jahrhunderte alte Politik Englands, die eine solche Machtbildung auf dem Kontinent stets als eine direkte Bedrohung ihrer Seeherrschaft und damit ihres eigentlichen Lebensnervs angesehen hat. Sie wußte die konservativen Mächte des alten Europa in ihren Dienst zu spannen, welche in einem natürlichen und instinktiven Gegensatz gegen das, seinem Ursprung nach revolutionäre und, wenigstens in der Theorie, auf der Volkssouveränität beruhende französische Kaisertum standen. Äußerlich gehörte zu diesen konservativen Mächten auch das russische Kaisertum, doch waren die eigentlichen Wurzeln seiner Stellung und somit auch die tiefinnersten Triebkräfte seines Gegensatzes gegen Napoleon andere als bei diesen. Faßt man die Gesamt-

heit der abendländisch-europäischen Völker im welthistorischen Sinne als die Fortsetzer und Erben der weströmischen Kultur, Napoleon als den Nachfolger der weströmischen Kaiser und Karls des Großen auf — wie er selbst ja auch stets mit einer gewissen Vorliebe diese Zusammenhänge betonte —, so war Rußland der Erbe des byzantinischen Kaisertums und somit der geborene Rivale des abendländischen Imperators. Im Tilsiter Frieden war es gelungen, durch den Plan einer gemeinsamen Weltherrschaft diesen Gegensatz zu verdecken, aber er mußte wieder aufleben, als sich herausstellte, daß das östliche Kaisertum die Einschnürung seines Wirtschaftslebens, die ihm Napoleon in Gestalt der Kontinentalsperre auferlegen mußte, nicht aushalten konnte. Zu diesen Mächten trat als neuer Verbündeter von gewaltiger, wenn auch damals vielleicht noch nicht voll erkannter Kraft der nationale Freiheitsdrang der europäischen Völker. Wir haben gesehen, wie er, durch die französische Revolution erst zu vollem Leben erweckt, durch das Übersichhinauswachsen dieser Bewegung in den Bund mit den alten Gewalten gedrängt worden war. Als nun das neue abendländische Kaisertum endgültig am Boden lag und es galt, die neue Ordnung der europäischen Staatenwelt aufzubauen, zeigten sich sofort die Gegensätze dieser nur ad hoc zusammengeführten Kräfte und es ist interessant und anziehend, ihr Widerspiel in der großen Konstituante des neuen Europa, dem Wiener Kongreß, zu beobachten. Es hat sich in der späteren Entwicklung Europas bitter gerächt, daß gerade die mächtigste ideelle Triebkraft, die die Völker zu den gewaltigen Leistungen der Freiheitskriege befeuert hatte, eben der nationale Freiheitsgedanke, auf dieser Diplomatenversammlung so gut wie keine Vertretung fand und so auch bei der Neuordnung

fast völlig unberücksichtigt blieb. Der konservative Gedanke dagegen konnte sich durch die Vertreter der siegreichen kontinentalen Großmächte voll und ganz durchsetzen, und auch England, das in Wahrheit die Leitung des Kongresses hatte, wenn es sie auch der Form und dem Schein nach willig eben diesen kontinentalen Siegermächten überließ, legte dem kein Hindernis in den Weg. Im Gegenteil: es konnte England nur recht sein, wenn die Regierungen der drei Ostmächte, Rußland, Österreich und Preußen, durch übermäßige Betonung der konservativen Interessen in einen gewissen Gegensatz zu ihren eigenen Bevölkerungen gerieten und dadurch eine innere Schwächung erfuhren. Aus dem gleichen Grunde wurde auch das besiegte Frankreich als vollberechtigter Teilnehmer zu dem Kongresse zugelassen unter der merkwürdigen Fiktion, daß der Krieg nicht gegen Frankreich als solches, sondern nur gegen die Person Napoleons geführt worden sei, und daß deshalb Frankreich nicht unter der Niederlage leiden dürfe. Die englische Diplomatie bediente sich des vormaligen Gegners als Verbündeten gegen unbequeme Forderungen ihrer bisherigen Alliierten. Wieder war es ihr maßgebender Gesichtspunkt, das „europäische Gleichgewicht" des 18. Jahrhunderts wiederherzustellen. Eine der hauptsächlichsten Grundlagen dieses Gleichgewichtes war aber die politische Zersplitterung und Ohnmacht der Mitte des Erdteils, insbesondere Deutschlands. Die Lage dieses Landes im Herzen Europas mit nach Osten und Westen offenen Grenzen und ohne direkten Zugang zum freien Weltmeer ist eine derartige, daß ihm nur die Wahl bleibt zwischen völliger außenpolitischer Ohnmacht oder einer europäischen Vormachtstellung unter Angliederung der angrenzenden Länder, wie es sie in der Zeit des frühmittelalterlichen Imperiums einnahm.

Die erste Alternative muß aber bei der ganzen geographischen Struktur Deutschlands fast notwendig auch das Auseinanderstreben der einzelnen Teile zur Folge haben. Denn die geschichtliche Entwicklung hat dem deutschen Volke Wohnsitze zugewiesen, deren Grenzgebiete fast überall geographisch und wirtschaftlich auf eine Expansion nach den angrenzenden Ländern hinweisen. Polen bildet das natürliche Hinterland Preußens; die wirtschaftlichen Interessen des Niederrheins verlangen gebieterisch die Vereinigung mit den Niederlanden im weiteren Sinne (Belgien und Holland); und die unleugbare geographische Einheit des Donaugebietes weist Österreich wirtschaftlich fast mehr nach Südosten wie zum übrigen Deutschland. Dazu sind auch die Länder des inneren Deutschland in ihren Lebensbedingungen sehr verschieden und durch verhältnismäßig scharfe geographische Scheidelinien voneinander getrennt. Im einigenden Sinne wirkt die Gemeinsamkeit des Kulturbesitzes und der Sprache und, trotz der verrufenen „Kleinstaaterei", der geschichtlichen Entwicklung. Gelingt es, diesen einigenden Elementen zum Siege zu verhelfen und unter Überwindung alles Trennenden die Nation politisch zu einem Ganzen zusammenzufassen, dann müßte dieses Reich, schon um seiner Selbsterhaltung willen, eine expansive Politik, und zwar eine expansive Kontinentalpolitik treiben, die ihm schließlich notwendig die Hegemonie über das europäische Festland verschaffen müßte. Wird die Nation aber in ihren ungünstigen und jeder natürlichen Landpolitik hohnsprechenden Grenzen dauernd festgehalten, so wird sie zum Objekt der ausländischen Politik und dann werden mit Naturnotwendigkeit auch die Sonderinteressen der einzelnen Teile und die auf einen Zerfall des Ganzen zustrebenden Elemente in den Vor-

dergrund treten. Daß die Staatsmänner der großen europäischen Nationen diesen Zusammenhang schon vor hundert Jahren klar erkannten, während das deutsche Volk ihn heute noch nicht begriffen hat, ist das Verhängnis unserer neueren und neuesten Geschichte.

So wurde denn das Sehnen des deutschen Volkes nach Aufrichtung eines mächtigen Nationalstaates nicht erfüllt. Allerdings die völlige staatliche Atomisierung der Nation, wie sie, wenigstens in großen Teilen Deutschlands, bis 1803 bestanden hatte, wurde auch nicht wieder hergestellt. Überhaupt war die Restauration des Alten doch nur eine sehr beschränkte. In Deutschland blieben 36 souveräne Staaten verschiedenster Größe bestehen, die durch ein sehr loses föderatives Band geeinigt waren. Organ des Bundes war der Bundestag in Frankfurt a. M., dessen Beschlüsse aber erst durch die Publikation der einzelstaatlichen Regierungen Gesetzeskraft erlangten, dem also nur völkerrechtliche, keine staatsrechtliche Bedeutung zukam. Überdies herrschten von den 32 souveränen Fürsten vier über außerdeutsche Länder: Luxemburg und Holstein standen in Personalunion mit den Niederlanden bezw. Dänemark, von Preußen gehörten drei Provinzen nicht zum Bunde, von Österreich gar die Mehrzahl seiner Länder. Jede auch nur föderative Einheit fehlte den zehn Staaten der italienischen Halbinsel, von denen einer, das lombardo-venezianische Königreich, einen Bestandteil der österreichischen Monarchie bildete. Auch die Schweiz wurde als sehr loser Bund kleiner Kantone ungefähr in ihrer vorrevolutionären Form wiederhergestellt. Frankreich, Spanien und Portugal erhielten ihre Grenzen von 1789 und ihre alten Dynastien zurück. Die ehemals österreichischen und die ehemaligen Vereinigten Niederlande bildeten mit dem früheren

Bistum Lüttich das Königreich der Niederlande unter dem Hause Oranien-Nassau. Von den skandinavischen Staaten erhielt Schweden als Ersatz für das 1808 an Rußland verlorene Finnland das bisher dänische Norwegen, konnte angesichts des Widerstandes des norwegischen Volkes aber nur die Personalunion beider Länder durchsetzen. Dänemark endlich wurde für den Verlust des nordischen Königreiches durch das kleine Herzogtum Lauenburg entschädigt. Die Staaten der Napoleoniden verschwanden gänzlich. So auch das Herzogtum Warschau. Sein Gebiet mit Ausnahme des westlichen Teils von Großpolen — der preußischen Provinz Posen — fiel an Rußland, das jedoch ein eigenes „Königreich Polen" mit sehr weitgehender Autonomie und sehr liberaler Verfassung daraus schuf. England benutzte den Abschluß der europäischen Wirren, wie seit den Tagen Wilhelms III. den jedes europäischen Krieges, zum weiteren Ausbau seines Kolonialreiches: von seinen überseeischen Eroberungen aus der napoleonischen Zeit behielt es vor allem das Kapland und im Mittelmeer Malta und die Jonischen Inseln.

Wichtiger als diese äußere territoriale Gestaltung ist die politische Gruppierung der Mächte, die Beziehungen ihrer Regierungen untereinander und zu ihren Untertanen. Von letzteren waren wohl nur wenige auf dem europäischen Festlande mit der neuen Gestaltung der Dinge zufrieden. Das deutsche Volk wie das italienische sahen sich um die Erfüllung ihrer Sehnsucht nach nationaler Einheit und politischer Macht betrogen, die Polen um ihre nationale Wiederherstellung; die katholischen Vlamen und Wallonen befanden sich in der unerwünschten Verbindung mit den protestantischen Niederländern. In fast allen Ländern des Kontinents wünschte die Mehrzahl der Bevölkerungen eine stärkere

Beteiligung am politischen Leben, als sie ihnen die Regierungen zugestehen wollten. Nur das allgemeine Ruhebedürfnis nach einem fast 25jährigen Kriegszustande bewirkte, daß die neue Ordnung vorläufig unangefochten blieb. Immerhin ließ sich dieser Zustand nur aufrecht erhalten durch ein scharfes Polizeiregiment in den einzelnen Staaten und durch eine Interventionspolitik der konservativen Großmächte zum Schutze des „Prinzips der Legitimität" und der „konservativen Interessen". Dieser Gesichtspunkt bestimmte zum guten Teile die internationale europäische Politik innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre. Zunächst zog sich England von dieser Politik fast gänzlich zurück und befaßte sich mit der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten, die in mehr als einer Beziehung reformbedürftig waren.

Von Bedeutung ist es noch, wie sich die einzelnen europäischen Staaten zu dem Problem der Teilnahme der Bevölkerung an der Regierung stellten. Von den Großmächten hatten England und Frankreich Volksvertretungen, während die Ostmächte, Rußland und die beiden auf deutschem Kolonialboden erwachsenen Großmächte Preußen und Österreich, den alten Absolutismus beibehielten. Dieser Gegensatz ging, ebenso wie seinerzeit der religiöse, mitten durch Deutschland, indem die süd- und westdeutschen Staaten sich konstitutionelle Verfassungen nach französischem Muster gaben. In den romanischen Ländern Italien und Spanien wurden Erhebungen, die auf Einführung eines liberal-konstitutionellen Systems abzielten, durch Österreich und das — trotz seiner „Charte" ganz im konservativen Geist regierte — Frankreich, niedergeschlagen. Die Niederlande und die skandinavischen Unionsreiche waren in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingetreten, während Dänemark bis 1831 ohne Volksvertretung auskam.

Die Leitung in der kontinentalen Politik blieb zunächst bei den drei Großmächten, die die Hauptlast des letzten Krieges getragen hatten: Österreich, Rußland und Preußen. Sie erneuerten im September 1815 ihren Bund, indem sie sich zur „Heiligen Allianz" zusammenschlossen, die im wesentlichen eine Garantie des Kongreßwerkes darstellen sollte, und der später auch das immer mehr ins konservative Fahrwasser hinübergleitende Frankreich beitrat. Der führende Mann in dem Bunde war der leitende Staatsmann Österreichs, Fürst Metternich. Gegen diesen Bund und gegen den großen Kanzler der Donaumonarchie ist von liberaler Seite viel geschrieben worden. In Wahrheit liegt der Heiligen Allianz ein großer und fruchtbarer weltpolitischer Gedanke zugrunde: die Idee des Zusammenschlusses des Kontinents unter Führung des geeinten Zentraleuropa und im Bunde mit Rußland. Im Wesen dasselbe, was Napoleon mit Frankreich als Kernland versucht hatte und was später der leitende Gedanke der Bismarckschen Politik war. Denn die österreichische Macht, wie sie aus dem Wiener Kongreß hervorging, war tatsächlich nahe daran, den Gedanken des geeinten Zentraleuropa zu verwirklichen. Von deutschem Land besaß sie die alten Stammlande des habsburgischen Hauses, in Italien die fruchtbare Ebene zwischen Po und Alpen, dazu das ganze Becken der mittleren Donau und die Ostküste der Adria. Im deutschen Bunde war ihr in Erinnerung an die alte Kaiserwürde der Habsburger die Stellung der Präsidialmacht zugefallen, und in Italien übte sie durch die verwandtschaftlichen Beziehungen des Kaiserhauses und seine enge Verbindung mit dem Heiligen Stuhl ebenfalls den vorwaltenden Einfluß aus. Durch den Hinzutritt Frankreichs war tatsächlich etwas wie eine kontinentaleuro-

päische Gemeinbürgschaft vorhanden, was auch in den Fürstenkongressen der nächsten Jahre sowie in den Interventionen in Spanien und Italien zum Ausdruck kam. Der Fehler der Metternichschen Politik war, daß er diese vornehme Stellung seines Staates nicht dazu benützte, die Völker Mitteleuropas zu einem großen, von der Zustimmung der Nationen getragenen Bunde unter der Führung Habsburgs zu vereinigen, sondern seine Machtmittel in der gewaltsamen Niederhaltung jeder politischen Bewegung erschöpfte.

Bot so die internationale Politik des Kontinents ein ziemlich einheitliches und ruhiges Bild, so verschiebt sich dasselbe einigermaßen, wenn man den unter der Oberfläche schlummernden Gegensätzen auf ihre Ursachen nachgeht. Zunächst die Verbindung der drei Ostmächte. Was diese Mächte, die „drei Kaisermächte“ der Bismarckschen Zeit, miteinander verband, ist mehr als nur die Gemeinbürgschaft der konservativen Interessen. Es geht auf die tiefsten Wurzeln ihres staatlichen Lebens zurück, und schließlich hat ja auch das Aufgeben ihrer Gemeinsamkeit den Untergang aller drei Reiche zur Folge gehabt. Zunächst kettete, um im Jargon westlich-liberaler Zeitungen zu reden, das „gemeinsame Unrecht gegen Polen“ die Teilungsmächte aneinander. Jede von ihnen mußte sich sagen, daß sich ihr im Falle des Angriffs auf eine der beiden anderen das Aufstandsgelüst der Polen des feindlichen Staates als wirksames und kaum vermeidbares Kriegsmittel darbieten würde, daß sie aber durch Gebrauchmachung von diesem Kriegsmittel die Begehrlichkeit ihrer eigenen polnischen Untertanen reizen und dadurch ihre eigene Existenz gefährden müsse. Letzten Endes waren aber die Mächte der heiligen Allianz und des späteren Dreikaiserbündnisses, wenn auch in sehr verschiedener

Gradabstufung, nichts anderes, als drei große, deutsche Kolonialstaaten auf slavischem Boden. Für Preußen und Österreich leuchtet diese Klassifizierung ohne weiteres ein. Rußland aber hatte im Laufe des 18. Jahrhunderts eine Unmasse deutscher Bildungselemente in sich aufgenommen. Schon unter den letzten Ruriks waren es — neben Holländern und Engländern — hauptsächlich Deutsche gewesen, welche von den Zaren als Techniker, Handwerker, Kaufleute usw. ins Land gerufen wurden. Dieser Prozeß erfuhr unter Peter dem Großen eine Beschleunigung und Verstärkung, besonders auch infolge der Angliederung von Estland und Livland, deren deutscher Adel dem Zaren das denkbar beste Rekrutierungsmaterial für ein Offizierkorps und Beamtentum nach europäischem Muster darbot. Tatsächlich spielte denn auch in der nachpetrinischen Zeit, besonders unter Zarin Anna Iwanowna, das Deutschtum die herrschende Rolle am russischen Hofe und im russischen Reich. Man denke nur an die Namen Biron, Ostermann, Münnich. Die deutsche Prinzessin Sophie von Anhalt-Zerbst, die unter dem Namen Katharina II. 34 Jahre lang das Zarenreich regierte, spielte nach außen hin zwar mit großem Geschick die Nationalrussin und die treue Tochter der orthodoxen Kirche, wußte aber doch die aufbauende Kraft deutschen Volkstums für ihr slavisch-tartarisches Reich zu schätzen: unter ihr entstanden die blühenden deutschen Kolonien an der Wolga und in Südrußland. Auch unter ihren beiden Enkeln Alexander I. und Nikolaus I., besonders aber dem letztgenannten, erfreute sich das Deutschtum mächtiger Förderung von allerhöchster Stelle und wuchs sich direkt zum ausschlaggebenden Element im russischen Staat aus. Dieser Zusammenhang wird noch klarer, wenn man sich vor Augen hält, daß sich die

diplomatische Verbindung Rußlands mit den deutschen Kaisermächten in dem Augenblick zu lockern begann, als der deutsche Einfluß im Innern des Reiches der nationalistisch-panslavistischen Strömung weichen mußte. Und unmittelbar nachdem sich dieser Prozeß vollendet hatte, brach das Zartum und mit ihm das ganze petrinische Rußland zusammen.

Sucht man so das Phänomen der hundertjährigen Schicksalsverbundenheit der Ostmächte — vorübergehende Interessengegensätze und -kämpfe spielen dabei keine Rolle — aus seinen kulturellen, staatsgeschichtlichen und völkischen Untergründen heraus zu verstehen, so enthüllt sich auch ein anderer Zusammenhang, der allerdings erst in der nächsten Periode, nach 1830, politisch zur Auswirkung kam. Wir haben gesehen, daß die demokratische Bewegung unserer Zeit in gewissem Sinne als ein Aufstand der durch die germanischen Eroberungen im Anfang unserer Kultur unterdrückten Rassen anzusehen ist. Die Bewegung war ausgegangen von der kelto-romanischen Unterschicht Frankreichs. Nun ist aber außer der französischen nur noch die englische Nation auf keltischer Basis erwachsen. Je mehr sich beide Nationen im Laufe des 19. Jahrhunderts demokratisierten, d. h. heißt also doch ihrer keltischen Unterschicht Einfluß auf das Staatsleben einräumten, desto mehr schwand ihr alter Antagonismus.*) In der Zeit bis 1830 kam dieser Zusammenhang noch nicht zur Geltung, denn Frankreich erlebte damals gerade seine aristokratisch-germanische Reaktion unter den wiederhergestellten Bourbons, und England begann

*) Auch hier können vorübergehende Trübungen des Einvernehmens, besonders kolonialer Natur, wie z. B. zeitweise antienglische Strömungen in Frankreich (Burenkrieg) oder Interessenkollisionen wie die sogenannte Faschoda-Affäre ruhig außer Betracht bleiben.

eben erst damit, seine Verfassung im demokratischen Sinne zu reformieren. Als sich in Frankreich die liberale Bourgeoisie unter Louis Philippe endgültig zur Herrschaft aufgeschwungen hatte, standen sich fast während des ganzen Jahrhunderts der Block der keltisch-liberalen Westmächte Frankreich und England und der Block der germanisch-aristokratischen Ostmächte Preußen, Österreich und Rußland gegenüber.

Doch vollzogen sich die ersten Bewegungen und Veränderungen, die zu einer Umgestaltung des politischen Weltbildes führten, außerhalb des eigentlichen abendländischen Kulturkreises. Seit 1810 hatte die politische Unruhe die Kolonien Spaniens und Portugals in Südamerika ergriffen. Unter der Führung Bolivars rissen sich die spanischen Besitzungen vom Mutterlande los und gründeten eine Reihe selbständiger Republiken; die Versuche des Madrider Kabinetts, mit Hilfe Metternichs durch eine europäische Intervention diese Gebiete wieder unter seine Botmäßigkeit zu bekommen, führte zu der berühmten Botschaft des nordamerikanischen Präsidenten Monroe vom Jahre 1823, die alle derartigen Bestrebungen aufs energischste zurückwies und für einen solchen Fall mit dem bewaffneten Einschreiten der Vereinigten Staaten drohte. Die legitimistische Intervention unterblieb und 1825 wurden die Staaten Mexiko, Columbia und Buenos Aires von England anerkannt. Die Verfassungskämpfe in Portugal hatten schließlich zur Folge, daß die Kolonie Brasilien sich als selbständiges Kaiserreich unter der älteren Linie des Hauses Braganza von dem Mutterlande löste.

Gingen so diese zukunftsreichen Länder dem politischen Geltungsbereich des europäischen Staatensystems verloren, so setzte ungefähr zur gleichen Zeit in der alten Welt selbst, im Bereiche des Mittelmeeres, eine

erneuerte Expansion ein. Wir haben gesehen, daß die Zeit von 1529 bis 1683 den Höhepunkt der osmanischen Macht und des islamitischen Vordringens gegen das Abendland darstellte. Mit der zweiten Belagerung Wiens war dieses Vordringen abgeschlossen. Zunächst ging Ungarn dem Großherrn verloren und wenn auch das 18. Jahrhundert dem Türkenreich keine besondere Einbuße an Land brachte, so lockerte es doch sein Gefüge. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts setzte dann unter Katharina II. das Vordringen Rußlands nach dem Schwarzen Meere ein. Die tartarischen Tributärstaaten in der Krim gingen verloren. Die Expedition Napoleons nach Ägypten und Syrien trug auch zu einer weiteren Erschütterung der Autorität des Padischah bei, und allenthalben gelangten lokale Gewalten zur Geltung: so die Deys und Beys in den nordafrikanischen Gebieten, die Hospodare in den Donaufürstentümern, und zu Beginn des 19. Jahrhunderts konnten mächtige Gouverneure, wie Ali Tepelenli Pascha von Janina in Albanien und den angrenzenden Ländern und Mehemed Ali in Ägypten nahezu selbständige Herrschaften errichten. Unter den christlichen Völkern, die der türkischen Herrschaft unterworfen waren, nahmen, wie schon erwähnt, die Griechen eine bevorzugte Stellung ein. Der griechische Patriarch von Konstantinopel war das offiziell anerkannte geistliche Oberhaupt sämtlicher Rajahvölker. Das byzantinische Reich, dessen Sprache die griechische gewesen war, war in der Erinnerung der Menschen eben doch in weit anderem Maße zum Symbol der alten christlichen Herrschaft am Bosporus und im Orient überhaupt geworden, als die andern, mehr oder weniger kurzlebigen, christlichen Balkanreiche des Mittelalters, wozu beitrug, daß die Tradition dieses Kaisertums von den russischen Zaren

übernommen worden war. Gerade die bevorzugte Stellung der Griechen brachte Angehörige dieses Volkes zuerst mit der Kultur des Abendlandes und den freiheitlichen Ideen in Berührung, welche seit der französischen Revolution dort aufgekommen waren. Nichts natürlicher, als daß zunächst die nationale Seite dieser Ideen bei dem unter der Fremdherrschaft seufzenden Volke Anklang fand. Doch auch unter den andern Rajahvölkern regte es sich bereits. Im Jahre 1817 war es einem serbischen Hirten, der sich „Czrni" oder „Kara Georg" (der schwarze Georg) nannte, gelungen, ein nationales christliches Tributärfürstentum in der Gegend um Belgrad zu errichten. 1821 wurde ein Aufstand der rumänischen Bauern in der Walachei der Anlaß, daß ein vornehmer Grieche, der in russischen Militärdiensten stehende Fürst Alexander Ypsilanti, seine Landsleute zur Erhebung aufrief. Bald flammte auch der Aufruhr im Peleponnes hoch, und obwohl das Unternehmen Ypsilantis in der Walachei mit der Flucht des Führers nach Ungarn und seiner Gefangensetzung durch die österreichischen Behörden ein klägliches Ende fand, gelang es der Türkei nicht, des Aufstandes Herr zu werden. Dieser Aufstand bewegte die Gemüter im Abendlande aufs heftigste. Da die politischen Verhältnisse in der Heimat nicht gestatteten, die freiheitlichen Ideale, die man im Herzen trug, zu verwirklichen, so begeisterte man sich für das fremde Volk, das einer brutalen Gewaltherrschaft so mutig widerstand. Dazu kam, daß die klassizistische Bewegung in der Kunst und Literatur des Abendlandes, besonders Deutschlands, das antike Griechentum in den Mittelpunkt des Interesses gestellt hatte; man sah, in einer merkwürdigen Verkennung der geschichtlichen Zusammenhänge und unter völliger Ausschaltung des Byzantinertums

aus diesen, das slavisch-orientalische Mischvolk der modernen Griechen als die direkten Nachfahren der Themistokles, Leonidas und Perikles an. Die Regierungen, wieder insbesondere die Deutschlands, sahen in der griechischen Freiheitsbewegung zunächst nur eine andere Form des Jakobinertums und wollten ihre Unterstützung der „legitimen Autorität" des Sultans leihen. Hier ging das aber doch nicht an. Dazu war der Orient ein zu empfindlicher Punkt der allgemeinen Weltpolitik, in dem sich die Interessen der großen Mächte zu sehr verflochten und kreuzten. Insbesondere Rußland, einer der Hauptgaranten der europäischen Legitimität, hatte ein Interesse an der Schwächung der Türkei und spielte seit alters den Protektor der orthodoxen Christen. Gerade aus diesem Grunde verursachte die Situation England die größten Ungelegenheiten, das einen Machtzuwachs für Rußland nicht dulden wollte. Solange Kaiser Alexander I. am Leben war, hielt das Zarenreich sich zurück. Anders wurde dies, als sein Tod im Jahre 1825 seinen Bruder Nikolaus I. auf den Thron brachte. England paralysierte den Gegensatz zu Rußland, indem es im Jahre 1826 dem neuen Zaren ein gemeinsames Vorgehen in der orientalischen Frage vorschlug. Der Vertrag wurde unter Hinzuziehung Frankreichs noch im selben Jahre zu London geschlossen und eine Flotte der drei verbündeten Mächte erschien in den griechischen Gewässern. Diese als Flottendemonstration gedachte Aktion führte, eigentlich gegen den Willen der drei beteiligten Kabinette, zu der Seeschlacht von Navarino, in der die türkische Flotte fast vernichtet wurde und die dann ihrerseits im nächsten Jahre, 1828, den Krieg zwischen Rußland und der Türkei zur Folge hatte. Zwei Feldzüge führten die Russen bis vor die Tore von Konstantinopel und machten endlich die

Pforte zum Frieden geneigt. Er wurde 1829 zu Adrianopel abgeschlossen und fand seine Ergänzung im Londoner Schlußprotokoll vom 3. Februar 1830. Rußland erhielt einige Grenzstriche am Kaukasus und Schwarzen Meer und Griechenland wurde als selbständiger Staat anerkannt.

Die Bedeutung der griechischen Freiheitsbewegung für den abendländischen Völkerkreis war eine doppelte. Zunächst hielt sie während der neun Jahre ihrer Dauer die Anteilnahme und eine gewisse revolutionäre Begeisterung des gesamten liberal und national gerichteten Abendlandes wach. Diese Bewegung war gewissermaßen das Symbol für das freiheitliche und revolutionäre Streben der abendländischen Völker selbst. Ihr Verlauf erbrachte den Beweis, daß es den Kabinetten auf die Dauer nicht mehr möglich war, eine Politik gegen den Willen der Völker zu führen. Obgleich zuerst von den Regierungen mit mißtrauischen Augen betrachtet, gelangte sie schließlich, getragen von den Sympathien der europäischen Nationen, zu ihrem Ziele. Dieses Ergebnis aber bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Wege jener großen rückläufigen Angriffsbewegung des Abendlandes gegen den Islam, die mit den Türkensiegen des Prinzen Eugen ihren Anfang genommen hatte.

Im Jahre, in dem diese reaktionäre oder Restaurationszeit schließt, 1830, begann Europa auch im westlichen Becken des Mittelmeeres seine jahrhundertealten Grenzen zu überschreiten. Die Expedition, die noch König Karl X. von Frankreich gegen den Dey von Algier ins Werk setzte, ist der Anfang der Rückeroberung Nordafrikas für die abendländischen Nationen, die erst im 20. Jahrhundert durch die Aufteilung Marokkos unter Frankreich und Spanien und die Besetzung von Tripolis durch die Italiener ihren Abschluß fand.

2. Nationalismus und Verfassungskämpfe. 1830—1870

Die verhältnismäßige innen- und außenpolitische Ruhe, die auf dem europäischen Kontinent vom Wiener Kongreß bis 1830 herrschte, war die natürliche Reaktion gegen die langandauernden Erschütterungen der Revolutionszeit gewesen. Das allgemeine Bedürfnis nach Ruhe und wirtschaftlicher Erholung ließ die Völker den Zustand ertragen, wie er sich nach dem Abebben der großen Umwälzungsbewegung eingestellt hatte. Tatsächlich hatte sich in diesen fünfzehn Jahren äußerlicher Ruhe das Wirtschaftsleben in allen Ländern Europas wieder merklich gehoben. Der beginnende Aufschwung in der Industrie brachte Geld und damit Macht in die Hände des im wesentlichen liberal gerichteten Bürgertums, das sich die bevormundende Regierungsweise der reaktionären Kabinette nicht mehr gefallen lassen wollte. Der erste Ausbruch dieser Unzufriedenheit erfolgte in Frankreich. Hier war im Jahre 1824 auf den gemäßigt-konservativen und streng-konstitutionell regierenden Ludwig XVIII. der ultrakonservative, im Herzen absolutistisch gesinnte Karl X. gefolgt. Dieser löste im Jahre 1830 infolge eines Konfliktes mit der Kammer diese auf. Als die Neuwahlen gegen die Regierung ausfielen, wurde die eben gewählte Kammer wieder aufgelöst, im Verordnungswege ein neues Wahlgesetz oktroyiert und die sogenannten Juliordonnanzen erlassen, welche die Freiheit der Presse beschränkten. Dies führte zur Revolution. Nach wenigen Tagen sah sich der König zur Abdankung genötigt und die neu zusammengetretene Kammer berief unter Umgehung des rechtmäßigen Erben, des neunjährigen Enkels Karls X., den Chef der jüngeren Linie des Hauses Frankreich, Herzog Louis Philippe von Orleans, auf

den Thron. Dieses Ereignis löste eine allgemeine Gärung in den europäischen Völkern aus. Zu ernstlichen Revolutionen führte diese aber nur in den Niederlanden und in Polen. Wir haben gesehen, daß die Gesamtheit der ehemals burgundischen Niederlande zu einem Königreich unter dem Hause Oranien vereinigt worden war. Der südliche, überwiegend katholische Teil, der nach dem Abfall der nördlichen Provinzen bei Spanien verblieben und dann zu Österreich gekommen war, ertrug die Verbindung mit dem protestantischen Norden nur ungern. Durch die französische Julirevolution veranlaßt, brach ein Aufstand in Brüssel aus, der nach mehrjährigem Kampf mit den Niederlanden schließlich zur Begründung eines Königreiches Belgien unter dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg führte. Weniger glücklich war die Revolution in Polen; nach einjährigem Feldzuge waren die Russen wieder Herren des Landes. Die sehr liberale Verfassung des Königreichs wurde aufgehoben und dieses durch das „Organische Statut" von 1832 fast gänzlich zu einer russischen Provinz herabgedrückt. In den übrigen Ländern, insbesondere in Deutschland, kam es nur zu wenig bedeutenden Putschen, die leicht unterdrückt wurden.

Immerhin war das Jahr 1830 ein Wendepunkt in der abendländischen Geschichte. Die neue Gruppierung der europäischen Mächte in liberale West- und konservative Ostmächte, auf die schon hingewiesen wurde, wurde jetzt erst möglich. Weiter erfuhr die nationale und die auf Ausbildung liberaler Verfassungszustände gerichtete Bewegung eine gewaltige Förderung und war nicht mehr zur Ruhe zu bringen. In Deutschland errang sie einen bedeutsamen Erfolg zunächst auf rein wirtschaftlichem Gebiete, indem es gelang, bis 1834 die Mehrzahl der deutschen Staaten, bis 1854 den Rest mit

Ausnahme Österreichs und der Hansastädte, zum deutschen Zollverein zusammenzuschließen. In rein politischer Beziehung blieb äußerlich die Ruhe erhalten; die reaktionären Kabinette, vor allem in Österreich Metternich, blieben am Ruder. Nur England schritt auf dem Wege liberaler Reformen fort, die eine allmähliche Demokratisierung des Staates anbahnten. In Frankreich befestigte sich das liberale Bourgeoiskönigtum Louis Philippes. Von hier ging auch eine Fortsetzung der europäischen Expansion in Nordafrika aus, indem die Regierung des „Bürgerkönigs" die Eroberung der letzten Bourbons festhielt und ausbaute. Aber unter der Oberfläche gärte es in den Bevölkerungen immer mehr. In Deutschland wie in Italien nahm die Sehnsucht nach nationaler Einheit unter liberalen politischen Formen immer mehr zu, die Nationalitäten der Donaumonarchie erwachten immer mehr zum Bewußtsein ihrer selbst. Dabei fing auch schon der Arbeiterstand an, sich selbständig zu regen.

Das Jahr 1848 brachte all diesen aufgehäuften Gärungsstoff zur Explosion. Den äußeren Anstoß gab wiederum Frankreich. Hier kam es aus an sich geringfügigen Anlässen zu einer Revolte des Pariser Pöbels, die infolge der Kopflosigkeit und Schwäche des Königs mit dessen Flucht und der Proklamierung der Republik endete. Schon waren proletarische und sozialistische Elemente in dieser dritten französischen Revolution unverkennbar. Während es hier in Frankreich im Verlauf weniger Monate den bürgerlichen ordnungsliebenden Elementen gelang, des Pöbels Herr zu werden und eine bürgerliche-parlamentarische Republik unter dem bonapartistischen Prätendenten Louis Napoleon herzustellen, teilte sich die Bewegung mit großer Geschwindigkeit dem übrigen Kontinent mit. Insbesondere dessen

Mitte, Deutschland, Italien und die Länder des Habsburgerreiches, wurden von ihr heimgesucht. Aber hier nahm die Revolution einen gänzlich veränderten Charakter an. Das nationale Element trat hier in den Vordergrund. Die Ersetzung des alten dynastischen durch einen neuen nationalen Staat war das eigentliche Ziel. Zunächst erfolgte in ganz Mitteleuropa ein absoluter Zusammenbruch der alten Ordnung. In Wien dankte Metternich ab, ebenso Kaiser Ferdinand, Ungarn setzte das Haus Habsburg ab; in Berlin stellte sich der schwache und politisch unklare König Friedrich Wilhelm IV. unter dem Druck der Straße „an die Spitze der Bewegung"; in dem an sich schon immer liberaler gerichteten Süddeutschland kapitulierten die Regierungen sofort; der Bundestag in Frankfurt a. M. löste sich auf, und es wurden Wahlen zu einem deutschen Parlament ausgeschrieben. Das gleiche Bild in Italien, wo allerdings der König Karl Albert von Sardinien sich in einem anderen Sinne wie Friedrich Wilhelm IV. von Preußen „an die Spitze der Bewegung", d. h. das dynastische Interesse seines Hauses in den Dienst der nationalen Sache stellte, indem er das subalpine Königreich zu dem ersehnten italienischen Nationalstaat zu erweitern suchte.

Der mühelose Sieg, den die Revolution allenthalben errang, konnte nicht behauptet werden. Denn er war mehr der Verblüffung und Bestürzung der Regierungen als der Werbekraft der revolutionären Ideen zu danken gewesen; außerdem bewiesen die führenden Männer der Bewegung neben teilweise bemerkenswerter geistiger Bedeutung eine mindestens ebenso bemerkenswerte politische Unfähigkeit, und zudem waren die wirklichen Machtmittel doch überall in den Händen der legitimen Gewalten geblieben. Verhältnismäßig am

schwierigsten war die Niederwerfung der nationalen Revolution in Ungarn, die im August 1849 nur mit russischer Hilfe glückte. Im gleichen Jahre hatte das Paulskirchenparlament in Frankfurt a. M. und der „Reichsverweser“ Erzherzog Johann von Österreich ihre ziemlich lächerliche Rolle so gut wie gänzlich ausgespielt, und es kehrte hier allmählich auch alles in die alten Geleise zurück. Der an sich gesunde Gedanke der sogenannten Erbkaiserpartei des Parlaments, dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen die erbliche deutsche Kaiserwürde anzubieten, scheiterte an der Weigerung des Erwählten selbst, der, in diesem Falle größeren politischen Scharfblick zeigend als sonst, die Krone aus den Händen der Demokratie nicht annehmen wollte. Noch ein Jahr lang zogen sich die Versuche hin, eine Verfassung für das „deutsche Reich“ zu finden, bis schließlich im September 1850 der Bundestag in Frankfurt a. M. wieder zusammentrat. Kurz darauf verzichtete Preußen im Vertrag zu Olmütz auf seine letzten Bestrebungen, die nichtösterreichischen Staaten Deutschlands zu einer engeren Union zusammenzufassen. Damit waren die Versuche, die nationale Frage in Deutschland zu lösen, vorläufig gescheitert. Den gleichen Verlauf nahmen die Dinge in Italien. Auch hier waren bereits Ende 1849 die alten Herrschaftsverhältnisse wiederhergestellt. Einen Erfolg hatte die revolutionäre Bewegung in Mitteleuropa aber doch zu verzeichnen: in sämtlichen Staaten Deutschlands und Italiens mit Einschluß der Habsburgermonarchie bestand nunmehr das konstitutionelle Regierungssystem. Indem so die Bevölkerungen allenthalben an der Regierung in Mitteleuropa beteiligt waren, konnte auch die nationale Frage fortan nicht mehr aus der politischen Diskussion verschwinden. Zunächst setzten

allerdings von seiten der österreichischen Ministerien Schwarzenberg und Schmerling die Bestrebungen auf Wiederherstellung einer österreichischen Vorherrschaft über Mitteleuropa wieder ein.

Den Antrieb zur weiteren Entwicklung erhielt die europäische Politik von Frankreich aus. Es wurde schon erwähnt, daß dort die nach Niederwerfung der proletarischen Revolution mühsam zustande gekommene bürgerliche Republik sich in einem der monarchistischen Thronanwärter, dem Prinzen Louis Napoleon Bonaparte, ihren ersten und einzigen Präsidenten gab. Seine vierjährige Amtszeit benützte dieser zu einer intensiven Propaganda für den Bonapartismus, und nachdem er durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 alle ernstlichen Widerstände beseitigt hatte, bestieg er ein Jahr später, am 2. Dezember 1852, als Napoleon III. Kaiser der Franzosen, den Thron. Dieses Ereignis fiel mit dem vollen Siege der Reaktion in den übrigen europäischen Staaten zeitlich zusammen; sachlich hatte aber diese Rückkehr Frankreichs zur monarchistischen Staatsform mit dem, was man sonst „Reaktion" nennt, wenig oder nichts zu tun. Denn dieses zweite französische Kaiserreich beruhte ebenso wie das erste auf dem revolutionären und demokratischen Akt der allgemeinen Volksabstimmung. Während bei der Wiederherstellung der Ordnung allenthalben sonst auf das traditionelle Prinzip des dynastischen Staates zurückgegriffen wurde, das in den Volksvertretungen nur eine verhältnismäßig schwache demokratische Beimischung erhielt, ist das Kaisertum Napoleons III. ebenso wie das Napoleons I. die Verwirklichung des Gedankens der Volkssouveränität durch eine — allerdings fast absolute — monarchische Autorität, die aber eben all ihre Machtfülle nur aus einem Willensakt des sou-

veränen Volks herleitet. Auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war das zweite Kaiserreich die geradlinige Fortsetzung des ersten. Wie dem großen Korsen, so war auch seinem Neffen die Machtstellung Frankreichs Mittel zum Zweck einer großeuropäischen Politik. Napoleon III. suchte dieses Ziel einer hegemonischen Stellung in Europa aber nicht durch gewaltsame Unterwerfung des gesamten Kontinents zu erreichen, sondern indem er für den Herrscher Frankreichs eine gewissermaßen schiedsrichterliche Stellung innerhalb der europäischen Staatenwelt anstrebte. Eine ähnliche Stellung besaß infolge seines Eingreifens in die Ereignisse der Jahre 1848—49 der Kaiser Nikolaus I. von Rußland, der an den Höfen Europas als eine Art Schirmherr der Legitimität und der konservativen Interessen angesehen wurde. Napoleon war aber im Gegensatz zu diesen konservativen Interessen emporgekommen. Er war, genau wie sein Oheim, zwar der Bändiger, aber doch auch in erster Linie der Erbe der Revolution. Schon dies trieb ihn in einen gewissen Gegensatz zu den konservativen Ostmächten. Und dadurch war die Annäherung an England gegeben. Schon mit dem liberalen Frankreich Louis Philippes hatte sich das Inselreich in der Entente cordiale gefunden. Dazu kam nun der immer wachsende außereuropäische Gegensatz Großbritanniens zu Rußland. Seit der Niederwerfung Napoleons I. hatte England seine Herrschaft in Indien befestigt und strebte danach, sie auf die angrenzenden Gebiete Ost- und Zentralasiens auszudehnen. Hierbei war es schon in dem Kriege gegen Afghanistan 1840/42 auf die Gegnerschaft Rußlands gestoßen. Die immer mehr um sich greifende Zersetzung des türkischen Reichs barg den Keim zu neuen Gegensätzen zwischen den beiden halbeuropäischen Weltmächten in sich.

Den Engländern, die ihre im spanischen Erbfolgekrieg erworbene Stellung im Mittelmeer immer mehr zu einer beherrschenden erweitert und befestigt hatten, konnte es nicht gleichgültig sein, wenn Rußland nach Überrennung des Osmanenreiches gar selbst zum Anlieger dieses Meeres geworden wäre. Der Zar, durch seine Erfolge gegen die mitteleuropäische Revolution in seinem Selbstgefühl ungemein gestärkt, strebte aber offen nach einer Liquidation des türkischen Erbes. Seine Forderung an den Sultan, ein Schutzrecht Rußlands über die griechisch-katholischen Untertanen der Türkei anzuerkennen, veranlaßte ein enges Bündnis zwischen England und Frankreich, das dann seine Auswirkung in dem zum Schutze der türkischen Integrität unternommenen Krimkriege fand (1854—56). Durch den Frieden von Paris, in dem der 1855 nach dem Tode seines Vaters zur Regierung gekommene Zar Alexander II. auf das angestrebte Schutzrecht verzichten und einige Grenzdistrikte an die Türkei und das türkische Vasallenfürstentum Moldau abtreten mußte, konnte die russische Präponderanz in Europa als gebrochen gelten. Der Weg zum Ausbau der französischen Vorherrschaft war frei.

Als Ansatzpunkt zur Verwirklichung dieser Pläne benützte Napoleon die Nationalitätenfrage, die gerade damals die öffentliche Meinung immer noch auf das lebhafteste beschäftigte. Schon 1854 war das Königreich Sardinien mit den Westmächten in engere Fühlung getreten und hatte durch seine Teilnahme am Krimkrieg und, dadurch bedingt, auch am Pariser Kongreß, sich einen Platz im Rate der europäischen Mächte erworben. Hier, in dem „Preußen des Südens", war der italienische Nationalgedanke auch nach der Niederlage von 1848 nicht erstorben. Die Regierung des Grafen Cavour stand in

engster Fühlung mit dem italienischen Nationalverein, der ein engmaschiges Netz geheimer Verbindungen über die ganze Halbinsel ausgespannt hatte. Mit diesen Kreisen trat nun der Kaiser der Franzosen in Verbindung. Es lag dies ebenfalls in der Linie seiner ganzen Politik, die sich, wenigstens in dieser ersten Hälfte seiner Regierung, noch ganz auf populäre Strömungen und Gedanken stützte. Er warf sich zum Schützer der nach nationalem Eigenleben strebenden Völker auf, allerdings der beste Weg zu einer von liberalen Gedanken getragenen Vorherrschaft über Europa. Anfang 1859 erfolgte die französisch-piemontesische Kriegserklärung an Österreich. Der Krieg wurde durch die unter Napoleons persönlicher Teilnahme erfochtenen Siege bei Magenta und Solferino schnell zugunsten der Verbündeten beendet. Gleichzeitig wurden die habsburgischen und bourbonischen Herrscher in den mittelitalienischen Staaten von ihren Untertanen vertrieben. Trotzdem der Friede von Zürich neben der Abtretung der Lombardei an den Kaiser der Franzosen (der sie mit Sardinien gegen Savoyen und Nizza eintauschte) die Wiedereinsetzung dieser Herrscher und die Rückgabe der im Aufstand befindlichen päpstlichen „Legationen" an den Papst bestimmt hatte, vereinigte noch im gleichen Jahre (1859) ein Plebiszit die genannten mittelitalienischen Gebiete mit Sardinien. Im folgenden Jahre stürzte eine von dem Freischarenführer Guiseppe Garibaldi unter stillschweigender Duldung der sardinischen Regierung ausgerüstete Expedition die bourbonische Herrschaft im Königreich beider Sizilien und gliederte auch dieses Land dem Reiche Viktor Emmanuels II. an, der nunmehr als König von Italien seine vorläufige Residenz in Florenz nahm. Hiermit war im wesentlichen die nationale Einigung Italiens erreicht.

Und zunächst und äußerlich betrachtet, bedeutete dieses Ergebnis auch einen Erfolg der französischen Politik. Denn die Begründung des italienischen Nationalstaates war nur durch die französische Waffenhilfe möglich gewesen, und außerdem trug das kaiserliche Frankreich aus dem Kriege einen nicht unerheblichen Gewinn an Land und Leuten davon. Aber trotzdem bedeutet das Jahr 1860 den Wendepunkt in der Geschichte des wiedererstandenen Bonapartismus.

Sämtliche Versuche zur Begründung einer Universalherrschaft oder Hegemonie eines einzelnen Staates, die nach der Reformation in Europa unternommen wurden, geschahen im Namen einer großen gesamteuropäischen oder gar allgemein menschlichen Idee. Die Armeen der spanischen und deutschen Habsburger des 16. und 17. Jahrhunderts fochten für die Reinheit des katholischen Glaubens, Frankreich kam im Kampfe für die Freiheit der europäischen Staaten gegen diese Idee hoch, um dann unter Ludwig XIV. selbst den katholischen Gedanken zum Deckmantel seiner Vorherrschaftspläne zu nehmen. England errang seine Seeherrschaft im Namen der Zivilisation und des Christentums und führte seine festländischen Kriege für die balance of powers. Die europäische Vorherrschaft des Metternichschen Österreich rechtfertigte sich durch die Wahrung des dynastischen Prinzips, der Legitimität und der konservativen Interessen. Für das Frankreich Napoleons III. konnte dieser tragende Gedanke, ebenso wie für das der Revolution und des ersten Kaiserreichs, nur die Idee der Volkssouveränität sein. Von dieser Linie, die er im Krimkrieg durch die Bekämpfung des autokratischen Rußland, und dann durch die Unterstützung der italienischen Einheitsbewegung eingehalten hatte, wich Napoleon nun ab. Der italienische Bundes-

staat unter dem Ehrenvorsitz des Papstes, den der Züricher Friede vorsah, war schon ein Kompromiß zwischen der nationalistisch-demokratischen und der legitimistisch-konservativen Idee. Als aber das italienische Volk durch das Plebiszit von 1860 sich hierüber hinwegsetzte und mit den mittelitalienischen Monarchien auch die weltliche Herrschaft des Papstes hinwegzufegen sich anschickte, fiel ihm der französische Kaiser durch die Besetzung des sogenannten Patrimoniums Petri in den Arm und hinderte den jungen Nationalstaat an der Erwerbung seiner natürlichen Hauptstadt Rom. Der Grund zu diesem Verhalten lag hauptsächlich in der inneren Politik Frankreichs. Infolge der immer mehr erstarkenden Opposition der Sozialisten und bürgerlichen Republikaner sah sich Napoleon in steigendem Maße genötigt, sich auf die klerikale Partei zu stützen, wobei auch der Einfluß seiner bigott-katholischen Gemahlin, der spanischen Gräfin Eugenie von Montijo, mitgewirkt haben mag. Die kaiserliche Regierung nahm einen immer antiliberaleren Charakter an und auch in der äußeren Politik wurde der Kaiser auf neue Bahnen gedrängt. Das Prestige, das er als Verfechter der Volkssouveränität und des Nationalitätengedankens genossen hatte, suchte er durch noch ziemlich unklar auftretende Ideen einer lateinischen und katholischen Gemeinbürgschaft zu ersetzen. Das mexikanische Abenteuer, das in dieser Richtung lag, werden wir bei Würdigung der Wechselwirkung zwischen europäischer und außereuropäischer Politik noch zu erwähnen haben. Auf die härteste Probe wurde das außenpolitische System des zweiten Kaiserreiches aber gestellt durch die Krisis, auf welche die deutsche Frage seit dem Thronwechsel in Preußen im Jahre 1861 hindrängte.

Preußen war nach der Oktroyierung der Verfassung im Jahre 1848, die dann im Jahre 1850 nach Vereinbarung mit den Kammern ihre endgültige Gestalt erhielt, ein konstitutioneller Staat. Während der selbständigen Regierung Friedrich Wilhelms IV. wurde das Land unter dem Ministerium des Grafen Brandenburg und Manteuffels im konservativen Geiste regiert. In der auswärtigen Politik blieb es ganz im Schlepptau der Wiener Diplomatie, der eine Wiederaufrollung der deutschen Frage im Sinne der 1848er Bewegung im höchsten Maße unerwünscht war. So geriet auch diese Frage in ein Stadium der Stagnation. Da kam im Jahre 1857 die schon längst sich vorbereitende Geisteskrankheit des Königs zum Ausbruch. Sein Bruder Wilhelm, der Prinz von Preußen, mußte mit der Regentschaft für den umnachteten Monarchen betraut werden. Zunächst versuchte er während der sogenannten neuen Aera, sich den liberalen Parteien zu nähern. Im Jahre 1861 starb König Friedrich Wilhelm IV. und der Regent bestieg als Wilhelm I. den Thron. Schon die feierliche Krönung, die er am 18. Oktober 1861 zu Königsberg als erster preußischer Herrscher seit Friedrich I. vornahm, war eine symbolische und programmatische Handlung. Er brachte dadurch zum Ausdruck, daß er unbeschadet der von seinem Bruder gewährten konstitutionellen Volksrechte unverbrüchlich an der monarchischen Grundlage des preußischen Staates festhalte, die prinzipielle volle Souveränität nach wie vor für die Krone in Anspruch nehme. Durch diese programmatisch erklärte und auch in der Folgezeit stets betätigte Staatsauffassung des ersten unter der Verfassung zum Throne gelangten Königs wurde Preußen recht eigentlich erst zum hervorragendsten Repräsentanten eines neuen Staatstyps, der die Synthese der demokratischen Ge-

danken des Jahrhunderts mit dem aus der Entwicklung der abendländischen und speziell deutschen Kultur überkommenen dynastisch-autoritären Staatsgedanken darstellte. Diese „konstitutionelle Monarchie" im Gegensatz einerseits zum westlichen Parlamentarismus wie auch zum demokratischen Absolutismus Napoleons III. und andererseits zur Autokratie der russischen Zaren, stellt die spezifisch-deutsche Staatsform des ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhunderts dar.

Der Gegensatz zu dem demokratischen Staatsprinzip, das die liberalen Parteien vertraten, wurde kurz nach der Thronbesteigung des Königs in dem sogenannten Verfassungskonflikt akut. Der klare politische Blick König Wilhelms I. erkannte die Gefahren, die Preußen drohten, sobald es versuchen würde, sich von der unbestimmten und inaktiven Politik seines Vorgängers frei zu machen. Sein sicheres militärisches Gefühl sagte ihm, daß diese Gefahren nur durch eine bedeutend vervollkommnete militärische Rüstung zu überwinden seien. Die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses hatte kein Verständnis für diese nationalen und machtpolitischen Fragen und verweigerte der Regierung die Mittel zu der geforderten Heeresvermehrung. Ihr Ziel war, „Preußen den Großmachtkitzel auszutreiben". Der König konnte seiner ganzen Auffassung nach in dieser Frage nicht nachgeben und so berief er, um den notwendigen Konflikt durchzukämpfen, den Botschafter in Paris, Herrn von Bismarck-Schönhausen, an die Spitze der Regierung. Bismarck faßte den kühnen Plan, die Schwierigkeit dadurch zu lösen, daß man das Notwendige ohne Rücksicht auf konstitutionelle Bedenken tat und dieses Hinwegsetzen über die Verfassung dann durch eine erfolgreiche auswärtige Politik rechtfertigte. Die Gelegenheit, dem preußischen Volke und seinen

Vertretern den Beweis zu erbringen, daß die Heeresvermehrung notwendig war, ergab sich bald. Der Erlaß einer Verfassung für den dänischen Gesamtstaat einschließlich Schleswigs erregte den nationalen Unwillen und die nationale Begeisterung in Deutschland in höchstem Maße. Österreich und Preußen nahmen schließlich die Regelung der schleswig-holsteinischen Frage gemeinsam in die Hand und zwangen Dänemark durch den kurzen und glücklichen Feldzug von 1864 zum Frieden von Wien (30. Oktober 1864). Die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg wurden an die beiden Verbündeten zu gesamter Hand abgetreten. Doch bald zeigte es sich, daß diese sich über das künftige Schicksal der befreiten Länder nicht einigen konnten. Eine Annexion derselben an Preußen duldete Österreich nicht; die Einsetzung des rechtmäßigen Thronerben, des Herzogs von Augustenburg, hätte die Entstehung eines neuen deutschen Kleinstaates zur Folge gehabt, der nach Lage der Dinge notwendigerweise in die österreichische Gefolgschaft geraten wäre. Das konnte wieder Preußen nicht zugeben. So kam es nach langen Verhandlungen und vergeblichen Einigungsversuchen zum deutschen Kriege von 1866.

Die Mehrzahl der deutschen Regierungen und gerade die der größeren Bundesstaaten, stand auf der Seite Österreichs. Erstens glaubte man bei diesem die einzelstaatliche Souveränität besser aufgehoben, und dann war in dem doch überwiegend liberalen Westen Deutschlands die allgemeine Stimmung gegen das als stockkonservativ verschrieene Preußen. Da war es nun ein kluger Schachzug Bismarcks, daß er durch seinen Antrag auf Bundesreform unter Mitwirkung eines deutschen Parlaments und durch den Verfassungsentwurf, den er am 10. Juni der Bundesversammlung vorlegte,

die langjährigen Forderungen der deutschen Liberalen zu denen Preußens machte. Außerdem hatte er in realpolitischer Würdigung der gegebenen Tatsachen ein Bündnis mit Italien abgeschlossen. Der Krieg war in wenigen Wochen beendet. Die Österreicher und ihre Verbündeten wurden in schnell aufeinanderfolgenden vernichtenden Schlägen auf den deutschen Kriegsschauplätzen geschlagen. Nur gegen Italien war die Armee des Habsburgerreiches siegreich. Doch konnten diese Siege bei Custozza und bei Lissa auf den Gesamterfolg des Krieges keinen Einfluß haben. Am 23. August kam zu Prag der Friede zwischen Preußen und Österreich zustande, dem am 3. Oktober zu Wien der Friede zwischen Österreich und Italien folgte. Das wesentliche an diesen Friedensschlüssen ist, daß die mitteleuropäische Vormachtstellung Österreichs, wie sie seit den Tagen des Prinzen Eugen von Savoyen der eigentlich tragende Gedanke des Donaureiches war, in ihnen endgültig zu Grabe getragen wurde. Indem die Monarchie aus dem deutschen Bunde ausschied und eine Neuordnung Deutschlands unter preußischer Führung guthieß, gab sie den einen Hauptfaktor ihrer zentraleuropäischen Hegemonie, ihre „deutsche Stellung“ preis. Der andere Faktor, die „italienische Stellung“ war schon 1859 verloren. Die Überlassung des Königreiches Venetien an den italienischen Nationalstaat, wie der Wiener Friede sie vorschrieb, war nur der äußere Abschluß dieser Entwicklung.

Es war natürlich, daß die Umgestaltung der europäischen Machtverhältnisse, wie sie diese Friedensschlüsse brachten, Beunruhigung bei den übrigen europäischen Höfen, besonders aber in Paris erregten. Die Einigung Italiens hatte sich im wesentlichen unter französischer Ägide vollzogen; die Franzosen hatten sich unter der

glänzenden Herrschaft des zweiten Kaiserreiches daran gewöhnt, daß ihr Staat wieder eine Art von europäischer Vormacht- und Schiedsrichterstellung einnahm. Durch die Eingliederung Süd- und Mittelitaliens in den italienischen Einheitsstaat, die den französischen Plänen zuwiderlief, hatte das Prestige Napoleons schon einen empfindlichen Stoß erlitten; ebenso durch die Ereignisse jenseits des Meeres, auf die wir noch zurückkommen werden. Wenn dann nun auch noch das Nachbarland jenseits des Rheins, dessen innere Zerrissenheit eine der Hauptvoraussetzungen zu Frankreichs Größe gewesen war, ohne jede aktive Beteiligung des Kaisers zu einem festen Nationalstaat zusammenwuchs, mußte dieser eine Erschütterung seines Ansehens in Frankreich selbst befürchten, welche die schon gewaltig angeschwollene republikanische Stimmung übermächtig werden lassen und seinen schon wankenden Thron wegschwemmen würde. Napoleon suchte also gegen Ende des Feldzuges zu intervenieren und bei der Einigung Deutschlands, die zur Erhaltung seines Prestiges für notwendig erachtete „Kompensation" herauszuschlagen. Für Bismarcks deutschen Einigungsplan war aber gerade dies das Gefährlichste. Denn sowohl den eigenen Liberalen als auch den süddeutschen Staaten gegenüber, bei denen die norddeutsche Großmacht ohnehin nicht allzu beliebt war, mußte es außer allem Zweifel bleiben, daß Preußen seinen Krieg nur im nationalen Interesse und nicht aus privater Eroberungssucht geführt hatte. Es durfte also auf keinen Fall ein Gebiets- und Machtzuwachs Preußens durch Preisgabe deutschen Landes an Frankreich erkauft werden. Bismarcks weise Mäßigung gegenüber Österreich und Süddeutschland und die dadurch herbeigeführte Beschleunigung der Friedensschlüsse verhinderte dies auch. Die einzige Konzession, die der Eitel-

keit des Kaisers der Franzosen gemacht wurde, war die, daß Österreich Venetien an Napoleon abtrat, der es dann an Italien weitergab. Immerhin hielt es doch auch Bismarck für geratener, vorläufig auf die Einigung ganz Deutschlands zu verzichten. Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. wurden dem preußischen Staat einverleibt. Die übrigbleibenden norddeutschen Staaten bildeten mit Preußen den Norddeutschen Bund. Im Gegensatz zur alten deutschen Bundesverfassung erhielt dieser eine straffe, in allem Notwendigen zentralisierte Verfassung, die aber doch dem föderativen Prinzip volle Gerechtigkeit zuteil werden ließ.

Die süddeutschen Staaten blieben dem Bunde fern. Ihnen war es ausdrücklich freigestellt, ein engeres Bundesverhältnis untereinander einzugehen. Daran mochte Napoleon Hoffnungen auf eine Erneuerung der Rheinbundspolitik knüpfen. Die militärischen Schutz- und Trutzbündnisse, die die süddeutschen Staaten unter dem Eindruck der französischen Aspirationen auf die Pfalz und Rheinhessen mit Preußen schlossen, wurden vorläufig noch geheim gehalten. Erst der neuerliche Versuch Napoleons, wenigstens durch die Annexion Luxemburgs sich für den Machtzuwachs Preußens schadlos zu halten, führte zu ihrer Bekanntgabe. Fragt man nach den Gründen, warum Bismarck dem Kaiser der Franzosen die ersehnte „Kompensation" nicht zugestand — es brauchte ja nicht unbedingt deutsches Gebiet zu sein, mit Belgien oder Luxemburg wäre Napoleon auch zufrieden gewesen — so wird man wohl annehmen müssen, daß er aus seiner Kenntnis des französischen Volkscharakters heraus eine spätere Auseinandersetzung mit Frankreich doch für unvermeidlich hielt. An sich konnte es für den preußischen Staatsmann verlockend

sein, die in der Einigung Deutschlands liegende Neuordnung Europas im Einvernehmen mit Frankreich zu unternehmen. Es ist klar, daß ein solcher Bund von vornherein die Vorherrschaft in Europa besessen hätte. Aber es ist, wie gesagt, mit Bestimmtheit anzunehmen, daß für Frankreich die Ersetzung des „weichen Körpers in der Mitte des Erdteils“ durch ein straffes Staatswesen preußischer Prägung auf die Dauer unerträglich war. Frankreich hat, wie sich heute ja zeigt, sein Streben nach der Rheingrenze niemals aufgegeben. Ebenso wichtig aber war die Rücksicht, die Bismarck auf die deutsche Volkspsyche nehmen mußte. Das deutsche Volk einschließlich breiter Schichten des preußischen, konnte sich mit der preußischen Führung nur einverstanden erklären, wenn ihm die Politik der norddeutschen Großmacht als die Vollstreckung und Erfüllung seines jahrhundertealten Sehnens nach nationaler Einheit erschien. Von allen großen Gegensätzen der deutschen und europäischen Geschichte war aber keiner dem deutschen Volke so verständlich, keiner so geeignet, ein einheitliches nationales Empfinden auszulösen, wie der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich war der „Erbfeind“ von den Raubkriegen Ludwigs XIV. und den Kämpfen der napoleonischen Zeit her; der Rhein, um dessen Burgen und Reben die Romantiker träumten und sangen, war das Symbol der nationalen Einheit und der versunkenen Kaiserherrlichkeit; die „wunderschöne Stadt“ Straßburg war immer noch die der Mutter Germania entrissene Tochter und eine der herbsten Enttäuschungen deutscher Patrioten war es, daß der Wiener Kongreß die geraubte Westmark, das Elsaß nicht mit dem großen Vaterlande vereinigt hatte. So hatte Bismarck am meisten Aussicht, für den Gedanken der Reichseinheit unter preußischer Führung die

Zustimmung der ganzen Nation zu finden, wenn sich die Einigung im Gegensatz zu Frankreich vollzog. Diese Gedankengänge bestimmten wohl in erster Linie die Haltung des Bundeskanzlers gegen die französische Politik und geben auch den Schlüssel für das Verständnis der Vorgänge des Jahres 1870. Sicher dürfte sein, daß Kaiser Napoleon den Krieg nicht wollte, ebenso sicher aber auch, daß die Öffentlichkeit Frankreichs unter dem Einfluß eines mächtigen Personenkreises am Hofe ihn ersehnte und einen Vorwand zum Losschlagen suchte. Einer preußischen Politik, die der Auseinandersetzung mit Frankreich aus dem Wege gehen wollte, wäre es ein leichtes gewesen, die spanische Thronkandidatur des Prinzen Leopold zu verhindern und so der französischen Kriegspartei für diesmal den Vorwand zu nehmen. Bismarck jedoch erkannte, daß damit der unvermeidliche Zusammenstoß nur hinausgeschoben worden wäre und daß ein siegreicher Krieg gegen den Erbfeind die endgültige Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne nur beschleunigen konnte. Er ließ deshalb den Dingen freien Lauf, bestärkte sogar den hohenzollerschen Erbprinzen in seinem Entschluß, die spanische Krone anzunehmen. Daß Bismarck den Krieg von 1870 als Präventivkrieg unternahm, dürfte einer unbefangenen Betrachtungsweise kaum noch zweifelhaft sein. Aber nur eine senile, schwächliche Geschichtsauffassung, wie sie heute allerdings modern geworden ist, die in j e d e m Krieg unter allen Umständen ein „Verbrechen" sieht, kann ihm daraus einen Vorwurf machen. Gegensätze, wie der, der zwischen dem berechtigten Einheitsstreben des deutschen Volkes und dem vom französischen Standpunkt aus nicht weniger berechtigten Streben des französischen Volkes bestand, seine alte Vormachtstellung zu erhalten, können eben

nicht anders als durch die Gewalt der Waffen aus der Welt geschafft werden, welche alle in einem Volk vorhandenen Kräfte entbindet und dadurch an den Tag bringt, auf wessen Seite die höhere Vitalität ist und damit das höhere Recht, sich durchzusetzen.

Bismarcks Meisterschaft in der Behandlung auswärtiger Fragen bestand darin, daß er die zur Durchsetzung der staatlichen Ziele als notwendig erkannten Kriege im richtigen Augenblick und unter den richtigen psychologischen Voraussetzungen begann und so früh abzubrechen wußte, daß die bei der Komplexität der europäischen Interessen immer drohende Gefahr fremder Einmischung vermieden wurde. Eine solche Politik war aber nur einem Staatsmann möglich, dem ein so wunderbares Instrument staatlicher Machtdurchsetzung zur Verfügung stand, wie es die preußische Armee war. Die staatsmännischen Erfolge Bismarcks 1866 und erst recht 1870 beruhten großenteils auf der Schnelligkeit der preußischen Siege, die es den in Interessengemeinschaft mit dem Gegner stehenden Mächten unmöglich machten, diesem rechtzeitig zu helfen. Das zweite Geheimnis der Bismarckschen Diplomatie aber war die absolute Klarheit über das Mindestmaß der zu erreichenden Ziele. Dadurch wurde es möglich, auf eine volle Auswertung des Waffenerfolges in minder wesentlichen Punkten zu verzichten, eben um das unbedingt Notwendige sicher zu stellen. So kam denn in dem Kriege gegen Frankreich nach der blitzartigen Niederwerfung der napoleonischen Macht mit ebenso überraschender Schnelligkeit die Aufrichtung des deutschen Kaisertums zustande. Noch war ein heftiger diplomatischer und militärischer Kampf erforderlich, um dem Nationalstolz der Franzosen auch die für die Vollendung des deutschen Reichsbaues nötige Abtretung der alten West-

mark Elsaß-Lothringen abzuringen. Als dies im Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 erreicht war, konnte die deutsche Frage vorläufig als gelöst gelten.

Im innigsten Zusammenhang hiermit stand der Abschluß der italienischen Einheitsbewegung, der noch im gleichen Jahr erreicht wurde. Wir haben gesehen, wie Napoleon III. durch innerpolitische Rücksichten gezwungen worden war, von dieser Bewegung immer mehr abzurücken. Von den Schlachtfeldern von Magenta und Solferino, wo das demokratische Kaisertum der Bonaparte für die Befreiung des italienischen Volkes gefochten hatte, über den Züricher Frieden, der schon ein Kompromiß mit den konservativen Anschauungen war, führte dieser Weg schließlich nach Mentana und zur französischen Besetzung des Kirchenstaates. Schon die Erwerbung Venetiens war dem italienischen Königreich nur durch das Bündnis mit Preußen und infolge der preußischen Siege gelungen. Seit 1867 standen die zum Schutze des Papstes nach Rom entsandten französischen Truppen dem Streben der italienischen Nation nach ihrer natürlichen Hauptstadt hindernd im Wege. Erst die Zurücknahme dieser Garnison infolge der Ereignisse von 1870 ermöglichte den Einmarsch der Italiener. Das kurz darauf veranstaltete Plebiszit ergab, wie zu erwarten war, eine starke Mehrheit für den Anschluß an das nationale Königreich.

Damit hatte der, wie man wohl sagte, älteste Staat der Christenheit, der Kirchenstaat, sein Ende gefunden. Angesichts der engen Verflechtung politischer Macht mit der geistig-religiösen Bedeutung der katholischen Kirche ist es nötig, hier einen kurzen Blick auf die Geschichte dieses eigenartigen Staatswesens und seinen Zusammenhang mit der Kirche als geistig-politischer Organisation zu werfen. Seine Existenz verdankt der

Kirchenstaat letzten Endes dem Streben der werdenden abendländischen Kulturwelt nach Unabhängigkeit von Byzanz. Denn in den Jahrhunderten des Werdens unserer Kultur beschränkte sich das geistig-kulturelle Leben der Völker vorwiegend auf das kirchliche Gebiet und erhielt von hier aus fast ausschließlich seine Nahrung. Nach dem Verschwinden des westlichen Kaisertums war also das gegebene geistige Zentrum der neu sich bildenden abendländischen Völker die Kirche. Der Bischof der alten Reichshauptstadt Rom war ihr natürliches Oberhaupt. Sein Streben nach Unabhängigkeit von der östlichen Kirche war identisch mit der kulturellen und politischen Verselbständigung des Abendlandes. Er mußte nach eigener politischer Macht streben, da ihm der Kaiser von Byzanz den nötigen Schutz nicht gewähren konnte. Wir haben gesehen, wie das andauernde Schutzbedürfnis der Päpste den heiligen Stuhl in die Verbindung mit dem fränkischen und später deutschen Reich führte und schließlich ein Kaisertum des Westens neu erstehen ließ. Wir haben ferner gesehen, wie die unfertigen und eigenartigen politischen Verhältnisse in diesem abendländischen Kaisertum die Kaiser ihre hauptsächlichste politische Stütze in der Kirche und ihren Dienern finden ließen. Die Bischöfe wurden in ihren geistlichen Amtsbezirken zu politischen Beamten des Reiches, die immer mehr an weltlicher Macht in ihrer Hand vereinigten. Nichts natürlicher, als daß dies in verstärktem Maße der Fall war, bei dem Primas des Reichs, dem Bischof von Rom. Als nun das Papsttum unter Gregor VII. in den Kampf um die politische Oberherrschaft mit dem Kaiser eintrat, wurde diese schon bestehende und sich immer mehr festigende territoriale Machtstellung des Papstes zu einem wichtigen Kampfmittel; sie war gewissermaßen die Zitadelle,

auf die das Papsttum sich bei einer ungünstigen politischen Kampflage zurückziehen konnte. Dieser Zusammenhang ist die Grundlage der heute noch in katholischen Kreisen vertretenen Anschauung, daß eigener Territorialbesitz die Voraussetzung für die Unabhängigkeit des Papstes sei. Und für das Mittelalter hatte diese Auffassung unzweifelhaft ihre Berechtigung; der beste Beweis hierfür ist, daß Philipp der Schöne von Frankreich, der vornehmste Vertreter des mächtig aufstrebenden nationalen Königtums, den Papst zwang, seine territoriale Machtgrundlage aufzugeben und seine Residenz nach Frankreich zu verlegen. Aber die Zeiten wandelten sich; der abendländische Universalgedanke verblaßte; die Kurie kehrte nach Rom zurück und geriet immer mehr in Abhängigkeit von den dortigen Adelskoterien. Bei dem mächtigen Aufschwung des italienischen Nationalgedankens und bei der kulturellen Führerstellung, die Italien im 14. und 15. Jahrhundert einnahm, wurde den Päpsten ihr italienisches Fürstentum immer wichtiger, und gewaltige Geister, wie Julius II. und die Borgias, konnten den Gedanken fassen, dasselbe zu einem italienischen Nationalstaat zu erweitern. So großartig dieser Aspekt für die Kirche wie für die Nation war, hatte er doch zur Folge, daß das Papsttum eben zu einer nach der nationalen Führung strebenden italienischen Territorialmacht wurde und so gewissermaßen auf die gleiche Stufe mit Mailand, Neapel oder Venedig sank. Seine Stellung zwischen den Großmächten mußte der Papst vielfach von der Lage des politischen Kampfes in Italien bestimmen lassen, was ihn z. B. in die fast groteske Lage brachte, mit dem streng katholischen König von Spanien Krieg führen zu müssen. Dieser letzten Endes unerträgliche Zustand war einer der treibenden Gründe für die Kirchenbewegung des 15. Jahr-

hunderts und für die Reformation. Die als Reaktion einsetzende Gegenreformation stärkte die Machtstellung der Kirche gewaltig, aber mehr in geistiger wie in rein politischer Beziehung. Die eigentlich politische Führung auch der katholischen Partei in Europa entglitt den Händen des Papstes immer mehr und ging auf Spanien-Österreich, später auf Frankreich über. Wenn auch diese Mächte der Kurie nur als Vollstrecker des alten römisch-kirchlichen Weltherrschaftsgedankens gelten mochten, so war und blieb doch die unmittelbare politische Machtstellung des Papsttums abgetan. Auch die eigenartige politische Stellung, welche diesem die geographische Lage des Kirchenstaates gegeben hatte, hörte allmählich auf. Italien war nicht mehr die führende Kulturnation wie in der Renaissancezeit. Der nationale Geist, der in dieser die herrlichsten Blüten getrieben und die politische Einigung der Nation in greifbare Nähe gerückt hatte, erlosch oder zog sich doch in die verborgensten Winkel des Geisteslebens zurück. Den äußersten Tiefstand ihrer geistigen Wirksamkeit erreichten Papsttum und Kirche vielleicht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der Geist der Aufklärung entfremdete ihnen die führenden Köpfe aller Nationen; selbst katholische Staaten, wie Österreich, Spanien, Portugal schlugen in ihrer Kulturpolitik eine scharf antikirchliche Richtung ein. Den Höhepunkt erklomm diese Bewegung in der französischen Revolution. Die älteste Tochter der Kirche wandte sich von dieser ab und baute ihren neuen Staat auf streng areligiösen, ja antireligiösen Grundlagen auf. Die unvermeidliche Reaktion kam auch der Kirche zugute. Wie allen durch die Revolution entthronten und bedrohten Gewalten wandten sich auch ihr die Geister wieder zu. Die Romantik, die um die Zeit der Befreiungskriege das Geistesleben be-

herrschte, knüpfte an die alten kirchlichen Traditionen an. Gegen die geistige Verflachung im Gefolge der gleichmacherischen Demokratie erschien der autoritätsstarke Aristokratismus der Kirche als Allheilmittel. In gewissen Kreisen wurde der Übertritt zum Katholizismus direkt zur Modesache. Rom wußte sich diese Strömung sehr geschickt zunutze zu machen. Es begann allenthalben seine Anhänger politisch zu organisieren und führte einen meist erfolgreichen Kampf gegen die Staatsgewalt, wo ihm diese feindlich entgegentrat. So sehen wir, wenn auch zeitlich in verschiedener Stärke, im ganzen 19. Jahrhundert einen gewaltigen Aufschwung des katholischen Gedankens gerade auf dem geistig-politischen Gebiet. Das Neuerstarken des Nationalgedankens, besonders des italienischen, brachte aber den Kirchenstaat in eine immer schwierigere Lage. Er war ein Hindernis der werdenden italienischen Einheit. Einen Augenblick — kurz nach der Thronbesteigung Pius IX. — mochte es scheinen, als könne er die Rolle spielen, die ihm einst Julius II. zugedacht hatte, und die Führung der Nation auf dem Wege zur Einheit übernehmen. Aber die enge Verquickung des nationalen Gedankens mit dem liberalen und den starken antikirchlichen Einflüssen, denen dieser ausgesetzt war, machten dem Papsttum des 19. Jahrhunderts eine solche Politik auf die Dauer unmöglich. So war der Kirchenstaat als italienischer Territorialstaat schließlich zum Untergang verurteilt. Aber — wie die weitere Entwicklung lehrt — Kirche und Papsttum haben keinen Schaden davon gehabt.

Neben diesem alten universalistischen Gedanken der katholischen Kirche ringt sich aber in dem politischen Geistesleben Europas eine Fülle neuer Gedanken ans Licht, die Allgemeingültigkeit beanspruchen und so eine

universalistische Tendenz in sich tragen. So vor allem die Gedanken der französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". Sie finden in den liberalen Parteien aller Länder ihre Vertreter und Vorkämpfer. Ihre gesamteuropäische Bedeutung liegt neben der äußeren Gleichheit der Erscheinung in allen Ländern besonders auch darin, daß sie sich schon anschicken, nicht nur die Schranken zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung, den Ständen und Berufen, sondern auch schon die Schranken zwischen den einzelnen Staaten und Ländern niederzureißen. Besonders die Deutschen waren es wieder, welche in diesem Universalismus, dieser „Weltbürgerlichkeit" den anderen Völkern vorangingen. Bereits in den Wirren der deutschen Revolution von 1848 ertönte der Ruf nach den „Vereinigten Republiken von Europa".*) Halten wir uns aber

*) Es liegt m. E. eine Verkennung der Tatsachen darin, diese unbestreitbare kosmopolitische Veranlagung unseres Volkes aus mangelndem Rassetrieb, angeborenem Mangel an Nationalbewußtsein u. dgl. erklären zu wollen. Zum Verständnis dieses Problems hilft nur eine historische Betrachtungsweise, die uns lehrt, daß angeborene Eigenschaften zwar das Schicksal des Einzelnen wie des Volkes stark beeinflussen, daß aber andererseits auch der Charakter der Einzel- wie der Kollektivpersönlichkeit durch ihre Lebensschicksale gebildet wird. Ein Volk ohne Rassetrieb, ohne Veranlagung zum National- und Staatsgefühl wäre nicht imstande gewesen, ein kolonisatorisches Werk wie die Besiedlung und Germanisierung des Ostens, eine staatsmännische Leistung wie den preußischen Staat fertig zu bringen. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit war aber im Mittelalter der vorzüglichste Träger der abendländischen Universalidee gewesen; und zwar hauptsächlich aus geographischen Gründen. Gerade aus dieser Stellung war seine kulturelle Einheit und seine Existenz als Nation erst geboren worden, an ihr zerbrach aber seine staatliche Einheit. In der auf das Interregnum folgenden Zeit war der Repräsentant der Nationaleinheit immer noch der „Römische Kaiser", der Herr der Christenheit; im Lande selbst aber war er machtlos und die Staatsgewalt rissen die Territorialherren an sich. So erlebte der Deutsche in seiner Ge-

gegenwärtig, daß der eigentliche Sinn des liberalen Schlagwortes „Freiheit und Gleichheit" der ist, daß dem einzelnen Individuum die gleichen Bedingungen für freie Entfaltung seiner Persönlichkeit gegeben werden sollen, so ist eigentlich nicht einzusehen, warum diese geforderte Gleichheit Aller sich nur auf das politische Gebiet beschränken, vor der wirtschaftlichen Ungleichheit Halt machen soll. Hier liegt eine der Wurzeln des modernen Sozialismus und gleichzeitig seine ideenmäßige Verflechtung mit dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts, der gerade in der Periode von 1830—70 seine höchste Blüte erlebte. Denn gerade dieser Gedanke der wirtschaftlichen Gleichheit ist für den Besitzlosen das Faszinierende an dem Sozialismus. Wir haben schon ausgeführt, warum auch diese Bewegung eine starke internationale Note hatte. Humanitäre Gedanken, die die Schranken der Nationen überspringen, beginnen daneben schon stärker hervorzutreten. Die italienischen Kriege und der dänische Krieg 1864 geben Veranlassung zur Genfer Konvention und zur Gründung des Roten Kreuzes, das mit seinen Bestrebungen auf Milderung der Kriegführung bald internationale Bedeutung erlangt. Von hier zu dem Gedanken der möglichsten Einschränkung und Vermeidbarmachung der Kriege überhaupt, ist kein allzu weiter Weg. So setzte denn auch schon in der damaligen Zeit die pazifistische Bewegung ein. Charakteristisch für alle diese internationalen Tendenzen ist ferner, daß sie sich bewußt nicht als gesamteuropäische, sondern als die ganze Menschheit umspannend geben. Auch das ist

schichte bis 1870 eigentlich nur den universalen und den dynastisch-territorialen Staat; der nationale Staat, der den anderen Völkern Europas gerade in ihrer Werdezeit den festen Halt ihrer Entwicklung gegeben hatte, war ihm versagt geblieben. Solche Schicksale können auf die Bildung eines Volkscharakters nicht ohne Einfluß bleiben.

an sich keine Besonderheit unserer Zeit. Alle hohen Kulturen zeigen die Tendenz sich selbst als die eigentliche Spitze der gesamten Menschheitsentwicklung anzusehen und lieben es deshalb, den Begriff des eigenen Kulturkreises mit dem der „Menschheit" gleichzusetzten. Schon Cicero bezeichnet Catilina, der beispielsweise auf Persien oder China doch kaum große Wirkungen ausüben konnte, als „Feind des menschlichen Geschlechts", Titus, an dessen gepriesenen Regententugenden doch auch bestenfalls seine römischen Untertanen sich freuen konnten, wird von seinen Lobrednern *„decus et deliciae generis humani"* genannt. Erst im abendländischen Kulturkreis gewann diese allgemein geübte Übertreibung eine besondere Bedeutung, weil die abendländische Kultur und ihre Vertreter tatsächlich fast in alle Teile der bewohnten Erde vorgedrungen sind. Gerade in der Mitte des vorigen Jahrhunderts war der Widerstand, den die fremden Kulturen leisteten, noch so schwach, war auch die Bedeutung der neuen Kulturen, die sich aus der unseren in fremden Erdteilen entwickeln, noch so wenig in die Augen springend, daß die europäische tatsächlich als „die" Kultur erscheinen und der Unterschied zwischen europäischer Gemeinsamkeit und allgemeiner Internationalität sich verwischen konnte.

In dieser „Epoche des Nationalismus und der Verfassungskämpfe" vollziehen sich auch in den Beziehungen Europas zu den anderen Kulturkreisen große Wandlungen. Auch hier können wir das Nebeneinander zweier gegensätzlicher Tendenzen beobachten, die mit dem auf Europas Boden ausgebildeten Gegensatz zwischen Nationalismus und Universalismus in engstem Zusammenhang stehen. Wir sehen auf der einen Seite eine gewaltige Ausbreitung der sich schon veräußer-

lichenden und verflachenden — wie Spengler sagt: „zur Zivilisation erstarrenden" — abendländischen Kultur auf alle Länder der Erde, auf der anderen Seite ein beginnendes Übergreifen des europäischen Nationalitätengedankens auf die überseeischen Länder, indem diese anfangen, sich von der europäischen Bevormundung frei zu machen. Danebenher geht die neuerliche koloniale Ausbreitung Englands und Frankreichs gleichzeitig mit dem sich immer vertiefenden Gegensatz zwischen England und Rußland.

England geht mit großem Erfolge daran, seinen indischen Kolonialbesitz zu konsolidieren und zu vergrößern. Es unterwarf zunächst die Landschaften zu beiden Seiten des Indus, wodurch es in Gegensatz zu Afghanistan geriet, hinter dem sich bereits der größere gegen das Zarenreich verbarg. Die Niederzwingung Afghanistans (1840—42) befestigte aber die britische Herrschaft in jenen Ländern, die dann in den folgenden Jahren bis 1849 durch weitere Kriege gegen die eingeborene Bevölkerung ausgebaut wird. Schon seit 1826 hatte sich Britisch-Indien auch nach Osten hin, gegen den hinterindischen Staat Birma, erweitert, welcher im Jahre 1866 ganz unter englische Herrschaft geriet. Auf der hinterindischen Halbinsel setzte sich auch Frankreich fest, das 1862 Cambodja und Cochinchina unterwarf, später das Königreich Annam seinem Protektorat unterstellte. Das Zusammengehen der beiden europäischen Westmächte dokumentierte sich auch hier im fernen Osten in dem gemeinsamen Kriege gegen China 1857—60, der hauptsächlich die Erschließung des ungeheuren, einen geschlossenen Kulturkreis bildenden ostasiatischen Kaiserreichs für das Wirtschaftsleben der europäischen Völker, insbesondere der beiden Verbündeten, zum Zweck hatte. Schon vorher, 1839—42 hatte

England einen hauptsächlich handelspolitischen Interessen dienenden Krieg, den sogenannten „Opiumkrieg“, siegreich gegen China geführt. Fast gleichzeitig mit dem englisch-französischen Krieg gegen das Reich der Mitte (1857—58) erschütterte ein furchtbar blutiger Aufstand die Herrschaft der Briten in Indien. Seine Niederwerfung führte zu der Auflösung der Ostindischen Kompagnie, die bis dahin die Regierung des Landes geführt hatte, und zur Unterstellung der Kolonie unter staatliche Verwaltung.

Ebenfalls in den 50er und 60er Jahren begann Japan sich dem Handel mit den europäischen Völkern zu öffnen. Die äußeren Errungenschaften der europäischen Zivilisation drangen (allerdings erst in der folgenden Periode) schnell in das begabte Volk ein, das gleichzeitig eine Epoche nationaler Wiedergeburt auf politischem Gebiet durchlebte. Dieses Reich, das dem chinesischen Kulturkreis angehörte, hatte bereits in der Zeit der großen Entdeckungen wirtschaftliche und geistige Beziehungen zu den seefahrenden Nationen des Abendlandes angeknüpft und auch christliche Missionare aufgenommen. Es blickte schon damals auf eine mehr als zweitausendjährige Geschichte zurück, die zu höchst eigenartigen politischen Einrichtungen geführt hatte. Neben dem eigentlichen Monarchen, dem Mikado oder Tenno, der im Laufe der Jahrhunderte seine Macht großenteils an die Provinzialfürsten, die Daimyos, verloren hatte, stand ein Kronfeldherr, der Shogun, der die eigentliche monarchische Macht ausübte, ähnlich wie seinerzeit der Major domus bei den Franken. Als zu Beginn des 17. Jahrhunderts eine neue Familie, die Tokugawa, in den Besitz des Shogunats gelangt war, begann sie zur Sicherung ihrer Machtstellung im Lande jeden ausländischen Einfluß aus diesem auszuschließen.

Dieser Zustand erhielt sich über 200 Jahre. Als sich wieder neue Beziehungen zu Europa zu knüpfen begannen, stand also neben einem völlig schattenhaften Kaisertum als, ebenfalls nicht allzu mächtiger, Vertreter der Zentralgewalt das Shogunat, während die mächtigen Geschlechter des Provinzialadels, die Daimyos, einen starken Einfluß ausübten. Nur zögernd entschloß sich seit 1854 die Regierung des Shoguns, dem ausländischen Handel einige Küstenplätze auszuliefern. Dies führte zu einer starken nationalen Opposition, besonders unter den Fürsten des Südens, die immer mehr den Gedanken propagierten, daß der veränderte Zustand des Landes und besonders seiner auswärtigen Beziehungen die Wiederherstellung einer einheitlichen Zentralgewalt durch den fast sagenhaft gewordenen Tenno notwendig mache. In den Jahren 1866 und 1867 trat kurz hintereinander in den beiden obersten Würden ein Thronwechsel ein. Der innerlich wohl einer modernen Entwicklung geneigte Hitotsbashi wurde Ende 1866 Shogun und der erst fünfzehnjährige, aber hochbegabte Mutsuhito wenige Monate später Mikado. Kurz darauf entschloß sich Hitotsbashi, zugunsten des jungen Kaisers abzudanken, so daß also eine einheitliche nationale Monarchie wiederhergestellt war. Der Bürgerkrieg, der dadurch hervorgerufen wurde, daß Hitotsbashi sich von einigen Provinzialfürsten, besonders aus dem Norden, bewegen ließ, seine Abdankung wieder zurückzunehmen, änderte nichts an dem Resultat. Bereits 1869 war der Shogun endgültig niedergeworfen und die Macht in den Händen des jugendlichen Tenno, der sie sich durch eine zu diesem Zwecke einberufene Volksvertretung bestätigen ließ.

Während sich so Japan auf seine künftige Rolle als einheimische asiatische Großmacht vorbereitete, dehnte

sich Rußland in den 50er Jahren in Innerasien, seit 1860 durch Erwerbung des Amourgebietes auch in Ostasien aus.

Afrika war nur an seinen Küsten von europäischen Handelsniederlassungen besetzt. Allmählich drang die wissenschaftliche Forschung auch in das Innere des schwarzen Erdteiles vor. Aber bald, wenn auch anfangs nur tastend, folgt ihr der europäische Kaufmann und die christliche Mission.

In innigster Berührung stand das Abendland nach wie vor mit dem nahen Orient. Vor allem Frankreich arbeitete unablässig an seiner Wiedereinführung in unseren Kulturkreis durch die unsagbar mühevolle Pazifizierung Algeriens. Es suchte wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß in Ägypten und den angrenzenden Ländern, besonders Syrien, zu gewinnen.*) Das immer mehr dem Verfall entgegengehende türkische Reich wurde überhaupt zum Tummelplatz des Wettbewerbs der europäischen Nationen. Frankreich und England gingen hier mehr ihren wirtschaftlichen Interessen nach, während Rußland seine religiöse und ethnographische Verwandtschaft mit den christlichen Untertanen des Sultans zu seiner Expansion auszunützen strebte. Der aus der europäischen Entwicklung des Jahrhunderts geborene Nationalitätsgedanke drang unter diesen Umständen im Reiche des Padischah immer weiter vor und jeder seiner Erfolge bedeutete eine Ausbreitung des Abendlandes und seiner politischen Gedankenwelt. Zunächst allerdings traten England und Frankreich dieser Entwicklung hemmend in den Weg, da sie, wie wir im Krimkrieg sahen, aus Eifersucht gegen Rußland das türkische Reich zu erhalten suchten.

*) Hier errang im Jahre 1869 die französische Kulturtätigkeit einen schönen Erfolg durch die Herstellung des Suez-Kanals.

Von größter Bedeutung für die europäischen Verhältnisse war aber die Entwicklung in Amerika. Die äußerliche Europäisierung dieses Erdteils war vollkommen. Er zerfiel, wie das Mutterland, sprachlich und geistigkulturell in eine germanisch-protestantische und eine romanisch-katholische Hälfte. In all diesen Staaten herrschte eines der abendländisch-christlichen Bekenntnisse; alle — mit einziger Ausnahme Brasiliens, wo sich bis 1889 die konstitutionelle Monarchie des Hauses Braganza erhielt — hatten die republikanische Staatsform, in allen spielte sich das öffentliche und private Leben, wenigstens der gebildeten Klassen, in europäischen Formen ab. Und immer neue Bande der Gemeinsamkeit wurden um die beiden großen Siedlungsgebiete der weißen Rasse durch die Auswanderung von Europa nach Amerika geschlungen, die gerade um die Mitte des 19. Jahrhunderts besonders große Ausmaße annahm. Vor allem Deutschland stellte ein großes Kontingent zu derselben. Die hohe Geburtenziffer des deutschen Volkes, dessen industrielle Entwicklung noch in den ersten Anfängen steckte und infolge der politischen Zerrissenheit des Landes nicht zur Entfaltung kommen konnte, zwang viele, sich neue Erwerbszweige in weniger erschlossenen Gebieten zu suchen. Dazu kam, daß zahlreiche Angehörige zumal des gebildeten Mittelstandes ihre freiheitlichen Ideale mit den politischen und sozialen Verhältnissen des Vaterlandes nicht in Einklang zu bringen vermochten und deshalb dem „freien" Amerika zustrebten. Je mehr aber das amerikanische Volkstum geistig und auch rein physisch von Europa aus befruchtet wurde, suchte man drüben die neuen Elemente zu assimilieren und eine eigene amerikanische Nationalität herauszubilden. Vor allem lehnte man, besonders in den Vereinigten Staaten des ehemals englischen Kolonialgebiets, jede europä-

ische Einmischung in die politischen Verhältnisse des neuen Erdteils ab. Dies war der Sinn der berühmten Erklärung des Präsidenten James Monroe vom Jahre 1823. Es leuchtet ein, daß diese politische Verselbständigung der amerikanischen Staaten, dieses Programm, das man mit den Worten „Amerika den Amerikanern" kurz zusammenfaßt, für die Völker der andern außereuropäischen Erdteile und Kulturkreise eine werbende Kraft in sich tragen mußte und dies um so mehr, als man in Südamerika von einer weißen Bevölkerung eigentlich kaum noch reden kann. Denn während in dem nördlichen Kontinent die weißen Einwanderer auf eine sehr tief stehende und spärliche Urbevölkerung stießen, die sie heute fast ganz verdrängt haben, fanden die spanischen Konquistadoren und die Portugiesen in Südamerika (einschl. Mexiko) verhältnismäßig dichtbesiedelte Staaten mit einer eigenartigen, teilweise sehr hohen Kultur vor. Hier trat bald eine Blutmischung zwischen Eroberern und Unterworfenen ein, und wenn sich auch, besonders in den Ländern spanischer Zunge, eine politisch sehr einflußreiche rein weiße Oberschicht erhalten hat, so ist doch bei den in der Bildung begriffenen Nationen Lateinamerikas der starke indianische Einschlag nicht zu verkennen. Hierin liegt ein tiefer Gegensatz zu der fast ausschließlich aus der Mischung der europäischen Einwanderer erwachsenden, angelsächsisch orientierten nordamerikanischen Nation. Die letztere strebt fast vom Tage ihres Bestehens an nach einer Schutzherrschaft über die übrigen Staaten der Neuen Welt, wie sie sich ja auch in der erwähnten Monroeschen Botschaft zum Verteidiger von deren Selbständigkeit aufgeworfen hat. Zunächst hatten die Staaten beider Kontinente in zahlreichen inneren und äußeren Kämpfen um ihre nationale Organisierung zu

ringen. Weite Gebiete Nord- wie Südamerikas wurden jetzt erst erschlossen und besiedelt. Die Union breitete sich in ungeahnt rascher Ausdehnung vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean aus und umfaßte 1848 bereits die ganze Mitte des nördlichen Kontinents, während im Norden Kanada britischer Besitz, im Süden Mexiko unabhängig blieb. Das schnelle Wachstum der Union und ihre wirtschaftliche Entwicklung schufen aber scharfe soziale, ökonomische und politische Gegensätze zwischen den nördlichen und südlichen Gliedstaaten derselben. Während der Norden sich hauptsächlich auf ein bäuerliches Farmertum stützte und auch schon anfing seine Industrie zu entwickeln, ruhte das Schwergewicht im Süden bei den großen Plantagenbesitzern, die ihre ausgedehnten Begüterungen hauptsächlich mit Hilfe schwarzer Sklaven bewirtschafteten. Handelspolitische, ethnische Gegensätze kamen hinzu; auch wurde in den Südstaaten im Gegensatz zum Norden mehr die föderalistische Auffassung vertreten. Alles drehte sich schließlich um die Frage nach Zulassung oder Verbot der Sklaverei, die das politische Leben der Union über dreißig Jahre lang bewegte. Solange die das Interesse des sklavenhaltenden Südens vertretende demokratische Partei das politische Übergewicht behielt, hielt der Bund noch zusammen. Als aber im Jahre 1861 mit Abraham Lincoln der Kandidat der der Sklaverei feindlichen Republikaner zum Präsidenten gewählt wurde, schritt der Süden zur Auflösung der Union. Elf sklavenhaltende Staaten erklärten ihren Austritt aus dieser und schlossen sich zu dem neuen Bunde der „konföderierten Staaten von Amerika" zusammen. Der nun entbrennende Bürgerkrieg dauerte bis 1865 und endete mit dem Siege des Nordens und somit der nationalen Einheit.

Die gefährliche Lage, in welcher sich die Union in-

folge dieses Bürgerkriegs befand, ermöglichte nun erst ein Unternehmen, welches den Versuch darstellt, Amerika wieder in die auf dem europäischen Kontinent herrschenden politischen Strömungen hineinzuziehen. In der nordamerikanischen, aber zum spanischen Kulturkreis gehörigen, Bundesrepublik Mexiko hatte sich in den seit der Loslösung vom Mutterlande fast ununterbrochen dauernden Unruhen der „General" Juarez zum Präsidenten und Diktator aufgeschwungen. Er sperrte im Jahre 1861, um der nicht endenwollenden Finanzmisere in seinem Lande abzuhelfen, die an ausländische Gläubiger geschuldeten Zinsen der Staatsschuld. Dieser rechtswidrige Schritt veranlaßte noch im gleichen Jahre Frankreich, England und Spanien zum bewaffneten Eingreifen. Das Expeditionskorps der drei verbündeten Mächte besetzte die Hafenstadt Veracruz. Während nun die Engländer und Spanier die Gläubigerrechte ihrer Staatsangehörigen durch einen neuen Vertrag mit der mexikanischen Regierung sicher stellten, und dann ihre Truppen zurückzogen, glaubte Napoleon die Expedition im Sinne seiner neuen katholisch-konservativen, auf Zusammenschluß der lateinischen Rasse hinzielenden Außenpolitik ausnützen zu sollen. Die französischen Truppen drangen ins Innere des Landes vor und eroberten im Jahre 1863 Puebla, etwas später auch die Hauptstadt Mexiko. Ihr Befehlshaber, General Bazaine, trat mit einigen, in diesen unentwickelten Staatswesen immer vorhandenen, politischen Abenteurern und mit den Führern der nicht sehr zahlreichen klerikalen Partei in Verbindung, um das Land unter der Ägide der Monarchie und des katholischen Gedankens dauernd in die politische Gefolgschaft seines kaiserlichen Herrn zu bringen. Eine, in Wahrheit nur einen minimalen Bruchteil der Bevölkerung

repräsentierende „Nationalversammlung“ trat in Mexiko zusammen und beschloß die Einführung der konstitutionellen Monarchie. Die Kaiserkrone bot man dem Erzherzog Ferdinand Max, dem Bruder Kaiser Franz Josephs von Österreich an, der sie auch annahm und im Jahre 1864 als Maximilian I. seinen Einzug in Mexiko hielt. Die Republikaner unter Juarez leisteten aber hartnäckigen Widerstand und das landfremde Kaisertum konnte sich nur mit Hilfe der Franzosen halten. Für diese aber war diese ganze abenteuernde, die Monroedoktrin ins Gesicht schlagende Politik nur möglich, solange die Vereinigten Staaten durch den Bürgerkrieg in ihrer Aktionsfähigkeit gelähmt waren. Napoleon hätte also alle Veranlassung zu einer aktiven Unterstützung der Konföderierten gehabt. Das gleiche Interesse lag bei England vor, das an der Aufrechterhaltung der südstaatlichen Baumwollproduktion aufs lebhafteste interessiert war, die ihrerseits damals ganz auf der Sklavenwirtschaft beruhte. Napoleon konnte aber der öffentlichen Meinung seines Landes ein so starkes Engagement in die amerikanischen Dinge, wie es ein militärisches Eingreifen in den Sezessionskrieg bedeutet hätte, nicht bieten. Auch England scheute sich schließlich doch, eine so unpopuläre Sache, wie die der Sklaverei, die überdies in früheren Jahrzehnten von seinen Regierungen immer bekämpft worden war, offiziell zu der seinigen zu machen. So kam die sezessionsfreundliche Politik der europäischen Westmächte über die Anerkennung des Konföderierten als kriegführende Macht nicht hinaus. Die kluge und geschickte auswärtige Politik Abraham Lincolns wußte jede ernstere Komplikation zu vermeiden. So gelang es den Nordstaaten im Jahre 1865 des Aufstandes Herr zu werden und die staatliche Einheit der Nation wieder herzustellen. Damit war auch

das mexikanische Kaiserreich dem Untergang geweiht. Die amerikanische Regierung stellte unter Berufung auf die Monroedoktrin an Napoleon das Ersuchen, seine Truppen aus Mexiko zurückzuziehen, dem dieser unter den veränderten Umständen keinen Widerstand entgegensetzen konnte. Nach dem Abzug der Franzosen wurde es den mexikanischen Republikanern verhältnismäßig leicht, die wenig zahlreichen Parteigänger des Kaisers zu überwältigen. Der Erzherzog selbst, der sich nicht entschließen konnte, sein verfehltes Unternehmen rechtzeitig aufzugeben, wurde in Queretaro gefangen genommen und als Hochverräter erschossen. Hiermit endete der letzte Versuch, eine europäische Hegemonie in der Neuen Welt wieder aufzurichten und es konsolidierte sich eine Macht, die sich bald anschicken sollte, als selbständige Weltmacht neben die europäischen Großstaaten zu treten.

3. Wirtschaftliches Zeitalter; Imperialismus; soziale Frage; ausländische Großmächte 1870—1914

Die Glocken, die zur Feier des Frankfurter Friedens vom 10. Mai 1871 erklangen, läuteten eine über vierzigjährige Epoche des Friedens unter den abendländischen Staaten ein. Man kann sagen, daß die politische Entwicklung Europas in das Stadium der höchsten Reife eingetreten war. Alle geistig-politischen Ideen, die diese Entwicklung bestimmt hatten, waren zur höchsten Entfaltung gekommen. Der moderne Staatsgedanke, der Gedanke des Staates als höchster, theoretisch allmächtiger, menschlicher Kollektivpersönlichkeit, der seine Wurzeln im Begriff des römischen „Imperium“ hatte und seine europäische Durchbildung in der spanischen Monarchie, dem Frankreich Ludwigs XIV. und dem Preußen Friedrichs des Großen fand, war in allen

europäischen Staaten verwirklicht. Der dynastische Gedanke, der, wie wir sahen, den größten Einfluß auf die politische Gestaltung Europas gehabt hatte, ging aus den Ereignissen des Jahres 1870 neugestärkt hervor; in der überwiegenden Mehrzahl der europäischen Staaten bestanden die alten Dynastien noch fort, wenn auch in verschiedener Machtabstufung. Denn auch die Demokratie, zu der die ersten Ansätze schon in den übersteigerten Kulturzuständen des Römerreiches wie in der urtümlichen Volksfreiheit der Germanen vorhanden waren, und die sich schon einmal, im Städtewesen des Mittelalters, ausgewirkt hatte, war durch die französische Revolution in das politische Leben aller europäischen Staaten eingedrungen; gerade in dem Widerspiel der monarchisch-aristokratischen und der demokratischen Kräfte, beruhte die eigenartige Bewegtheit des europäischen Staatslebens und teilweise auch die Gegensätzlichkeit der Staaten untereinander. Der nationale Gedanke, die Idee der Geschlossenheit der einzelnen Nationen in sich und ihrer Unabhängigkeit voneinander, hatte sich fast restlos durchgesetzt; wenn auch die mathematisch genaue Übereinstimmung zwischen politischen und völkisch-sprachlichen Grenzen sich natürlich niemals erzielen lassen wird, so waren doch die Staaten Europas mit der einzigen Ausnahme der Donaumonarchie durchweg Nationalstaaten; wo die einheitliche nationale Grundlage fehlte, wie in der Schweiz oder in Belgien, wurde sie durch ein sehr intensives Staatsgefühl ersetzt. Was endlich die Gegentendenz des Nationalismus, den abendländischen Universalismus anlangt, so besaß er immer noch eine imposante und recht wirksame Repräsentation im römischen Papsttum. Im übrigen trat er mehr in der Gestalt eines weltumspannenden Inter-

nationalismus auf und manifestierte sich in zahlreichen humanitären und Kulturbestrebungen. Eine der bedeutsamsten von diesen ist die auf Herstellung einer überstaatlichen Organisation aller zivilisierten Nationen abzielende pazifistische Bewegung. Einen gewissen äußeren Erfolg erzielte diese Bewegung durch die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag, die im Jahre 1899 auf Betreiben des russischen Kaisers Nikolaus II. erfolgte.

Die angeführten geistigen Strömungen im Staatsleben des Abendlandes hatten also alle mehr oder weniger ihr Ziel erreicht; die einen hatten sich, allerdings nicht ohne Konzessionen an die Gegenströmung, behauptet, die anderen hatten sich bis zu einem gewissen Grade durchgesetzt. Das gleiche gilt von den machtpolitischen, militärisch-diplomatischen Verhältnissen der Staaten untereinander. Auch hier war eine gewisse Stabilität eingetreten, ein Ausgleich erzielt. Die fünf alten Großmächte bestanden noch weiter; sie hatten eine sechste, Italien, in ihren Kreis aufgenommen; Preußen hatte sich in seinem Wesen insofern geändert, als es sich zum deutschen Reiche erweitert hatte. Die Konsolidierung des europäischen Lebens, die trotz der revolutionären und zwischenstaatlichen Kämpfe nach 1830 in der ganzen Epoche seit dem Wiener Kongreß stattgefunden hatte und durch die Befriedigung des dringendsten Bedürfnisses nach nationaler und freiheitlicher Ausgestaltung des Staatslebens eher noch eine Verstärkung erfuhr, hatte nun bald auch einen großen Aufschwung des Wirtschaftslebens zur Folge. Der Zustand der zwischenstaatlichen und im wesentlichen auch innerstaatlichen Ruhe, der Europa in dem halben Jahrhundert von 1870—1914 beherrschte, hatte eben seinen Grund nicht etwa in einer allgemeinen Erschöpfung, wie nach

1815, sondern im Gegenteil in einer allgemeinen Kraftsteigerung der Staaten und der in ihnen lebendigen geistigen Strömungen. Diese Kraftsteigerung ließ das Katastrophale einer künftigen europäischen Konflagration vorausahnen und zwang deshalb die Staaten in die Bahnen einer Politik, die bewußt auf die Erhaltung des europäischen Friedens ausging. Da aber die Lebenskraft und damit der Ausdehnungsdrang*) der abendländischen Völker bei weitem noch nicht erschöpft war, so stürzte er sich bald auf überseeische Gebiete.

Bevor wir aber diesen Vorgängen unsere Aufmerksamkeit zuwenden, müssen wir noch die geistigen Strömungen betrachten, die das politische Leben Europas um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts bewegten. Der Gegensatz zwischen den Kräften, die in der französischen Revolution wirksam gewesen waren und den geistigen Mächten des alten Europa, zwischen Demokratie und Autoritätsprinzip, bestanden noch fort. Auf rein politischem Gebiet, als Gegensatz zwischen demokratischer und monarchisch-aristokratisch-autoritärer Staatsauffassung, hatte er allerdings viel von seiner Schärfe verloren, da die demokratisch-liberalen Forderungen, soweit sie einen vernünftigen Kern enthielten, sich überall durchgesetzt hatten. Seine wirksame Fort-

*) Es ist eine Verirrung der besonders im heutigen Deutschland grassierenden weichmütigen und friedensseligen Weltauffassung den „Expansionsdrang", die „Eroberungssucht", mit einem Beigeschmack moralischen Tadels als Charakteristikum bestimmter Völker, etwa des französischen, russischen, angelsächsischen hinzustellen. Der Trieb, den Geltungs- und Herrschaftsbereich des eigenen Volkstums und Staates auszudehnen, ist allen lebenskräftigen Nationen jederzeit eigen gewesen. Es kann vorkommen, daß ein Staat aus zwingenden politischen Gründen sich auf territorialem Gebiete bescheidet, wie die Schweiz seit 1516 bezw. 1815. Solche Einzelfälle ändern aber nichts an dem Prinzip.

existenz im politischen Leben ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß in dem Zustand kultureller Überreife, in dem sich der abendländische Kulturkreis etwa seit Beginn des 19. Jahrhunderts befindet, die alten Autoritäten überall zu wanken beginnen. Dies macht sich besonders auch auf kirchlichem Gebiete geltend. Gerade aus dem Kampf gegen die „kirchliche Bevormundung“ und für „geistige Freiheit“ zog und zieht ja auch der politische Liberalismus seine Hauptkräfte. Als Phasen dieses Kampfes seien genannt: in Frankreich zunächst die große monarchisch-nationalistisch-klerikale Reaktionsepoche gleich nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges bis in die achtziger Jahre und dann als Gegenspiel die kirchenfeindliche Gesetzgebung des Kabinetts Combes um die Jahrhundertwende; in Deutschland zunächst der Kulturkampf Bismarcks und später der sog. „schwarzblaue Block“, der die konservativ gerichteten Elemente beider Konfessionen wieder in e i n e Front zusammenführte.

Wenn wir in diesem Kampfe der traditionell-historisch gerichteten Elemente gegen den kirchlichen und politischen Liberalismus Erscheinungen vor uns sehen, die in ihren Ursprüngen auf frühere Epochen zurückgehen, so geraten wir ganz in den Strom modernster Politik, wenn wir uns der großen Bewegung zuwenden, die dem innerpolitischen Leben des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts recht eigentlich den Stempel aufdrückt: dem Aufstieg des Arbeiterstandes und seinem Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, wie er uns im Sozialismus entgegentritt. Solcher sozialen Neubildungsprozesse haben wir im Abendlande schon einige erlebt. Die Umwandlung des Geburtsstandes der „Freien“ in den Berufsstand der „Ritter“ ums 13. Jahrhundert mit ihrem zahl-

reichen Einströmen unfreier Elemente in diesen neuen Adel war der erste; dann folgte der Aufstieg des Bürgertums im Städtewesen vom 14. bis ins 16. Jahrhundert; das Zeitalter des Absolutismus brachte den neuen Berufsstand der Beamten und Offiziere; als soziale Folge der französischen Revolution ist in erster Linie die Bauernbefreiung zu werten. Ökonomische Triebkräfte haben bei allen diesen Bewegungen im Hintergrunde gestanden. In der ständischen Bewegung unserer Zeit, der „sozialen Frage" des 19. Jahrhunderts, d. h. eben dem Aufstieg des Proletariats, sind sie ausschlaggebend. Wir haben gesehen, wie durch das Anwachsen der Industrie die ungeheuren Arbeitermassen entstanden, die sich aus den unteren Ständen der bisherigen Gesellschaft, dem Kleinbürger- und Bauerntum, rekrutierten. Die wirtschaftlich schlechte Lage, in der sie sich befanden, hat wohl nur teilweise ihren Grund in Unterlassungssünden des Staates und der Gesellschaft; teilweise ist sie in der Natur der Dinge gegründet und vielleicht nur eine Begleiterscheinung der Kulturstufe, die wir erreicht haben; besaß doch die niedergehende Antike eine Parallelerscheinung in ihren ebenfalls materiell gedrückten Sklavenheeren. Sei dem, wie ihm wolle: die Lage des industriellen Arbeiterstandes war etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine sehr üble und wurde es immer mehr, je größer die Massen waren, die in ihn hineindrängten. Trotzdem wäre es nicht unbedingt nötig gewesen, daß er seinen Aufstieg im Kampfe gegen die alten, historischen Mächte vollziehen zu müssen glaubt. Denn diejenige Bevölkerungsschicht, gegen welche der Arbeiterstand sich in erster Linie bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen hatte, war das immer mehr in den Großkapitalismus hineinwachsende Bürgertum, das selbst im revolutionären Kampf gegen den

alten feudal orientierten Landesstaat aufgekommen war. Es wäre also an sich durchaus möglich gewesen, daß die Kräfte, die mit diesem alten Staat verknüpft waren und die ökonomisch ebenfalls in einer anderen Wirtschaftsweise wurzelten, als in der bürgerlich-kapitalistischen, sich ihrerseits mit der Arbeiterschaft verbunden hätten, um die bürgerlich-kapitalistischen Kreise von der Vorherrschaft im Staate zurückzudrängen. Nun war aber der Boden Europas schon revolutionär aufgelockert, als das Proletariat auf dem politischen Kampfplatz erschien. Noch war bei den Anfängen der proletarischen Bewegung der Kampf zwischen dem liberalen Bürgertum und dem alten, konservativen Staat, der „Reaktion", nicht völlig ausgekämpft. Das Bürgertum benützte das Proletariat zunächst als Hilfstruppe. Die revolutionären Phrasen von Freiheit, Gleichheit, „unverjährbaren" Volksrechten mußten ja auch eine verführerische Wirkung auf materiell und sozial gedrückte, ungebildete Massen ausüben. Andererseits erfolgte der Ausgleich zwischen dem Bürgertum und dem alten historischen Staat ziemlich schnell. Die kapitalistische Wirtschaftsmethode, die in unserem Kulturkreis eben die spezifisch bürgerliche Form der Wirtschaft ist, wurde bald zur herrschenden, auch bei den Schichten, die die bevorzugten Stützen des alten monarchisch-aristokratischen Staates waren.

Während so der Arbeiterstand den rein politischen Ideengehalt der vorhergegangenen bürgerlichen Revolutionen — Volkssouveränität, absolute Gleichheit, Völkerverbrüderung — in sich aufnahm, sah er sich gleichzeitig einer Wirtschaftsordnung gegenüber, die seinen spezifischen Standesinteressen wenig entspricht. In einem Mangel an Logik, wie er leicht einer großen, von idealem Schwung getragenen Bewegung anhaftet, und

der überdies in jener Vermengung überkommener allgemein politischer Ideale mit konkreten wirtschaftlichen Zielen begründet ist, setzte er nun seine Interessen mit denen des ganzen Volkes, ja, der Menschheit gleich und verlangte stürmisch eine gänzlich neue Struktur der ganzen Gesellschaft.

Das Programm zu einer solchen glaubte er im Sozialismus*) vor sich zu haben. In diesem verband sich der eigentlich sozialistische oder kommunistische Gedanke, der Gedanke der Vergesellschaftung des Eigentums, der durchaus nichts Neues in der Geschichte der geistigen Bewegungen ist, mit den demokratischen Ideen der französischen Revolution und mit universalistischen, übernationalen Tendenzen, wie sie in der Entwicklung des Abendlandes vorgebildet waren, und, wie wir sahen, gerade im 19. Jahrhundert immer mehr die Richtung auf das Menschheitliche nahmen. Dadurch wuchs die proletarische Bewegung über den Rahmen einer reinen Standesbewegung hinaus. Die Versuche, sie in demselben festzuhalten, wie sie besonders in Bismarcks Kampf gegen die Sozialdemokratie und in seiner sozialen Gesetzgebung lagen, erwiesen sich letzten Endes als erfolglos. Der Sozialismus blieb in seinen äußersten Zielen staatsfeindlich und fügte sich so in jene große Bewegung ein, deren wir schon bei der französischen Revolution Erwähnung taten, und die wir als den Kampf der Urrassen gegen das aristokratisch-germanische Element in der abendländischen Kultur bezeichneten. Daß dem Sozialismus dieser Charakter anhaftet, beweist er durch die Erscheinungen, die in seiner praktischen, kon-

*) Es ist wohl korrekter, das, was man heute landläufig unter „Sozialismus“ versteht, als „Kommunismus“ zu bezeichnen — wie ja auch Marx seine Programmschrift „Kommunistisches Manifest“ genannt hat.

sequenten Verwirklichung, dem Bolschewismus, zutage treten. Daß in den westeuropäischen Ländern dieser — letzten Endes kultur- und staatsfeindliche — Charakter des Sozialismus sich weniger bemerkbar macht, hat seinen Grund darin, daß auch in den unteren Bevölkerungsschichten dieser Länder der nationale Gedanke, der in gewisser Beziehung als eines der wesentlichsten Merkmale der abendländischen Kultur angesehen werden kann, noch zu lebendig ist.

Denn das muß jede aufmerksame Betrachtung der abendländischen Geschichte ergeben, daß der nationale Gedanke einer der hauptsächlichsten Faktoren in der staatlichen Entwicklung unseres Kulturkreises gewesen ist, wenigstens in deren letzten Jahrhunderten. Während des ganzen Mittelalters war dieses Element zwar noch gewissermaßen verhüllt von anderen Ideen, — ständischen, kirchlichen, universalen. Dem rückschauenden Betrachter wird es aber in immer steigendem Maße erkennbar etwa von der zweiten Hälfte des Mittelalters an, obgleich es in dieser Zeit und auch in der folgenden Periode bis zur französischen Revolution von der lebenden Generation noch nicht mit vollem Bewußtsein empfunden wurde. Aber seitdem das universale Kaisertum dem gemeinsamen Ansturm der partikularen Fürstengewalt in Deutschland und des universalen Papsttum, dieses letztere aber der Opposition des nationalen Königtums in Frankreich erlegen war, beruhte die weitere Entwicklung Europas darauf, daß in dem nunmehr festumrissenen Gebiete der romanisch-germanischen Kultur die einzelnen Nationen sich immer schärfer gegeneinander abgrenzten. Die weitere Bereicherung und Vollendung dieser Kultur erfolgte nur aus dem, was diese werdenden Nationen aus der Fülle ihrer Eigenart hervorbrachten und zu der Gesamtkultur

beisteuerten. Diese erhielt dadurch den Charakter nationaler Vielgestaltigkeit, während die gesamtabendländischen, universalistischen Momente immer mehr zurücktraten. Statt ihrer bildete sich aber bald eine neue abendländische Gemeinsamkeit, ein neuer Universalismus, oder, besser gesagt, Internationalismus heraus. Er beruht auf der wachsenden Vervollkommnung der technischen Hilfsmittel der Kultur; zunächst der geistigen Ausdrucksmittel infolge des Buchdrucks. Dadurch wurde es möglich, die geistigen Produktionen jeder einzelnen abendländischen Nation zum Gemeingut Aller zu machen. Von besonderer politischer Bedeutung war dies nun in bezug auf die staatsphilosophische Literatur in Frankreich, die die große Revolution vorbereitete. Indem sie die Volksschichten aufrührte, die bisher an der nationalen Bildung in den einzelnen Ländern am wenigsten Anteil genommen hatten, gab sie ihren allgemein menschlichen Ideen breites Wirkungsfeld. Wir haben aber auch gesehen, daß durch diese Bewegung in ihren weiteren Folgen erst das Nationalgefühl zu neuem Leben erweckt wurde. Fast gleichzeitig setzte der erneute Aufschwung der Naturwissenschaften und der Technik ein, der mit seinen schier unübersehbaren Folgen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet den kulturzersetzenden Tendenzen der Revolution und ihres Ideenkreises erst den Boden zu voller Entfaltung bereitete, indem er das Proletariat schuf, das der eigentliche Träger dieser Tendenzen wurde; und der alle internationalen Tendenzen ungemein steigern mußte, da er dem Verkehr eine bisher auch nicht geahnte Intensität gab.

So treten sich im 19. Jahrhundert der nationale Gedanke und sein Widerspiel, der Internationalismus, wie zwei gewaltige Kämpen, mit neuen und formidablen

Waffen ausgerüstet, auf dem Kampffelde des abendländischen Geisteslebens gegenüber. In der Einleitung ist gesagt, daß dieser moderne Internationalismus, wenigstens in der Gestalt des Sozialismus und des Pazifismus, nichts anderes sei als eine Auswirkung und Übertreibung des alten, von Anfang an in unserem Kulturkreis wirksamen abendländischen Universalgedankens. Dies ist so zu verstehen, daß seine Ideen, die teilweise nur Umdeutungen der Gedanken sind, die den alten Idealen des universalen Kaisertums und der universalen Kirche zugrunde lagen, nur unter den konkreten Verhältnissen der abendländischen Kultur erwachsen konnten; und daß sie, wenn überhaupt, nur in dem Bereiche und auf der Grundlage dieser Kultur verwirklicht werden können. Soweit der Internationalismus über diese Grenzen hinausgreifen will, mag er zwar einige segensreiche Folgen haben — wie im Verkehrswesen, in der Verbreitung der technischen Errungenschaften der abendländischen Zivilisation usw. —, als bewußte politische Tendenz wird er aber immer nur zersetzend wirken. Der nationale Gedanke dagegen, der, wie wir sahen, zur vollen Entfaltung ebenfalls erst durch die Revolution kam, hat sich schnell mit den Mächten des Alten, historisch Gewordenen ausgesöhnt. In der Periode, die wir hier behandeln, findet er in dem vorhandenen Staatensystem einen nahezu vollendeten politischen Ausdruck und er geht daher auch immer mit den Elementen Hand in Hand, die in der inneren Politik die Träger konservativer Ideen sind. Wie im sozialen Leben die Tendenzen des ursprünglich revolutionären Bürgertums mit denen der alten Gesellschaft sich so verschmolzen haben, daß man diese kurzweg als „bürgerliche“ Gesellschaft bezeichnet, so hat sich auch der nationale Gedanke völlig des alten, hi-

storisch erwachsenen Staates bemächtigt. Die Rolle, die der Internationalismus in der fast ganz aus Nationalstaaten bestehenden abendländischen Kulturwelt spielt, wird am besten beleuchtet durch die Tatsache, daß sein bevorzugter Träger ein in diese versprengtes fremdes Element, das Judentum, ist.

Die Stellung, welche die Juden in früheren Jahrhunderten im politischen, geistigen und wirtschaftlichen Leben der abendländischen Völker einnahmen, ist noch wenig aufgeklärt. Dies hat seinen Grund darin, daß jeder, der über dieses Thema schreibt, notgedrungen Partei ist. Die jüdischen Schriftsteller und die, welche aus einer liberalen Weltanschauung heraus schreiben, betonen in wohl etwas übertriebener Weise die Pariastellung, welche das Volk einnahm, während bei den nichtjüdischen, besonders den antisemitisch orientierten Beurteilern in ebenso übertriebener Weise die wirtschaftliche Ausbeutung hervortritt, der die Juden die Wirtsvölker unterwarfen. Immerhin war diese doch in erster Linie die eigentliche Ursache des weit verbreiteten Judenhasses. Tatsache ist, daß die Juden mit Ausnahme der kurzen Epoche nationalen Glanzes im grauen Altertum bei allen Völkern als Fremdkörper empfunden und dementsprechend behandelt wurden, daß es aber zu allen Zeiten trotz aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beschränkungen einzelnen Juden gelang, eine hervorragende und dann in den meisten Fällen für das Wirtsvolk verderbliche Rolle zu spielen.*) Dabei soll die geistige und kulturelle Bedeutung auch des früheren Judentums gar nicht geleugnet werden. Als dann die französische Revolution und

*) Vgl. in der Bibel: die Erzählungen von Joseph und im Buch Esther; für die spätere Zeit unter anderem: der Jude Süß Oppenheimer in Württemberg.

die von ihr herstammende schematische Staatsauffassung aus den Menschen mit ihren natürlichen und historisch gegründeten Besonderheiten abstrakte „Staatsbürger“ machte, wurden natürlich auch alle Schranken, jenseits deren die Juden bisher eine Sonderstellung eingenommen hatten, niedergerissen. Der jüdische Einfluß im politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben stieg nun rapide und kann tatsächlich kaum überschätzt werden. Es hängt dies zweifellos mit dem steigenden Übergewicht des wirtschaftlichen Momentes, besonders des Handels im Kulturleben des Abendlandes und mit der unleugbaren Begabung zusammen, die der Jude, fast jahrhundertelang an jeder anderen Betätigung gehindert, gerade für diese Seite des Lebens besitzt. Es muß auch zugegeben werden, daß die Juden die Möglichkeit zu freier Betätigung, die ihnen die Emanzipation gab, teilweise zu hervorragenden Leistungen auf wissenschaftlichem, künstlerischem und vor allem wieder auf wirtschaftlichem Gebiet benützten, wo sie eine bemerkenswerte Begabung zu großzügiger Organisation beweisen, besonders soweit das Geldwesen in Frage kommt. Auf allen Gebieten aber, auf denen es neben dem rein intellektuellen auf das gesinnungsmäßige Element ankommt, so vor allem in der Literatur und in der Politik, nahm das Judentum meist eine scharfe Richtung gegen alle staats- und rasseerhaltenden Kräfte und wirkte in demokratisierendem, nivellierendem und kraftminderndem Sinne. Fast überall, wo die alten, historischen Kulturkräfte unseres Völkerkreises im Kampfe stehen, steht der Jude auf der anderen Seite und organisiert die Gegenkräfte. Bei allen Bewegungen und Bestrebungen zugunsten internationaler Interessen, besonders aber bei solchen, die *gegen* den nationalen Geist der einzelnen Völker, also im Grunde gegen den

abendländischen Geist als solchen gerichtet sind, steht der jüdische Einfluß an der Spitze. Es ist dies eigentlich auch nur natürlich. Denn die Juden, die jahrhundertelang ihren Charakter als eigene Rasse erhalten hatten, waren eben unvermittelt in eine ihnen wesensfremde Kultur hineingefügt und in ihr zu freier Entfaltung entbunden worden. So konnten sie gar nicht anders, als zersetzend und zerstörend wirken. Ihre natürliche Verständnislosigkeit gegenüber den abendländischen Kulturidealen machte sie in Verbindung mit ihrer großen Begabung für alles Materiell-Praktische und Ökonomische in hervorragendem Maße zu Trägern des modernen Materialismus. Es ist nun nur natürlich, daß dagegen bei allen Völkern eine Abwehrbewegung einsetzte. In dem halbasiatischen Rußland artete dieselbe direkt zu blutigen Judenverfolgungen aus. In den westlichen Ländern, besonders in Frankreich und Deutschland, entstand eine politisch organisierte antisemitische Bewegung, die natürlicherweise hauptsächlich von den innerpolitisch konservativ und von den national gerichteten Kreisen getragen wird. Somit ordnete sich auch hier der geistige und politische Kampf in zwei großen Fronten: auf der einen Seite steht alles, was die im Nationalen gewordene abendländische Kultur verteidigen, erhalten, organisch weiterbilden will; auf der anderen Seite stehen die Elemente, die ihrer ganzen Wesensart nach die Zersetzung und Auflösung dieser Kultur erstreben müssen. Und in dieser letzteren Front steht das Judentum fast immer in der vordersten Linie. Sind auch im Antisemitismus überall einzelne bedauerliche Ausschreitungen und Auswüchse zu verzeichnen, so ist die ganze Bewegung doch nur eine gesunde Abwehr gegen ein unserem Kulturleben und seinen Idealen wesensfremdes Element, welches um so gefährlicher

ist, als es mit allen Keimen des Zerfalls, die unsere Kultur aus sich selbst hervorgebracht hat, in engster Verbindung steht.

Unter diesen Keimen des Zerfalls ist an erster Stelle die materialistische Weltanschauung unserer Zeit zu nennen, die gerade seit 1870 besonders stark in die Erscheinung tritt. Spengler bewertet sie in seinem epochemachenden Buche „Der Untergang des Abendlandes" als typisch für den Übergang einer Kultur in das Stadium der „Zivilisation" und beruft sich dabei auf die gänzlich analoge Einstellung der Antike im entsprechenden Zeitabschnitt. Auf alle Fälle ist es interessant, den speziellen Ursachen dieser Erscheinung in unserem Kulturkreis gerade in Hinsicht auf ihre politische Seite nachzugehen und sie in Beziehung zu anderen politischen Zeiterscheinungen zu setzen. Da ist nun unverkennbar, daß dieser Materialismus in engster Wechselwirkung steht mit dem ebenfalls seit 1870 immer mehr hervortretenden Überwiegen des wirtschaftlichen Moments im öffentlichen Leben des Abendlandes. Die rein politischen Ideale, die das Staatsleben in der Mitte des Jahrhunderts beherrscht hatten, waren mit der Durchsetzung konstitutioneller Verfassungen in fast allen Staaten und mit der Herstellung der deutschen und der italienischen Nationaleinheit im wesentlichen erfüllt. Das Bürgertum, das in erster Linie für diese Interessen gekämpft hatte, war gerade infolge seines vorhergegangenen wirtschaftlichen Aufstieges zu seiner beherrschenden Stellung im Staatsleben gekommen und trug daher eine wirtschaftliche Note in die Politik. Das Wachstum der Bevölkerung und das aus der Kräftigung des Nationalgefühls sich entwickelnde Bestreben, sie in der Heimat festzuhalten, machte die Frage der Ernährung dieser sich auf dem Kontinent zusammenbal-

lenden Menschenmassen zu einer brennenden. Der zu Beginn des 19. Jahrhunderts einsetzende und gerade nach 1870 sich erneuernde Aufschwung der Technik und Naturwissenschaften stellte die Mittel zur Intensivierung der Wirtschaft zur Verfügung. Fast täglich vollzogen und vollziehen sich neue Erfindungen und Entdeckungen, die die Oberfläche, ja sogar die Atmosphäre der Erde der ökonomischen Ausbeutung durch den Menschen unterwerfen. So rückte die Wirtschaft in den Mittelpunkt des menschlichen Gemeinschaftslebens im Abendlande. Die Wissenschaft trat in ihren Dienst, indem sie ihr einerseits die Ergebnisse der Naturerforschung zur Verfügung stellte, andererseits wirtschaftliche Fragen, den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik, Wirtschaft und Geistesleben immer mehr in den Kreis ihrer Betrachtungen zog. Im Sozialismus und der ihm zugrunde liegenden materialistischen Geschichtsauffassung entstand eine Weltauffassung, welche die ganze Entwicklung der Menschheit überhaupt nur aus wirtschaftlichen Momenten erklären will. Hier laufen nun die Fäden verschiedener Entwicklungslinien in einem Punkte zusammen: die Erfassung und Erhellung der materiellen Welt durch die Naturwissenschaften; der gewaltige Aufschwung der Industrie; die durch ihn bedingte Schaffung riesiger proletarischer Volksmassen, die nun durch Besserung ihrer materiellen Lage ihren sozialen Neuaufstieg erstreben; die gleichzeitige Emanzipierung des jüdischen Volkes, das durch nichts mit den geistigen, religiösen und politischen Idealen des Abendlandes verknüpft ist, — dies alles zusammen erzeugte eine ökonomisch-materialistische Weltstimmung von ungeheurer Kraft. Das 19. Jahrhundert und besonders sein letztes Drittel, wurde zum wirtschaftlichen Zeitalter der abendländischen Menschheit, wie das 16.

und 17. Jahrhundert ihr religiöses gewesen war. Von der Lösung wirtschaftlicher Probleme erwartete man Heil, Glück und Fortschritt für die Menschheit, wie damals von der Lösung der großen Fragen des Glaubens. Es bildeten sich wirtschaftliche Dogmen aus, an die mit derselben Inbrunst geglaubt wird, wie an die religiösen Glaubenssätze der Reformationszeit.

Auf dem Boden dieser ganz im Materiellen und Ökonomischen gebundenen Geistesart erwuchs nun der moderne Imperialismus, der die internationale Politik ungefähr seit 1870 beherrscht. Es waren doch in erster Linie wirtschaftliche Gründe — die ungeheure Steigerung des Wirtschaftslebens im ganzen Abendland, das Bedürfnis, diese hochintensive Wirtschaft mit Rohstoffen zu versehen und andererseits für ihren Überschuß an Produkten aufnahmefähige Märkte zu finden —, die die Politik der europäischen Staaten über See trieben. Daneben ließ das hochgesteigerte Nationalgefühl, das alle Wege zur weiteren Expansion auf dem Kontinent selbst versperrt sah, die Beteiligung wenigstens der größeren Staaten an der Erschließung der außereuropäischen Welt als eine Frage des nationalen Prestiges erscheinen. Unter diesen Gesichtspunkten und in diesem Zusammenhang betrachtet, stellt sich der koloniale Imperialismus als eine typische Erscheinung des ausgehenden 19. Jahrhunderts dar. Andererseits steht er aber auch in einer Linie mit den Expansionsbewegungen unseres Kulturkreises, die wir in allen Epochen der abendländischen Geschichte beobachten können und als deren Bekrönung er besonders in bezug auf die räumliche Ausdehnung erscheint.

Etwa um das Jahr 1880 beginnt die Bewegung unter den Großmächten, die wir als Imperialismus bezeichnen. Sie setzte ein mit der Annexion der Transvaalrepublik

von seiten Englands, neben der gleichzeitig ein Krieg Englands gegen Afghanistan herlief. Wenn man will, kann man schon die Annahme des indischen Kaisertitels durch die Königin Victoria (1876) als in dieser Richtung liegend auffassen. Im Jahre 1881 folgte die Besitzergreifung von Tunis durch Frankreich, 1882 die Besetzung Ägyptens durch die Engländer. In rasendem Tempo vollzog sich nun die Erschließung Afrikas durch Pioniere der Wissenschaft und des Handels und seine politische Aufteilung unter die europäischen Mächte. In erster Linie hatten daran Teil England und Frankreich, die sich die besten und zukunftsreichsten Teile des schwarzen Erdteils aneigneten. Dann folgte Deutschland, dessen gesamter afrikanischer Besitz im Jahre 1914 2 707 300 qkm umfaßte.*) Auch die jüngste Großmacht, Italien, nahm an dieser Entwicklung teil, indem es 1885 Massauah besetzte, das in einem zweijährigen Kriege (1887—1889) gegen Abbessinien zur Erythräischen Kolonie erweitert wurde; im Jahre 1887 wurde auch

*) Die Daten der kolonialen Expansion der Großmächte seit 1870 sind folgende: England: 1877 erste Annexion von Transvaal; 1878 Besetzung von Cypern; 1882 Besetzung von Ägypten; seit 1883 Eroberung des Sudan; 1884 Britisch Neu-Guinea; 1890 Witu, Uganda, Sansibar; 1890–93 Unterwerfung des Betschuana- und Matabelelandes; 1897 Besetzung von Tirah in Afghanistan; 1899 der Tonga-Inseln und zweier Salomon-Inseln; 1902 Eroberung der Burenstaaten; 1904 Tibet unter englischem Einfluß. Frankreich: 1881 Tunis; 1883 Französisch-Kongo und Annam; 1883 Madagaskar; 1890 Westsudan und die Sahara; 1891 Tahiti; 1892 Dahomey; 1893 Eroberung eines Teils von Siam; 1904 und 1907 eignet sich Frankreich weiteres Land in Hinterindien an; 1911 französiches Protektorat über Marokko. Deutschland: 1884–85 die Stammgebiete von Deutsch-Südwestafrika, Kamerun, Togo, Ostafrika und Neu-Guinea (australischer Archipel); 1890 Grenzregulierung von Kamerun; 1898 Pachtung von Kiautschau; 1899 Karolinen, Marianen und Palauinseln; 1900 Samoa; 1911 Neu-Kamerun.

Italienisch-Somaliland erworben. Nachdem Italien seine geographisch und wirtschaftlich wohlbegründeten Aspirationen auf Tunis durch Frankreichs Vorgehen im Jahre 1881 vereitelt sah, hielt es sich dreißig Jahre später schadlos, indem es im Kriege gegen die Türkei 1911 bis 1912 das türkische Tripolitanien (Libyen) eroberte. Selbst das kleine Belgien trat durch die Initiative seines Königs Leopold II. in die Reihe der Kolonialmächte ein; der König, der schon früh die Bedeutung Innerafrikas als Kolonialgebiet erkannte und eine Expedition unter Führung Stanleys zu seiner Erschließung ausgerüstet hatte, wurde 1885 auf der Kongokonferenz zu Berlin als „Souverän des Unabhängigen Kongostaates" anerkannt, den er 1903 an Belgien abtrat.

Auch in den anderen Erdteilen griffen die europäischen Mächte, besonders England, Frankreich und Deutschland, mächtig um sich. Der jüngste und kleinste der Kontinente, Australien, war schon im 18. Jahrhundert von den Engländern in Besitz genommen worden. Während des 19. Jahrhunderts war diese Eroberung fortgeschritten und wurde 1840 durch die Neuseelands ergänzt. Jetzt griff Großbritannien auch in die Inselwelt Polynesiens über, wo sich schon im vorigen Zeitraum Frankreich festgesetzt hatte. Auch hier meldete nun Deutschland durch die Besitznahme von Kaiser-Wilhelmsland auf Neuguinea seine Ansprüche an. Auch in Asien ging die europäische Expansion weiter. England baute das „Glacis um Indien" nach allen Seiten aus. Birma wurde 1886 dem indischen Reich einverleibt, ebenso der hinterindische Besitz durch Verträge mit Japan und Frankreich gesichert. Im Norden des indischen Kaiserreiches wurde im Jahre 1904 Tibet diplomatisch und wirtschaftlich dem englischen Einfluß unterworfen. Durch die Verträge mit Rußland 1907 und

1909 wurden die beiderseitigen Einflußzonen in Persien abgesteckt. Schon tauchte der gigantische Plan eines britischen Reiches rund um den Ozean durch geographischen Zusammenschluß des afrikanischen und indischen Besitzes am Horizont der englischen Politik auf. — Schon unter Napoleon III. hatte Frankreich in Hinterindien festen Fuß gefaßt. Die unter dem Ministerpräsidenten Ferry anhebende neue koloniale Expansion der dritten Republik brachte dieser 1883 die annamitische Provinz Tongkin und bald darauf das Protektorat über das Königreich Annam ein: die Interessen Frankreichs, Englands und Rußlands, später auch Deutschlands, Amerikas und Japans, kreuzten und berührten sich in dem gewaltigen Raume des chinesischen Reiches. — Die Verhältnisse des nahen Orients standen in so naher Verbindung mit den Interessengegensätzen auf dem europäischen Kontinent selbst, daß wir sie im Zusammenhang mit diesen betrachten müssen.

Aber die Expansion der abendländischen Kultur beschränkte sich nicht auf diese gewaltige, politische Ausbreitung der europäischen Staaten in den fremden Erdteilen. Wirtschaftlich unterwarfen sich die abendländischen Völker auch solche Länder, die politisch, wenigstens nominell, selbständig blieben. Die äußeren Formen der Zivilisation und auch die äußeren Formen der Staatsgestaltung, wie sie sich im Abendlande ausgebildet hatten, verbreiteten sich über die ganze Erde. In den Ländern mit gemäßigtem Klima, die keine dichte Bevölkerung und keine bodenständige Kultur hervorgebracht hatten, verdrängt der „weiße Mann" allmählich die Eingebornen gänzlich (Amerika, Australien, Südafrika). Aber auch in den tropischen und in den Ländern mit hoher eigener Kultur (naher Orient, Indien, China, Japan) verbreiten sich die technischen Errungen-

schaften Europas. Mit ihnen dringen die Formen der Organisation in Staat und Gesellschaft ein. Aber man lasse sich dadurch nicht täuschen. Zivilisation ist nicht Kultur. Kultur beruht auf Rasse. Nicht durch die äußeren Güter der Zivilisation, nicht durch Eisenbahnen, Waffentechnik und Parlamentarismus können Völker in ihrem innersten Wesen und damit in ihrer Kultur umgestaltet werden, sondern nur durch Mischung mit einer anderen Rasse. Hier sind die Gesetze des Werdens noch wenig erforscht. Wie aber das Abendland zwar zahlreiche äußere Formen der römischen Mittelmeerkultur übernahm und doch nicht schlankweg romanisiert wurde, sondern aus der Verbindung römischer und germanischer Elemente eine neue Kultur erschuf, so wird auch die Übernahme europäischer Verfassungs- und Wirtschaftsformen das innere Wesen der ostasiatischen, indischen, orientalischen Kultur nur wenig verändern. Selbst da, wo neue Völker auf der Grundlage weißer Einwanderung im Entstehen begriffen sind, wie in Amerika, Südafrika, Australien, werden sich diese im Lauf der Jahrhunderte neue Kulturen mit neuen Idealen schaffen.

Haben wir so gesehen wie im staatlichen Leben Europas nach 1870 mächtige gegeneinandergerichtete Ideen wirksam waren, die die Zeit der Ruhe nach der Jahrhundertwende nur dazu benützten, die geistig-politischen Kräfte unseres alten Kulturkreises gewissermaßen in sich aufzusaugen, bis der Zusammenstoß erfolgen mußte; haben wir gesehen, wie die machtpolitischen Instinkte der abendländischen Staatenwelt sich in einer gewaltigen, kolonialen Expansion entluden, die die ganze Erde überflutete; so sahen wir auch, daß in den zwischenstaatlichen Beziehungen des Abendlandes die Zeit der Ruhe eine Zeit der Sammlung war. Die europäischen

Mächte sammelten ihre Kräfte; aber sie sammelten sie nicht zu einer gemeinsamen Anstrengung gegen einen äußeren Gegner, nicht zu gemeinsamer Beherrschung der Erde; sie sammelten sie zum Kampfe gegeneinander. Jene Expansion über die außereuropäische Welt, die, wie man denken sollte, die innereuropäischen Gegensätze hätte zurückdrängen müssen, steigerte sie letzten Endes, als „die Erde aufgeteilt" war, ins Ungemessene. Wie aus den, teils überkommenen, teils durch die Ereignisse der fünfziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts neugeschaffenen Verhältnissen die Gruppierung der Mächte in dem großen Kampfe erwuchs, der das Abendland in unseren Tagen durchtobte, — das bildet den eigentlichen Inhalt der diplomatischen Geschichte Europas von 1870—1914.

Zwei Tatsachen liegen dem zwischenstaatlichen Leben Europas seit Beendigung der nationalen Einigungs- und Befreiungskämpfe zugrunde; sie bilden den Schlüssel zu den Gegensätzen, die das Abendland von der deutschen Reichsgründung ab bis etwa 1890 durchzogen, wie auch zu der Umgruppierung, die von diesem Jahre an bis zum Ausbruch des Weltkrieges stattfand. Einmal: die wirtschaftliche Suprematie Englands über die ganze Erde und auch über den europäischen Kontinent und die ihr zugrunde liegende Beherrschung der Meere durch das Inselreich bestand fort. Das mußte England selbst in Gegensatz zu jeder Macht bringen, die diese wirtschaftliche Suprematie oder seine territoriale Herrschaft an irgendeinem Punkte des riesigen Kolonialreiches ernstlich bedrohte. Dann: die Mitte des europäischen Kontinents, auf deren politischer Zersplitterung das labile Gleichgewicht der Kräfte beruhte, das seinerseits eine der hautsächlichsten Grundlagen der britischen Weltstellung war, hatte sich in zwei kräftigen

Nationalstaaten, dem deutschen und dem italienischen, zusammengeschlossen. Darin lag an sich noch keine Bedrohung Englands. Im Gegenteil: die Beunruhigung auf dem Kontinent, die Feindschaften und Gegensätze, die diese Tatsache notgedrungen hervorrufen mußte, konnten England zunächst nur gelegen kommen; außerdem konnte die britische Politik vielleicht mit der Möglichkeit rechnen, daß das waffenmächtigere der beiden neuen Reiche, das deutsche, sich einmal als „kontinentaler Degen Englands" gegen einen ihrer großen weltpolitischen Gegner gebrauchon ließe, wie einst Preußen zu den Zeiten Friedrichs des Großen und Napoleons I. So war die Stellung Englands gegenüber der Einigung Deutschlands und der Rücknahme Elsaß-Lothringens durch dieses anfänglich eine durchaus objektive. Die Gegensätze der europäischen Politik gruppierten sich aber nach der Stellungnahme der Mächte zu diesen beiden Grundtatsachen. Die koloniale Machtstellung Englands mußte es in einen Antagonismus zu Rußland bringen. Jedes von beiden Reichen besaß ein gewaltiges Ländergebiet in Asien, das sie beide in immer steigendem Maße zu vergrößern trachteten. Bei Rußland ist neben dem naiven Eroberungsdrang einer jugendkräftigen, in ihrem Wirtschaftsleben primitiven Rasse vor allem das Streben nach dem „warmen Meer" der Grund zu einer expansiven Politik. Das gewaltige Ländermassiv, das sich von der Behringstraße bis über die Weichsel hinaus, vom nördlichen Eismeer bis ans armenische Bergland und an den Abhang des Pamirplateaus erstreckt, besaß nirgends ein seiner Größe entsprechendes wirtschaftlich nutzbares Küstengebiet. Es war gewissermaßen ein riesiges Hinterland, dessen Ausgänge zum offenen Meer und damit zum freien Kampffeld der wirtschaftlichen Kräfte in fremder Hand waren.

Dazu kam, daß der riesige Raum, den das russische Reich einnahm, fast überall mit den Nachbargebieten geographisch zusammenfloß, nirgends eine feste Grenze hatte. Aus diesen beiden Grundbedingungen, dem ständigen „Suchen nach einer Grenze", wie Hettner es genannt hat, und der Sehnsucht nach dem warmen Meer, erwuchs nun die merkwürdige „Pendelbewegung" der russischen Außenpolitik, die abwechselnde Einstellung auf nordeuropäische, innerasiatische und nahorientalische Ziele. Dies hängt auch mit dem historischen Werdegang des russischen Reiches zusammen. Aus dem germanischen Norden stammten die ersten Gründer des Staates. In der vortatarischen Zeit riss die Verbindung mit den nordeuropäischen Germanen nie völlig ab. Die späteren Zaren von Moskau und insbesondere Peter der Große nahmen diese Richtung der russischen Politik wieder auf, indem sie ihre Herrschaft an und über die Ostsee auszudehnen strebten. Die letzten praktischen Auswirkungen dieses Dranges nach dem Westen waren die Eroberung Polens unter Katharina II. und die Angliederung Finnlands unter Alexander I. Aber bis in die neueste Zeit tauchte auch die Eroberung Ostpreußens immer wieder als Ziel der russischen Außenpolitik auf. Die Existenz eines starken und mit Rußland befreundeten preußischen Staates mußte diese Bestrebungen nach Ausdehnung im Westen und Nordwesten zum Stillstand bringen. Um so kräftiger wurde das nahorientalische und das innerasiatische Ziel verfolgt. Schon die alten Waräger, von denen die Gründung der Reiche in Novgorod und Kijew ausgegangen war, traten teils als Söldner, teils als Feinde in Berührung mit den Kaisern von Byzanz. Enger verwuchs Rußland mit der südöstlichen Kultur, als Wladimir der Große, Großfürst von Kijew, infolge seiner Ehe mit

Anna, der Schwester des byzantinischen Kaisers Basilios II. (und der deutschen Kaiserin Theophano, der Gemahlin Ottos II.), das griechische Christentum in seinem Reiche einführte. Diese Beziehungen frischte fast 500 Jahre später der Großfürst Iwan III. wieder auf, dem seine Ehe mit Sophia Paläologa, der Nichte des letzten „Kaisers der Romäer" den Anlaß gab, die Nachfolge der βασιλεῖς am goldenen Horn für sich und seinen Staat in Anspruch zu nehmen. Seitdem war Konstantinopel die große Sehnsucht der Russen, wie Rom es Jahrhunderte lang für die Deutschen gewesen war. Die erste russische Regierung, die diesem Ziele praktisch zustrebte, war die der großen Katharina. Unter ihr erst faßte das Reich der Zaren von Moskau festen Fuß an den Küsten des Schwarzen Meeres. Sie trug sich mit dem Plane, ein großes griechisch-rumänisches Reich als als Sekundogenitur ihres Hauses zu schaffen. Der Enkel der Kaiserin, dem dieses Reich zugedacht war, erhielt in der Taufe den beziehungsreichen Namen Konstantin. Sein Bruder Nikolaus I. trat später als erster europäischer Herrscher für die aufständischen Griechen ein, obgleich er sonst während seines ganzen Lebens die Partei der legitimen Staatsgewalt gegen alle revolutionären Bestrebungen ergriff. Zur Zeit dieses Herrschers kam auch jene Bewegung auf, die man zuerst als „Slavophilie", dann als „Panslavismus" bezeichnet hat und deren Ziel es war, die kleineren, teils in der österreichisch-ungarischen Monarchie, teils auf der Balkanhalbinsel ansässigen Slavenvölker dem russischen Reiche anzugliedern. Das mußte den Drang nach dem nahen Osten verstärken. Immerhin waren für diesen auch realere Gründe, insbesondere die schon erwähnten wirtschaftlichen, maßgebend. Die dritte Richtung der russischen Politik endlich, die auf das innere und

östliche Asien, mag ihre letzten historischen Wurzeln in dem asiatisch-mongolischen Charakter haben, der dem russischen Reiche von der Tartarenzeit her unverlierbar eingeprägt ist. Praktisch wurde sie zuerst unter Iwan dem Schrecklichen, der Sibirien durch Jermak erobern ließ. In der neuesten Zeit war ihr bedeutendster Vertreter der Schriftsteller Fürst Uchtomskij, der besonders in den ersten Regierungsjahren Nikolaus II. einen großen Einfluß auf den jungen Zaren gewann. Es ist klar, daß in beiden Tendenzen, der orthodox-panslavistischen wie auch der panasiatischen, ein direkter Angriff auf Englands Weltstellung liegt. Denn der Kernpunkt dieser Weltstellung ist die Herrschaft über Indien, weil auf ihr größtenteils der ungeheuere Reichtum Englands beruht. Fast alle Eroberungen Englands im Mittelmeer, in Asien und selbst im östlichen Afrika dienen der Sicherung dieser Herrschaft, indem sie entweder das indische Kaiserreich mit einem riesigen Glacis von vorgelagerten Ländern umgeben oder den Seeweg dorthin einer straffen englischen Kontrolle unterstellen. Besonders seitdem die Herstellung des Suezkanals das Mittelmeer dem letzteren Zweck dienstbar gemacht hatte, wuchs Englands Interesse daran, die östliche Hälfte dieses Binnenmeeres vom russischen Einfluß freizuhalten. Deshalb baute es während des russisch-türkischen Krieges von 1877 sein Mittelmeerreich weiter aus und erhob Einspruch gegen den Frieden von S. Stefano (1878), der diesen Krieg beendete und den größten Teil der europäischen Türkei einem unter russischem Einfluß stehenden Fürstentum Bulgarien, weite Landstrecken in Armenien Rußland selbst zuwies. Durch Bismarcks Vermittlung wurden dann die strittigen Fragen auf dem Berliner Kongreß geregelt, durch den die russischen Erfolge stark be-

schnitten und Österreich mit der Zuweisung des Verwaltungsrechtes in Bosnien in den Kreis der Interessenten an der türkischen Erbschaft aufgenommen wurde. Bald aber verschob sich Englands Stellung zum orientalischen Problem. Im Jahre 1881 war Ägypten besetzt worden und damit der Suezkanal unter die Kontrolle des britischen Reiches gekommen. Jetzt trat die Möglichkeit in das Gesichtsfeld der Staatsmänner an der Themse, dieses neue wertvolle Besitztum über Arabien, Mesopotamien und Persien hinweg in Landverbindung mit dem indischen Kaiserreich zu setzen. Beludschistan war bereits 1883 unter englische Herrschaft gebracht. Von diesem Augenblick an verlor England das Interesse an der Erhaltung des türkischen Reiches.*) Ein um so wachsameres Auge mußte es aber auf das Vordringen Rußlands in Ost- und Innerasien haben. Dieses hatte sich bereits 1872—1875 Khiwa, Buchara und Ferghana, 1880—1881 die Tekke-Turkmenen unterworfen, 1875 durch Vertrag mit Japan die Insel Sachalin erworben, 1884 Merw, 1893 das Pamirplateau besetzt. Im übrigen betrieb die Regierung Alexanders III. vor allem die Stärkung der russischen Herrschaft in dem weiten asiatischen Kolonialgebiet durch Hebung des Wirtschaftslebens, besonders auch durch den Bau der transkaspischen und sibirischen Eisenbahn. Mit dem Regierungsantritt Kaiser Nikolaus II. fiel nun der japanisch-chinesische Krieg 1894—1895 zeitlich zusammen, durch den das Reich der aufgehenden Sonne für sich die Vormachtstellung im östlichen und wohl in weiterer Ferne in ganz Asien erringen wollte. Das alternde Reich der Mitte brach unter den kräftigen Schlägen des jüngeren Rassegenossen zusammen und

*) Heinrich Friedjung: Das Zeitalter des Imperialismus, Berlin, 1919.

mußte demselben im Frieden von Schimonoseki dieses, ferner Formosa und die Halbinsel Lia-Tung nebst dem wichtigen Kriegshafen Port-Arthur und den vorwaltenden Einfluß in Korea überlassen. Da fiel der junge Zar, wie wir sahen, beeinflußt durch die russisch panasiatischen Ideen des Fürsten Uchtomskij, im Bunde mit Frankreich und Deutschland dem siegreichen Nippon in den Arm, das den besseren Teil seiner Beute, Liao-Tung und Korea, fahren lassen mußte. England, dem das Aufkommen einer ernst zu nehmenden, einheimischen Großmacht in Asien wegen seines indischen Besitzes nichts weniger als erwünscht sein konnte, brauchte sich nun nicht mehr selbst zu engagieren, sondern konnte ruhig zusehen, wie andere ihm die Kastanien aus dem Feuer holten. Als Rußland aber drei Jahre später Port Arthur selbst besetzte, tat England das gleiche mit dem gegenüberliegenden Hafenplatz Weihai-Wei. Rußland wandte sich nun aber mit Energie seinem Ziele, der Ausbreitung in Asien, zu. In Persien war sein Einfluß im Steigen und sein Ehrgeiz richtete sich bereits auf die Küsten des Persischen Golfs. In Tibet versuchte es festen Fuß zu fassen; die Mandschurei verband es durch eine Zweigstrecke der sibirischen Bahn von Charbin nach Port Arthur militärisch und wirtschaftlich mit seinem ostasiatischen Besitz. Auch in Korea breitete es seinen Einfluß immer weiter aus. Japan fühlte sich auf seinen Inseln bereits nicht mehr sicher. Da mußte sich ihm der Gedanke aufdrängen, Anlehnung an England zu suchen, der einzigen in Ostasien interessierten europäischen Macht, die an dem „ostasiatischen Dreibund" von 1895 nicht teilgenommen hatte und überdies von dem aggressiven Vorgehen Rußlands selbst beunruhigt sein mußte. Im Jahre 1902 kam das Bündnis zwischen den beiden Insel-

reichen zustande, das zwar die Formen einer Defensivallianz wahrte, aber doch Japan die Sicherheit gab, daß auch im Falle eines Angriffskrieges gegen Rußland England einer dritten Macht ein Eingreifen zugunsten des Zarenreiches wehren würde. Rußland hätte dieses Bündnis verhindern können, wenn es Korea den Japanern überlassen hätte. Es tat es nicht; nach Abschluß der Allianz konnte ein bewaffneter Zusammenstoß nur vermieden werden, wenn Rußland die Mandschurei räumte. Da man an der Newa nicht daran dachte, erfolgte im Jahre 1905 die japanische Kriegserklärung. Der Verlauf des Feldzugs und sein Abschluß durch den Frieden von Portsmouth ist noch in aller Erinnerung. — Dieser Krieg wurde nun der Wendepunkt in der Geschichte der russisch-englischen Beziehungen. Rußlands panasiatische Bestrebungen waren gescheitert und es war so bald nicht in der Lage, sie wieder aufzunehmen. In absehbarer Zeit mußte das Pendel der russischen Politik wieder nach dem Westen ausschlagen, gegen den Balkan und Konstantinopel. Wie wir aber sahen, hatte Englands Interesse an der Erhaltung der Türkei nachgelassen. Im Gegenteil: die arabischen und mesopotamischen Provinzen des Osmanenreiches sollten dazu dienen, die Brücke zwischen Ägypten und Indien zu bilden. Deutschland aber, das sich durch den gewaltigen Aufschwung seines Wirtschaftslebens zum großen Rivalen Englands entwickelt hatte, betrieb eine Politik, die bewußt darauf ausging, dem zerfallenden Reiche des Padischah neues Leben einzuflößen, um sich hier ein friedliches Wirkungsfeld für seine Industrie und seinen Handel zu sichern. Jetzt war für Albion der Zeitpunkt gekommen, die noch bestehenden Differenzen zwischen den beiden halbeuropäischen Weltreichen in Innerasien und Persien fried-

lich beizulegen und Rußland in den Dienst des britischen Reiches gegen die mitteleuropäische Großmacht einzuspannen.

Seitdem die Bewegung des Imperialismus und der kolonialen Eroberungen die europäischen Staaten ergriffen hatte, schien aber noch ein uralter, längst totgeglaubter Antagonismus wieder aufleben zu sollen: der englisch-französische. Wir haben gesehen, wie unter den Regierungen Louis Philippes und Napoleons III. sich eine gewisse Interessengemeinschaft, eine „entente cordiale" der Westmächte herausgebildet hatte. Das koloniale Ausgreifen Frankreichs in den achtziger Jahren wirkte erkältend auf England ein. An vielen Stellen in Afrika und Hinterindien, wo besonders Ferry das französische Kolonialreich mächtig ausbaute, gerieten die englischen und französischen Interessen in Widerstreit. Die Annäherung Frankreichs an Englands weltpolitischen Rivalen Rußland, die sich schließlich zu einem förmlichen Bündnis verdichtet hatte, konnte nur verschärfend auf diese Gegensätze wirken. In dem leidenschaftlichen und phantasievollen französischen Volke erwachte die Erinnerung an die alte Nebenbuhlerschaft zur Zeit der Ludwige und Napoleons I. Die Nation, die gerade nach dem Unglück von 1870 sich mit Leidenschaft in die Kolonialpolitik gestürzt hatte, sah überall England auf ihrem Wege zur überseeischen Ausbreitung. Es gab Zeiten, besonders um die Jahrhundertwende, wo der Britenhaß in Frankreich dem Deutschenhaß die Wage hielt. Vor allem konnte man dem Nachbarn jenseits des Kanals nicht verzeihen, daß er den französischen Einfluß in Ägypten ausgeschaltet und den eigenen an seine Stelle gesetzt hatte. Als im Jahre 1898 eine französische Expedition unter dem Hauptmann Marchand vom Westsudan bis nach Fa-

schoda am oberen Nil vorgedrungen war und hier die französische Flagge hißte, trat ihr General Kitchener unter der Begründung entgegen, daß hier ägyptisches Gebiet sei, das unter englischem Schutz stehe. Die ungeheuere Erbitterung, die Frankreich daraufhin erfaßte, wußte England aber durch eine entgegenkommende Abgrenzung der beiderseitigen Einflußzonen im übrigen Afrika zu mildern. Immerhin bestand noch im Burenkrieg die Möglichkeit eines deutsch-französischen Zusammengehens gegen England. Inzwischen war aber der deutsch-englische Gegensatz bedrohlich herangewachsen. England begann nach einem „festländischen Degen" für die immer drohender am Horizont sich abhebende Auseinandersetzung mit dem großen mitteleuropäischen Nebenbuhler zu suchen. Von London ging schließlich die Anregung zu einem umfassenden Abkommen aus, welches die langjährige Rivalität der Westmächte aus der Welt schaffte, und durch die alte entente cordiale ersetzte. Dasselbe kam im Jahre 1904 zustande; seine Grundlage war, daß den Engländern in Ägypten, den Franzosen in Marokko freie Hand gelassen wurde.

Ebenfalls auf kolonialem Gebiete erwuchs eine zeitweilige Spannung zwischen Frankreich und Italien. Das junge Königreich drängte, nachdem sein nationaler Einheitstraum erfüllt war, mächtig zu einer weltpolitischen Betätigung großen Stiles hin. Geschichtliche und geographische Gegebenheiten wiesen ihm aber als Feld für solche den Raum des Mittelmeers zu. Der seit hundert Jahren offenkundige Verfall der islamitischen Welt lud dazu ein, sich an der gegenüberliegenden Küste von Afrika festzusetzen. Algerien befand sich bereits in der Hand Frankreichs. Die Geschichte des alten Rom und Karthago zeigte deutlich, wie gefährlich

das heutige Tunesien, in nächster Nachbarschaft Siziliens und Sardiniens, in einer feindlichen Hand für Italien werden kann. Außerdem lag die Erwerbung dieses Landes für den jungen Staat auch aus nationalen Gründen nahe, da etwa 60—80 000 Italiener bereits als Kolonisten sich dort angesiedelt hatten. Da kam, wie schon mehrfach erwähnt, Frankreich der „lateinischen Schwesternation" zuvor, indem es 1881 einen Streit mit dem türkischen Vasallenfürsten, dem Bei, vom Zaune brach und das Land besetzte.*) In Italien griff eine große Erbitterung Platz; da man sich nicht in der Lage fühlte, seine verletzten Interessen mit Gewalt zu verteidigen, suchte man Anschluß an die Frankreich feindlichen Mächte, insbesondere an Deutschland. So stark war die Erbitterung gegen Frankreich und das Bedürfnis des Anschlusses an Deutschland, daß das römische Kabinett sich auf Drängen Bismarcks sogar dazu verstand, das Bündnis auf das tiefverhaßte Österreich auszudehnen. Darin lag die Bedeutung dieser kolonialen Verfeindung der beiden romanischen Nationen, daß sie der Anlaß zum Abschluß des mitteleuropäischen Bündnisses wurde, welches während dreißig Jahren das festeste Bollwerk des Friedens im Abendlande war. Ganz in der Linie dieses Bündnisses und auch der sonstigen italienischen Interessen lag der Abschluß eines gegen Frankreich gerichteten englisch-italienischen Schutzvertrages im Jahre 1887, zu dem Bismarck den römischen Staatsmännern riet, da er im Falle eines deutsch-französisch-italienischen Krieges ge-

*) Die Art, wie Frankreich, unter äußerlicher Wahrung der Hoheit des Bei, seine Macht in dem Beilik aufrichtete, ist sprichwörtlich geworden; man nennt eine solche wirtschaftliche und politische Durchdringung eines nominell selbständigen Landes durch eine fremde Macht: „tunisieren".

eignet war, die lang gestreckten Küsten des Königreichs gegen die französische Flotte zu schützen. In diesem Zusammenhange liegt aber auch der Schlüssel zu der späteren Unzuverlässigkeit Italiens und seinem endlichen Abfall von seinen Verbündeten: solange die beiden großen Mittelmeermächte verfeindet waren, konnte, ja mußte Italien sich einer von ihnen anschließen. Ihre Versöhnung setzte es bei seiner exponierten Lage einer großen Gefahr aus und machte es für eine Macht, die im Gegensatz zu England u n d Frankreich stand, zu einem unsicheren Verbündeten.

Greifen diese in der kolonialen Politik begründeten Beziehungen nur sekundär in die internationalen Verhältnisse des Kontinents über, so ist ganz in denselben verwurzelt der uralte Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich. Wir haben schon früher dargelegt, wie dieser Gegensatz bis auf die Zeiten der Karolinger zurückgeht und also recht eigentlich die Geschichte des abendländischen Kulturkreises von ihren ersten Anfängen an begleitet. Er ist durch diese ganze Geschichte hindurch bis auf den heutigen Tag nichts Anderes als der Kampf der Erben Karls des Kahlen und Ludwigs des Deutschen um die Erbschaft Lothars, d. h. das Gebiet, das im Westen von der Schelde, dem Oberlauf der Maas, der Saone und Rhone, im Osten vom Rhein begrenzt wird und sich im Süden noch über Italien erstreckt. Bis zum Ende des 13. Jahrhunderts hat dieses ganze Gebiet zum deutschen Reiche gehört. Als aus den zwei großen Reichen, in die sich das einheitliche Herrschaftsgebiet Karls des Großen geteilt hatte, dem ostfränkischen und dem westfränkischen, zwei selbständige Nationen, die deutsche und die französische, erwuchsen, griffen diese national auch in das Zwischenreich über. Der Südwesten, das Land zwischen

Rhone und Alpen, wurde französisch, der Osten, die dem Rhein vorgelagerten Länder, deutsch. Nach dem Sturze der Staufer kamen die französisch sprechenden Gebiete auch politisch zu Frankreich. Nie hat man von deutscher Seite an dieser Tatsache zu rütteln versucht, nie einen Anspruch daraus hergeleitet, daß diese Länder einst die Hoheit des Römischen Kaisers deutscher Nation anerkannten, daß Besançon noch bis zum Jahre 1678 eine deutsche Reichsstadt war. Ganz anders Frankreich. Seit sein Königtum nach der Abwendung der englischen Gefahr innerlich erstarkt war, benützte es immer die inneren Zwistigkeiten der Deutschen, um sich auf Kosten des Nachbarn zu vergrößern. Während wir im schmalkaldischen Kriege unsere religiösen Gegensätze austrugen, besetzte König Heinrich II. von Frankreich die deutschen Reichsstädte Metz, Tull („Toul") und Virten („Verdun"). Der Zusammenbruch des habsburgischen Weltreiches im dreißigjährigen Kriege gab Frankreich Gelegenheit, die Reichsvogteien im Elsaß an sich zu reißen. Die Kämpfe des Kaisers mit der Türkei ermöglichten es Ludwig XIV., mitten im Frieden die deutsche Reichsstadt Straßburg und weitere Teile des Elsaß zu erobern und die Pfalz mit Feuer und Schwert zu verwüsten. Infolge der schon notorisch gewordenen Zerrissenheit Deutschlands und der daraus sich ergebenden Interessengegensätze seiner Dynastien wurde es Frankreich möglich, unter Ludwig XV. das Herzogtum Lothringen zu annektieren. Es ist erschütternd, den fast hundertjährigen Kampf dieses bis dahin kerndeutschen Landes um seine politische Unabhängigkeit und sein Deutschtum in der Geschichte zu verfolgen. Wie dann Napoleon I. unsere Uneinigkeit benützte, um die kühnsten Eroberungsträume der Bourbons noch zu übertreffen und sogar weit über die Grenzen des alten

Lotharingien hinauszugreifen, ist an seinem Orte dargelegt; aber auch Napoleon III. wollte noch anläßlich des deutschen Krieges von 1866 die Pfalz und Rheinhessen annektieren und wurde nur durch die kluge und energische Politik Bismarcks daran gehindert. Als nun endlich nach dem siegreichen Kriege gegen Frankreich im Jahre 1870 ein kräftiger deutscher Nationalstaat entstand, dachte dieser nicht daran, auf französisches Volksgebiet überzugreifen. Während so Deutschland sein militärisches Übergewicht über Frankreich nur dazu benützte, Länder zurückzunehmen, die trotz der französischen Herrschaft ihren deutschen Kulturcharakter bewahrt hatten,*) greift Frankreich zur Begründung seiner „Ansprüche" auf das linke Rheinufer bis zu den alten Galliern und Römern zurück! — Bei dieser ganzen geistigen Einstellung der Franzosen erregte die Rücknahme der alten deutschen Westmark einen maßlosen Haß gegen das neue Reich, mehr noch die Tatsache, daß das Entstehen einer waffenstarken Macht im Herzen Europas dem immer regen Ausdehnungsdrang Frankreichs gegen Osten einen unübersteiglichen Damm entgegensetzte. Immerhin — zu Beginn der achtziger Jahre, als Frankreich unter der weitblickenden Ministerpräsidentschaft Jules Ferrys von neuem die Bahn kolonialer Expansion betrat, und in dieser Politik von Bismarck offensichtlich unterstützt wurde, konnte es scheinen, als ob die Streitaxt zwischen den beiden Hauptnationen des Kontinents zum Heile Europas dauernd begraben werden könnte. Es läßt sich nur ahnen, welch segensreiche Entwicklung hätte einsetzen können, wenn Frankreich damals einen Monarchen besessen

*) Nur bei Metz wurde ein geringfügiger Teil französischen Sprachgebiets aus unabweisbaren militärischen Gründen in das zurückgewonnene Land einbezogen.

hätte, der, wie in Deutschland Wilhelm I., unbeirrt durch populäre Strömungen, unverbrüchlich an der für richtig erkannten Politik seines Ministerpräsidenten festgehalten hätte. So aber, den ewigen Schwankungen des parlamentarischen Regierungssystems preisgegeben, stürzte Ferry über einen verhältnismäßig geringen Mißerfolg seiner Kolonialpolitik in Ostasien. Auch später, unter der Regierung Kaiser Wilhelms II., schuf der koloniale Gegensatz Frankreichs gegen England noch öfter die Gelegenheit zu einem Zusammengehen der beiden Kontinentalmächte. Sei es, daß die kaiserliche Regierung es nicht verstand, die Möglichkeiten der Lage auszuschöpfen — immer wieder brach bei den Franzosen der chauvinistische Haß durch, bis es Eduard VII. und den englischen Staatsmännern gelang, ihn in den Dienst der britischen Weltmachtinteressen zu stellen.

Ebenso wie für die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs war auch für die Stellung der österreichischen Monarchie das Entstehen der beiden zentraleuropäischen Nationalstaaten die grundlegende, beherrschende Tatsache. Man hat behauptet — und für die oberflächliche Betrachtung scheint die historische Entwicklung dieser Ansicht Recht zu geben —, daß durch den Geist der neuen Zeit und insbesondere durch die Ereignisse der Jahre 1866 und 1870 die habsburgische Monarchie ihre innere Existenzberechtigung verloren und von da an gewissermaßen nur noch als Überbleibsel einer vergangenen Zeit vegetiert habe. Diese Anschauung berücksichtigt aber in einseitiger Weise nur den dynastischen Gedanken als Grundlage des Donaureiches. In Wirklichkeit war der habsburgische Kaiserstaat nicht das unorganische, zusammengeerbte Länderkonglomerat, als das er oft hingestellt wurde. Wenn auch seinen Bewohnern die nationale Einheit

fehlte, so war die wirtschaftliche Einheit in der mächtigen Verkehrsader der Donau doch gegeben. Lange bevor die Habsburger diese Länder beherrschten, schon zur Zeit der Babenberger, Przemysliden und Arpaden, waren Bestrebungen im Gange, sie politisch zu verbinden. Die Habsburger hatten das ganze Gebiet kulturell und wirtschaftlich dem Westen angeschlossen; die Anhänglichkeit an das altehrwürdige Kaiserhaus hatte in weiten Kreisen Wurzel geschlagen und die militärische Tradition schlang sich als weiteres Band um die verschiedenen Völker. Der Grund, daß diese starken Elemente der Einheit schließlich versagten, liegt in den Fehlern der österreichischen Politik der letzten Jahrzehnte. Der tragende Gedanke, die historische Mission des österreichischen Staates, war seit den Tagen Leopolds I. neben der Abwehr der Türkengefahr die Vorherrschaft über Mitteleuropa. Die erstere Aufgabe wurde schnell und glücklich gelöst durch die Türkenkriege des Prinz Eugen; die mitteleuropäische Hegemonie aber ging durch die Ereignisse der Jahre 1859 und 1866 verloren. Nun galt es, den alten Kaiserstaat auf neuen Grundlagen, auf einer neuen Idee auf- oder umzubauen. Der Weg, den Kaiser Franz Joseph II. und sein Kanzler Graf Beust einschlugen, erwies sich als der falsche. Die einzige Rettung wäre ein föderalistischer Aufbau des Reiches mit einer zwar starken, aber sich auf das Notwendigste beschränkenden Zentralgewalt gewesen. Wenn die einzelnen Nationen im Rahmen eines solchen Bundesstaates volle Autorität erhalten hätten, hätte das Reich auch die zahlreichen „Irredenten" auf seinem Boden nicht zu scheuen gehabt, es hätte vielleicht sogar im Gegenteil auf die kleinen Balkanvölker eine Anziehungskraft ausüben können, die ihm neues Wachstum gebracht hätte. So aber verfielen die Män-

ner, die Österreichs Geschicke nach der Katastrophe von 1866 leiteten, auf ein System, das alle Nachteile des Föderalismus mit allen Nachteilen des Unitarismus verband und von den Vorzügen beider nichts aufwies, den sog. Dualismus. In der einen der beiden Reichshälften sollte die nationale Führerschaft den Magyaren, in der anderen den Deutschen zufallen. Die Ungarn unterdrückten in ihrer Hälfte jede nationale Freiheit; den Deutschen fehlte jede Eignung zu der ihnen zugedachten Führerrolle und auch die nötige Unterstützung von seiten der Regierung. So ging in den im „Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern" bald alles drunter und drüber. Indem man den einzelnen Nationalitäten die Freiheit des nationalen Lebens vorenthielt, worauf sie nach dem modernen Empfinden ein Recht zu haben glaubten, raubte man ihnen das Gefühl für die Segnungen, die aus der Zugehörigkeit zu einer Großmacht auch für sie flossen; die selbständige Stellung Ungarns aber belastete die äußere Aktionskraft der Monarchie in geradezu unerträglicher Weise. Jede Frage der auswärtigen Politik wurde vom Standpunkt der magyarischen Empfindlichkeit aus angesehen. Die innere Schwäche reizte, wie es gewöhnlich ist, die Begehrlichkeit der Nachbarn und so gaben sich serbische, rumänische, russische und italienische Agenten und Spione ein Stelldichein auf dem Boden des Habsburgerreiches und schufen ebensoviele Irredenten.

Die stachligsten Probleme der österreichischen Innen- und Außenpolitik waren das italienische und das slavische. Die 800 000 Italiener, die in der Monarchie wohnten, fielen an sich zwar nicht allzuschwer ins Gewicht. Ihre Bedeutung lag erstens darin, daß die einzigen brauchbaren Häfen des Kaiserstaates, Triest, Pola

und Fiume auf ihrem Gebiete lagen; dann aber trug die Propaganda, die vom Königreich aus für diese „unerlösten“ Italiener gemacht wurde, zu einer dauernden Vergiftung des Verhältnisses zum Nachbarstaat bei. Diese Irredenta aber war nicht das einzige, was zwischen den beiden Dreibundgenossen stand. Der junge, aufstrebende italienische Staat war von fieberhaftem nationalen Ehrgeiz erfüllt und von dem Streben nach kolonialer und maritimer Geltung. Die Enttäuschung über die Wegnahme von Tunis durch die Franzosen hatte ihn ja gerade in das Bündnis mit Österreich und Deutschland getrieben. Nun war auch die Hoffnung auf die Eroberung Abessiniens durch die unglückliche Schlacht bei Adua vereitelt; die Herrschaft im Mittelmeer gehörte den Engländern und Franzosen. Da wollte man wenigstens die Adria unter italienischer Botmäßigkeit wissen und begründete diese Ansprüche mit der alten Herrschaft der Venezianer in diesen Gegenden. Zwar stand dem vorläufig noch das immer unbequemer empfundene Bündnis mit Österreich im Wege. Dieses hinderte aber Italien nicht, dem Kaiserstaat auf der Balkanhalbinsel, besonders in Albanien, Konkurrenz zu machen. Die jeweilige Gefährlichkeit des slavischen Problems für Österreich hing im wesentlichen davon ab, nach welcher Seite gerade das Pendel der russischen Außenpolitik ausschlug. Immerhin bildeten die über 24 Millionen Slaven in gewissem Sinne eine Art russischer Irredenta, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß als ausgesprochen monarchiefeindlich eigentlich nur die Tschechen anzusprechen waren. Aber in Zeiten, in denen die Wogen des Panslavismus hochgingen, mußte eine Großmacht, deren Bevölkerung fast zur Hälfte aus Slaven bestand und der ein natürliches Streben nach Einfluß auf der

Balkanhalbinsel innewohnte, von den russischen Panslavisten als ärgster Feind gewertet werden.

Wir haben schon gesehen, daß die orientalische Frage sich in wechselnder Formulierung durch die gesamte Geschichte des Abendlandes hindurchzieht. Während bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts die Bedrohung der abendländischen Welt durch die Türken den Kernpunkt dieses Problems bildete, war mit der Rückeroberung Ungarns die Offensive auf den Okzident übergegangen. Seit dem griechischen Aufstand von 1821—1830 kam das Vordringen der christlichen Nationen in lebhafteren Fluß. Die besondere Schwierigkeit des Problems, das der allmähliche Verfall der türkischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel der europäischen Politik stellte, lag darin, daß einerseits neben dem Haß, den die Rajahvölker ihren früheren Unterdrückern entgegenbrachten, der wildeste Nationalhaß dieser Völker untereinander herlief, während andererseits alle abendländischen Nationen an den orientalischen Fragen interessiert waren. Die Feindschaft der Griechen gegen die Albanesen, Serben und Bulgaren, der Serben gegen Bulgaren, Albanesen und Griechen, der Bulgaren gegen Griechen, Serben und Rumänen verquickte sich mit der Feindschaft aller gegen die Türken und mit den gegensätzlichen und wechselnden Interessen der Großmächte. Dazu kam, daß auf der Balkanhalbinsel die Völker ebenso wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie territorial in wildestem Chaos über- und durcheinander geschoben sind, so daß eine „gerechte", alle befriedigende Lösung der nationalen Fragen überhaupt nicht möglich ist. — Österreichs Stellung zum Balkanproblem lag im wesentlichen darin begründet, daß die Monarchie eine Lösung der orientalischen Frage, wie sie im Zuge ihrer Interessen ge-

legen hätte, zu Beginn des 19. Jahrhunderts verabsäumt hatte. Damals erwarteten die Serben und Rumänen, die zahlreiche Volksgenossen auf österreichischem Boden hatten, vom Kaiser in Wien ihre Befreiung und wären dafür bereit gewesen, seine loyalen Untertanen zu werden. Österreich war aber zu sehr in die mitteleuropäischen Probleme verstrickt und überdies in der legitimistischen Auffassung Metternichs befangen, um eine solche Politik treiben zu können. So errangen die Balkanvölker im Anschluß an Rußland ihre nationalen Staatswesen, die nun auf dem Boden des Habsburgerreiches ihre Irredenta hatten. Die Besetzung Bosniens im Jahre 1878 stellte einen verspäteten und unzulänglichen Versuch dar, die Fehler der früheren Politik wieder gut zu machen. Im übrigen hatte Österreich ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo, um nicht durch eine fortschreitende Aufteilung der Türkei die nationalen Instinkte der Rajahvölker aufzustacheln, die sich leicht gegen es selber wenden konnten. — Die Politik, die Österreich versäumt hatte, trieb Rußland auf der Balkanhalbinsel von Anfang an. Es war immer als Schützer der griechisch-orthodoxen Glaubensgenossen aufgetreten und verfolgte seit Katharina II. mit Geradlinigkeit das Ziel, Konstantinopel wenn nicht in eigene, so doch in die Hand eines von ihm abhängigen griechisch-katholischen Reiches zu bringen. So unterstützte es jede türkenfeindliche Bewegung. Lag in dieser Politik schon eine gewisse Tendenz gegen Österreich, so wurde diese natürlich verstärkt, als in Rußland der Panslavismus hochkam, der die Habsburgermonarchie nicht nur auf dem Balkan bekämpfte. Die verschiedenen taktischen Schwenkungen der russischen Politik, die zeitweiligen Abkommen mit Österreich, die wechselnde Begünstigung dieses oder jenes Balkanstaates sind Er-

zeugnisse diplomatischer Augenblicksbedürfnisse und interessieren hier nicht weiter. — Die Stellung Englands war durch seine allgemeine Stellung als erste Mittelmeermacht und dann durch seinen Gegensatz gegen Rußland bedingt. Bei der Besprechung der englisch-russischen Beziehungen ist das Wesentliche bereits gesagt worden (s. ob. 276 ff.). Zuletzt mußte das britische Reich ein Förderer aller türkenfeindlichen Bestrebungen werden, da es den Besitz der südlichen Provinzen der Türkei in Asien zur Herstellung der Verbindung zwischen Ägypten und Indien brauchte. — Durch territoriale Aspirationen bedingt war noch die Stellung Italiens. Von der italienischen Adriapolitik ist in anderem Zusammenhange schon die Rede gewesen. Ihre natürliche Ergänzung war die Festsetzung auf der gegenüberliegenden Küste der Balkanhalbinsel d. h. in Albanien. Schließlich ging die italienische Politik aber weiter und benützte die gute Gelegenheit des türkisch-italienischen Krieges zur Besetzung des sog. Dodekanesos d. h. zum Übergreifen ins ägäische Meer. — Frankreich stand und steht den territorialen Fragen auf dem Balkan ferner. Sein orientalisches Interesse war um die Jahrhundertwende durch drei verschiedene Zusammenhänge bestimmt. Zunächst war es als Bundesgenosse Rußlands immer geneigt, die Freundschaften und Feindschaften seines großen Alliierten zu teilen. Dann begründete die enge Verbindung der französischen Hochfinanz mit dem levantinischen Großhändlertum eine ständige Anteilnahme an den orientalischen Dingen. Hand in Hand damit ging eine rege französische Kulturpropaganda in Vorderasien und auf der Balkanhalbinsel. Im Hintergrunde stand die Aussicht, bei einem einmal doch eintretenden endgültigen Zerfall der Türkei territoriale Erwerbungen in Syrien und Kleinasien machen zu können,

wo man alte, noch bis in die Zeiten der Kreuzzüge zurückgehende Ansprüche zu haben glaubte. — Territorial ganz uninteressiert an den orientalischen Dingen war Deutschland. Gerade diese Tatsache aber ließ der deutschen Politik die Türkei als geeignetes Betätigungsfeld für die wirtschaftlichen Kräfte ihres Landes erscheinen. Daraus ergab sich, daß Deutschland ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung des osmanischen Reiches gewann. Dies mußte die bestehenden Gegensätze Deutschlands gegen die anderen Großmächte verschärfen. So hat sich denn an dem ewig schwälenden Feuer der orientalischen Frage schließlich die Fackel entzündet, die Europa in Brand setzte.

4. Vollendung des Weltstaatensystems

Bevor wir uns dem Zusammenbruch des europäischen Staatensystems im Weltkrieg zuwenden, müssen wir uns noch die Stellung dieses Staatensystems und seiner Glieder in den großen planetarischen Beziehungen vergegenwärtigen. Draußen in der weiten Welt nahm die Entwicklung ihren Fortgang, die zu Anfang des 19. Jahrhunderts begonnen hatte. Wir haben aber auch weiter gesehen, wie diese fortschreitende Europäisierung des Erdballs allenthalben in den überseeischen Ländern Gegenkräfte auslöste; und zwar ist dies in einem doppelten Sinne zu verstehen. Zunächst griff der nationale Gedanke, wie er die europäische Politik um die Jahrhundertmitte beherrscht hatte, auf die Länder mit bodenständiger nichteuropäischer Kultur über. Wir sehen einen ägyptischen, persischen, indischen, chinesischen, japanischen Nationalismus hochkommen; dem innerafrikanischen „Kaiserreich" Abessinien gelang es unter der Führung seines großen Negus Menelik II., den Italienern eine empfindliche Niederlage beizubrin-

gen und sich als einziger unabhängiger Staat in Afrika zu behaupten. Schon kündigten sich, wenn auch von ferne und in schwer erkennbaren Umrissen, in der panislamitischen und in der von den Negern Nordamerikas propagierten „panafrikanischen Bewegung“ neue große Völkergemeinschaften mit bewußter Spitze gegen die abendländisch-christliche Kultur an. Außerdem aber lösten sich die Nationen, die sich durch Verpflanzung europäischer Bevölkerungsteile in fremde Erdteile zu bilden beginnen, allmählich von dem abendländischen Kulturkreis. In Südamerika ist dies ganz offensichtlich, da hier die neuen Nationen aus der Blutmischung der europäischen Einwanderer mit den Indianern entstehen.*) Aber auch die Länder mit rein weißer, d. h. praktisch mit überwiegend angelsächsischer, Bevölkerung begannen allmählich, wenigstens in politischer Beziehung dem alten Mutterlande als etwas Selbständiges gegenüber zu treten. Ja, man kann sagen, daß sie sogar sich anschicken, unseren alten Kulturkreis zu sprengen, indem ihr wachsender Einfluß auf die britische Reichspolitik England immer mehr vom kontinentalen Europa löst und in eine außereuropäische Gemeinschaft stellt. Ein Zweig des angelsächsischen Stammes, der nordamerikanische, hatte sich, wie wir sahen, bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts politisch vom Mutterlande und damit auch vom mütterlichen abendländischen Kulturkreise gelöst. Dann, im Verlaufe des 19. Jahrhunderts wurde es immer klarer, daß mit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten sich eben nicht nur ein Teilgebiet des britischen Reiches politisch von diesem losgelöst hatte, sondern daß hier ein Prozeß

*) Besonders in Mexiko, Peru, Chile. In Brasilien kommen für die Mischung mit den Weißen hauptsächlich die als Sklaven eingeführten Neger in Betracht.

von viel weittragenderer Bedeutung sich einleitete. Denn indem das britische Reich, um einer Nachahmung des nordamerikanischen Beispiels vorzubeugen, mit der Zeit seinen anderen großen Siedelungskolonien Selbstverwaltung verlieh, schuf es in den verschiedenen Weltteilen Gemeinwesen angelsächsischer Prägung, die infolge der gemeinsamen kolonialen Grundlage in ihrer ganzen sozialen und politischen Struktur eine gewisse Ähnlichkeit mit den Vereinigten Staaten aufwiesen. So bahnte sich, im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts schon klar erkennbar, allmählich die Bildung eines angelsächsischen Kulturkreises an. Die Vereinigten Staaten hatten zunächst, wie schon erwähnt wurde, zwischen sich und der europäisch beeinflußten Welt eine Schranke gezogen, indem sie erklärten, jede Einmischung der europäischen Mächte in die Angelegenheiten der selbständigen amerikanischen Staaten als gegen ihre Interessen gerichtet ansehen, sich ihrerseits aber auch jeder Einmischung in nichtamerikanische Verhältnisse enthalten zu wollen. Nachdem die Union die große Krisis ihrer Staatsentwicklung, den Sezessionskrieg, glücklich überwunden hatte, nahm sie es allerdings mit letzterem Punkte bald nicht mehr so genau. Ihr Vordringen an die pazifische Küste brachte sie in wirtschaftliche Berührung mit der Inselwelt des Stillen Ozeans und bald auch mit der gegenüberliegenden Küste; so konnte sie sich einer Anteilnahme an den politischen Verhältnissen Polynesiens und Ostasiens gar nicht mehr entziehen.

So dämmerten um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts allmählich die Umrisse eines Weltstaatensystems auf. Den ersten Rang in demselben behaupteten drei Weltreiche, die die gleiche Rolle spielten wie die Großmächte im alten Europa; zwei von ihnen aus

dem europäischen Staatensystem hervorgegangen, wie es seit etwa 1700 bestand, aber in ihren Interessen aufs engste mit den Verhältnissen der außereuropäischen Welt verflochten und vor allem stark interessiert an dem Völkermeer der Zukunft, dem pazifischen Ozean und seinen Randgebieten: das britische und das russische Reich; das dritte, die Vereinigten Staaten, in kürzester Zeit von einer Macht lokaler Bedeutung zur amerikanischen Großmacht und schließlich durch den Anteil an der pazifischen Küste zur Weltmacht emporgewachsen. Zwei von ihnen, England und Amerika, beruhten auf der angelsächsischen Rasse, die mit unerhörter Ausbreitungs- und Assimilierungskraft den Erdkreis zu erfüllen sucht. Das russische Kaiserreich hatte als Kern jene eigenartige Mischung slavischen und turanisch-mongolischen Volkstums, mit byzantinischen und germanisch-abendländischen Kulturelementen versetzt, die wir als Großrussentum bezeichnen und die wohl erst das Ferment einer sich bildenden Kulturwelt darstellt.

Die älteste dieser drei Weltmächte war England. Als abendländisches Reich beginnend, hatte es vom 16.—19. Jahrhundert ein riesiges Kolonialreich zusammengebracht und das besondere Glück gehabt, daß zu diesem Kolonialreich weite Gebiete gemäßigter Zone gehören, die zur dauernden Seßhaftmachung weißer Ansiedler geeignet sind. Durch den Abfall der „Neuenglandstaaten“ (der heutigen Union) und den bald darauf erfolgenden Abfall der spanischen und portugiesischen Siedlungskolonien von ihren Mutterländern gewarnt, ging es im 19. Jahrhundert daran, seinen großen Siedlungskolonien, den Dominions, Selbstverwaltung zu geben. Je mehr dieser Prozeß fortschritt, um so wichtiger wurde für die britische Politik das sog. „Reichs-

problem", d. h. die Frage, wie die Selbständigkeit dieser Tochterstaaten mit der Einheit des Reiches zu versöhnen ist. Besonders wichtige Sonderprobleme in diesem Komplex von Fragen waren das wirtschaftliche (Reichszollunion) und das der auswärtigen Politik. Nach dem Bündnis mit Japan zeigte es sich bald, daß gerade auf diesem Gebiete die Interessen einzelner Dominions von denen des Reiches selbst divergieren. Denn besonders Australien, Neuseeland und Kanada fühlen sich durch die Einwanderung der gelben Rasse bedroht und sind deshalb eher geneigt, in manchen Fragen mit Amerika zusammenzugehen, während die offizielle Reichspolitik natürlich auf den Verbündeten jede Rücksicht nehmen muß; sowie Japan gegen das Reich Stellung nehmen würde, wäre die Grundlage der britischen Weltmacht überhaupt, Indien, bedroht. Die zweite schwierige Frage für England ist die irische, ein Problem, das aus der nationalen Bewegung des 19. Jahrhunderts erwachsen ist. Während England den Dominions das Recht der Selbstverwaltung verlieh, konnte es sich bis heute nicht entschließen, das gleiche mit dem fremden Volksstamm im eigenen Hause zu tun. Und wie die nationale Bewegung in Europa diese bedrohliche Erscheinung im europäischen England selbst schuf, so erzeugte ihr Übergreifen in die nichteuropäische Welt die gleiche Schwierigkeit in den Ausbeutungskolonien. Der Ruf „Indien den Indern", „Ägypten den Ägyptern" tönte ebenso vernehmlich vor den Toren von St. James, wie der Ruf „Irland den Iren".

Fragen von nicht geringerer Wichtigkeit und Gefährlichkeit beschäftigten das zweite Weltreich, das russische. In der Frühzeit unserer Kultur von germanischen Kriegerscharen gegründet und durch die religiöse Stellungnahme seiner späteren Herrscher dem östlichen

Zweig der Mittelmeerkultur angeschlossen, war es durch die jahrhundertelange Herrschaft der Tartaren ganz aus der Verbindung mit dem Abendlande gerissen worden. Der Staat, von dem die Befreiung und Einigung des Landes ausging, das Großfürstentum Moskau, entstand überdies auf ursprünglich finnisch-mongolischem Kolonialboden, so daß die Bevölkerung des russischen Reiches, wie es sich im 16. Jahrhundert bildete, von Anfang an einen starken asiatischen Einschlag hatte. Seine Ausbreitung erfolgte zum größeren Teil auf asiatischem Boden. Dieses riesige Völkergemisch wurde durch Peter den Großen und seine Nachfolger gewaltsam in das europäische Staatensystem hineingezwungen. Äußerlich nahm es die Regierungsmethoden des damaligen Abendlandes an. Es bildete sich eine in bezug auf Lebensgewohnheiten und äußere Bildung vollkommen europäisierte Oberschicht. In diesem Gegensatz zwischen den äußeren Formen der Regierung und der Gesellschaft einerseits und dem inneren Wesen des Volkstums andererseits lag das schwerste Problem des kaiserlichen Rußland. Durch den europäischen Zuschnitt des ganzen öffentlichen Lebens drangen abendländische Ideen in das Volk, die von diesem nicht verstanden wurden. Da man den Staat als etwas Fremdes empfand, so konnte die Lehre der absoluten Staatsfeindschaft, der Nihilismus, hier am leichtesten Fuß fassen. Von den expansiven Tendenzen im russischen Staat und ihren Gründen ist an anderer Stelle schon die Rede gewesen. Dieses eigentlich vollkommen grenzenlose Expansionsbedürfnis hatte nun zur Folge gehabt, daß dem Reiche eine große Anzahl fremdstämmiger Völker angeschlossen wurde. Finnen, Esthen, Letten, Littauer, Polen, Rumänen bildeten einen Gürtel von „Fremdvölkern“ allein an der Westgrenze des Reiches. Dazu

kamen noch Ukrainer und Weißrussen, hinsichtlich deren die Wissenschaft nicht einig ist, ob sie nur Zweige eines gesamtrussischen Volkstums oder eigene Nationen sind. Auf alle Fälle barg die russische Weltmacht weit größere und kompliziertere Gegensätze wie die englische.

Vom Ballast historischer Gegebenheiten am wenigsten beschwert unter den Weltmächten waren die Vereinigten Staaten. Sie tragen in Wirtschaft und Gesellschaft noch die unverkennbaren Züge ihres kolonialen Ursprungs. Noch heute zieht der riesenhafte Raum ihres Gebietes die Auswanderer aus aller Herren Ländern an. Hierin liegt eine der ernstesten Fragen der amerikanischen Politik. Denn von der Qualität dieser Einwanderung hängt das künftige Schicksal dieser noch ganz in der Bildung begriffenen Nation ab. Und zwar ist es nicht allein die — rein zahlenmäßig noch ziemlich geringfügige — gelbe Einwanderung, welche den angelsächsischen Charakter der künftigen Bevölkerung der Union bedroht. Die Einwanderungstatistik wies zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein starkes Anschwellen „minderwertiger" europäischer Elemente — Italiener, Slaven, Griechen und besonders auch Ostjuden — auf. Gegen alle diese, den angelsächsischen Charakter der Nation bedrohenden, Elemente macht sich eine starke Bewegung in der Bevölkerung geltend, die auch auf die Legislaturen der Einzelstaaten übergriff. Ob es dieser Bewegung gelingen wird, die Gefahr zu bannen, davon wird es abhängen, ob die Nation ihre zukunftsreiche Stellung innerhalb des im Werden begriffenen angelsächsischen Kulturkreises behaupten kann. Neben diesem Einwanderungsproblem ist die völkische Zukunft Amerikas noch belastet durch das Vorhandensein von etwa zehn Millionen Negern auf dem Boden der Republik. — Die soziale Frage trägt

jenseits des „großen Teiches“ ein wesentlich anderes Gesicht als im Abendland. Sie wird hier beherrscht durch das Anwachsen des industriellen und finanziellen Kapitalismus zu geradezu gigantischen Ausmaßen. In bezug auf die internationale Geltung der amerikanischen Wirtschaft stellt diese Konzentration der Produktionsmittel einen Vorzug dar, aber sie birgt große Gefahren in sich, besonders, da durch sie die ideellen Grundlagen des amerikanischen Staatswesens, individuelle Freiheit und Demokratie, in praxi so gut wie illusorisch gemacht werden. Was nun die amerikanische Politik nach dem Sezessionskrieg anlangt, so war sie zunächst noch von den Gegensätzen bestimmt, die in jenem ausgefochten wurden. Erst Ende der siebziger Jahre, unter der Präsidentschaft des Republikaners Hayes, bahnte sich die innere Versöhnung an. Aber bis in das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts beschäftigte sich die Politik der Union fast ausschließlich mit dem inneren, besonders dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Die wirtschaftliche Erstarkung wurde dann auch hier die Triebfeder zu einer aktiven Außenpolitik. Die großen Kapitalorganisationen, die Trusts und Konzerne nahmen immer mehr Interesse an der wirtschaftlichen Ausbeutung auswärtiger Gebiete. Die Regierung, mit der die neue Ära des amerikanischen Imperialismus eingeleitet wurde, war die Mac Kinleys. Auf die Besetzung Hawaiis (1897) folgte der Krieg gegen Spanien (1898). Dieser ist insofern gewissermaßen symbolisch für die Weltpolitik der Union, als in der Eroberung von Cuba und Portorico die Richtung auf das lateinische Amerika, in der Besitznahme der Philippinen die auf den Stillen Ozean vorgezeichnet lag.

Neben diesen eigentlichen Weltmächten standen drei andere Großmächte, die sich zwar an Machtentfaltung

und planetarischer Bedeutung den drei erstgenannten gewaltig näherten, denen wir aber, jeder aus einem anderen Grunde, die Klassifikation „als Weltmacht“ nicht zuerkennen können: Frankreich, Japan und Deutschland. Was die territoriale Größe anlangt, so steht unter ihnen Frankreich an erster Stelle. Wir haben schon gesehen, wie es sich seit der kontinentalen Niederlage im Jahre 1870 ein mächtiges Kolonialreich aufbaute. Seine geographische Lage ist der weltpolitischen Betätigung günstig. Seine Küsten berühren das alte Kulturbecken des Mittelmeers, den atlantischen Ozean und gerade eben noch die Nordsee. Gegen seine südlichen Nachbarn ist es durch hohe Gebirgszüge geschützt. Nur nach Osten ist die Grenze offen. Dies ist die geopolitische Voraussetzung zu dem säkularen Gegensatze gegen Deutschland. Hiermit ist aber gleichzeitig gesagt, daß Frankreich viel enger mit dem abendländisch-europäischen Kulturkreis verbunden ist, wie die vorhergenannten Weltmächte. Daher hatte Frankreich in seiner äußeren Geschichte immer zwei Ziele: koloniale Ausbreitung und kontinentale Hegemonie. Neben dieser kontinentalen Bindung war noch ein anderes Element, das Frankreich von den Weltmächten unterschied: das völkische. In Rußland und Amerika bilden junge, werdende Nationen oder Rassen die eigentliche Grundlage des Imperialismus; bei England als Imperium ist das insofern der Fall, als es sich in seinen Siedlungskolonien gewissermaßen riesenhafte Jungbrunnen des Volkstums geschaffen hat, in denen eine neue, zukunftfrohe Herrscherrasse entsteht. Frankreich jedoch hat das einzige derartige Siedlungsgebiet, das es besaß, Kanada, im 18. Jahrhundert an England verloren. Das Kolonialreich des 19. Jahrhunderts besteht fast ausschließlich aus Ländern, die für europäische Siedlung

nicht geeignet, reine Ausbeutungskolonien sind. Im Mutterlande selbst aber machten sich bereits Alterserscheinungen des Volkstums geltend: in den letzten Jahrzehnten weist die Statistik einen zunehmenden Rückgang des Bevölkerungszuwachses auf. So fehlt hinter dem Expansionsdrang, der ein Charakteristikum jeder Großmacht ist, die natürliche Triebkraft.

Ganz andere Motive bedingten die Stellung Deutschlands im Weltstaatensystem. Dem Bismarckschen Reiche fehlten die äußeren, geographischen Voraussetzungen zur Weltmacht in bedenklichem Maße, während die inneren Kräfte — physische wie wirtschaftliche — mit Allgewalt nach außen drängten. Deutschland war in weit höherem Maße Kontinentalmacht, wie Frankreich. Der bei weitem größere Teil seiner Küste erstreckte sich an dem Binnenmeer der Ostsee, dessen Ausgang in fremder, dänischer Hand ist. In gewissem Maße wurde hier Abhilfe geschaffen durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal, der die Ostsee mit der Nordsee verbindet. Aber auch diese ist kein freies Meer im eigentlichen Sinne, da ihre Verbindung mit dem Weltmeere, dem Atlantischen Ozean, durch die britische Insel gesperrt ist und die Zugänge in der Reichweite der englischen Kanonen liegen. Haben wir schon bei Frankreich gesehen, daß die offene Grenze eine kontinentale Bindung bedeutet, so trifft dies bei Deutschland in unendlich gesteigertem Maße zu. Denn seine Grenzen sind nach allen Seiten offen. Im Osten, wie im Westen liegen, teilweise in die politischen Grenzen des Bismarckischen Reiches einbezogen, Gebiete, die seit Jahrhunderten den Zankapfel zwischen Deutschland und seinen Nachbarn bilden. Eine einfache Erwägung muß uns sagen, daß Deutschland nur zur Weltmacht werden konnte, wenn es diese alten Vorlande, seine natürlichen

geographischen, wirtschaftlichen und teilweise auch völkischen Ergänzungen, in irgendeiner Form an sich genommen, und so die unbedingte Vorherrschaft auf dem Kontinent errungen hätte. War, wie die Geschichte der letzten fünfzig Jahre lehrt, ein französisches Weltreich auch ohne die europäische Hegemonie möglich, so ist das für Deutschland nicht der Fall. Die Nachbarn Deutschlands waren aber alle Großmächte,*) oder lagen im Schatten von solchen.**) Der wenig ausgeprägte politische Sinn des deutschen Volkes ließ die deutsche Politik diese Zusammenhänge zu wenig beachten, und den Weg wirtschaftlicher und maritimer Expansion beschreiten, ohne die kontinentale Stellung ihres Landes genügend gesichert zu haben. Man kam dabei auf ein Aushilfsmittel, das vielleicht das richtige war, wenn es nur von der nachbismarckschen Diplomatie zielbewußter und geschickter gehandhabt worden wäre: man verstärkte seine europäische Stellung, indem man die beiden schwächsten europäischen Großmächte, Italien und Österreich, gewissermaßen in seinen Schutz nahm. Soweit Italien in Betracht kam, sind die Schwierigkeiten, die in seiner Stellung sowohl zu Österreich wie auch zu den Mittelmeermächten England und Frankreich lagen, schon erwähnt. Nur eine Staatskunst von großem Weitblick und großer Geschicklichkeit konnte dies feinfühlige Instrument meistern. Sie war den Nachfolgern Bismarcks versagt. Einfacher lagen die Dinge bei Österreich. Es war mehr auf Deutschland angewiesen, wie das Apenninenreich. Starke Fäden der Tradition und Kultur zogen es an die Seite des Mutterlandes, zu dem es in mancher Hinsicht die natürliche Ergänzung bil-

*) Frankreich, Rußland, Österreich und in gewissem Sinne auch England.

**) Dänemark, Holland, Luxemburg und Belgien.

dete. Und es war die Brücke zu einem der großen, dem europäischen Tatendrang offenliegenden Wirtschafts- und Kulturgebiete der Erde, dem Orient. Leider nur war, wie wir schon sahen, gerade dies Gebiet das umstrittenste. — Den Aufstieg von einer Großmacht lokaler Bedeutung bis an die Schwelle der Weltmacht vollzog Deutschland, bezw. sein Kernland, Preußen, in noch kürzerer Zeit wie Amerika. Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts war Preußen *eine* deutsche Macht neben Österreich. Indem es in den Jahren 1866 und 1870 den Rivalen an der Donau aus seinem deutschen Interessengebiet entfernte und dieses Gebiet staatlich um sich zusammenschloß, wurde es erst in vollem Sinne eine europäische Macht. Knapp zwanzig Jahre später drängte es bereits aus der Enge Europas heraus zu planetarischer Bedeutung.

Waren alle bisher genannten Mächte wenigstens in einem gewissen Sinne europäische Mächte oder standen sie doch in irgendeinem Zusammenhange mit dem abendländischen Kulturkreis, so ist Japan bis jetzt die einzige anerkannte Großmacht, die ganz in einer nichteuropäischen Kultur wurzelt. Allerdings äußerlich, in den Formen des Staats- und Wirtschaftslebens, hat es die europäische Zivilisation angenommen. Diesen Prozeß, der Hand in Hand mit der nationalen Wiedergeburt ging, haben wir schon verfolgt. Noch war in den siebziger Jahren ein Bürgerkrieg zu überwinden, aber dann wandte sich das Reich der aufgehenden Sonne entschlossen der territorialen Ausdehnung zu. Schon 1875 waren die Kurilen, 1879 die Liu-Kiu-Inseln angegliedert worden. Der Krieg gegen China 1894—95 brachte den Besitz von Formosa und die erste Festsetzung auf dem chinesischen Festland (Liao-Tung), die aber durch die Intervention Rußlands, Deutschlands

und Frankreichs wieder rückgängig gemacht wurde. An dem „Boxerkrieg", dem Zug der europäischen Mächte gegen das vom Aufstand durchtobte China, nahm aber Japan schon als gleichberechtigt teil (1900). Noch mehr gefestigt wurde seine Stellung durch das Bündnis mit England (1902). Durch den Krieg gegen Rußland 1904—05 errang dann Nipon seine offizielle Anerkennung als Großmacht. Seitdem verkehrt der Tenno mit den alten Mächten nur durch Botschafter. An territorialem Gewinn brachte der Friede von Portsmouth die Südhälfte der Insel Sachalin sowie Port-Arthur und die Schutzherrschaft über Korea. Es folgte nun in den nächsten Jahren die planmäßige „Durchdringung" dieses Landes, die schließlich dahin führte, daß im Jahre 1910 der koreanische Kaiser Ytschak abdankte und das Land endgültig von Japan annektiert wurde. Die äußere Ausdehnung Japans beschränkte sich also ganz auf die benachbarten Inseln und die ihnen gegenüberliegenden Küsten des ostasiatischen Kontinents. Schon aber nahm das Reich des Mikado lebhaften Anteil an den Verhältnissen im Stillen Ozean. Schon griff seine Auswanderung über die polynesische Inselwelt hinweg an die pazifische Küste Amerikas. Die letzten Jahre vor dem Weltkrieg benützte Japan zur Festigung seiner Herrschaft in den eroberten Ländern. Es wartete auf die Gelegenheit, endgültig in die Reihe der Weltmächte einzutreten.

Die noch übrigen zwei europäischen Großmächte, Österreich und Italien, konnten neben diesen sechs Weltmächten planetarische Geltung nur insoweit beanspruchen, als sie eben als Großmächte dem abendländischen Staatensystem angehörten. Denn immer noch behauptete das europäische Abendland sein altes Prestige als eigentliches Zentrum der Weltpolitik. Die

übrigen Länder der Erde waren doch mehr oder weniger nur „Interessensphäre“ jener sechs großen Mächte. Eine Anzahl von ihnen, so die Türkei, Persien, China, Siam, Marokko, Abbessinien dankten ihre politische Existenz nur der gegenseitigen Eifersucht, die zwischen den Großmächten waltete. Diese Ausdehnung des abendländischen Staatensystems über die ganze Erde — und gerade auch seine Erweiterung durch nichteuropäische Großmächte — verengerte gewissermaßen letzten Endes den Kräftespielraum für die europäischen Mächte. Die Kräfte politischer Expansion, die in der weiten Welt keine Ablenkung mehr finden konnten, mußten sich auf dem Kontinent selbst wieder gegeneinander wenden. So kam der Augenblick immer näher, wo die hochgradige Spannung, die die politische Atmosphäre Europas erfüllte, zu einer furchtbaren Entladung führte.

VII. Weltkrieg und soziale Revolution

1. Die Stellung Deutschlands im abendländischen Staatensystem

Das beherrschende und grundlegende Ereignis für das Zeitalter von 1870—1914 war die Einigung Deutschlands. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen des Kontinents hat uns schon beschäftigt. Wir müssen uns nun die Zusammenhänge vergegenwärtigen, in denen dieses Ereignis in der abendländischen Geschichte steht. Denn die historische Bedeutung der Schöpfung Bismarcks ist mit der Tatsache der endlichen politischen Einigung der letzten unter den maßgebenden europäischen Nationen bei weitem nicht erschöpft.

In der entscheidenden Werdezeit der abendländischen Kultur vom 9. bis zum Ende des 13. Jahrhunderts beruhte die Einheit Europas auf der Existenz eines großen, die Mitte des Erdteils umspannenden Reiches. Sein Zerfall ermöglichte erst die Bildung der einzelnen Nationen. Die wirkliche Machtgrundlage dieses Reiches war das deutsche Volk gewesen, das gerade dadurch in besonders enge Fühlung mit dem Kulturleben der anderen abendländischen Völker trat (z. B. des italienischen) und andererseits den von ihm dem Abendlande gewonnenen Völkern des Ostens (Westslaven, Magyaren) den Stempel seiner Kultur aufdrückte. Diese zentrale Stellung in der europäischen Geschichte bewahrte sich unser Volk auch über das Ende seiner mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit hinaus. Sie kam in erster Linie dadurch zum Ausdruck, daß wir die im Schoße der europäischen Kultur ruhenden Gegensätze in besonders intensiver und scharfer Form erlebten und durchkämpften und schließlich als die Ersten deren

Synthese fanden. Daher auch die mannigfaltige — politische, religiöse und soziale — Zerrissenheit unseres Volkes, die doch immer von der ideellen und kulturellen deutschen Nationaleinheit überdauert wird. Diese zentrale europäische Stellung dokumentierte sich auch darin, daß alle Mächte, die eine Universalherrschaft erstrebten oder irgendwie einen gesamteuropäischen Gedanken repräsentieren wollten, zunächst die Vorherrschaft über Deutschland zu gewinnen suchten.*) Solche Bestrebungen hatten aber die politische Ohnmacht unseres Vaterlandes zur Voraussetzung; ja, man kann sagen: wie das universalpolitische Staatensystem des frühmittelalterlichen Abendlandes auf der Einheit Deutschlands und seiner Herrschaft über Mitteleuropa beruht hatte, so beruhte das System der europäischen Nationalstaaten geradezu auf Deutschlands Zersplitterung. Diese Zersplitterung hatte nun im Jahre 1870 ihr Ende gefunden; zum mindesten der größte Teil der Nation war zu der so heiß ersehnten politischen Einigung gelangt. Die große Frage war nun, ob der so eingeleitete Rückbildungsprozeß seinen logischen Fortgang nehmen, ob Deutschland die in früheren Zeiten von seinem Reiche losgerissenen und die von seiner Kultur beeinflußten Länder in irgendeiner Form wieder an sich ziehen und, durch sein so geschaffenes Übergewicht den Kontinent einend, eine neue universaleuropäische Politik einleiten würde, die heute, in der Zeit der werdenden Weltmächte, einen ganz anderen Sinn hätte, als zu den Zeiten europäischer Isolierung in den Anfängen

*) Spanisch-katholisches Weltreich: Karl V. und Ferdinand II. — Ludwigs XIV. Beziehungen zu den deutschen Fürsten. — Napoleons I. Rheinbund. — Das Österreich Metternichs als konservative Vormacht Europas die Präsidialmacht des deutschen Bundes. — Napoleons III. Stellung zur Frage der deutschen Einheit. — Heute: Kontrollkommissionen!

unserer Kultur.*) Das deutsche Volk selbst und auch sein leitender Staatsmann waren zunächst durch die Erreichung des nationalen Staates vollkommen und ehrlich „saturiert“. Es ist aber nicht verwunderlich, daß die an Deutschland angrenzenden großen Nationen sich dadurch beunruhigt fühlten, daß der „weiche Körper“ im Herzen des Erdteils, der seit Jahrhunderten ein williges Objekt ihrer Politik gewesen war, durch ein einheitlich geleitetes, mit beträchtlicher militärischer Macht ausgestattetes Reich ersetzt wurde.

Dieses Mißtrauen gegen das wiedererstandene Deutschland wurde nun dadurch verstärkt, daß in diesem ein der demokratischen Entwicklung der westlichen Länder direkt entgegengesetztes und daher ihren Völkern unverständliches Staatsprinzip, das preußisch-autoritative, zur Herrschaft gekommen war. Wir haben gesehen, wie die Verfassungsentwicklung im ganzen Abendlande sich seit der französischen Revolution in

*) Es hätte sich zunächst nur darum handeln können, das mit Österreich und Italien geschaffene Bündnissystem auf die Deutschland umgebenden Mittel- und Kleinstaaten Holland, Belgien, Luxemburg, etwa auch die Schweiz, sowie die skandinavischen Reiche auszudehnen. Wenn Deutschland diesen Staaten gegenüber die Rolle eines Beschützers der kleinen Mächte übernommen und damit eine geschickte und vorsichtige deutsche Kulturpropaganda verbunden hätte, so wäre dadurch ein Mitteleuropa entstanden, das einer Koalition der Randstaaten gegenüber eine weit größere Festigkeit gehabt und auch einem überseeischen Ausgreifen eine andere Grundlage gegeben hätte. Es wäre dazu allerdings nötig gewesen, auf die Völker einzuwirken und sich nicht auf Traktate mit den Regierungen zu beschränken (vgl. Italien und Rumänien!). Gerade Deutschlands föderative Verfassung hätte es zu einer solchen Politik besonders geeignet gemacht, denn ein solcher loser Bund mitteleuropäisch-germanischer Staaten um den engeren Bund des deutschen Reiches hätte die nationale Freiheit der einzelnen Teilnehmer nicht bedroht und doch eine Machtansammlung dargestellt, die die Grundlage einer wirklichen Weltpolitik hätte werden können.

der Richtung auf immer stärkere Durchsetzung demokratischer und liberal-individualistischer Ideen bewegte. Dies hatte seinen guten Grund in der Geschichte der europäischen Länder, besonders aber der westlichen Großmächte. Diese hatten sich, wie überhaupt alle Staatsbildungen im Abendlande, unter der Herrschaft des dynastischen Gedankens entfaltet. Die großen Nationen des Westens, die Spanier, Engländer, Franzosen, waren gewissermaßen unter den Fittichen ihrer Herrscherhäuser herangewachsen und so erst zu Nationen geworden. Zu der Zeit, als die Nationalpersönlichkeiten sich voll ausbildeten, deckten sich also die Herrschaftsgebiete der Dynastien mit dem Geltungsbereich der Nationen. Innerhalb dieser Gebilde sind zunächst noch die Dynastien das führende, bestimmende Element. Allmählich aber schob sich der nationale Gedanke an die Stelle des dynastischen. Die logische Folge dieser Entwicklung war, daß an Stelle des Herrscherhauses die Gesamtheit der Nation der ausschlaggebende Faktor wurde, d.h. mit anderen Worten, daß der demokratische Gedanke über den aristokratischen den Sieg davontrug. Denn die Monarchie, wie sie im Abendlande zur Ausbildung gekommen war, war im Grunde genommen der höchste Ausdruck eben dieses aristokratischen Gedankens, nicht des monarchischen im Sinne etwa der alten orientalischen Monarchien oder des römischen Imperatorentums. Der Königsname in allen germanischen Sprachen kommt von dem Namen für „Geschlecht". Die Königsfamilie ist also gewissermaßen das Geschlecht par excellence, in dem der aristokratische Gedanke der vornehmen, reinblütigen Abstammung zum vollkommensten Ausdruck kommt. Dieses Geschlecht, nicht die Person des jeweiligen Königs, ist ursprünglich der eigentliche Träger der höchsten Würde.

Das ist in der ältesten Zeit der Grund für die Landesteilungen, in der neueren für den hohen gesellschaftlichen Rang, den in allen modernen Monarchien sämtliche Angehörige des Herrscherhauses, selbst in seinen fernsten Abzweigungen, einnehmen.*) Erst mit der Zeit und indem es den wiedererwachten römischen Staatsgedanken in sich aufnahm, verdrängte das abendländisch-germanische Königtum in den Staaten des Westens die anderen Repräsentanten einer aristokratischen Staatsauffassung, den Feudaladel und die ständischen Korporationen, aus der politischen Macht. So schlug der aristokratische Gedanke, der allen abendländischen Staatsbildungen zugrunde lag, in sein Gegenteil um: der nivellierende Einfluß der absoluten Monarchie bereitete der modernen Demokratie den Weg. Denn allmählich kam es dahin, daß das Königtum durch die Repräsentation des Gesamtvolkes, das Parlament, entweder in den Schatten gestellt (England) oder ganz verdrängt wurde (Frankreich).

Dies war der Verlauf in den großen Nationalstaaten des Westens. Anders in Deutschland. Zwar stand auch hier am Anfang der nationalen Entwicklung eine Dynastie, die Nachkommen Ottos des Großen.**) Unter der

*) Ich erinnere an die Tatsache, daß noch heute alle Angehörigen des sächsischen, mecklenburgischen, oldenburgischen und der jüngeren Linie des bayerischen Hauses den herzoglichen Titel führen, d. h. den alten Herrschertitel ihrer Häuser; die Bezeichnung „König" oder „Großherzog" für den regierenden Chef des Hauses stammt erst aus der napoleonischen Zeit.

**) Die drei ersten deutschen Kaiserhäuser der Sachsen, Salier und Staufer stammen alle von Otto dem Großen ab und bilden insofern eine dynastische Einheit; Ottos Tochter Luitgard war die Urgroßmutter Kaiser Konrads II., des Stammvaters der Salier. Dessen Urenkelin Agnes, die Tochter Kaiser Heinrichs IV., war mit Friedrich von Büren oder Staufen vermählt, aus welcher Ehe alle staufischen Kaiser stammen.

dreihundertjährigen Herrschaft dieser Dynastie bildete sich zwar eine gewisse kulturelle Einheit der Nation heraus. Zum Träger der politischen Einheit, wie bei den Franzosen oder Engländern, konnte diese Königsdynastie aber bei uns nicht werden, da sie dem Bunde der feudalen Gewalten mit dem Papsttum erlag. Der Keim nationaler und auch demokratischer Ideen, der in jeder Monarchie enthalten ist, konnte daher in Deutschland nicht fruchtbar werden. Die weitere Staatsentwicklung vollzog sich ganz im aristokratischen Sinne; das „Heilige römische Reich" wurde nach dem Interregnum dem Wesen nach zu einer aristokratischen Republik. Das Eigenartige der deutschen Entwicklung ist nun das, daß die großen Barone nicht nur dem Kaiser die eigentliche Reichsgewalt entwanden, sondern daß sie diese selbst in fortschreitendem Maße schwächten und den Schwerpunkt des politischen Lebens in ihre lokalen Herrschaftsgebiete verschoben, die sich dadurch nunmehr zu selbständigen Staaten entwickelten. Als im 16. und 17. Jahrhundert der moderne Staatsgedanke aus der Verbindung des aristokratisch-dynastischen Prinzips mit dem römischen Recht entstand, fand er in Deutschland seine Verwirklichung nicht, wie in Frankreich oder England, in einem, die ganze Nation umspannenden Staatswesen, sondern in lokalen Bildungen, die im Grunde nichts anderes waren, als die alten feudalen Herrschaften; ihre Grundlage bildeten daher auch keine völkischen oder stammlichen Einheiten, sondern nur Landgebiete von oft sehr heterogener Zusammensetzung, die nur durch die Zufälligkeiten der dynastischen Entwicklung zusammengekommen waren. Es gab also ein deutsches Volk; dasselbe fand aber keinen Ausdruck in einem deutschen Staat. Es gab deutsche Staaten; diese repräsentierten aber

kein Volk, sondern höchstens „Bevölkerungen". Der Faden der Entwicklung, der in den westlichen Ländern über den nationalen Staat zum Volksstaat führte, war also in Deutschland abgeschnitten. Der Versuch, ohne Rücksicht auf die historische Entwicklung einen neuen nationalen Staat auf dem modernen demokratischen Gedanken aufzubauen, war 1848—49 kläglich gescheitert. Im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern, vollzog sich die politische Einigung Deutschlands ganz im Zuge der dynastisch-aristokratischen Entwicklung, indem die mächtigste der deutschen Dynastien, die der Hohenzollern, die anderen in bundesstaatlicher Form um sich zusammenschloß. Die politische Organisation dieses mächtigen Reiches, das jetzt im Herzen Europas entstanden war, ruhte so tatsächlich auf ganz anderen Grundlagen als die westlichen Demokratien. Der eigentliche Träger der Souveränität, der Staat (d. h. hier der Einzelstaat), bewahrte seinen dynastischen Charakter; der politische Ausdruck der Gesamtnation war ein Bund dieser dynastischen Staaten. Dabei war es natürlich, daß der betont militärische und autoritative Charakter, den der Führerstaat in dieser eigenartigen Organisation, Preußen, aus den Notwendigkeiten seines Entwicklungsganges heraus bei sich ausgebildet hatte, in das Wesen des ganzen Reiches überging. Dem politischen Charakter der Deutschen und den Erfordernissen, welche ihre geographische und historische Situation an die Nation stellte, entsprach diese Struktur des Reiches. Denn unser Volk, welches das fanatische Bedürfnis hat, ideale Forderungen tatsächlich zu verwirklichen, kann eben deshalb die rein formale und im Grunde unwahrhaftige „Demokratie" der westlichen Großmächte nicht handhaben und bedarf in seiner Lage inmitten mächtiger Nachbarn, für die seine politische

Ohnmacht geradezu ein Lebensbedürfnis ist, einer starken, es zusammenfassenden Autorität. Dabei war dem modernen Bedürfnis nach Teilnahme des Volkes am Regiment reichlich Genüge geschehen durch die mit weitgehender Selbständigkeit ausgestatteten Vertretungskörper in Staat und Gemeinde, sowie durch den Reichstag, der auf einem ganz demokratischen Wahlrecht beruhte. Immerhin empfanden die übrigen europäischen Nationen diese ihnen absolut unverständliche Staatsform als eine Verstärkung der Beunruhigung, die ihnen das Entstehen eines mächtigen deutschen Reiches an sich schon einflößte. Es war daher doch mehr als ein nur zu Kriegszwecken erfundenes Schlagwort, wenn unsere Feinde bei Beginn des Weltkrieges auch den „demokratischen Gedanken" gegen uns ins Feld führten. Tatsächlich kämpften diese Völker, zum mindesten die westlichen, unter anderem auch für die allgemeine Durchsetzung der politischen Form der Demokratie, die sich bei ihnen herausgebildet hatte. Am deutschen Volke und seiner Regierung aber wäre es gewesen, diesen feindlichen Lockungen nicht zu erliegen, sondern im Gegenteil die Werbekraft des konservativ-aristokratischen und des sozialen Gedankens, als deren vornehmster Repräsentant das kaiserliche Deutschland gelten kann, ihrerseits zur Propaganda auszunützen.

Der Gefahren, die aus diesen historischen Imponderabilien heraus seiner Schöpfung drohten, war sich Bismarck wohl bewußt, ebenso wie derjenigen, die in der inneren Struktur des Reiches begründet lagen. Sein ganzes Streben war daher darauf gerichtet, die Stetigkeit der inneren Entwicklung Deutschlands, das allmähliche Zusammenwachsen seiner Staaten, zu sichern und alle Reibungsmöglichkeiten mit den Nachbarmächten, soweit angängig, zu beseitigen. Diesem Ziele diente auch

die offensichtliche Begünstigung, die er dem französischen Streben nach kolonialer Ausdehnung entgegenbrachte; denn er hoffte dadurch den ruhmsüchtigen Nachbarn von den Revanchegedanken abzubringen. Im übrigen verstand es der Reichskanzler meisterhaft, die bestehenden Gegensätze zwischen den europäischen Staaten im Interesse der Sicherheit Deutschlands auszunützen. Der Kern seines diplomatischen Systems war vom Ende der 70er Jahre an das Bündnis mit Österreich, da er einerseits die Notwendigkeit dieses Bündnisses für den Kaiserstaat und andererseits die Nützlichkeit eines sicheren Bundesgenossen für die deutsche Politik klar erkannte. Dieses Bündnis wurde später bekanntlich durch den Hinzutritt Italiens erweitert, so daß ein Machtblock im Herzen Europas zustande kam, dessen geographische Erstreckung sich etwa mit der des alten Stauferreiches deckte. Das Charakteristische an diesem Bunde war, daß er nur auf Verteidigung, auf Erhaltung des europäischen Friedens abzielte. Ebenso, wie Bismarck es stets ablehnte, das Bundesverhältnis für, dem deutschen Reiche fremde, Interessen der Verbündeten ausschlachten zu lassen, so ließ er auch seine guten Beziehungen zu anderen Mächten durch dasselbe nicht stören. Insbesondere gilt dies von Rußland. Trotz der in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft auftretenden Gegensätze zwischen den beiden osteuropäischen Kaiserreichen ließ er sich die Pflege der traditionellen preußisch-russischen Freundschaft angelegen sein und band sich sogar dem Zarenreich gegenüber durch den sogenannten Rückversicherungsvertrag. Bei der Zerrissenheit des europäischen Kontinents muß eben eine große Kontinentalmacht von so ausgesprochen aufstrebenden Tendenzen wie das damalige deutsche Reich Anlehnung an eine der beiden in den abendländischen

Kulturkreis hineinragenden Weltmächte suchen. Und dafür lag Bismarck seiner und seines kaiserlichen Herrn ganzen Einstellung nach Rußland näher wie England. Dabei hatte er aber nichts dagegen einzuwenden, daß das verbündete Italien und auch Österreich in engere Beziehungen zu dem Britischen Reiche traten. Es war eine Politik, die der von England seit Jahrhunderten betriebenen scharf entgegengesetzt war. Denn wie dieses ein ganz klares Interesse an der Zwietracht unter den kontinentalen Mächten hatte, so war es für das neue Deutschland geradezu eine Lebensfrage, daß der Friede auf dem abendländischen Festlande erhalten blieb. Denn jeder große europäische Krieg barg infolge der zentralen Lage die Gefahr in sich, daß Deutschland in ihn verwickelt würde, was aber bei dessen schlechten Grenzen wie auch bei den noch wenig konsolidierten inneren Verhältnissen des Reiches immer mißlich war. So konnten die bestehenden Gegensätze der Großmächte höchstens dazu dienen, eine Koalition gegen Deutschland zu verhindern. Im übrigen ging das Interesse des neuen Reiches ausschließlich auf die Erhaltung des Friedenszustandes, der dem Volke Gelegenheit gab, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben, und außerdem seine wirtschaftlichen Kräfte zu ungeahnter Entfaltung brachte. Dem entsprach auch die Politik Bismarcks. Sein System lief in gewissem Sinne darauf hinaus, durch mehr oder weniger enge und verbindliche Einverständnisse der einzelnen Dreibundsglieder mit den verschiedenen anderen Mächten eine Verflechtung der einzelnen Gruppen des europäischen Staatensystems herbeizuführen, wobei Deutschland, das möglichst gute Beziehungen zu allen Mächten pflegte, zum Mittelpunkt des Ganzen und zum Hauptgaranten des europäischen Friedenszustandes wurde. Zwar gelang diese Politik

nicht vollständig, da es auch Bismarck nicht möglich war, das Mißtrauen und den immer wieder aufspringenden Haß Frankreichs gegen den östlichen Nachbar zu überwinden. Ein integrierender Bestandteil dieser Politik war nun aber die bewußte Beschränkung Deutschlands auf den Kontinent, seine Enthaltung von allem, was über den Rahmen des engeren Europa hinausging. Denn ein Eingreifen Deutschlands in die großen Weltverhältnisse, in denen alle anderen Großmächte engagiert waren, mußte die Reibungsfläche mit diesen vermehren und so den europäischen Frieden gefährden. Noch in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts war für Bismarck „der ganze Balkan die Knochen eines pommerschen Grenadiers nicht wert". Aber die Entwicklung ging unaufhaltsam ihren Weg: mächtig drängten die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes nach außen und das Netz, das der deutsche Handel über die ganze Erde zog, dehnte sich immer weiter und wurde immer engmaschiger. Allmählich folgte der deutsche Kaufmann dem Pionier der Wissenschaft, der schon in früheren Jahrzehnten in Afrika vorgedrungen war. Nun wurden von deutschen großen Einzelfirmen und Gesellschaften Hoheitsrechte in völkerrechtlich herrenlosen Gebieten der afrikanischen Ost- und Westküste sowie in der Südsee erworben.*) Wo das geschah, gewährte Bismarck den neuen Gründungen den Schutz des Reiches. Aber er zeigte doch auch wieder, daß er solche Interessen nie zum Anlaß ernster Konflikte mit europäischen Staaten werden ließ. Als im Jahre 1885 Spanien gegen die deutsche Besitzer-

*) 1883: Angra Pequena (Südwestarfrika) durch die Bremer Firma Lüderitz; 1884: Teile des Sultanats Sansibar (Ostafrika) durch die Gesellschaft für deutsche Kolonisation; 1884: Südsee.

greifung der Marianen protestierte, übertrug der Kanzler den Schiedsspruch in diesem Streitfall dem Papste, und als dieser gegen Deutschland entschied, beugte er sich ohne Widerrede dem Spruch.

Die innere Politik Bismarcks stand in engstem Zusammenhange mit der äußeren. Auch hier war der große Kanzler völlig frei von allen theoretischen und parteidogmatischen Bindungen. In der preußisch-konservativen Denkweise und Weltanschauung groß geworden und sein ganzes Leben lang aufs engste mit ihr verwachsen, scheute er doch auch nicht davor zurück, wenn nötig, es auf die Gegnerschaft der konservativen Partei ankommen zu lassen. Aber sein gelegentliches Zusammengehen mit liberalen Richtungen war frei von jeder Rücksichtnahme auf die Strömungen und Stimmungen im Auslande. Die Erkenntnis, daß die eigenartige dynastisch-föderative Struktur Deutschlands einen gewissen Gegensatz gegen die demokratischen Westmächte in sich schloß, hat ihm sicher nicht gefehlt; aber er war weit entfernt sich dadurch in seiner inneren Politik beeinflussen zu lassen. Der feste Grund, auf dem er stand, war der preußische Machtstaatsgedanke und dem mußte sich alles ein- und unterordnen. Der einzige Punkt, in dem er seine innere Politik vielleicht durch direkte Rücksichtnahme auf das Ausland bestimmen ließ, war die Behandlung der Polen in dem an Preußen gefallenen Anteil des Piastenreiches. Denn er war sich klar darüber, daß eine weiche und entgegenkommende Haltung gegenüber den polnischen Aspirationen die Beziehungen zu Rußland verderben mußte. Aber man darf doch annehmen, daß Bismarck die gleiche Polenpolitik auch dann betrieben hätte, wenn die Rücksicht auf Rußland nicht obgewaltet hätte. Denn er erkannte zu klar, daß die polnische Agitation,

auch wenn sie — bei einzelnen Führern sogar vielleicht ehrlicher Weise — im Gewande anscheinender Loyalität einherging, letzten Endes doch den Bestand des preußischen Staates bedrohte; und dann war in ihm das deutsche und germanische Gefühl zu mächtig, um ihn nicht alle Mittel ergreifen zu lassen, das Slaventum in der deutschen Ostmark zurückzudrängen. Daß seine Nachfolger von dieser eigentlich selbstverständlichen Politik abwichen, hat die Dynastie der Hohenzollern und hat das deutsche Volk schwer büßen müssen.

Vom Standpunkt des rückschauenden Betrachters aus wird man sagen können, daß Bismarck in seiner innerdeutschen Politik die Gefahren, die seiner Schöpfung von rechts, d. h. von dem alten territorialen Partikularismus her, drohten, überschätzte, während er die Gefahr von links, von der Demokratie her, die das Reich schließlich zu Fall brachte, nicht in ihrer vollen Größe erkannte oder sich ihr gegenüber doch zu sehr auf die gesunden Gegenkräfte im deutschen Volke verließ. Er war vielleicht selbst zu sehr preußischer Partikularist und Legitimist, um vorauszusehen, wie schnell das deutsche Volk über die Schranken der dynastischen Anhänglichkeit hinweg politisch zusammenwuchs und wie gerade dadurch ein demokratischer Unitarismus hochkam, der eine ernste Gefahr für die bestehende Ordnung wurde und dem gegenüber die Dynastien und der durch sie repräsentierte „engere Patriotismus" sich in überraschend kurzer Zeit in die festesten Stützen des Reichs und Kaisertums wandelten. Waren schon die Annexionen des Jahres 1866 vom monarchischen Standpunkt aus recht bedenklich, so war es noch mehr die Behandlung der elsässischen Opposition, die, wie sich jetzt herausstellt, doch weit mehr auf deutsch-partikularistischen als auf französischen Neigungen be-

ruhte. Hätte man den Reichslanden gleich nach Überwindung der ersten Übergangsjahre möglichst bald die Stellung als vollsouveräner Bundesstaat, etwa unter einer zuverlässigen süddeutsch-katholischen Dynastie, eingeräumt, so wäre ihre Anhänglichkeit an Frankreich und ihr Widerstand gegen das Aufgehen in das alte deutsche Stammland wahrscheinlich bis zum Ausbruche des „Weltkrieges" völlig überwunden gewesen.

So stand Deutschland, zwar rings von schleichenden Gefahren belauert, doch in machtvoll gebietender Größe inmitten der abendländischen Völkerwelt, als mit dem Tode Kaiser Wilhelms I. eine neue Epoche der deutschen Geschichte begann.

2. Der deutsch-englische Gegensatz

Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands war gerade in vollem Gange, als die beiden kurz aufeinander folgenden Thronwechsel des Jahres 1888 den Enkel des Reichsgründers, Kaiser Wilhelm II., in Deutschland an die Regierung brachten. Noch lag die Leitung der Reichspolitik in den bewährten Händen des eisernen Kanzlers, dessen mächtige Persönlichkeit seinem Lande die scheue Achtung, aber auch das Vertrauen der europäischen Völker sicherte. Mit England hatte Bismarck immer gute Beziehungen unterhalten, die unter der konservativen Regierung Lord Salisburys sogar zeitweise direkt freundschaftliche Formen annahmen. Immerhin machten sich noch unter Bismarcks Kanzlerschaft im Inselreiche Stimmungen und Strömungen geltend, die die industrielle und kommerzielle Konkurrenz Deutschlands als störend und schwer tragbar empfanden; diese Strömungen wurden verstärkt durch die beginnende koloniale Betätigung des mitteleuropäischen Reiches; Bismarcks bewußter und gewollter Zu-

rückhaltung auf kolonialem Gebiete gelang es, das britische Mißtrauen noch einmal einzuschläfern. Als unter der Regierung Wilhelms II. die offizielle Politik Deutschlands die gebotene Zurückhaltung gegenüber der unleugbar expansiven Tendenz des deutschen Welthandels immer mehr außer acht ließ, traten die deutschfeindlichen Tendenzen auf der seebeherrschenden Insel klarer und rückhaltloser zutage. Bereits im Jahre 1897 konnte eine der angesehensten englischen Zeitschriften, die „Saturday Review“, jenen berühmten, gegen die Ausbreitung des deutschen Handels gerichteten Artikel veröffentlichen, der in dem oft zitierten Satz gipfelte: „Wäre Deutschland morgen vernichtet, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so reicher wäre,“ und mit der ernsten Mahnung an das englische Volk schloß: „Ceterum censeo, Germaniam esse delendam.“

Es kann nicht die Aufgabe einer universalhistorischen Betrachtung sein, die nur die großen, leitenden Tendenzen einer zwei Jahrtausende umfassenden Entwicklung beleuchten will, einer hochaktuellen Frage, wie der der sogenannten „Schuld am Weltkrieg“ kritisch zu Leibe zu gehen. Immerhin kann es einiges Licht in diese Frage bringen, wenn man sie im Rahmen der bisherigen englischen Geschichte betrachtet.

Der Grund zum britischen Weltreich wurde gelegt mit der Eroberung Englands durch die Normannen. Die neue Gründung trug von vornherein einen expansiven Charakter, der sich nach drei Richtungen betätigte: gegen das alte Stammland, die Normandie und die angrenzenden französischen Landschaften; dann gegen die keltischen Staatswesen, die auf den britischen Inseln noch bestanden, Schottland und Wales; endlich gegen die gegenüberliegende „grüne Insel“, Irland.

Die aus diesen Ausdehnungstendenzen entspringenden Kämpfe erfüllen die englische Geschichte von der normannischen Eroberung bis zum Ausgang des Mittelalters. Die Kriege um den französischen Besitz enden um die Mitte des 15. Jahrhunderts mit dem endgültigen Rückzug der Engländer vom Festlande.*) Die Vereinigung der britischen Inseln wurde schließlich erreicht. Wales wurde schon 1284 unterworfen, Irland kann seit dem Ausgang des 15. Jahrhunderts als zu England gehörig gelten und die Union mit Schottland vollzog sich 1603 dadurch, daß Jakob VI. von Schottland den englischen Thron bestieg (Jakob I. von Großbritannien und Irland). Fast in demselben Augenblick, in dem England so zum Inselreich wurde, tat es auch den ersten Schritt in der Richtung zur Begründung einer weltbeherrschenden Seemacht. Auf diesen Weg wurde es gedrängt durch die sich vor seinen Toren entfaltende spanische Weltmacht. Spanien, von der Natur fast ebenso begünstigt und zur Seemacht prädestiniert, wie England, hatte soeben eine neue Welt jenseits des Ozeans entdeckt und sich unterworfen. Nicht zufrieden damit, griff es auch nach der Vorherrschaft im alten Abendlande, indem es sich zur Schutzmacht der katholischen Kirche aufwarf. Nun war zwar England zunächst nicht allzu tief ergriffen von der religiösen Erneuerung, die sich auf dem Festlande in Gestalt der deutschen Reformation vollzog, aber es war ebenfalls vom Primate des Papstes abgefallen. Philipp II. richtete seine Katholisierungsbestrebungen auch gegen das meerumspülte Königreich, dessen Souverän er selbst als Gemahl der katholischen Maria kurze Zeit gewesen war. England konnte diese Bedrohung seiner nationalen und religiösen Freiheit nur entgegentreten, indem es die Spanier auf

*) Calais wurde erst 1559 aufgegeben.

ihrer eigensten Domäne, dem Meer, bekämpfte. Aus dem Piratenkrieg, der nun gegen die Spanier erklärt wurde, entwickelten sich die ersten Besitzergreifungen überseeischen Landes. So wurde die Königin Elisabeth zur Begründerin der englischen See- und Kolonialmacht. Spanien hätte dieser Feindschaft des verhältnismäßig kleinen Inselreiches wahrscheinlich leicht Herr werden können, wenn es nicht infolge seiner katholischen Propagandapolitik die Hände auf dem Festlande gebunden gehabt hätte; daß England diese Lage ausnützte und die festländischen Gegner seines Feindes nach Kräften unterstützte, ist nur natürlich. Allzusehr brauchte es sich dabei nicht einmal auf dem Kontinent zu engagieren. Während Spanien sich in unzähligen Kriegen in den Niederlanden, Deutschland, Frankreich und Italien erschöpfte — und die festländischen Gegner Spaniens ebenfalls —, konnte England den überseeischen Handel des Pyrenäenreiches vernichten und sein eigenes Kolonialreich begründen. Als nun in dem westfälischen Frieden die spanischen Weltherrschaftspläne zu Grabe getragen wurden, stand England bereits als gebietende See- und Kolonialmacht da. Der Handel, der unter dem Schutze der im Kampf gegen Spanien herangewachsenen Flotte sich entfaltet hatte, sowie die neuen kolonialen Erwerbungen brachten großen Reichtum auf die glückliche Insel. Die bevorzugte Kolonial- und Seemachtstellung Englands war aber schon bedroht durch die Republik der vereinigten Niederlande, die ebenfalls im Kampfe gegen Spanien zur maritimen Großmacht aufgestiegen war. Durch die brutale und vollkommen willkürliche Maßnahme der sogenannten Navigationsakte, derzufolge nichtenglische Waren nur auf englischen Schiffen und denen ihrer Herkunftsländer in England und seinen Kolonien eingeführt wer-

den durften, suchte es den niederländischen Handel zu treffen und führte zur Durchführung dieser Maßregel einen zweijährigen Seekrieg, der ihm die Vorherrschaft zur See von neuem sicherte. Aber nicht allzulange dauerte es, da war diese Vorherrschaft wiederum gefährdet. Die kontinentale Hegemonie Frankreichs, die Ludwig XIV. soeben heraufzuführen sich anschickte, sollte durch eine gewaltige wirtschaftliche und koloniale Entfaltung dieses Landes ökonomisch gestützt werden. Zunächst wurde England durch die den nationalen Traditionen und Interessen entfremdete Dynastie der Stuarts im Schlepptau der französischen Politik gehalten. Großenteils war es der nationale Unwille über Frankreichs wirtschaftliche und politische Machtentfaltung, und ihre Unterstützung durch das englische Königshaus, welche Jakob II. stürzte und seinen Neffen und Schwiegersohn Wilhelm III. von Holland auf den Thron brachte. Jetzt bildete sich aus den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts eine feste Maxime der englischen Staatskunst heraus: jeder Staat, der es wagt, dem Handel und der Seemacht Englands Konkurrenz zu machen, wie in den fünfziger Jahren Holland und jetzt wieder Frankreich, muß abgewürgt werden. Um aber solche Bestrebungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist es Aufgabe der englischen Politik, die Gegensätze auf dem Kontinent wach zu erhalten und vor allem jede überragende Machtbildung dort zu verhindern. Diese Praxis, die im Grunde auf eine ständige gegenseitige Verhetzung der europäischen Nationen hinausläuft, bezeichnete man mit dem tönenden Schlagwort der „balance of powers", des Gleichgewichts der Mächte. Denn jetzt bildete sich auch die Methode aus, die der aus nationalem Stolz, religiös-moralischem Hochmut und einer halbnaiven Heuchelei gemischten, wohl

vom Puritanismus herstammenden Geistesart des modernen Engländers entspricht: die Methode, alles, was den Interessen Englands dient, als im Dienste der Zivilisation, der Menschheit geschehen, hinzustellen. Im Zeichen dieses Schlagwortes vom europäischen Gleichgewicht wurde nun Frankreich in zwei blutigen Kriegen niedergerungen, dem sogenannten pfälzischen Krieg (1688—1697) und dem spanischen Erbfolgekrieg (1701 bis 1714). Im Namen des gleichen Schlagwortes fiel aber England am Ende des zweiten dieser Kriege seinen siegreichen Verbündeten in den Arm und brachte sie um den Preis ihrer Anstrengungen. Das weitere Eingreifen Englands in die europäischen Verwicklungen des 18. Jahrhunderts diente nur dazu, Frankreich den größten Teil seiner noch verbliebenen Besitzungen in Amerika und Indien abzunehmen. Da raffte sich zu Ende des Jahrhunderts das französische Volk noch einmal gewaltig auf. Indem es sich zum Verkünder einer neuen „völkerbeglückenden“ Idee, der Volkssouveränität, aufwarf, schicke es sich an, im Namen dieser Idee den Kontinent wieder zu erobern. Sofort finden wir England wieder an der Spitze seiner Gegner. Zwanzig Jahre ruhte es nicht, bis endlich das europäische Weltreich, das unter den Händen des großen Korsen sich schon zu formen im Begriffe war, zerbrochen ist. Und nun sehen wir dasselbe Schauspiel, wie nach dem spanischen Erbfolgekrieg: Frankreich, durch eine mehrere Jahrzehnte dauernde Kraftanstrengung völlig erschöpft, ist in die Knie gesunken; es ist à la merci der Sieger. Da nimmt es die eine dieser Siegermächte, England, in seinen Schutz. Es hieß nun: der Krieg sei nur gegen die ungerechte Tyrannei Napoleons, nicht gegen Frankreich als solches, geführt worden. Das französische Volk, dessen unruhiger Ehrgeiz seit zwei Jahr-

hunderten unter königlicher, republikanischer und kaiserlicher Regierung den Erdteil beunruhigt hat, ist plötzlich die friedlichste Nation von der Welt, die es verlangen kann, in ihren vorrevolutionären Grenzen wiederhergestellt zu werden! Das deutsche Volk aber sah sich um den fast selbstverständlichen Lohn der Anstrengungen betrogen, die es in den Befreiungskriegen auf sich genommen hatte. Und das ist der springende Punkt. Dieses Volk hatte die Hauptlast im Kampfe gegen die französische Bedrückung getragen. Seit Jahrhunderten zum ersten Mal war es von einem einheitlichen Willen durchglüht gewesen. Jetzt erhoben seine besten Söhne die Forderung nach einer der großen Vergangenheit würdigen Gestaltung seines Schicksals. Patriotische Staatsmänner verlangten die Zurücknahme des Elsasses; selbst die Wiedervereinigung der Niederlande mit Deutschland, deren südlichster Teil bis 1795 zum Reich gehört hatte, wurde in die Diskussion geworfen. Das aber durfte nicht geschehen. Gerade die Kraft, die Deutschland im Befreiungskampf entwickelt hatte, ließ die Wiederherstellung eines wie immer gearteten deutschen nationalen Staatswesens in gesicherten Grenzen vom englischen Standpunkt aus als eine Gefahr, als eine Bedrohung des „europäischen Gleichgewichts", d. h. der kommerziellen und maritimen Vorherrschaft Englands, erscheinen. Deshalb wurde es von England unterstützt, daß der Wiener Kongreß über die nationalen Wünsche des deutschen Volkes zur Tagesordnung überging. Auch im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts stellte sich England gegen den deutschen Nationalgedanken. Es sei nur auf seine Stellungnahme zur schleswig-holsteinischen Frage hingewiesen und auf die Erklärung der englischen Regierung im Jahre 1849, die Kriegsflagge des neuen „Deutschen

Reiches" als Piratenflagge behandeln zu wollen. Daß und warum England die endliche Einigung Deutschlands doch duldete und zunächst dem neuen Reiche wohlwollend gegenüberstand, ist schon ausgeführt (s. oben Seite 293). Der unerwartete wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands änderte aber das Bild; schon um die Jahrhundertwende drängte alles darauf hin, daß Deutschland der vierte große Rivale in der englischen Geschichte werden würde, nach Spanien, Holland und Frankreich. Diesmal lagen aber die Verhältnisse etwas anders. Holland war an dem Mißverhältnis zwischen seiner handelspolitischen und kolonialen Machtstellung und den beschränkten Mitteln des kleinen Mutterlandes zugrunde gegangen, Frankreich und Spanien aber hatten durch ihre aggressive, offen auf Unterdrückung der europäischen Völker ausgehende Politik den Engländern die festländischen Verbündeten geradezu in die Arme getrieben. Hinter Deutschlands wirtschaftlicher Entfaltung standen die militärischen Machtmittel einer modernen Großmacht, andrerseits hatte dieses Reich seit dem Tage seiner Gründung eine friedliche Politik getrieben. Jedem ernstlichen Konflikt mit einer europäischen Macht ging es geflissentlich aus dem Wege, trotz der ständigen Feindseligkeiten von seiten Frankreichs bewahrte es den Frieden. Auch kleineren Mächten gegenüber dachte es nicht daran, von dem Rechte des Stärkeren Gebrauch zu machen, wie sein Verhalten in dem Marianenkonflikt Spanien gegenüber (s. oben S. 338) bewiesen hatte. Auch unter der Regierung Kaiser Wilhelms II. änderte sich dies nicht. Über die Mittel der Politik des Kaisers kann man verschiedener Ansicht sein, ihr Ziel war die Bewahrung guter Beziehungen zu allen Mächten. Die Aussichten, daß Deutschland in eine europä-

ische Konflagration verstrickt würde, waren demnach sehr gering. So griffen die geheimen Drahtzieher der englischen Politik, die Macher der öffentlichen Meinung, besonders in der Presse, zunächst einmal zu dem Mittel, Deutschland in aller Welt zu verdächtigen. Als Handhabe mußte der schon erwähnte Gegensatz dienen, der sich zwischen der allgemeinen demokratischen Weltstimmung und den aus der Geschichte und geographischen Lage erwachsenen besonderen Staatsverhältnissen Deutschlands auftat. Durch tägliches Behaupten wurde es den großen Massen eingehämmert, daß schon die starke militärische Rüstung auf finstere Kriegspläne Deutschlands schließen lasse, daß die gänzlich barbarische, in keiner Weise durch die öffentliche Meinung kontrollierte, „autokratische" Staatsverfassung solche Pläne begünstige; daß das Volk Deutschlands von einer entarteten, herrsch- und habgierigen „Junkerklasse" geknechtet und in menschenunwürdiger Weise bedrückt werde, die nur darauf ausgehe, ihre Gewaltherrschaft auch auf die anderen Völker auszudehnen. Und bei dieser Hetze, deren tieferen Zweck und inneren Zusammenhang mit der britischen Weltpolitik der Durchschnittsdeutsche gar nicht ahnte, fand die englische Presse die beste Unterstützung aus Deutschland selbst. Wandelten doch die linksstehenden deutschen Zeitungen — und gerade diese hatten die größte Verbreitung im Ausland — eben dieses Thema ununterbrochen in allen Tonarten ab. So konnte die feindselige Weltstimmung gegen uns zustande kommen, die den größten Teil unseres Volkes bei Beginn des Krieges so maßlos überraschte.

Natürlich war diese Minierarbeit gegen Deutschland nur ein sekundäres Hilfsmittel der englischen Politik, das neben der eigentlichen diplomatischen Arbeit einer

Neuorientierung aller europäischen und überhaupt der Weltbeziehungen mit der Spitze gegen Deutschland unterstützend herlief. Wir haben schon gesehen, wie es der britischen Staatskunst tatsächlich gelang, es dahin zu bringen, daß fast alle Gegensätze zwischen den Großmächten in den einen großen Gegensatz gegen Deutschland ausmündeten. Wenn wir uns einer objektiven Betrachtungsweise befleißigen wollen, können wir nicht umhin, diese englische Politik der letzten Jahrzehnte als das glänzendste Meisterstück der Diplomatie und der Völkerpsychologie zu bezeichnen. Aber wir dürfen nicht müde werden diesen Zusammenhang zu betonen gegenüber dem törichten Gerede von der deutschen Kriegsschuld. Kriege sind gewissermäßen Naturereignisse, die sich aus den großen Strömungen der Weltgeschichte, aus dem Werden und Vergehen der Völker ergeben, und denen gegenüber die Frage nach einer persönlichen Schuld unmöglich ist. Aber auch wenn man sich auf den Standpunkt der Heiligen Schrift stellen will: „es ist unmöglich, daß Ärgernisse nicht kommen; wehe aber dem, durch welchen sie kommen“ (Luk. 17,1), so ist auch von diesem Standpunkt aus die deutsche Politik nicht als „schuldig“ am Kriege anzusehen. Denn wie wir — zunächst wenigstens für die Bismarck'sche Epoche — gesehen haben, gipfelte sowohl das Interesse Deutschlands, wie auch das tatsächliche Verhalten der Reichsleitung in dem Bestreben, den europäischen Frieden zu erhalten.

Als im Jahre 1890 Kaiser Wilhelm II. die Leitung der deutschen Politik selbst in die Hand nahm, wurden zwar die Methoden Bismarcks und vielleicht auch die von diesen bedingten n ä h e r e n Ziele aufgegeben. Das große Ziel, die Sicherung der deutschen Weltstellung und der deutschen Wohlfahrt durch den Frieden, blieb

das gleiche. Die vor einiger Zeit veröffentlichten Briefe des Kaisers an den Zaren Nikolaus II., die von der ganzen Linkspresse in der gehässigsten Weise gegen die Person des Kaisers ausgeschlachtet wurden,*) beweisen, daß die großen Leitgedanken des Kaisers die richtigen waren. Als solche treten in diesen Briefen hervor vor allem die Verständigung Deutschlands mit seinen großen kontinentalen Nachbarn und die friedliche Brechung der englischen Übermacht einfach durch das Schwergewicht eines solchen deutsch-russisch-französischen Einverständnisses. Das lag ganz in der Linie der alten Bismarck'schen Kontinentalpolitik. Und mehrmals wollte es scheinen, als ob dieses Ziel in erreichbarer Nähe wäre (1895, 1898). Ob es anderen politischen Methoden möglich gewesen wäre, die überkommene Feindschaft Frankreichs zu überwinden, bleibe dahingestellt. Ebenso ist es müssig, sich jetzt den Kopf darüber zu zerbrechen, ob eine Beilegung des werdenden Gegensatzes gegen England noch im Bereiche der Möglichkeit lag. Ich glaube, daß das Auftauchen dieses Gegensatzes gerade unter der Regierung Wilhelms II. weniger auf Fehler der kaiserlichen Politik zurückzuführen ist, als auf die Tatsache, daß gerade unter dieser Regierung der Aufschwung der deutschen Wirtschaft für England bedrohlich zu werden anfing. In seinem äußeren Auftreten freilich ließ der Kaiser die gebotene Vorsicht nur allzusehr außer acht. Von dem Glanze unseres Wirtschaftslebens, von unserer militärischen Macht wurde viel mehr geredet, als nötig gewesen wäre. Und dasselbe war in bezug auf unsere junge Flotte der Fall. Es wurde oft gesagt —

*) Was m. E. der beste Beweis für die politische Urteilslosigkeit der in dieser Presse zu Worte kommenden Kreise ist!

und das war auch richtig — daß Kaiser Wilhelm persönlich der rührigste und erfolgreichste Agitator für den Ausbau unserer Seemacht und auch unseres überseeischen Handels gewesen ist. Dieses ganz persönliche Hervortreten des Herrschers in einer Sache, die die englischen Interessen so nahe und so empfindlich berührte, mußte in England peinlichen Anstoß erregen. In Deutschland wurde es von der linken Seite zur Hetze gegen das „persönliche Regiment" ausgeschlachtet, während doch auch viele gut monarchisch gesinnte Elemente den Kopf schüttelten und das Verhalten des Kaisers mit dem seines Großvaters verglichen. Doch man kann meines Erachtens dieses Verhalten auch nicht n u r dem „impulsiven Temperament", „absolutistischen Neigungen" usw. auf Rechnung schreiben. Dem Deutschen mit seinem schwerfälligen und gründlichen Naturell und seiner meist recht geringen politischen Schulung und Einsicht muß man politische Probleme viel eindringlicher und andauernder zu Gemüte führen, als dies z. B. bei den westlichen Nationen nötig ist. Diese lassen sich hier viel mehr von ihrem Instinkte leiten und folgen leichter den von ihren Staatsmännern ausgegebenen Parolen. Man muß sich bei den Reden Kaiser Wilhelms immer vor Augen halten, daß sie wohl in erster Linie auf das eigene Volk berechnet waren. So war dieses persönliche Engagement des Kaisers in den Fragen besonders der auswärtigen Politik vielleicht in seiner — wie der Erfolg lehrt — sicher nicht sachgemäßen Art nichts anderes als ein Zugeständnis an den demokratischen Zug der Zeit: er wollte in den Fragen, die ihm besonders am Herzen lagen, direkt an sein Volk appellieren. Im Auslande mußte dies das leicht erregbare Mißtrauen gegen Deutschland stärken.

Wenn wir uns nun die großen Linien der Außen-

politik Kaiser Wilhelms II. vergegenwärtigen, so erkennen wir als solche: unverbrüchliches Festhalten an der europäischen Friedenspolitik Bismarcks bei schrittweisem Abgehen von dessen Zurückhaltung in weltpolitischen Fragen. Wir müssen uns aber klar sein, daß der letztere Punkt nicht in das Belieben der deutschen Regierung gestellt war. Das Wachstum des deutschen Handels und der deutschen Industrie verlangte eine aktivere weltpolitische Betätigung. Da die Regierung dieses Wachstum nicht verbieten oder unterbinden konnte, so blieb ihr keine Wahl. Es ist nur die Frage, ob unter den so veränderten Umständen das Festhalten an der überlieferten kontinentalen Friedenspolitik noch das richtige war. Denn wir haben gesehen, daß bei der eingetretenen Verflechtung kontinentaler und weltpolitischer Interessen diese Friedenspolitik eben direkt von der Uninteressiertheit Deutschlands an den außereuropäischen Geschehnissen abhängig war. Konnte diese nicht aufrecht erhalten werden — und sie konnte es tatsächlich nicht mehr —, so war auch die Rolle Deutschlands als Hüter des europäischen Friedens ausgespielt. Meines Erachtens liegt der tragische Irrtum und die tragische Schuld Kaiser Wilhelms II. darin, daß er glaubte, auf friedlichem Wege, unter Vermeidung eines europäischen Krieges, Deutschland in die Reihe der wirklichen Weltmächte einführen zu können. Aufgabe der deutschen Politik wäre es gewesen, nachdem es einmal klar geworden war, daß die wirtschaftliche und völkische Kraft Deutschlands über den engen Rahmen des Reiches hinaus drängte, zu verhüten, daß der englisch-russische und der englisch-französische Gegensatz beigelegt wurden, und sich dann zu entscheiden, auf welcher Seite sie an der Austragung dieses Gegensatzes teilnehmen und damit

Deutschland zu einer wirklichen planetarischen Großmacht machen wollte. Ein weiterer Fehler, der durch das Festhalten an der Friedenspolitik bedingt war, wo man doch ihre Voraussetzungen hatte aufgeben müssen, lag darin, daß die wirtschaftliche Ausdehnung Deutschlands ohne die nötige Fühlung mit der politischen Leitung erfolgte. Der Handel folgte nicht der Flagge, sondern umgekehrt. Erst in den letzten Jahren vor dem Kriege trat hierin eine Änderung ein, als man nun die Türkei und überhaupt den nahen Orient als das bevorzugte Betätigungsfeld des deutschen Wirtschaftslebens proklamierte. Man ließ sich dabei wohl von dem Gesichtspunkt leiten, daß ein Gebiet, in dem offensichtlich irgendwelche territorialen deutschen Interessen nicht in Frage kamen, hierfür am geeignetsten sei, weil man glaubte die Eifersucht der anderen Mächte eben durch den Hinweis auf die eigene territoriale Uninteressiertheit paralysieren zu können. Man nahm dabei nur die drückende Verpflichtung auf sich, das zerfallende türkische Reich aufrecht zu erhalten und zog sich gerade dadurch die Feindschaft aller anderen Mächte zu, die alle ein Interesse an der Aufteilung dieses Reiches hatten. So trieben die Dinge der großen Koalition gegen Deutschland zu, deren gefahrdrohende Möglichkeit Bismarck den Schlaf seiner Nächte geraubt hatte.

3. Die Entladung der europäischen Spannung im Weltkrieg

Wir haben gesehen, wie die Tatsache, daß seit 700 Jahren zum erstenmal wieder ein mächtiges deutsches Staatswesen im Herzen Europas bestand, alles politische Geschehen im Abendlande, ja, darüber hinaus, auf der ganzen Erde, beeinflußt hat. Es war vorauszusehen — und die größten und berufensten unter den

Gründern des neuen Deutschland, Bismarck und Moltke, haben es vorausgesehen —, daß noch einmal von irgendeiner Seite der Versuch gemacht werden würde, diese die Grundlage des bisherigen Staatensystems verschiebende Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß das neue Reich noch einmal um seine Existenz zu ringen haben werde. Schließlich war es infolge des wirtschaftlichen Emporblühens Deutschlands dahingekommen, daß der Hauptinteressent an diesem Versuch, die europäische Geschichte seit 1870 rückwärts zu revidieren, England geworden war. Es ist kein Zufall, sondern charakterisiert die englische Politik, daß der äußere Anlaß zu diesem in erster Linie von England gegen Deutschland geführten Krieg nicht etwa ein deutsch-englischer Streitfall, sondern eine Differenz Österreichs mit dem kleinen Serbien war. Und ebenso ist es kennzeichnend für die Methoden britischer Staatskunst, daß England mit seinem Beitritt zu der antideutschen Koalition wartete, bis Deutschland — was sicher vorauszusehen war, weil jede andere Macht es in einem solchen Falle ebenso gemacht hätte — in Belgien einmarschiert war. Übrigens ist es durchaus möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß England den Krieg an uns nicht erklärt oder mit der Kriegserklärung gewartet hätte, wenn der Einmarsch in Belgien nicht erfolgt wäre. Denn in diesem Falle waren die Aussichten der festländischen Koalition eben viel günstiger und wäre ein Eingreifen Englands zur Überwältigung Deutschlands vielleicht gar nicht nötig gewesen. Andererseits konnte England, das nach der ganzen Entwicklung der letzten Jahrzehnte eben einmal zum mindesten als politischer Gegner Deutschlands zu werten war, nicht müssig züsehen, wenn sein erfolgreichster Handelsrivale sich Antwerpens, „der auf Englands Herz gerichteten Pistole“, bemächtigte. Eine

Frage ist deshalb nur, ob es nicht Pflicht der deutschen Regierung gewesen wäre, aus diesen politischen Gründen den Einmarsch zu vermeiden. Zunächst ist dazu zu sagen, daß mit der Erklärung des Kriegszustandes in erster Linie militärische Gesichtspunkte maßgebend wurden; daß der deutsche Generalstab allen Grund hatte, an der ehrlichen Aufrechterhaltung der belgischen Neutralität zu zweifeln und im Gegenteil annehmen konnte, daß bereits vor dem Kriege ein Einverständnis der belgischen militärischen Stellen mit den französischen bestand, wie sich dies ja später auch tatsächlich herausgestellt hat; daß es endlich die Sache der deutschen Politik und Diplomatie gewesen wäre, das Hinübergleiten Belgiens in das Lager unserer Feinde schon im Frieden zu vermeiden und der international garantierten belgischen Neutralität eine für Deutschland wohlwollende Note zu sichern (vgl. S. 159 Anm.). Auf welchem Wege dies zu geschehen gehabt hätte, kann hier nicht untersucht werden. Aber auch hier, wie in der gesamten deutschen Außenpolitik, zeigt sich eine so mangelhafte Vorbereitung auf den Kriegsfall, daß dies allein bei nüchternen Betrachtern den Vorwurf entkräften müßte, Deutschland habe zum Kriege getrieben.

Charakteristisch ist auch das Verhalten der beiden Parteien im Kriege selbst. Auf der Gegenseite über alle Sonderwünsche einzelner Staaten und Volksgruppen hinweg der feste klare Wille: Deutschland muß vernichtet und völlig wehrlos sein, bevor verhandelt werden kann. Im deutschen Volke nur der Wille, die lebensgefährliche Drohung abzuwehren; d. h. ein negatives Kriegsziel: die Feinde dürfen nicht siegen, dürfen ihren Vernichtungswillen nicht durchsetzen. Darüber hinaus herrschte völlige Unklarheit, ja, wie sich bald

herausstellen sollte, Uneinigkeit. Mit einem solchen rein defensiven Willen einen großen Kampf auf Leben und Tod durchzuführen, ist aber immer eine mißliche Sache. Irgendwelche klaren, leicht faßlichen Ziele muß ein Volk vor sich sehen, wenn es die Gefahr eines großen Krieges tragen soll. Solche Ziele wurden dem deutschen Volke aber nur von einer Seite gezeigt: von den rechtsstehenden Parteien und auch das in nicht einheitlicher Weise, und — wie man zugeben muß — diese Ziele waren teilweise viel zu weit gesteckt. Auf der anderen Seite bemühten sich die links stehenden Parteien mit allen, zulässigen und unzulässigen, Mitteln, das Volk bei dem unfruchtbaren und in sich unmöglichen „Nurverteidigungswillen" festzuhalten, und zermürbten und zerbrachen dadurch letzten Endes die Widerstandskraft der Nation. Die Regierung aber hielt sich völlig zurück und betrog so das deutsche Volk um das, was es in dieser seiner schwersten Zeit am nötigsten brauchte: um eine kräftige Führung. Sie ließ sich tatsächlich in erster Linie von der Angst vor der Sozialdemokratie leiten und war daher eher geneigt, wenn sie einmal aus ihrer Reserve heraustrat, ihre unversöhnliche Feindschaft gegen das „reaktionäre Zarenreich" zu betonen, als alle Kräfte des Volks gegen den Vernichtungswillen der Westmächte mobil zu machen. So bietet sich uns das merkwürdige Schauspiel, daß das einzige Volk, um dessen Existenz es tatsächlich in diesem Kriege ging, auch das einzige Volk war, in welchem bis zum Ende völlige Unklarheit und Uneinigkeit darüber herrschte, was durch den Krieg zu erreichen sei. Diese Zwiespältigkeit, die schließlich den Verlust des Krieges für Deutschland verschuldete, hat ihre Wurzeln weit vor dem Kriege und ist nur aus der ganzen staatlichen Entwicklung Deutschlands zu erklären.

Wir haben gesehen, wie die Zerschlagung der alten deutschen Stammesstaaten in staatsähnliche Gebilde von oft sehr geringer Größe eigentlich erst den kulturellen und völkischen Zusammenhalt der deutschen Nation ermöglicht hat. Am stärksten war diese staatliche Zersplitterung im alten Kernland des Reiches im Südwesten, in den Ländern um den Rhein und Main. In diesen Gebieten entfaltete sich ein ungemein intensives und vielgestaltiges kulturelles Leben, das auch bald nach dem großen Unglück, welches unsere Nation im dreißigjährigen Kriege betraf, von neuem aufblühte. Aber daß dies Konglomerat von Staaten und Stätchen keinen bodenständigen, eigenlebigen, kurz gesagt nationalen Staatsgedanken hervorbringen konnte, liegt auf der Hand. Es war daher nur natürlich, daß die politische Idee, die in den Wehen der großen Revolution in dem schon seit langem in Westdeutschland vorwaltenden Nachbarland Frankreich geboren wurde, hier bald zahlreiche und begeisterte Anhänger fand. Ein ganz anderer Staatsgedanke war aber im Osten, im alten Kolonialland der Deutschen herangewachsen. Hier konnten die Hohenzollern auf einem völkisch, wirtschaftlich und geographisch einheitlichen Gebiet nicht nur einen kräftigen Staat schaffen, sondern sie konnten diesem Staat ein in sich geschlossenes Volkstum als Grundlage geben, was bei den anderen deutschen Landesstaaten nicht zutrifft. Durch die zweihundertjährige Arbeit der Hohenzollern war dieses ostdeutsche Volkstum, dieses Altpreußentum, zur Nation im politischen Sinne geworden; Preußen hatte also das, was den andern deutschen Staaten fehlte: einen nationalen Staatsgedanken. Dieser preußische Staatsgedanke war tatsächlich die einzige politische Hervorbringung des deutschen Geistes seit dem Ausgang des Mittelalters gewesen. Er beeinflußte

natürlicherweise das 1870 gegründete Reich und prägte ihm seinen eigenen konservativ-aristokratischen Charakter auf; in den westdeutschen Ländern waren aber die liberal-demokratischen Ideen der französischen Revolution bereits so tief eingefressen, daß sie bald in lebhafte Opposition gegen die geistig-politische Grundlage des Reiches selbst treten mußten. Die Einheitsbewegung des 19. Jahrhunderts hatte aber immerhin so stark gewirkt, daß diese Opposition nicht etwa in einem landsmannschaftlichen Gegensatz zwischen Ost und West, in einem Antagonismus der kleineren Staaten gegen Preußen zum Ausdruck kam, sondern in der Parteigruppierung über das ganze Reich hin. So ging die Kluft zwischen konservativ-aristokratischer und liberal-demokratischer Staatsauffassung, die auch in der Gruppierung der europäischen Nationen in gewissem Sinne zum Ausdruck kam, mitten durch das deutsche Volk hindurch, gerade wie im 16. und 17. Jahrhundert der protestantisch-katholische Gegensatz. Hatte dieser innere Zwiespalt schon die auswärtige Politik des Reiches in der Zeit vor dem Kriege beeinflußt, so lähmte er im Kriege selbst völlig die außenpolitische Aktionskraft des deutschen Volkes, auf deren volle Auswirkung alles angekommen wäre. Gerade die Tatsache, daß in dem siegreich kämpfenden Deutschland jedes klare Kriegsziel fehlte, wirkte eminent kriegsverlängernd.

Je mehr sich nun der Krieg hinzog, um so mehr kam sein säkularer, epochaler Charakter in der Entwicklung Europas zum Ausdruck. Die ganze abendländische Geschichte schien wieder. lebendig zu werden. Alle ihre berühmten Kriegstheater — Belgien, Polen, Oberitalien, die unteren Donauländer, die Balkanhalbinsel — erfüllten sich mit neuem kriegerischen Leben. All die uralten, durch die geographische Struktur des Erdteils

unserer Geschichte eingepflanzten Tendenzen und Gegensätze lebten wieder auf. Wie in den Kreuzzügen zogen Franzosen und Engländer ins heilige Land, um es den Türken zu entreißen. In den Kriegszielen der Alldeutschen wie in den mitteleuropäischen Phantasien des genialen Demokraten Friedrich Naumann schien das heilige römische Reich wieder zu erstehen. Die deutschen Heeressäulen schoben sich wie in der großen Kolonialzeit unseres Volkes weit ins slavische Ostland hinein. Wie zur Zeit Ludwigs XIV. und Napoleons I. streckte der Franzose seine Hände nach dem Rhein, der Italiener, wie einst die seegewaltige Republik Venedig, über die Adria hinüber. Wie vom 11. bis 14. Jahrhundert erwarb England, diesmal als Bundesgenosse, eine feste Stellung in Nordfrankreich und Belgien.

Aber das europäische hatte sich zum Weltstaatensystem erweitert und so brachte das Eingreifen außereuropäischer Mächte schließlich die Entscheidung in dem europäischen Ringen. Die wahren Gründe für die Beteiligung Amerikas am Kriege sind heute, wo wir den Ereignissen zeitlich noch so nahe stehen, und wo das Gewirr der oft rein zufälligen, äußeren Geschehnisse den Blick für die inneren Triebkräfte des Völkerlebens noch verdunkelt, schwer zu erkennen. In Wahrheit wird doch das angelsächsische Kulturbewußtsein, das trotz vieler und in Zukunft vielleicht noch mehr hervortretender Gegensätze zum britischen Reich zum mindesten in den führenden Schichten des amerikanischen Volkes zweifellos vorhanden ist, den Ausschlag gegeben haben. Dazu kam noch ein Weiteres. Deutschland und seine Verbündeten bildeten den inneren, die Ententestaaten den äußeren Ring der Kämpfenden; daher war es für die amerikanische Industrie, die sich das glänzende Geschäft der Kriegslieferungen nicht ent-

gehen lassen wollte, das Gegebene, die Entente zu beliefern. Die Verschuldung der Ententestaaten an Amerika, die durch diese Belieferung herbeigeführt wurde, gab letzterem ein Interesse daran, seinen Gläubigern den Sieg zuzuwenden. Als der unbeschränkte U-Bootkrieg den Sieg der großen Koalition in noch weitere Ferne rückte und die Ungestörtheit der amerikanischen Lieferungen direkt bedrohte, mußte Amerika aktiv eingreifen. Die ungeheure materielle Überlegenheit, die es in die Wagschale werfen konnte, glich die organisatorische und moralische Überlegenheit unseres Heeres über die der Entente aus.

4. Die soziale Revolution

Mindestens ebensogroße Bedeutung für den Ausgang des Krieges wie dem Eingreifen Amerikas lege ich der russischen Revolution bei. Denn durch sie wurde der politische Gärungsstoff in Deutschland vermehrt und zur Explosion gebracht und dadurch ein so katastrophaler Zusammenbruch der einen Kriegspartei herbeigeführt, wie er nur selten in der Weltgeschichte das Ende eines großen Krieges bezeichnet. Gleichzeitig bedeutet die Umwälzung im Zarenreiche eine neue Phase in der Umgestaltung der europäischen Welt, die schon im Jahre 1914 anhob. Ging der Kampf bisher nur um territoriale Ziele, um die zwischenstaatliche Machtverteilung, so geriet nunmehr auch der soziale Aufbau der Staaten ins Wanken. Wenn damit auch nicht die Erwartung einer „Weltrevolution" im Sinne unserer radikalen Sozialisten, eines direkten Übergreifens des gewaltsamen Umsturzes auf die sogenannten Siegerstaaten ausgesprochen werden soll, so trat eben doch mit den beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917 und mit ihrem Übergreifen auf Deutschland im

Jahre 1918 die proletarische Bewegung unserer Zeit in ein neues Stadium: in das Stadium der direkten Aktion, der praktischen Verwirklichung sozialistischer Ziele.

Bei der russischen Revolution sind, wie bei allen großen Ereignissen der Geschichte, die tieferliegenden welthistorischen Ursachen von den äußeren Veranlassungen zu unterscheiden. Sich mit den letzteren zu befassen, ist Sache der Zeitgeschichte und der spezialhistorischen Forschung. Die tiefere Wurzel des gänzlichen Zusammenbruches des Zarismus liegt in der Tatsache, daß in dieser Staatsform, dem petrinischen Zarismus, sich die verschiedenartigsten, im Grunde unvereinbaren Elemente zusammenfanden. Die Selbstherrschaft der Zaren von Moskau, die vor Peter dem Großen schon bestand und trotz modern europäischer Verbrämung sich bis zum Jahre 1917 hielt, war von den Khanen der goldenen Horde übernommen worden und stellte nichts anderes dar, als einen rein asiatischen Despotismus. Von dem — letzten Endes auf demokratische Wurzeln zurückgehenden und diesen Ursprung auch nie verleugnenden — römisch-byzantinischen Kaisertum hatte sie nur die enge Verbindung mit der orthodoxen Kirche übernommen. Als Peter der Große diesen seinem Wesen nach asiatischen Staat mit europäischen Formen umkleidete, tat er dies in einem Augenblick, in dem die Entwicklung der europäischen Staaten eine Phase durchmachte, die ihnen zeitweilig und äußerlich ein ähnliches Gepräge gab, wie es das altrussische Reich aufwies: die Periode des fürstlichen Absolutismus. In diesem Punkte schnitten sich gewissermaßen die von verschiedenen Ursprüngen ausgehenden und verschiedenen Zielen zustrebenden Linien der russischen und der abendländischen Staatsentwicklung. Deshalb mochte die Europäisierung Ruß-

lands den Zeitgenossen vielleicht gar nicht als etwas so Grundstürzendes im staatspolitischen Sinn erscheinen; man konnte den Kampf Peters gegen das Altrussentum etwa gar in Parallele setzen mit dem Kampf der abendländischen Monarchien gegen das mittelalterliche Ständetum. Diese Ähnlichkeit der damaligen abendländischen und der russischen Staatsform war aber nur eine alleräußerlichste. Nachdem in der französischen Revolution und in den Bewegungen des 19. Jahrhunderts für das Abendland die Phase des monarchischen Absolutismus überwunden war, strebten die Entwicklungslinien wieder auseinander. Peter und seine Nachfolger mußten aber, um das Material für einen in europäischen Formen sich bewegenden Beamtenmechanismus zu erhalten, die Oberschicht ihres Volkes mit europäischer Bildung erfüllen. Dadurch wurde nun die russische Intelligenz in die Strömungen des geistigpolitischen Lebens im Abendlande gerissen, zu welchem ihr und vor allem dem russischen Gesamtvolkstum die historischen Voraussetzungen fehlten. Als eine weitere Verstärkung des fremden, unrussischen Elements im Zarenreiche kamen nun noch die sogenannten Fremdvölker, besonders die westlichen hinzu. Wie es aber immer ist, wenn Menschen fremde, ihnen nicht angehörende Ideale durch die Verkettung der Dinge übernehmen müssen: die russische Intelligenz geriet bald in die allerradikalsten Richtungen des abendländischen Denkens auf politischem Gebiete hinein. Die Elemente des russischen Staatslebens im 19. Jahrhundert waren also: eine dem Wesen nach asiatische patriarchalische Autokratie, die in den äußeren Formen des abendländischen Beamtenstaates des 18. Jahrhunderts regierte; eine in europäischem Denken erzogene Bildungsschicht, bei der aber mangels der notwen-

digen historischen und rassemäßigen Voraussetzungen, die Resultate europäischen Denkens als wirklichkeitsfremde Hirngespinste wirken mußten; ein noch in primitiven Zuständen steckendes Volk, das dem ganzen Treiben der oberen Schichten völlig verständnislos gegenüberstand; eine Reihe geknechteter, um ihre nationale Entwicklung betrogener „Fremdvölker" (Polen, Letten, Litauer, Finnen, Balten usw.); und, als Resultat der neuesten Entwicklung, nur in wenigen industriellen Zentren eine, übergangslos aus dem Zustand des russischen „Mushik" in den des modernen Proletariers hinübergerissene Industriearbeiterschaft. Die Oberschicht dazu noch gespalten in eine übermäßig reiche Aristokratie und ein darbendes, stets beargwöhntes geistiges Proletariat welchem das hier national völlig isoliert gehaltene uud religiös verfolgte Judentum ein ganz besonders gefährliches Element beimischte. Diese eigenartige politische Struktur machte das Rußland des 19. Jahrhunderts zu einem nie ganz verlöschenden Herd geistiger Gärung, politischer Verschwörungen und revolutionärer Umtriebe. Das ganze geistige Leben erhielt ein der bestehenden Regierungsform und der mit ihr aufs engste verknüpften herrschenden Kirche abgewandtes, revolutionäres Gepräge. Die schnelle Entwicklung des westeuropäischen Sozialismus ließ auch die revolutionäre russische Intelligenz immer radikalere Doktrinen aushecken. Druck erzeugt Gegendruck; so stieg infolge der starken Reaktion im russisch-nationalen, autokratischen und orthodoxen Sinne, die unter Alexander III. einsetzte, die revolutionäre Spannung im Lager der extremen Sozialisten und Nihilisten, wie in dem der fremdländischen Nationalitäten aufs höchste. Die erste große außenpolitische Erschütterung, die das Reich seit dem Krimkrieg durchmachte, der japa-

nische Krieg mit seinem für Rußland ungünstigen Ausgang, führte denn auch zum Ausbruch der Revolution von 1905. Noch einmal gelang es der zarischen Regierung, des drohenden Umsturzes Herr zu werden. Reformen in liberal-parlamentarischer Richtung, die bei fortschreitender Wiedererstarkung der Regierungsgewalt schließlich auf ein sehr bescheidenes Maß zurückgeführt wurden, sowie vor allem die große Agrarreform Stolypins schienen allmählich eine Konsolidierung der Verhältnisse herbeiführen zu sollen. Immerhin war es ein ungeheueres Wagnis des Zaren und seiner Ratgeber, das Reich knapp neun Jahre nach Beendigung der ersten Revolution in das Abenteuer eines Weltkrieges zu stürzen.

Die innerrussischen Vorgänge während des Krieges sind bis jetzt noch wenig bekannt. Daß die gewaltigen Störungen des ganzen Volkslebens, die der Krieg im Gefolge hatte, die Niederlagen an der Westfront, die schließlich zur feindlichen Besetzung weiter Reichsteile führten, die Umsturzbewegung im Volke neu beleben mußten, bedarf keiner Erörterung. Es scheint nun, als ob die englische Politik durch ihre Emissäre im Lande ihres Verbündeten diese revolutionäre Stimmung bewußt und absichtlich gesteigert und zur Entladung gebracht habe, da sie der Bündnistreue des Zaren anscheinend nicht mehr sicher war. Die Revolution vom Februar 1917 war die Auseinandersetzung der dünnen westeuropäisch beeinflußten, liberalisierenden Intelligenzschicht mit der nach 1905 modifiziert wiederhergestellten patriarchalisch-despotischen Zarenherrschaft, die sich mit ihren von Frankreich und England übernommenen politischen Doktrinen nicht vertrug. Diese Schicht hatte aber zu wenig Rückhalt im russischen Volke, als daß ihr Werk von Dauer sein

konnte. Es geht nicht an, eine westeuropäisch-bürgerliche Republik in einem Lande zu errichten, in dem ein Bürgertum im westeuropäischen Sinne so gut wie gänzlich fehlt. Die Regierung glitt bald in radikalere Hände, indem die sozial-revolutionäre Gefolgschaft Kerenskijs ans Ruder kam, die schon nach wenigen Monaten von den ganz radikal-kommunistischen Bolschewiki abgelöst wurde. Die tiefste Ursache dieses Umschwungs ist wohl die, daß das russische Volk, den politischen Zielen, die ihm von seiner regierenden Oberschicht, der zarischen sowohl wie der revolutionären, vorgeredet wurden, innerlich fremd und sie überhaupt nicht verstehend, vor allem einen baldigen Frieden ersehnte und sich jedem in die Arme warf, der ihm einen solchen verhieß. Dies taten die Bolschewiki und sie taten noch ein weiteres: sie köderten den ewig landhungrigen russischen Bauer durch das Versprechen der Aufteilung der gewaltigen gutsherrlichen, kirchlichen und Kronsländereien. Daß das gleichzeitig gegebene Versprechen, das Eigentum der „armen Bauern" zu respektieren, der marxistischen Theorie der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel ins Gesicht schlug, merkte der ungebildete Mushik wohl gar nicht. Und die bolschewistischen Machthaber m u ß t e n dieses Zugeständnis machen, da ihre Aktion, nur auf das Arbeiterproletariat der wenigen industriellen Zentren gestützt, genau so ephemer geblieben wäre, wie die vorhergegangenen der Kadetten und Sozialrevolutionäre. Im Grunde war das Friedensversprechen der Bolschewisten eine ebenso große Unwahrhaftigkeit, da eine kommunistische Regierung, deren eigentliches Lebensprinzip die Propaganda der Weltrevolution ist, innerhalb einer kapitalistisch organisierten Umwelt notgedrungen von Krieg zu Krieg getrieben werden muß.

In der politischen Weiterentwicklung des russischen Volkes kann der Bolschewismus nur eine Episode bedeuten. Russen im völkischen Sinne sind an ihm in leitender Stellung auch nur in verschwindend geringer Anzahl beteiligt, wenn auch seine anscheinend bedeutendste Persönlichkeit, Lenin, als Tartar dem russischen Volkstum erheblich näher steht, als die im übrigen das revolutionäre Rußland ganz beherrschenden Juden. Die innerrussische Entwicklung seit 1917 ist aber für die abendländischen Dinge zunächst vorwiegend dadurch von Bedeutung, daß das revolutionäre Beispiel Rußlands die sich schon vorbereitende politische Zersetzung in Deutschland beschleunigte.

Die deutsche Revolution hatte eine ganz ähnliche direkte Ursache wie die russische: den fast bis ins Pathologische gesteigerten Kriegsüberdruß des deutschen Volkes. Und diese Erscheinung wieder ging auf den gleichen Grund zurück, wie in Rußland: auf die vollkommene Verständnislosigkeit der breiten Volksmassen gegenüber dem politischen Sinn des Krieges. Es ist, wie schon früher ausgeführt, meines Erachtens falsch, dem deutschen Volke überhaupt die politische Veranlagung, das Verständnis für staatliche Notwendigkeiten, den Staatssinn, abzusprechen. Aber *weiten Schichten* unseres Volkes mangelt dieser Sinn tatsächlich, sie besitzen kein inneres Verhältnis zum Staate; die Gründe hierfür sind ebenfalls schon dargelegt. Aus den gleichen Gründen war es nur in Deutschland möglich, daß die in allen Ländern vorkommende Feindseligkeit gewisser Parteien und politischer Richtungen gegen die bestehende Staatsform zu einer direkten Feindschaft gegen den eigenen *Staat* als solchen ausartete, wie ja auch die deutschen Revolutionäre die einzigen Revolutionäre in der Geschichte

des Abendlandes waren, die ihr Vaterland bedingungslos seinen Feinden auslieferten, während alle anderen Revolutionen (die englischen von 1649 und 1689, die französischen von 1789 und 1870) eher eine Verschärfung der nationalen Stimmung in den von ihnen betroffenen Ländern zur Folge hatten. Nur auf Grund der weitverbreiteten außenpolitischen Uninteressiertheit und Verständnislosigkeit konnte die Zermürbung des deutschen Volkes durch die vierjährigen Entbehrungen und Nöte des Krieges so weit gehen, daß die staatsfeindlichen Richtungen den Augenblick zum Losschlagen für gekommen erachten konnten. Im übrigen muß man sagen, daß tiefere, welthistorische Gründe für diese sogenannte deutsche Revolution von 1918 überhaupt nicht vorhanden waren. Weder waren die herrschenden Schichten des kaiserlichen Deutschland so entartet, wie etwa das ancien régime im Frankreich Ludwigs XVI., noch klaffte eine so tiefe Kluft zwischen den bestehenden politischen Verhältnissen und den innersten Erfordernissen des Nationalcharakters, wie in dem vorrevolutionären Rußland. Das tragische Schicksal Deutschlands war, daß es infolge der hauptsächlich aus seiner geographischen Lage und Beschaffenheit resultierenden historischen Entwicklung seine politische Form — den preußisch bestimmten Föderalismus des Bismarckschen Kaiserreichs — etwa dreihundert Jahre später fand als die anderen Nationen des Abendlandes und daß es, noch bevor diese Staatsform sich voll eingelebt hatte, in seinen gewaltigen Existenzkampf gerissen wurde. Dazu kam noch, daß in dieser politisch gärenden Zeit die ganze Kraft des deutschen Volkes durch seinen rapiden wirtschaftlichen Aufstieg in Anspruch genommen wurde und daß an keiner der hervorragenden Stellen des Reiches wahrhaft staatsmänni-

sche Führerpersönlichkeiten standen. Und aus diesem rein zufälligen Zusammenfallen verschiedener Umstände, welches erst die Revolution von 1918 ermöglichte, ergibt sich auch für diese selbst ein rein zufälliger, episodenhafter Charakter. —

Es soll nun durchaus nicht behauptet werden, daß in dem nachbismarckschen Deutschland alles zum besten gestanden habe, daß gar kein Grund zu einer politischen Umgestaltung vorhanden gewesen sei. Die Unausgeglichenheiten des deutschen Staatslebens gingen nur auf andere Ursachen zurück, als von den Verbreitern und späteren Nutznießern des Umsturzes angenommen wird: diese Ursachen lagen nicht in dem Bismarckschen System, sondern großenteils in den Persönlichkeiten, welche dieses System zu handhaben hatten.

Der Föderalismus, die Fortexistenz eigener Staatspersönlichkeiten im großen Ganzen des Reiches, war die eigentliche Grundlage der alten Reichsverfassung. Es ist nun nicht an dem, daß Bismarck diese Staatsform n u r aus praktischen Gründen geschaffen habe. Sie entsprach dem innersten Wesen des deutschen Volkes. Aber die Verhältnisse hatten sich seit der Reichsgründung so gewandelt, daß die einzelnen tatsächlich bestehenden Bundesstaaten, besonders die kleinen und kleinsten, der Aufgabe nicht mehr genügten, Ausdruck der natürlichen Gliederung des deutschen Volkes zu sein. Die Neigung, das ganze öffentliche Leben vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten, und die demokratische Zeitstimmung, die sich auch beim deutschen Volke geltend machte, ließen das dynastische Staatsgefühl zurücktreten. Das gab den links stehenden Parteien, deren Ideal stets der deutsche Einheitsstaat gewesen war, Veranlassung, die bundesstaatliche Gliederung überhaupt als veraltet und den

unitarischen Gedanken als das einzig Zeitgemäße hinzustellen. Die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. kam dieser Strömung weit entgegen. Während Wilhelm I. immer in erster Linie König von Preußen gewesen war, schmeichelte es dem stark entwickelten Selbstgefühl seines Enkels, die Kaiserwürde in einem Maße in den Vordergrund treten zu lassen, das dem Buchstaben wie dem Geist der Reichsverfassung nicht entsprach. Den deutschen Bundesfürsten und ihren Regierungen kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie dieser Entwicklung ruhig zusahen, ihren verfassungsrechtlich verbrieften Einfluß auf die Reichspolitik zu wenig wahrten. Der Bundesrat, der kraft seiner Rekrutierung aus den höchsten Beamten der Einzelstaaten, also dem staatsmännisch besten Material, das Deutschland besaß, eine Rolle ähnlich der des römischen Senates hätte spielen können, trat im Bewußtsein des Volkes immer mehr zurück.

Der demokratischen Strömung, die hierin zum Ausdruck kam, setzte der Kaiser auch sonst einen erstaunlich geringen Widerstand entgegen. Besonders in persönlicher Beziehung wurde den links gerichteten Strömungen sehr weit entgegengekommen. Auch hier versagten die Kreise, die zu einer vom altpreußischen Geiste getragenen Opposition berufen gewesen wären. Einmal ließen sich weite rechtsstehende Volksteile durch ihre prinzipielle Stellung zur Monarchie abhalten, verfehlten Maßnahmen der Regierung und des Kaisers persönlich in der gebührenden Weise entgegenzutreten, dann aber beschränkten sich diese Elemente im politischen Parteikampf zu sehr auf die reine Abwehr der demokratischen Bestrebungen. Sie glaubten, es genüge, das Reich vor dem Umbau im westlich-demokratischen Sinne zu bewahren und vergaßen, daß der wahre Konservatismus die lebendige F o r t e n t w i c k l u n g des

Bestehenden zum Ziele haben muß. Es bestand außerdem ein direkter Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands und seiner innenpolitischen Linksentwicklung. Die politischen Ideen der linksstehenden Parteien stammen im wesentlichen aus der „zivilisierten Welt" des Westens, Frankreich, England und Amerika. Die Ausbreitung des deutschen Handels und der deutschen Industrie hatte nun zur Folge, daß auch eine engere gesellschaftliche Berührung mit jenen Ländern stattfand. Die Träger dieser Ausbreitung stammten aber hauptsächlich aus dem Westen Deutschlands, der, wie wir schon sahen, an sich der politischen Beeinflussung durch den europäischen Westen wenig Widerstand entgegensetzte. Die wirtschaftliche Blüte des Reiches, die in erster Linie gerade diesen Elementen zu danken war, mußte nun ihren Einfluß auf das öffentliche Leben Deutschlands ungemein stärken. Die Verfechter einer mehr bodenständigen, konservativen Politik konnten sich nur schwer dieser sich rapide vollziehenden Entwicklung anpassen und gerieten so nur allzusehr in den Ruf der politischen Rückständigkeit.

Ganz ähnliches sehen wir auf sozialem Gebiete. Auch hier setzte die industrielle Entwicklung und in ihrem Gefolge die soziale Umschichtung im gesamten Volke zu einem Zeitpunkte ein, in dem der soziale Ausgleich zwischen den einzelnen Landschaften Deutschlands noch nicht erfolgt war. Noch standen sich der bürgerlich-großstädtische Westen und der noch halb in feudal-agrarischen Zuständen steckende Osten schroff gegenüber, als das industrielle Proletariat sich im Gegensatz zu beiden mächtig emporreckte. In dieser inneren Unausgeglichenheit der deutschen Gesellschaft beim Einsetzen der modernen Entwicklung lag die besondere Schärfe der Klassengegensätze weit

mehr begründet, als in wirklichen sozialen Mißständen, die in Deutschland in viel geringerem Maße vorhanden waren, als in den gepriesenen Ländern des Westens.

Alle diese inneren Gegensätze wären wahrscheinlich ohne revolutionäre Entladung zum Ausgleich gekommen, wenn dem deutschen Reiche noch ein bis zwei Jahrzehnte des Friedens beschieden gewesen wären. So gab der Krieg, den niemand in Deutschland wollte, und der deshalb allen überraschend kam, den Vertretern der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie die Gelegenheit, immer mehr von ihren Parteiforderungen durchzusetzen. Die kaiserliche Regierung trifft die schwere Schuld, durch ihre Nachgiebigkeit gegen diese Erpressungsversuche immer radikalere Richtungen ermutigt und so den Ausbruch der Revolution erst ermöglicht zu haben. Aus diesem rein zufälligen Charakter der deutschen Novemberrevolution erklärt sich auch ihre geradezu einzig dastehende Armut an neuen Gedanken und die innere Brüchigkeit ihrer Entwicklung. Im Augenblick der höchsten Not des Vaterlandes waren die allerradikalsten Parteien, die Unabhängigen und die Kommunisten, die Kecksten und Gewissenlosesten, und deshalb ließ sich die Revolution, die sie improvisierten, zunächst sehr radikal-sozialistisch an. Sobald ein wenig die Besinnung wiederkehrte, blieb sie stecken. Die Voraussetzungen zu einer gewaltsamen sozialen Revolution fehlten eben in Deutschland vollkommen. Nun sahen sich die Demokraten, die sich halb aus Angst und halb aus Haß gegen das „alte System“ sofort „auf den Boden der Tatsachen“ gestellt hatten, und die Sozialdemokratie, die schon im Kriege ihren alten Radikalismus stark gemäßigt hatte, gemeinsam mit dem Zentrum plötzlich im Besitze der Macht. Da sie über keinen eigenen politischen Gedanken verfügten, der diese Po-

sition gerechtfertigt hätte, so gruben sie das alte Ideal von 1848, die schwarz-rot-goldene deutsche Einheitsrepublik, wieder aus. Aber so bar jedes nationalen Impulses und so unfähig zu jeder nationalen Tat zeigten sich diese Revolutionsdilettanten, daß sie nicht einmal dieses Ideal voll verwirklichen konnten: die Angliederung der österreichischen Deutschen, die in dem allgemeinen Chaos des Zusammenbruches nicht allzu schwer gewesen wäre, ließen sie sich von der Entente verbieten. Ihre einzige Leistung war die, daß sie ihr Vaterland jeder Macht beraubten und ihm eine, theoretisch dem westlichen Parlamentarismus nachgebildete und diesen ins Groteske übertreibende Verfassung aufzwangen, mit der es nicht leben und nicht sterben kann.

VIII. Der Zusammenbruch des abendländischen Staatensystems

Wie der große Krieg der europäischen Mächte schon gleich in seinen Anfängen über den geographischen Bereich des alten Abendlandes hinausgriff, wie er in seinem weiteren Fortgang alle Weltmächte in seinen Strudel hineinriß, so hatte auch sein Ausgang den Zusammenbruch des gesamten Weltstaatensystems zur Folge, das sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts erst zu bilden begann. Wir haben gesehen, daß dieses Weltstaatensystem drei ausgesprochene Weltmächte — England, Amerika, Rußland — und drei Großmächte ersten Ranges — Deutschland, Frankreich, Japan — zu Trägern hatte. Je zwei aus jeder dieser beiden Gruppen waren gleichzeitig europäische Großmächte. Nun ist das Entscheidende für das neue Weltbild, daß von diesen vier europäischen Mächten von planetarischer Bedeutung in jeder der beiden Gruppen nur eine übrig geblieben ist. Die dem europäischen Staatensystem zugerechnete Weltmacht Rußland und die an der Schwelle der Weltmacht stehende europäische Großmacht Deutschland sind vorläufig aus der Reihe der mitbestimmenden Faktoren im politischen Leben Europas wie des ganzen Planeten ausgeschieden. Gleichzeitig ist mit dem deutschen Reiche, dieser am meisten im europäischen Kontinent verwurzelten unter den großen Mächten der Erde, der Kern zerbrochen worden, um den sich ein spezifisch kontinental-europäisches Staatensystem, ein „Imperium des Abendlandes", hätte bilden können. Dieses „Imperium" mußte durchaus nicht, ja es konnte nicht einmal auf reiner Gewalt beruhen; es hätte beruhen müssen auf der freiwilligen Anerkennung der gleichberechtigten

Großmachtstellung Deutschlands durch Frankreich und auf dem Schutz, den diese beiden Großmächte der nationalen Freiheit und Entwicklung der kleineren Staaten hätten angedeihen lassen. Europa, das Abendland wäre dadurch in der Staatenwelt der Erde zu einer gleichberechtigten Stellung neben den großen politischen Systemen der überseeischen Kontinente gelangt. Jetzt ist es, statt im großen Weltgeschehen eine seiner Geschichte entsprechende Rolle als geistig-politische Einheit spielen zu können, zum Anhängsel eines angelsächsisch bestimmten Weltsystems geworden.

Dieser Kriegsausgang berechtigt dazu, in dem Weltkrieg auch den Kampf des spezifisch abendländisch-europäischen Gedankens gegen die sich von der Vorherrschaft Europas emanzipierenden überseeischen Kulturkreise zu sehen. Denn während die führenden Mächte auf der Seite der Entente, England, Rußland und später Amerika großenteils oder ganz in nichteuropäischen Interessen wurzelten, war die bestimmende unter den Zentralmächten, Deutschland, eine rein europäische Macht. Ein Sieg Deutschlands hätte uns vielleicht eine Vergrößerung unseres Kolonialbesitzes gebracht, vor allem aber eine Stärkung und wohl auch geographische Erweiterung des mitteleuropäischen Blocks, das heißt einen, wenn auch noch sehr rudimentären Anfang einer Organisation Kontinentaleuropas; der Sieg der Entente brachte uns im Völkerbund den Versuch einer Organisation der Welt, wobei auf die natürliche, organische Gliederung der Menschheit keinerlei Rücksicht genommen ist. Wenn die Völkerbundsakte doch eine gewisse Klassifizierung der durch ihre Festsetzungen organisierten Staatenwelt vorsieht, so ist diese von ganz anderen Gesichtspunkten bestimmt. Der eigentliche Kern des Bundes sind die „al-

liierten und assoziierten Mächte“ d. h. die Staaten, die gegen die europäischen Mittelmächte im Kriege gestanden haben; sie sind ohne weiteres und von Anfang an Mitglieder des Bundes. Unter ihnen nehmen eine besonders privilegierte Stellung die sogenannten „Hauptmächte“ ein, d. h. England, Amerika,*) Italien, Frankreich und Japan, insofern sie kraft eines speziellen Rechtssatzes (Art. 4 der Völkerbundsakte) im Rate des Bundes vertreten sind. Neben diesen Mächten steht als besondere Gruppe eine Reihe von namentlich aufgeführten Staaten, deren einfacher Antrag innerhalb der ersten zwei Monate nach Inkrafttreten des Abkommens zur Aufnahme in den Völkerbund genügte. Es sind dies die meisten der europäischen und amerikanischen Neutralen, sowie Persien. Der Eintritt aller übrigen Staaten ist nur mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Völkerbundsstaaten möglich. Diese Beschränkung trifft hauptsächlich Deutschland nebst seinen Verbündeten, sowie die Staaten, deren Neutralität von einem zu großen Wohlwollen gegen die deutsche Politik getragen war, wie z. B. Luxemburg, Mexiko, Afghanistan. Artikel 22 des Paktes spricht endlich von „Völkern, die noch nicht fähig sind, unter den besonders schwierigen Verhältnissen der modernen Welt selbständig zu handeln“. Diesen Völkern gegenüber wird den „entwickelten“ Nationen des Völkerbundes die Aufgabe der Vormundschaft und Erziehung vindiziert, was praktisch so ausgeführt wird, daß den Großmächten in Gestalt von Mandaten die Herrschaft über diese Völker anvertraut wird. Die ganze Organisation ist in ihren theoretischen Grundlagen von jener mechanischen Weltanschauung getragen, die seit der französischen Revolution beson-

*) Amerika ist dem Bunde noch nicht beigetreten; s. a. unten.

ders bei den Nationen des Westens herrschend geworden ist, und die in der Zivilisation eine absolute Größe, ein der ganzen Menschheit gestecktes Ziel sieht, auf dem Wege zu welchem einzelne Nationen weiter, die anderen weniger weit vorgeschritten sind, das aber als Ziel für alle gleich bleibt. Diese Anschauung übersieht geflissentlich die Vielgestaltigkeit des Völker- und Kulturlebens, die in erster Linie in der Verschiedenheit der Rasse ihren Grund hat und grundverschiedene, gänzlich inkommensurable Kultur- und Staatsideale nebeneinander entstehen und bestehen läßt. Die praktische Ausgestaltung der Völkerbundsorganisation dient aber ausschließlich den aktuellen politischen Zwecken der Ententegroßmächte. Denn die Bestimmungen über den Erwerb der Mitgliedschaft geben die Gewähr, daß nur solche Staaten dem Bunde angehören, die sich dem Willen dieser Großmächte beugen. Die Schwäche dieser „Weltorganisation“ liegt nun darin, daß die Einigkeit dieser „Hauptmächte“, die die reale Grundlage des ganzen Völkerbundes ist, immer mehr schwindet. Den ersten Stoß hat sie schon dadurch erhalten, daß die eine derselben, Amerika, dem Bunde überhaupt nicht beigetreten ist. Hierdurch zeigte sich, in wie schneidendem Gegensatz die tatsächlichen Weltverhältnisse zu der rein formalen Regelung der Pariser Völkerbundsakte stehen.

Von den eigentlichen Weltmächten sind nur die beiden angelsächsischen, England und Amerika, am Leben geblieben. Beide haben eine ungemeine Stärkung ihrer Machtposition erfahren. Bei Amerika liegt sie hauptsächlich auf wirtschaftlichem, militärischem und ideellem Gebiete. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges ihre Industrie gewaltig ausgebaut, da in den ihrem Handel zugänglichen Teilen der Welt der deutsche Konkurrent gänzlich ausgeschaltet war. Sie

haben dadurch ihre finanzielle Kraft erheblich steigern können, sind die Gläubiger der alten Ententemächte geworden und haben so das finanzielle Zentrum der Welt von der Londoner City nach Wallstreet verschoben. Ihre Beteiligung am Kriege zwang sie, ihre militärischen Kräfte in einer ungeahnten Weise zu entwickeln. Wenn sie auch infolge ihrer günstigen geographischen Lage den Abbau ihres Landheeres in Angriff nehmen konnten — wobei immer eine erhebliche Steigerung im Vergleich zur Vorkriegszeit bleibt —, so denken sie nicht daran, das gleiche in bezug auf ihre Flotte zu tun. Endlich sind sie durch ihr Eingreifen in den Kampf der europäischen Mächte zum erstenmal aus dem Kreis ihrer mehr oder weniger lokalen, nur durch ihre geographische Lage bedingten, Interessen herausgetreten — selbst mit ihrer pazifischen und südamerikanischen Politik waren sie immer in diesem Rahmen geblieben — sie haben sich zum erstenmal als Weltmacht betätigt. Ein derartiges Ereignis kann nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung und den politischen Charakter eines Staates bleiben. Wenn auch die Union jetzt den festen Willen kundgibt, sich aus den kontinental-europäischen Verhältnissen und Verwicklungen zurückzuziehen — die Tatsache, daß sie in dem Kampf der alten Großmächte die Entscheidung gebracht hat, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Der Staat George Washingtons wird von jetzt an immer zu den Mächten gehören, die an allem politischen Weltgeschehen in irgendeiner Weise beteiligt sind, und die von keinem irgendwie bedeutsamen Vorgang in der weiten Welt ganz unberührt bleiben können. Doch noch in anderer Weise hat der Ausgang des Krieges die Weltstellung der Vereinigten Staaten beeinflußt. Der katastrophale Zusammenbruch des europäischen Staatensystems hat das alte Abend-

land seiner Stellung als Zentrum der Weltpolitik beraubt. Die Weltmächte, die übriggeblieben sind, liegen um den pazifischen Ozean herum oder sind stark an ihm beteiligt. Unter diesen pazifischen Mächten aber steht Amerika mit an erster Stelle. Jetzt erst kommt seine unvergleichliche Lage zwischen zwei Ozeanen, die beide auf lange Zeit hinaus Zentren regsten kulturellen Lebens sein werden, zur vollen Geltung.

Die Vorteile, die England aus dem Kriege zog, sind mehr territorialer Natur. Dem südafrikanischen Bundesstaat ist in Deutsch-Südwestafrika ein wertvolles Gebiet zugeführt worden, das ihn in äußerst glücklicher Weise geographisch abrundet und ihm durch seine verhältnismäßig lange atlantische Küste eine noch gar nicht abzusehende Bedeutung als Mittler zwischen der Kulturwelt des indischen Ozeans und der Ostküste Südamerikas verleihen kann.*) Durch das Mandat über Deutsch-Ostafrika ist die Lücke, die zwischen dem südafrikanischen und dem nordostafrikanischen Besitz Englands klaffte, geschlossen. Das zusammenhängende Reich vom Kap bis nach Kairo ist fertig. Dieses Reich ist aber nur der eine Eckpfeiler eines anderen, größeren Reiches, das sich um den Indischen Ozean dehnt und dessen Zentrum das indische Kaisertum ist. Auch dieses gigantische Herrschaftsgebiet ist seiner Vollendung nahe gekommen, indem Palästina, Mesopotamien und Arabien durch die Bestimmungen des Friedens von Sèvres dem britischen Einfluß unterstellt worden sind. Der weitere Gewinn für England besteht darin, daß seine beiden großen weltpolitischen Rivalen, Rußland

*) Wie das auf die Struktur des Britischen Reiches als Ganzes einwirken wird, ist allerdings eine andere Frage. Daß durch den Gewinn von Südwestafrika, der die Union erst eigentlich „komplett" macht, das südafrikanische Eigengefühl ungemein gestärkt werden muß, ist ohne weiteres klar.

und Deutschland, sich gegenseitig vernichtet haben. Dadurch ist es dem britischen Reiche gelungen, die beiden einzigen Meere, von denen es bisher sozusagen ausgeschlossen war, die Ostsee und das Schwarze Meer, in seine Einflußzone zu ziehen. Am goldenen Horn weht der Union Jack; damit ist der Schlüssel zum Pontus Euxinus in Englands Hand. Danzig wird von einem englischen Gouverneur im Namen des Völkerbundes verwaltet. Schon sind auch die Aalandsinseln dem Völkerbund unterstellt. In Esthland, Lettland und Littauen ist englisches Kapital an der Arbeit. So ist fast der ganze europäische Kontinent von einem Netz britischer Stützpunkte umzogen.

Auf dieses glänzende Bild britischer Machtstellung fallen allerdings starke Schatten. Wir haben gesehen, wie in den weiten Kolonialgebieten der fremden Kontinente durch Verschmelzung mit stammverwandten und daher assimilationsfähigen Bevölkerungen neue, nicht mehr rein englische Zweige der angelsächsischen Rasse entstehen (Canada, Vereinigte Staaten, Südafrika, Australien-Neuseeland). Ausgedehnte, dem Angelsachsentum wirtschaftlich und politisch unterworfene Gebiete verbinden sie untereinander; jedoch erzeugt die weitgetrennte und sehr verschiedene geographische Lage eine gewisse Divergenz der Interessen. An sich würde das dem politischen Zusammenhalt der angelsächsischen Völker nicht allzuviel schaden. Denn der praktische Sinn des Engländers hat es stets trefflich verstanden, derartige Gegensätze auszugleichen, wenn es ein großes Ziel zu erreichen, ein großes Interesse zu wahren gilt. Aber gerade die unleugbare, immer mehr hervortretende kulturelle Zusammengehörigkeit aller Angelsachsen birgt eine große Gefahr. Es ist ein angelsächsischer Kulturkreis im Werden. Seine Glieder ge-

nießen eine gewisse politische Selbständigkeit, gehören aber fast alle dem britischen Reich an. Nur gerade das am dichtesten besiedelte und kulturell am weitesten vorgeschrittene angelsächsische Kolonialgebiet bildet eine selbständige Großmacht neben dem englischen Imperium, die Vereinigten Staaten von Amerika. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hat diese neue angelsächsische Großmacht das alte Mutterland überflügelt oder ist im Begriff es zu tun. Alle die Kriegsergebnisse, die Amerika auf der Habenseite buchen kann, bedeuten eine Bedrohung der Weltmachtstellung Englands. So entsteht ein englisch-amerikanischer Dualismus innerhalb der angelsächsischen Staatenwelt, der in mancher Beziehung an den preußisch-österreichischen Dualismus des 18. und 19. Jahrhunderts erinnert. Seinen schärfsten Ausdruck und seine für England gefährlichste Zuspitzung erhält dieser Gegensatz durch die verschiedene Stellungnahme der beiden angelsächsischen Mächte gegenüber der dritten pazifischen Großmacht, Japan. Dieser Staat hat aus seiner — wenn auch mehr oder weniger platonischen — Teilnahme am Kriege etwa ebensolche Vorteile gezogen wie Amerika. Er sucht sie in erster Linie zur Stärkung seiner Machtstellung im pazifischen Ozean und in Ostasien auszunützen. Hieraus ergibt sich aber bereits sein Gegensatz gegen Amerika, das nach der wirtschaftlichen und politischen Vormacht in den gleichen Gebieten strebt. Nun bedroht aber der japanische Imperialismus — und die völkische Expansionslust des fruchtbaren Inselvolkes — auch die an den pazifischen Ozean grenzenden englischen Kolonien Australien, Neuseeland und Canada. Darin liegt für diese eine Interessengemeinschaft mit den Vereinigten Staaten begründet. Die Interessen des Mutterlandes und des Imperiums als Ganzen aber sind andere. Ihm

geht es vor allem um die Erhaltung seiner Herrschaft über Indien, die durch ein feindseliges Verhältnis zu Japan ernstlich bedroht wäre. Auch kann ihm das japanische Gegengewicht gegen Amerika, das, wie wir sahen, als wirtschaftlicher und maritimer Rivale an Deutschlands Stelle getreten ist, nur erwünscht sein. Aber diese gegensätzliche Stellung zu einem der wichtigsten Weltprobleme der Zukunft muß den Gegensatz der beiden Weltmächte vertiefen, der für England um so gefährlicher ist, als die Rivalität Amerikas sich auf die Führerschaft in der angelsächsischen Welt erstreckt und so das Britische Reich von innen heraus zu sprengen droht.

In einer ähnlichen Lage, wie im angelsächsischen Völkerkreis findet sich England im alten Abendland. Hier ist durch das Ausscheiden aller anderen großen Militärmächte Frankreich zu einer Hegemoniestellung gelangt, wie es sie seit 250 Jahren erstrebte — und wie England sie seit eben der Zeit aufs heftigste bekämpft hat! Wenn auch die kontinental-europäischen Dinge seit jener Zeit für die englische Politik an ausschließlicher Bedeutung verloren haben, wenn auch die Grundlagen der französischen Macht weniger solide sind wie zur Zeit Ludwigs XIV. und Napoleons I., so kann doch die unbedingte Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent den britischen Staatsmännern nicht erwünscht sein. Hier dürfte nun gerade ein Punkt sein, an dem sich die ganze Kopflosigkeit der deutschen Revolution und die geradezu groteske Unzulänglichkeit der revolutionären deutschen „Staatsmänner" zeigt. Nach dem ganzen Charakter der britischen Staatskunst und ihrem Verhalten in früheren ähnlichen Fällen (1713, 1815!), sowie bei genauer und gewissenhafter Prüfung der wirklichen englischen Belange kann man gar nicht anders,

als annehmen, daß ein harter, schlimmstenfalls zum äußersten entschlossener Widerstand Deutschlands gegen die Waffenstillstandsbedingungen die, wenn auch vielleicht versteckte und scheinbar widerwillige Unterstützung Englands gefunden hätte. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß der von der Sozialdemokratie wie der bürgerlichen Linken künstlich gesteigerte Kriegsüberdruß des deutschen Volkes der englischen Politik das Konzept verdorben hat.

Die Neuordnung des eigentlichen Abendlandes, wie sie aus den Pariser Friedensverträgen hervorgegangen ist, steht also ganz unter dem Zeichen der französischen Hegemonie. Es scheint, daß England seine Zustimmung zu dieser Regelung hauptsächlich deshalb gegeben hat, um freie Hand für seine außereuropäischen Interessen zu erhalten. Da nun die französische Politik — und zwar mit Recht — in einem starken Mitteleuropa das stärkste Hindernis dieser ihrer Hegemonie sieht, so ist die europäische Mitte, deren allmähliches Wiederzusammenwachsen der Bismarckschen und auch noch teilweise der nachbismarckschen Periode die Signatur gab, nunmehr als Machtfaktor gänzlich ausgeschaltet. Eine Auflösung des deutschen Reiches in seine Einzelstaaten erwies sich als undurchführbar. Dazu war der nationale Einheitswille des deutschen Volkes zu stark, eine gewaltsame Durchsetzung solcher Ziele war für eine Koalition, die immer das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Nationalitätenprinzip im Munde geführt hatte, aus Prestigegründen unmöglich und endlich wäre England wohl auch nicht dafür zu haben gewesen. Die militärische und damit auch politische Macht des deutschen Reiches wurde aber vollkommen vernichtet durch die Abrüstungs- und Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages, wobei die von der sozialisti-

schen und bürgerlichen Demokratie künstlich hochgepeitschte antipreußische und antimilitaristische Stimmung im deutschen Volke der französischen Politik die besten Dienste leistete und leistet. Die Einführung einer neuen Staatsform, welche zu der politischen Veranlagung wie zu der historischen Entwicklung des deutschen Volkes im größten Gegensatze steht und deshalb den schärfsten Widerspruch herausfordert, wirkt in der gleichen Richtung. Dadurch ist das deutsche Volk den heftigsten innerpolitischen Kämpfen in einem Augenblick ausgesetzt, in dem die Zusammenfassung seiner Kräfte das Gebot der Stunde wäre. Ist dieser Vorteil, der in gewisser Beziehung die Voraussetzung der französischen Beherrschung des Kontinents ist, den Franzosen ohne ihr Zutun in den Schoß gefallen, so sind auch durch die Bestimmungen des Friedensvertrages noch weitere Schwächungen Deutschlands vorgesehen. Zunächst die wirtschaftliche durch die alles Maß überschreitende Kriegskontribution, die uns unter dem Namen der „Reparationen" aufgebürdet ist. Ferner aber ist durch die erzwungene Abtretung Westpreußens und Posens dem preußischen Staat, den der scharfsichtige Haß der Franzosen als den tragenden Pfeiler des deutschen Reiches erkannt hat, das Rückgrat gebrochen. Die Gesamtheit der östlichen Provinzen, die die wirkliche Grundlage dieses Staates ausmachte, existiert als solche nicht mehr. Ferner ist durch die dauernde Kontrolle unserer militärischen Rüstung wie unseres Wirtschaftslebens den Ententestaaten, insbesondere wieder Frankreich, Gelegenheit zu ständiger Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse gegeben. Um die so in Deutschland errichtete Fremdherrschaft vollkommen zu machen, wurde die Besetzung des ganzen linksrheinischen Deutschland durch internationale Truppen sti-

puliert, die in der französischen Zone bis zu fünfzehn Jahren dauern soll. Dadurch hofft Frankreich sein Ziel, neben dem „desannektierten" Elsaß-Lothringen auch diese Gebiete von Deutschland loszureißen, auf einem Umweg zu erreichen. Und um dem zerstückelten und geknechteten Deutschland jede Möglichkeit ökonomischen Wiederaufstiegs zu nehmen, sind in zwei seiner wirtschaftlich wichtigsten Gebiete, dem Saarland und Oberschlesien, so unklare Verhältnisse geschaffen, daß auch deren Übergang in fremde Hand als wahrscheinlich erscheint. Die zweite der mitteleuropäischen Mächte, Österreich-Ungarn, ist gänzlich von der Landkarte verschwunden. Die Staaten, die man an ihrer Stelle geschaffen hat, vor allem die Tschecho-Slovakei und Jugoslavien, sind ihrer Zusammensetzung nach aber ebensowenig reine Nationalstaaten wie es das alte Habsburgerreich war. In ihnen allen sind insbesondere starke deutsche Minderheiten unter fremde Herrschaft geraten, die in der rücksichtslosesten Weise ausgeübt wird. All diese Garantien gegen ein Wiederaufkommen Mitteleuropas genügen aber der französischen Politik noch nicht. Man hat daher an der Ostgrenze in dem wiederhergestellten Polenreich einen militärisch starken Staat von ausgesprochen deutschfeindlicher Tendenz geschaffen, der von Frankreich in jeder nur denkbaren Weise begünstigt wird. Damit verfolgt aber die französische Politik wohl noch einen anderen Zweck. Frankreich hat vor dem Kriege in Rußland bedeutende Werte investiert, um seinen Verbündeten zu dem beabsichtigten Kriege gegen Deutschland stark zu machen. Diese Werte wären verloren, wenn die bolschewistische Herrschaft in Rußland unerschüttert bliebe oder gar durch ein Vorschreiten der proletarischen Revolution nach Westen befestigt würde. Außerdem ist es klar, daß die hoch-

kapitalistische Republik Frankreich in dem schärfsten Gegensatze zu dem kommunistischen Staate Lenins stehen muß. So soll Polen, einerseits dazu bestimmt, durch einen ständigen Druck von Osten her ein Wiederaufkommen Deutschlands zu verhindern, andererseits einen Damm gegen das bolschewistische Rußland bilden.

So erhebt sich über dem europäischen Abendlande eine neue französische Hegemonie, dem äußeren Anscheine nach von einer Ausschließlichkeit, wie sie in der Geschichte unseres Kulturkreises — abgesehen von der Episode der napoleonischen Herrschaft — unerhört ist. Aber wie die Vorherrschaft Napoleons letzten Endes abhängig war von dem Einvernehmen mit Rußland, so ist es die der dritten Republik von dem guten Verhältnis zu England. Im übrigen sucht aber diese französische Hegemonie ihre Wurzeln immer tiefer in das politische Leben des Abendlandes zu senken. Im Westen ist ihre hauptsächlichste Stütze die Militärmacht der Republik selbst; ferner das Bündnis mit Belgien, das kulturell wie politisch ganz in die Vasallität von Frankreich geraten ist; neue Stützen sucht man sich hier zu schaffen durch das Anfachen separatistischer Bestrebungen in Rheinland und Süddeutschland. Im Osten ist der Kernpunkt der französischen Machtstellung Polen; die Bestrebungen, die sogenannten Randstaaten des ehemaligen Rußland, vor allem die baltischen Länder und Litauen, unter der Führung dieses Staates zu einem Bunde zu vereinigen, bedeuten den Versuch, diese Stellung zu einem großzügigen System französischer Vormacht im Osten auszubauen. Schon scheinen sich auch von hier aus Fäden nach den Ländern der ehemaligen Donaumonarchie zu spinnen, wobei die alten französischen Kultursympathien Rumäniens einen Anknüpfungspunkt geben könnten. Doch

dürfte gerade die „Balkanisierung" des Donau-, Sudeten- und Adriagebietes, die durch die Zerschlagung der Donaumonarchie herbeigeführt wurde, im Interesse Frankreichs — und vorläufig auch Englands — liegen.

Gegen diesen Zustand Europas, der nach der politischen auch die kulturelle und wirtschaftliche Vorzugsstellung unseres Kulturkreises, ja fast seine selbständige Existenz, zu vernichten droht, sind langsam Gegenkräfte im Werden. Zunächst steht hinter der französischen Hegemonie und Expansion nicht mehr die nationale und wirtschaftliche Kraft eines jungen Volkes. Ländliche Siedelungskolonien, wie England in seinen Dominions, besitzt Frankreich nicht. Der große Kapitalreichtum des Landes ist zu einem beträchtlichen Teil in ausländischen Unternehmungen investiert. Von dem Rückgang der Geburtenziffer ist schon die Rede gewesen. Bereits läßt Frankreich die militärischen Lasten seiner Großmachtpolitik nicht mehr ausschließlich durch seine Landeskinder, sondern teilweise durch fremdstämmige Angehörige seines Kolonialreiches tragen. Allerdings soll man sich dadurch nicht zu übertriebenen Hoffnungen für die nächste Zukunft verleiten lassen. Mit dieser Alterserscheinung belastet, kann Frankreich noch lange seine Stellung als Großmacht behaupten. Es sind die Anfänge eines Prozesses, der jahrhundertelang dauern kann. Auch Rom hat den Glanz seines Kaisertums mehr als dreihundert Jahre lang mit fremden Söldnerscharen aufrechterhalten.

Für die nächste Zukunft ernster zu nehmen ist der Gegensatz, in den die überspannte Prestige- und Gewaltpolitik die dritte Republik zu England treiben muß. Zwar haben wir gesehen, daß auch das britische Weltreich unter dem Druck mächtig anwachsender innerer

und äußerer Gefahren steht. Dazu sind die Schwierigkeiten, welche die aktuellen Fragen, wie die irische und die ewig schwälende Aufstandsbewegung in Indien, dem Kabinett von St. James bereiten, nicht zu unterschätzen. Hinter diesen Schwierigkeiten tritt die Gefahr, die dem britischen Reich von einem Anwachsen des französischen Imperialismus drohen könnte, vorläufig noch zurück. Aber der weitschauenden englischen Politik entspricht es durchaus, die Widerstände gegen die kontinentale Hegemonie Frankreichs insgeheim zu begünstigen.

Und solche Widerstände sind in der Lage, in die der Kontinent durch die Pariser Friedensschlüsse versetzt wurde, natürlich vorhanden. Zunächst scheint sich ein neuer Gegensatz zwischen Frankreich und Italien langsam herausbilden zu wollen. Weder an der Adria noch in Deutschland kann das Apenninenreich mit den neuen Verhältnissen zufrieden sein. In einem wirtschaftlich kräftigen Deutschland hatte Italien einen zuverlässigen Lieferanten von Industrieerzeugnissen und Rohstoffen (Kohle) und einen guten Abnehmer seiner Landesprodukte. Überdies ruhte die aufblühende Industrie des Landes vornehmlich auf den Säulen deutschen Kapitals und deutscher Tüchtigkeit. Man sehnt sich jenseits der Alpen nach dem Wiederaufleben dieser Beziehungen und hat daher nicht das geringste Interesse an der dauernden wirtschaftlichen Niederhaltung Deutschlands. Durch den Zerfall der Donaumonarchie hat Italien reichen Landgewinn davongetragen, weit mehr als sich ethnographisch und auch geographisch — an der Adria sowohl wie in Südtirol —, rechtfertigen läßt. Infolge der politischen Gärung, in der sich das Donaubecken noch immer befindet, fürchtet man in Rom habsburgische Restaurationspläne und wäre des-

halb mit der Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland sehr zufrieden. Im übrigen ist an der Adria Italien der Erbe Österreichs geworden — einschließlich der Belastung durch die südslavische Irredenta. Der neue Gegner ist aber für Italien gefährlicher, als er es für Österreich war, infolge des Machtzuwachses, den ihm der Kriegsausgang brachte, und sehr viel gefährlicher wie Österreich selbst, infolge der ihm innewohnenden nationalen Expansionskraft. So kann von Italien die Dekomposition Mitteleuropas, von dem es ja selbst einen Teil bildet, nur als lästig und beunruhigend empfunden werden.

Daneben ringt Deutschland, wenn auch unter heftigen Zuckungen des ganzen Volkskörpers, um seine innere Gesundung. Noch immer suchen die Emmissäre des bolschewistischen Rußland, das als gespenstische Gefahr aus den Wäldern und Steppen Osteuropas nach dem in seinen Grundfesten erschütterten Abendland herüberdroht, ihren Willen der Kulturvernichtung in den unteren Schichten unseres Volkes zu verbreiten. Doch langsam scheint sich aus dem unfruchtbaren Parteigezänk wieder der Arbeitswille und das Bedürfnis nach stabilen politischen Verhältnissen zu erheben. Wille zur Arbeit ist aber Wille zur Kultur; so mehren sich auch die Anzeichen, daß nach den seelischen Erschütterungen der Kriegs- und Revolutionszeit in unserem Volke auch das politische Palladium der abendländischen Kultur, der nationale Gedanke, wieder zu Ehren kommt. Ohne zu verkennen, daß die Gefahren der politischen Verhetzung noch lange nicht überwunden sind — langsam finden sich gerade auf den Gebieten des öffentlichen Lebens „die Menschen, die eines guten Willens sind“, aus allen Ständen und auch aus allen politischen Lagern zu ernster Aufbauarbeit

zusammen. So könnte die betont wirtschaftliche Einstellung, die in ihrer engen Verflechtung mit dem materialistischen Zeitgeist in gewissem Sinne unseren Zusammenbruch mitverschuldet hat, auch wieder zu einem Mittel unserer Rettung werden, indem sie die Geister von dem politischen Kampf abzieht und so zur Beruhigung der Leidenschaften beiträgt. Der ganz unerträgliche Druck, den der Versailler Vertrag uns, besonders in finanzieller und ökonomischer Hinsicht, auferlegt, ist allerdings das größte Hindernis der Wiedergenesung, da er den Erfolg jeder wirtschaftlichen Aufbauarbeit in Frage stellt, während andererseits der politische Druck, besonders in den besetzten Gebieten, das Wiedererwachen des nationalen Geistes befördert. Trotz allen Strebens nach Objektivität muß es aber ausgesprochen werden, daß ein weiteres Hindernis der inneren Gesundung in der parlamentarisch-republikanischen Staatsform liegt. Denn erstens ist sie dem deutschen Volke in seiner überwältigenden Mehrheit ein gänzlich neues Ideal, das keine Begeisterung auslöst, dann aber bildet sie bei der ganzen politischen Veranlagung unseres Volkes einen Nährboden nicht endender Parteikämpfe. — Außenpolitisch findet der wiedererwachende nationale Lebenswille Deutschlands vorläufig sein einziges Symbol in der deutsch-österreichischen Anschlußbewegung; und zwar ein Symbol, das alle politischen Parteien Deutschlands, mit Ausnahme der radikalsten Internationalisten, auf ihre Fahne geschrieben haben. Hierin liegt vielleicht die größte Bedeutung dieser Bewegung, eine größere, als die des erstrebten Zieles selbst. Es ist bezeichnend, daß die Bewegung von den offiziellen Kreisen in Deutschland wie in Deutschösterreich keinerlei Förderung erfährt.

Die Verträge von St. Germain und Trianon haben auf

dem Boden des alten Habsburgerreichs eine Reihe von Staaten geschaffen, die teilweise der wirtschaftlichen, alle der politischen Lebensfähigkeit ermangeln. Denn es ist einmal eine Tatsache, die nicht aus der Welt zu schaffen ist, daß — abgesehen von der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit — die Nationalitäten auf diesem Gebiet in einer Weise durcheinander geschoben sind, welche eine höhere, sie alle zusammenfassende Einheit geradezu als unabweisbares Bedürfnis erscheinen läßt. Die ethnographische Karte dieser Länder ist von einer Buntheit, wie höchstens noch die politische Südwestdeutschlands im 18. Jahrhundert. Daher ist in keinem von ihnen die Errichtung eines reinen Nationalstaates möglich; sie alle sind Nationalitätenstaaten, sowohl die Tschecho-Slovakei, wie Jugoslavien, wie Großrumänien und selbst Ungarn, ein „Österreich im Kleinen". Daher ist eine innen- und außenpolitische Beruhigung in diesen Ländern bislang nicht eingetreten und auch nicht zu erwarten. Das ganze Problem ist dadurch noch weiter verwirrt, daß die Ententestaaten Italien, um es zu ihrem Bunde herüberzuziehen, weite Gebiete an der Adria versprochen haben, die von Kroaten bewohnt sind, also nach dem Nationalitätenprinzip zu Jugoslavien kommen müßten. Wenn auch Italien bereits freiwillig auf einen Teil dieses Gebietes verzichtet hat, so bleibt doch in den italienischen Besitzungen jenseits der Adria immer noch eine starke slavische Irredenta. So ist auch hier ein Zustand geschaffen, der eigentlich niemand voll befriedigt. Ausgesprochen habsburgische Restaurationsbestrebungen scheinen nur in Ungarn und in nicht sehr zahlreichen Kreisen Deutschösterreichs betrieben zu werden. Es scheint — Bestimmtes darüber auszusagen ist heute unmöglich —, daß gewisse französische Kreise diese Bestrebungen

unterstützen, weil sie befürchten, daß ein balkanisiertes Osteuropa dereinst einem wiedererstarkten Deutschland ein neues weltpolitisches Betätigungsfeld sein könnte. Gegen diese Bestrebungen haben sich nun die namhaftesten der sogenannten österreichischen Nachfolgestaaten — Tschecho-Slovakei, Jugoslavien und Großrumänien — zur „kleinen Entente" zusammengeschlossen, die wohlwollendes Interesse bei Italien findet. Sollte dieser Bund — wofür mancherlei spricht — auch abgesehen von seinem tagespolitischen Zweck einige Festigkeit beweisen und auch in anderen außenpolitischen Fragen ein engeres Band um die ihm angehörenden Staaten schlingen, so wäre das dann gewissermaßen eine „Wiederherstellung Österreichs zwecks Verhinderung einer Wiederherstellung Österreichs", ein erneuter Beweis, daß diese Länder eine höhere Einheit brauchen —, und für die Widersinnigkeit der ganzen Staatenbildung, die aus den Pariser Verträgen hervorgegangen ist.

Dieses neugeschaffene politische Erdbebengebiet findet nach der einen Seite seine Fortsetzung in dem alten Herd der Unruhe, der Balkanhalbinsel. Auch hier bieten die Festsetzungen des Friedensvertrages keine Gewähr für Stabilität der politischen Verhältnisse. Vielleicht birgt die „kleine Entente", zu der ja auch zwei auf dem Balkan stark interessierte Mächte, Großserbien und Großrumänien, gehören, auch hier Aussichten einer lebensvollen Neubildung. Dadurch wäre gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, g a n z Südosteuropa, das Donau- u n d Balkangebiet, zu einer Einheit zusammenzufassen, was die österreichische Politik im entscheidenden Moment versäumt hatte.

Nordöstlich vom alten Habsburgerreich, im ehemaligen Herrschergebiet des weißen Zaren, vollzieht sich

in unerhörten Erschütterungen, unter entsetzlichen Greueln und Leiden die Geburt einer neuen Kulturwelt. Die Ereignisse des Krieges haben von dem russischen Reiche, in dem jetzt die greuliche Barbarei des Bolschewismus jener werdenden Kultur die Wege bereitet, die westlichen Randgebiete — Polen, Litauen, Baltikum und Finnland —, losgerissen und sie wieder unserem Kulturkreis angegliedert, als dessen Kolonialgebiet sie bereits seit dem hohen Mittelalter, ebenso wie der Südosten Europas, anzusprechen waren. Ebenso wie ihre erste Kolonisierung und Christianisierung im Mittelalter ging auch ihre nationale Befreiung während des Weltkrieges von Deutschland aus. Auch auf diese Länder trifft das Charakteristikum der Donau- und Balkanstaaten, das unentwirrbare Durcheinanderwohnen der Nationalitäten, zu. Daher kann auch keiner dieser neuen Staaten ein reiner Nationalstaat im westeuropäischen Sinne sein. Das wirtschaftliche Einheitsmoment, das den Ländern des Donaubeckens ihr mächtiger Strom gibt, fehlt ihnen. Dafür besitzen sie ein anderes Einheitsmoment in einer gemeinsamen Zukunftsaufgabe von unermeßlicher Bedeutung: der Aufgabe, die wirtschaftlichen und kulturellen Vermittler zu sein zwischen jenem ungeheuren Neuen, das in den weiten Tiefebenen Osteuropas und Nordasiens der Gestaltung entgegenringt, und der alten Kulturwelt des Abendlandes. Diese Kulturwelt hat bisher vornehmlich in der Gestalt der nachbarlichen deutschen Kultur auf sie gewirkt. Zum russischen Reiche haben sie über hundert Jahre gehört. Dadurch, daß diese beiden prominenten Faktoren ihres bisherigen politischen und kulturellen Lebens außenpolitisch gewissermaßen „bis auf weiteres zur Disposition“ gestellt sind, erhält ihre ganze staatliche Existenz einen provisorischen, unsicheren Charakter.

Der Rolle, die sie in dem System des französischen Imperialismus spielen, ist bereits gedacht. Doch scheint es nicht, daß die Vormachtstellung Frankreichs in diesen nordöstlichen Ländern auf sehr sicheren Füßen steht. Ihre stärkste Gefährdung liegt in dem nationalen Charakter ihres Hauptexponenten, Polens, jener eigenartigen Mischung aus unduldsamem nationalem Fanatismus und genialer Oberflächlichkeit, die dem einzelnen Individuum den romantischen Schimmer persönlicher Ritterlichkeit verleiht, das ganze Volk aber als Faktor ernster politischer und wirtschaftlicher Arbeit einfach unmöglich macht.

Schlußwort

So steht der abendländische Völkerkreis, der einst aus der Durchdringung der jungen germanischen Nationen mit der überalterten Kultur des Römerreiches emporgewachsen ist, in einer schweren Krisis. Seine Kultur, die in unvergleichlicher geistiger und politischer Vielgestaltigkeit auf unserem europäischen Kontinent erblühte, hat in den drei Jahrhunderten ihrer unbedingten planetarischen Hegemonie den Grund zu neuen Kulturkreisen gelegt, die sich während des 19. Jahrhunderts von ihr lösten und jetzt in immer fester umrissenen Konturen auf der großen Bühne des Weltgeschehens erscheinen. Vor den Toren des Abendlandes dehnt sich, auf den mächtigen Pfeilern riesenhafter Siedlungsgebiete in allen Kontinenten ruhend, durch das völkerverbindende Meer zusammengehalten, der angelsächsische Kulturkreis. In dem an Naturkräften überreichen, jungfräulichen Süden der neuen Welt entstehen aus der Vermischung der europäischen Einwanderer mit den einheimischen Indianern und importierten Negern neue Nationen, die durch den katholischen Glauben und den spanisch-portugiesischen Einschlag in ihrem Blute zusammengehalten werden. In den weiten Ländern zu beiden Seiten des Ural, welche die Eroberungslust der Zaren von Moskau zu einer mächtigen Einheit zusammengeschweißt hat, bricht der greuelvollste und giganticheste Umsturz der Weltgeschichte das Erdreich um, aus dem schon in nicht allzuferner Zeit eine neue zukunftsreiche Kultur entsprießen kann. Im fernen Osten richtet immer kühner und selbstbewußter Japan sein Sonnenbanner auf, um unter ihm die Völker der gelben Rasse zusammenzuschließen. Noch ruht der schwarze Erdteil politisch und kulturell anscheinend in tiefem

Schlummer, aber auch hier dämmern in weiter Ferne ungeahnte Möglichkeiten herauf, zu denen vielleicht der wahnsinnige „farbige Militarismus“ unserer Feinde den ersten Anstoß gegeben hat. In dieser Welt, in der allenthalben ungeheure Einheiten im Werden sind, drängt sich der Gedanke an einen Zusammenschluß der Völker des alten, europäischen Abendlandes förmlich auf. Aber die politische Katastrophe unseres Kulturkreises, die wir miterleben, und die schon droht, sich zu einer allgemeinen Katastrophe unserer abendländischen Kultur überhaupt auszuwachsen, hat ihre tiefsten Gründe eben in jener unendlichen nationalen Vielgestaltigkeit, die das eigentliche Wesen des Abendlandes ausmacht. Seit dem 13. Jahrhundert, in dem der römisch-germanische Kulturkreis sich erst völlig aus der Gesamtkultur des Mittelmeers gelöst hat, und uns zum erstenmal als festgeschlossene geistige Einheit entgegentritt, vollzieht sich das Leben des Abendlandes in seinen Nationen. Immer mehr bildet sich im Laufe der Jahrhunderte ihre Eigenart heraus und jeder Beitrag, den jede von ihnen in den Schatz der abendländischen Gesamtkultur leistete, diente gleichzeitig dazu, diesen ihren Sondercharakter zu unterstreichen.

Es entspringt keiner chauvinistischen Überhebung, wenn wir innerhalb dieser, in einer unendlichen Mannigfaltigkeit sich ausdrückenden, Einheit der abendländischen Völker für unser deutsches Volk eine besondere Stellung vindizieren. Wenn diese Einheit aus der Verbindung und Durchdringung der römischen Kultur mit dem Germanentum hervorgegangen ist, so ist dies für das deutsche Volk in besonderer Weise der Fall. Provinzen des alten Römerreiches bilden gemeinsam mit dem ehemaligen freien Germanien das heutige Deutschland. Der Gedanke des christlichen Universalkaiser-

tums, der für die geistige Einheit des Abendlandes gewissermaßen erst den Körper schaffen mußte, hatte seinen materiellen Träger im deutschen Königtum. Das deutsche Königtum focht gleichzeitig in erster Linie den Kampf des das germanische Element repräsentierenden Laienstaates gegen das von romanischen Gedanken getragene Priestertum aus. Und wenn es auch in diesem Kampfe unterlag, so hat es doch durch ihn den endlichen Sieg des nationalen Königtums über den päpstlichen Universalismus vorbereitet. Das deutsche Volk brachte den Völkern des Ostens, den Westslaven und Magyaren, die christliche Kultur und gliederte sie so dem Abendlande ein. In Deutschland schlugen der romanische Gedanke des Humanismus und das römische Recht ebenso tiefe Wurzeln wie in den Ländern lateinischer Zunge. Aber Deutschland brachte aus sich auch die Reaktion des germanischen Geistes gegen diese beginnende Romanisierung des Abendlandes, die Reformation, hervor. Wie aber die religiöse Spaltung, die daraus erwuchs, die geistige und politische Vielgestaltigkeit des Abendlandes erst recht vollendete, so machte sie dieselbe Vielgestaltigkeit auch zum Charakteristikum unseres deutschen Volkes. Während die anderen Nationen des Abendlandes sich, wenn auch teilweise nach heftigen inneren Kämpfen, entweder dem katholisch-romanischen oder dem protestantisch-germanischen Ideal zuwandten, konnte Deutschland, gerade infolge seiner historischen engen Verflechtung mit beiden, den inneren Zwiespalt nicht überwinden, sondern war gezwungen, ihn nur allmählich zu versöhnen. Dadurch ist es zwar sehr viel langsamer und schwerer zur Durchsetzung seines nationalen Gedankens gekommen; aber der katholische und protestantische Volksteil, die beide gleichen Anteil haben an der gemein-

samen deutschen Kultur, sind seitdem enger mit ihren Glaubensgenossen romanischer und germanischer Rasse verbunden, als dies zwischen den anderen Völkern der Fall ist. Und das gleiche sehen wir an der demokratischen Bewegung, die unseren Kulturkreis seit der französischen Revolution ergriffen hat. Das alles nivellierende, unitarische Staatsideal, das sie aufstellte, ist dem Deutschtum innerlich wesensfremd. Aber auch hier zeigte sich unser Volk so sehr mit den einzelnen Elementen des europäischen Lebens verflochten, daß es nicht in seiner Gesamtheit eine Partei ergreifen konnte. Gleichzeitig mit dem demokratischen aber war der nationale Gedanke erst zur vollen Entfaltung gekommen. Während er bei den anderen, einheitlicher, aber auch einseitiger gestalteten Völkern Europas durch die Demokratie gekräftigt wurde, ist er in Deutschland dem fremden demokratischen Ideal zeitweilig erlegen. Dadurch ist die Mitte Europas, deren Konsolidierung sich eben angebahnt hatte, wieder heilloser Zersplitterung anheimgegeben.

Dieser Zustand des Kontinents, in dem die Vorherrschaft Frankreichs sich auf die Schwäche und Zerrissenheit wesentlichster Teile unseres Kulturkreises aufbaut, kann nicht dauern. Er kann nur dazu führen, daß entweder durch eine neue Konzentration dieser zersplitterten Mitte ein Zustand herbeigeführt wird, der es ermöglicht, die Glieder des abendländischen Kulturkreises, seiner Geschichte entsprechend, in voller nationaler Freiheit zu einer mächtigen politischen Einheit zusammenzuschließen — oder, daß das Abendland endgültig zerfällt. Dann würde vielleicht die Westhälfte in dem angelsächsischen Kulturkreise aufgehen, mit dem sie durch gemeinsame politische Ideale verbunden ist, der Rest aber würde in dem Greuelmeer des Bol-

schewismus versinken und später der werdenden russischen Kultur angehören. Dann aber wäre es um das deutsche Volk als Nation geschehen. Die große Trennungslinie würde mitten durch dasselbe hindurch gehen.

Ich glaube nicht, daß es uns je gegeben sein könnte, „Geschichte vorauszubestimmen". Aber durch Einfühlen in den Gang einer Entwicklung können wir die Möglichkeiten erkennen, die dieser Entwicklung für die Zukunft noch bleiben, und aus dieser Erkenntnis heraus sollen wir die Ideale aufstellen, denen wir, die Träger dieser Entwicklung, nachzustreben haben. Will das deutsche Volk sich selbst erhalten, so kann es dies nur, indem es die aus seiner Geschichte sich ergebende Aufgabe ergreift, der Kristallisationspunkt für den Zusammenschluß der abendländischen Völker zu werden, die weltgeschichtliche Einheit des Abendlandes zu vollenden durch seine weltpolitische Einheit. Dies ist ein Ziel, das angesichts der heutigen Lage des deutschen Volkes fast übermenschlich erscheint, das aber des deutschen Idealismus würdig ist. Es ist vielleicht nicht unbedingt nötig, daß auf dem Wege zu diesem Ziel neue kriegerische Auseinandersetzungen mit den bisherigen abendländischen Gegnern Deutschlands liegen, aber das deutsche Volk kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, getragen von der Idee, die die politische Quintessenz der abendländischen Entwicklung ausmacht: von dem nationalen Gedanken.

Personen- und Sachregister

